

140 JAHRE SPD – LINKE, WAS NUN?



Reinhold Rünker,
Andrea Nahles,
Horst Peter

Zum Standort der
sozialistischen Linken in
der SPD

Thomas Welskopp
Theorieverständnis und
Politik im ersten Jahr-
hundert der Sozialde-
mokratie

Michael Vester
Die Vertrauenskrise der
Sozialdemokratie

Im Forum DL21
schreiben u. a.:
Dietmar Köster,
Thorsten Schäfer, Bernd
Höpken, Klaus Picks-
haus, Felix Welt

Von Horst Peter

Ist Realpolitik an Realität orientiert? Oder sind gerade Realpolitiker eingemauert in eine Welt von Fetischen, die sie als Realität ausgeben, ohne sich der Mühe eines Realitätstests zu unterwerfen? Die sozialistische Linke kann sich in ihrer Kritik an den sogenannten Realpolitiken auf Karl Marx stützen, der dafür aus der „Nebelregion der religiösen Welt“ die Kategorie Fetischismus entlehnt. Er überträgt die ausführliche Durchdringung des Warenfetischismus auf andere „Produkte des menschlichen Kopfes“, die als mit eigenem Leben begabte miteinander und mit den Menschen im Verhältnis stehende selbstständige Gestalten erscheinen. Die Fetischisierung ist auch auf Staat, Politik und Demokratie sowie bei einer weiteren Durchdringung aller gesellschaftlichen Dimensionen auf einzelne Politikfelder übertragen. Dieser Fetisch könne nur aufgelöst werden, wenn das Wesen und die Verhältnisse der Dinge durchsichtig werden.

Kurzum: Die Linke muss Theoriearbeit leisten, um die scheinbare Realität als falsche Realität zu entlarven.

*

Die Fetische in der politischen Auseinandersetzung um Reformen müssen benannt und entlarvt werden, damit Reformen die Realität verbessern. Andernfalls wird als Reform ausgegeben, was in Wirklichkeit Unterwerfung unter die Fetischwelt des Kapitalismus bedeutet und Reformschritte sind dann stets Schritte der Anpassung.

Solche Fetische bietet lupenrein der neoliberale Markt fundamentalismus mit seinen Glaubenssätzen:

1. Die Förderung des privaten Reichtums löst die Probleme der Armen, weil deren Leistungsbereitschaft entfaltet wird.

2. Die Förderung der Gewinne ist das Patentrezept zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

3. Der Sozialstaat ist der Verursacher von Armut und der Verursacher von Arbeitslosigkeit und muss deshalb dereguliert und privatisiert werden.

Diese Glaubenssätze aus der „Nebelregion der religiösen Welt“ werden von Priestern und Missionaren in Wissenschaft, Publizistik, Kultur, Medien, Wirtschaft und Politik vertreten. Talk-Shows sind die Orte des quasi-religiösen Austauschs zu diesen Glaubenssätzen, Orte sozialer Kälte.

Die Diskussion um die sogenannte Agenda 2010 belegt, dass auch die Sozialdemokratie anfällig für die neoliberalen Glaubenssätze ist. In verschleierte Form hat sich auf dem Berliner Sonderparteitag die fetischisierte Auffassung durchgesetzt, wonach niedrige Arbeitskosten, Sozialabbau, Deregulierung und Privatisierung notwendig zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen seien. Nur wo das geglaubt wird, sind Beschlüsse, die Prinzipien des Sozialstaates antasten, erklärbar. Dabei verkleiden sich einige der Glaubenssätze sozialdemokratisch und bündeln sich in der Setzung, dass die zentrale

Reformaufgabe der SPD die Senkung der Lohnnebenkosten sei.

Für die Linke ist unverzichtbar, diese Glaubenssätze radikal zu kritisieren und ihnen die gesellschaftliche Wirklichkeit verbessernde Reformprinzipien entgegen zu setzen.

Kurzum: der Reformdiskurs in der Gesellschaft muss in der Kritik radikalisiert und in den Forderungen konkretisiert werden.

*

Die Senkung der Lohnnebenkosten erscheint beispielsweise als aus dem kapitalistischen Zusammenhang gelöstes, wundertätiges Heilmittel gegen das Gebrechen der Massenarbeitslosigkeit in den Industriegesellschaften des alten Europa.

Es kommt nun darauf an, das Wesen dieses Wundermittels zu erkennen und durchsichtig zu machen, um es als fragwürdiges Konzept zu entlarven. Wie heißt es doch bei Marx: „Die Produkte des menschlichen Kopfes erscheinen als mit eigenem Leben begabte untereinander und mit den Menschen im Verhältnis stehende selbstständige Gestalten.“

Kurzum: es erfüllt alle Bedingungen des marxistischen Fetischbegriffs.

*

Dem Wesen nach sind die Lohnnebenkosten nämlich nichts anderes als nicht ausgezahlte Lohnkosten. Damit bedeutet eine Senkung der Lohnnebenkosten nichts anderes als eine gesetzlich verordnete Lohnsenkung, die allein den Arbeitgeber entlastet und den Tarifparteien entzogen ist.

Die politischen Konsequenzen der Entfetischisierung der Lohnnebenkosten sind gravierend: Die paritätische Finanzierung der Versicherungsbeiträge würde beispielsweise als Kopfgeburt erkennbar, denn die dient unter anderem dazu, dass die Arbeitgeber bei der Sozialversicherungen die Beteiligung an den Selbstverwaltungsgremien beanspruchen können. Da Arbeitgeber die Versicherungsbeiträge als zusätzliche Kosten definieren, erhalten sie über den Staat Kostenentlastung, wenn nun bestimmte Leistungen aus der paritätischen Finanzierung ausgegliedert werden. Konsequenz zünde gedacht müsste sich damit das politische Gewicht in den Selbstverwaltungsgremien der Krankenkassen zu Gunsten der Gewerkschaften verschieben.

Wie wäre es eigentlich, wenn man im Rahmen einer Reform der Krankenversicherung gleich ganz auf die Beteiligung der Arbeitgeber an der Krankenversicherung verzichten und den „Arbeitgeberbeitrag“ direkt als Teil des Lohns auszahlt und in künftige Tarifverhandlungen einbeziehen würde?

Weitere Konsequenzen wären: die größeren Chancen für eine Bürgerversicherung, mehr Begründungsehrlichkeit für eine ökologische Steuerreform.

Kurzum: Die Kritik an fetischisierten Begriffen ist Voraussetzung für Realpolitik.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Dietlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 René Rösper (Hagen)
 Thomas Sauer (Möln)
 Sigrid Skarpellis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zichert (Apensen)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Ulf Banscheraus
 Björn Böhning
 Tanja Breuer
 Stefanie Gerszewski
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Dirk Meyer
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Frank Schauff
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 63 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 34,-
 (bei Bankleitzug Euro 32,-)

Auslandsabonnement Euro 37,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2003.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Felix Welti, Lübeck

Satz- und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1-2 Tausend, Juli 2003

Kurzum 2

Dietmar Köster
 Düsseldorfer Theater um die Koalitionskrise in NRW 4

Thorsten Schäfer-Gümbel
 Hessen-SPD: Zwischen Zusammenbruch und Neuanfang 6

Jan Wagner, Cornelia Walter und Stephan Klecha
 Jugendwahn in Niedersachsen 7

Joachim Schuster
 Große Koalition als Dauerbündnis 8

Kai Burmeister/Björn Böhning/Tobias Gombert
 Die Agenda unserer Generation: Frieden. Leben. Solidarität. 10

Bernd Höpken
 Politik für Menschen 12

Klaus Pickshaus
 Gesundheitsreform muss am Arbeitsplatz beginnen 13

Felix Welti
 Gesundheitspolitik am Tiefpunkt 15

140 JAHRE SPD - LINKE, WAS NUN?

Reinhold Rünker/Andrea Nahles/Horst Peter
 Zum Standort der sozialistischen Linken in der SPD 17

Thomas Welskopp
 „Es kommt darauf an, sie zu verändern“ –
 Theorieverständnis und Politik im ersten Jahrhundert der Sozialdemokratie 21

Tanja Chawla/Herbert Schui
 Das Verblassen sozialdemokratischer Tradition –
 SPD-Wirtschaftsprogrammatik nach 1945 25

Michael Müller
 Grand Hotel am Abgrund – die SPD-Linke ist zur Gestaltung verdammt 29

Michael Vester
 Die Vertrauenskrise der Sozialdemokratie 32

Benjamin Immanuel Hoff
 PDS – ohne Politikwechsel keine Zukunft 36

Dietmar Lingemann
 Die Resultate der Agenda-Debatte der Bündnisgrünen 40

INTERNATIONALE POLITIK

Christian Rentzsch
 Linksrutsch in der französischen sozialistischen Partei 42

Bernard Pignero
 Das Dilemma der französischen Linken 44

Hans.J. Bontrup
 Zur Anatomie des Krieges 45

Werner Kindsmüller
 Europa nach dem Konvent 47

Rolf Mützenich
 Deutsche Truppen in den Kongo 50

THEORIE & STRATEGIE

Joachim Weeber
 Alterssicherung: Herausforderungen und Lösungen 51

Christoph Butterwegge
 Krise, Umbau und Zukunft des Sozialstaates 54

Rezension: Das Kosovo-Dilemma (Frank Schauff) 57

Rezension: Keine Friedhofsruhe in der DDR (Fritz Vilmar) 58

Rezension: Lebensformen zwischen Tradition und Utopie (Sabine Schön) 59

Düsseldorfer Theater um die Koalitionskrise in NRW

Von Dietmar Köster

Der Ministerpräsident des Landes NRW, Peer Steinbrück, der erst Ende des vorigen Jahres die Nachfolge von Wolfgang Clement antrat und das Versprechen gab, die rot-grüne Koalition zu einem Erfolgsprojekt in NRW zu machen, und der SPD-Fraktionsvorsitzende, Edgar Moron, waren es leid: Sie wollten sich einfach nicht mehr mit ihrem Koalitionspartner ärgern müssen, der aus ihrer Sicht bei wegweisenden Projekten, wie dem Metrorapid oder dem Straßen- und dem Flughafenausbau auf der „Bremse steht“. Die Koalition müsse einen Klärungsprozess für die nächsten Aufgaben bis zu den Landtagwahlen im Jahre 2005 herbeiführen. Das Ergebnis könne durchaus darin bestehen, dass die SPD zum Regieren einen neuen Koalitionspartner braucht. Mehr widerwillig als überzeugt, ließen sich der Landesvorsitzende, Harald Schartau und sein Generalsekretär, Michael Groschek, auf dieses Unterfangen ein.

Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln

Es bestand nur ein kleines Problem, das sie nicht genügend bedacht hatten: Sie mussten sowohl in der Partei als auch in der Öffentlichkeit überzeugend begründen können, warum es mit dem Koalitionspartner die Grünen nicht weiterging und warum es zum Beispiel mit einer FDP besser gehen könnte. Beides misslang völlig! Die schwachen Argumente lauteten: Es handele sich um einen „Ermüdungsbruch“, es stünden schwierige Verhandlungen für den nächsten Sparhaushalt an, Autobahnen und der Flughafen in Dortmund müssten ausgebaut werden, die Grünen würden beim Metrorapid ein doppeltes Spiel betreiben, indem sie sich im Koalitionsvertrag zur Magnetbahn bekennen, aber gleichzeitig in den regionalen Kreisverbänden dagegen den Protest organisieren etc. Kurzum: Die Grünen ständen einer dynamischen Entfesselung der Marktkräfte entgegen. Es wundert schon, dass man glaubte, hiermit durchkommen zu können. Mehr als ungläubiges Kopfschütteln konnte damit nicht erreicht werden.

Die wirklichen Beweggründe der Verantwortlichen für diese bald zweimonatige Koalitionskrise bleiben wahrscheinlich un-

geklärt. Sie sind auch nicht so wichtig. Wichtig ist, dass die SPD in NRW seit mehr als dreißigjähriger Regierungszeit vor ihrer größten Herausforderung steht. Ihre Umfragewerte erreichen mit ca. 33% historische Tiefstwerte, die Zahl ihrer Mitglieder ist im ersten halben Jahr um etwa 10.000 auf unter 180.000 gesunken.

Unbewältigter Strukturwandel

Die Probleme des Landes sind riesig. Der Strukturwandel besonders der Krisenregion des Ruhrgebietes ist nach wie vor nicht abgeschlossen. Das historische Verdienst der NRWSPD ist, in korporatistischen Vereinbarungen mit Konzernen und Gewerkschaften in den 70er und 80er Jahren beim Abbau der Arbeitsplätze weitestgehend sozial verträgliche Lösungen für die Beschäftigten der Montanindustrie zu finden und Impulse für eine Strukturpolitik zu setzen. Der vergleichende Blick der ökonomischen Verwerfungen in anderen Krisenregionen Europas wie nach Frankreich oder England zeigt, dass in NRW schlimmeres vermieden wurde. Doch ein zentrales Problem bestand darin, dass diese Strukturpolitik nie durch eine makroökonomische Politik für mehr Beschäftigung und Wachstum begleitet wurde.

So hat NRW eine Arbeitslosigkeit von fast 900.000 Menschen aufzuweisen und erreicht, wie z.B. in Gelsenkirchen, Höhen, wie sie in den ostdeutschen Bundesländern üblich sind. Weitere Probleme kamen hinzu: Die landeseigene WestLB geriet bei diversen gescheiterten Finanzierungsprojekten in eine Schieflage und hatte Verluste von gut drei Milliarden Euro. Die Projekt-Ruhr GmbH, von Clement einst als Gegenstück zum Kommunalverband Ruhr, der als zu behäbig galt, aus der Taufe gehoben, geriet durch Prüfungen des Landesrechnungshofs in die öffentliche Kritik. Schließlich werden die haushaltspolitischen Spielräume immer enger.

Für diese Entwicklung konnten kaum die Grünen verantwortlich gemacht werden. In den Unterbezirken der Partei herrschte kein Verständnis dafür, die Koalition infrage zu stellen, obwohl klar war, dass einige Probleme geklärt werden müssen. So kritisierten die Delegierten auf dem Landes-



parteitag am 14. Juni das Vorgehen der Parteispitze, ohne allerdings so weit zu gehen, den Ministerpräsidenten zu beschädigen. Aber nach dem Landesparteitag war klar, eine Koalition mit der FDP wird in der Partei keine Zustimmung finden. Man verständigte sich darauf, den Parteitag zu unterbrechen und am 6. Juli fortzusetzen, um die Ergebnisse der Verhandlungen zu bewerten. Als einige Tage später der Ministerpräsident noch bekannt geben musste, dass der Metrorapid finanziell „nicht darstellbar“ sei und aufzugeben war, gab es keinen Zweifel mehr, dass ein Bruch der rot-grünen Koalition nicht mehr durchsetzbar war.

Das „Düsseldorfer Signal“

Im „Düsseldorfer Signal“ haben sich die Regierungspartner ein Arbeitsprogramm für die Zeit bis zu den Landtagwahlen gegeben, das auf dem Landesparteitag mit übergroßer Mehrheit begrüßt wurde. In dem neuen „Koalitionsvertrag“ sucht man vergeblich nach den essentiellen Punkten, die die Koalitionskrise auch im nachhinein plausibel erscheinen lassen. Bei den symbolträchtigen Themen Metrorapid und der verringerten Steinkohleförderung schienen in der Öffentlichkeit die Grünen eher als Punksieger. So bleibt als erstes ernüchterndes Ergebnis: Mit der Fortsetzung der rot-grünen Koalition bleibt zumindest die Hoffnung, Spielräume für eine soziale und ökologische Politik in NRW zu erhalten. Zugleich ist damit vorerst der Versuch gescheitert, die Partei in NRW stärker nach rechts zu rücken. Das ist das Positive. Das Negative folgt auf dem Fuß: Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung kann kaum von sich behaupten, aus diesem Konflikt gestärkt hervorgegangen zu sein.

Was sind die Perspektiven?

Der SPD stehen schwierige Zeiten bevor. Das wurde schon vor der Halle des letzten

Landesparteitag deutlich. Demonstrierende Arbeitnehmer aus dem öffentlichen Dienst brachten mit lautstarkem Protest ihren Unmut zum Ausdruck, indem sie die Delegierten mit ohrenbetäubendem Lärm ihrer Trillerpfeifen empfinden. Ihre Forderungen richteten sich gegen die im Düsseldorfer Signal vereinbarte Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf teilweise 41 Stunden, die Streichung des Urlaubsgeldes und die Kürzungen des Weihnachtsgeldes. Auf dem Landesparteitag wurde diese Kritik auch aufgegriffen, wurde aber schließlich dadurch überlagert, dass die Partei froh war, die rot-grüne Koalition fortsetzen zu können.

Dies verdeutlicht, dass es auch in NRW, besonders in dem Zusammenhang mit dem angekündigten Sparhaushalt, im Herbst zu größeren sozialen Auseinandersetzungen kommen wird. Je mehr die SPD sich dabei darauf einlassen wird, soziale Einschnitte vorzunehmen, die ihre Stammwähler betreffen, um so weniger wird es ihr gelingen, aus dem Stimmungstief herauszukommen. So lehnen nach einer Umfrage von Allensbach (FAZ vom 18.6.2003) 58 Prozent der Bezieher unterdurchschnittlicher Einkommen die Agenda 2010 ab. Diejenigen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder unterdurchschnittlich verdienen, sehen kommende Reformen mit großer Sorge entgegen. Nur Minderheiten sind der Auffassung, dass diese Maßnahmen die Arbeitslosigkeit senken werden. Sollte die Botschaft der SPD in den nächsten Jahren sein, dass sie ihr Ziel aufgibt, die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern und sie stattdessen für weniger soziale Leistungen, Entlastungen für Unternehmen sowie längere Arbeitszeiten und geringere Entgelte für die Beschäftigten steht, werden im SPD-Stammland NRW die Kommunalwahlen im nächsten Jahr genauso verloren wie die Landtagswahlen 2005. Es ist klar, dass dies nicht ohne Auswirkungen auf die Bundespolitik bleiben wird. Eine bis dahin mögliche Zweidrittel-Mehrheit im Bundesrat des politischen Gegners würde das definitive Ende der sozialdemokratischen Bundesregierung bedeuten.

In dem Regierungskonflikt ist aber auch deutlich geworden, dass die SPD es bislang nicht geschafft hat, ihre Zukunftskompetenz für das Land NRW unter Beweis zu stellen. Ansätze sind im Düsseldorfer Signal zum Beispiel für die Bereiche der Schulpolitik und der Verkehrspolitik vorhanden. In der Schulpolitik wird der zügige Ausbau der Offenen Ganztagschule im Primarbereich vorangetrieben. Ebenso sollen eine verlässliche Unterrichtsversorgung wie die Instandhaltung der Schulgebäude gesichert werden. Die Metro-S-Bahn, als Ersatz für den gestrichenen Metrorapid, zwischen Dortmund und Köln ist ein sinnvolles Infrastrukturprojekt. Hier ist darauf zu drängen, dass die Finanzaussagen des Bundes eingehalten

werden. Auch die Verringerung von fünf auf drei Regierungsbezirken kann bei den Mitteleinstanzen zu einer sinnvollen Entbürokratisierung führen.

Händeringend gesucht: das neue Profil der SPD

Aber schon die Aufzählung dieser Einzelvorhaben verdeutlicht das Grundproblem sozialdemokratischer Politik nicht nur in NRW. Es gibt keine übergreifende gesellschaftspolitische Alternative, die den Weg zeigt, den die SPD in Zukunft gehen will: Den des abgemilderten Neoliberalismus, der aber mittlerweile seit der Agenda 2010 eine neue Qualität erreicht hat und ganz bewusst den Ausschluss ausgegrenzter sozialer Gruppen einschließt und Vermögende und große Kapitalgesellschaften aus ihrer sozialen Verantwortung zunehmend entlässt. Oder den Weg zu einer solidarischen Gesellschaft, in der dem Einzelnen neue Freiheitsspielräume ermöglicht werden, die jenseits der Privatisierungsorgie sozialer Risiken liegen.

In diese Debatte wird die SPD-Linke NRW eingreifen, die auf ihrem ersten Treffen im Mai mit etwa 120 Interessierten eine große Resonanz fand. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung zu einer neuen Bruchsituation verdichtet, in der die Gefahr einer weiteren Entzivilisierung des Kapitalismus besteht. Die hohe Verunsicherung in der SPD und in der gesamten Bevölkerung über die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist aber auch ein Anzeichen für eine Hegemoniekrise zwischen politischen und ökonomischen Eliten mit großen Teilen der Bevölkerung. So können die Chancen für ein alternatives Politikmodell steigen.

Die Eckpunkte sind klar: Es muss gelingen, die langfristige Sanierung der öffentlichen

Haushaltes mittels einer Wachstumspolitik zu erreichen. Der Sparwahn wird die Abwärtsspirale beim Abbau sozialer und demokratischer Arbeitnehmerrechte nur fortsetzen. Dabei ist vor allem darauf hinzuweisen, dass der gesellschaftliche Reichtum in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist, und ein handlungsfähiger Staat auf verlässliche Einnahmen angewiesen ist. Hier darf die Linke nicht in die Falle gehen, Verteilungsfragen des gesellschaftlichen Reichtums als Anachronismus zu betrachten. In der Beschäftigungspolitik muss endlich ein öffentliches Investitionsprogramm realisiert werden. Die sozialen Versicherungssysteme sind in Richtung einer allgemeinen Bürgerversicherung zu reformieren.

Es wird eine schwierige Aufgabe sein, in der NRW-SPD die notwendige Unterstützung zu finden. Aber angesichts einer ratlosen Politik in NRW, die sich zwischen orientierungslosem Pragmatismus und technokratischer Moderne bewegt, immer dringender. Die programmatische und ideologische Entkernung der Partei ist in NRW weit fortgeschritten. Damit verliert sie ihre eigene Antriebskraft für Gestaltung und Engagement. Wenn Probleme angeblich nur noch sachgemäß zu lösen sind, weiß keiner mehr, warum es eine SPD-geführte Regierung geben soll. Straßenausbau und Verringerung der Anzahl von Regierungsbezirken sind kaum als spezifisch sozialdemokratisches Profil zu beschreiben. Die Erkenntnis, dem entgegenzuwirken, ist in der Parteiführung in NRW nur gering vorhanden. Damit droht der Verlust von Gestaltungsfähigkeit. Die Partei wird mehr von gesellschaftlichen Entwicklungen getrieben, als dass sie eine überzeugende Reformperspektive aufweist.

Forum DL21

Seit 25 Jahren

spw

spw lädt alle LeserInnen zur Jubiläumsfeier ein.

Am 25. Oktober 2003 diskutieren spw-AutorInnen von gestern, heute und morgen über drei Leitfragen radikal-reformerischer Politik im 21. Jahrhundert:

- Anders Arbeiten, anders Leben – ist die Gestaltung der Ökonomie obsolet?
- Friedensmacht Europa – gibt es eine geopolitische Alternative zur US-Hegemonie?
- Vorwärts, Rückwärts, Seitwärts – der alte und neue Weg der SPD?

Tagungsort: Willy-Brandt-Haus, Berlin. Beginn ca. 13.00 Uhr

Anmeldungen und Infos bei:
 25jahre@spw.de

... wissen, was
 die SPD-Linke diskutiert!

Zwischen Zusammenbruch und Neuanfang

Zur Lage der Hessen SPD

Von Thorsten Schäfer-Gümbel

Am 2. Februar haben die Wählerinnen und Wähler die Sozialdemokratie in Hessen und Niedersachsen in die Wüste geschickt. Beide Landesverbände waren dabei nicht die eigentlichen Adressaten der Wahlbotschaft. Hauptzustellungsort für den massenhaften Wahlverzicht war und bleibt die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung. Der größte Teil der Verantwortung lag und liegt in der politischen Nullausrichtung der Bundes-SPD. Sie war nicht erkennbar und damit auch nicht vermittlungsfähig. Hinzu kommt, dass jeden Tag neue mehr oder weniger sinnvolle Vorschläge die GAZETTEN füllten. Allerdings kann und darf nicht geleugnet werden, dass auch Fehler in Hessen und Niedersachsen gemacht wurden.

Die entscheidenden Fehler in Hessen wurden bereits fünf Jahre zuvor bei der ersten Wahlniederlage der SPD nach der Übernahme der Regierungsverantwortung im Bund gemacht. Eine wirkliche Aufarbeitung der Wahlniederlage ist damals nicht gelungen und wurde auch nicht gewollt. 1999 wurden mit dem Hinweis auf minimale Stimmengewinne der SPD und deutliche Verluste von Bündnis 90/Die Grünen sowie die CDU-Kampagne gegen die Doppelte Staatsangehörigkeit die Ursachen für das Scheitern der rot/grünen Landesregierung unter Ministerpräsident Hans Eichel verdrängt.

Die Ursachen für das damalige Wahldebakel lagen in einer unzureichenden Bildungspolitik, die übrigens nicht nur durch einen Mangel an Lehrkräften beschrieben werden muss, und einer unzulänglichen politischen Strategie für die Strukturbildung im Land sowie die Ausblendung der sozialpolitischen Kompetenz. Nur durch das Fehlen einer eigenständigen konsistenten Landesstrategie konnte die CDU-Kampagne verfangen – auch bis weit in sozialdemokratisch geprägte Milieus hinein. Dazu kommt,

dass die SPD selbst keine integrationspolitische Konzeption hatte und hat. Dies ist nicht nur für Regionen wie Frankfurt und Offenbach ein Problem, sondern auch im ländlichen Raum. Der Versuch, die Kampagne von Roland Koch auszusitzen, ging konsequenterweise schief.

Die Wahlniederlage im Februar diesen Jahres muss auch vor diesem Hintergrund verstanden werden. Es ist der hessischen Sozialdemokratie nie gelungen, in der Opposition anzukommen und damit einen programmatischen, personellen und organisatorischen Erneuerungsprozess zu initiieren.

06./07. September 2003

– „Neue Zeiten denken“

Zentrale Themen der bundesweiten Tagung sind die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Nachhaltigkeit, Frauen- und Familienpolitik sowie die Finanzpolitik der öffentlichen Hände.

Programm siehe Seite 19.

Weitere Informationen unter www.spd-hessensued.de

Dafür gibt es eine zentrale Ursache und eine bedeutende Nebenbedingung. Die zentrale Ursache war der Schwarzgeldskandal, in dem die hessische CDU mit ihrem Law-and-Order Mann Manfred Kanther und seinen Enkeln um Roland Koch,

Dr. Franz Jung, Volker Bouffier u.v.m. tief verstrickt war. Die hessische CDU war und ist das Zentrum im Finanzskandal der CDU. Die hessische SPD, die sehr viel Energie und Kraft in die Aufarbeitung dieses Skandals gesteckt hat, musste bis vor eineinhalb Jahren davon ausgehen, dass die Regierung Koch stürzt und damit sehr schnell wieder in Regierungsverantwortung kommt. Dabei haben wir einen wesentlichen Faktor übersehen: die Regierung Koch konnte nur von innen heraus stürzen! Dagegen standen aber zwei Umstände: Erstens hat sich die Landtagsfraktion der hessischen FDP zur 5. Kolonne der Hessen-CDU entwickelt und zweitens gibt es in der hessischen CDU einen engen Generationenzusammenschluss, der das Scheitern einzelner Biographien nicht erlaubt. Die aktive Generation der CDU steht in Nibelungentreue zueinander.

Dies ist in der hessischen SPD inzwischen erkannt. Deshalb steht jetzt nach dem Zusammenbruch bei der Landtagswahl 2003 ein Neuanfang auf der Tagesordnung. Der



Stab wurde in Hessen endlich an die nächste Generation, die vorher überwiegend nicht teilhaben durfte, weitergereicht. Mit Andrea Ypsilanti, der neuen Landesvorsitzenden, und Jürgen Walter, dem neuen Fraktionsvorsitzenden, sind zwei zentrale Rollen mit neuen Figuren besetzt. Andrea Ypsilanti hat in der Diskussion um die Agenda 2010 die weitgehend einhelligen Beschlüsse der hessischen SPD konsequent in Szene gesetzt und sich damit Respekt und Anerkennung in vielen Bereichen verschafft. Jürgen Walter hat in vergleichbarer Weise die hessischen Positionen getragen und attackiert die Landesregierung konsequent an ihren Schwachstellen.

In der Landtagsfraktion haben trotz der Wahlergebnisse rund 25% neue und jüngere Abgeordnete einen Platz gefunden. Abgeordnete, die sich zusammenschließen, um gemeinsam am Hessenprofil der SPD zu arbeiten. Zentrale Bedeutung werden dabei die Bereiche Wirtschaftsraum Rhein-Main, demographischer Wandel und seine Auswirkungen auf die Infrastruktur in Hessen, die sich in Nordhessen und Teilen Mittelhessens anders darstellen als in Rhein-Main und Starkenburg, die Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie die Integrationsfragen haben müssen. Abgeordnete, die bereits jetzt einen anderen Diskussions- und Zusammenarbeitsstil pflegen. Eine wesentliche Ursache dafür ist sicherlich, dass die Zusammenarbeit nicht von innerparteilichen Durchsetzungsspielen einzelner Personen beseelt ist. Vielmehr ist das gemeinsame Ziel die Ablösung der Regierung Koch und damit das klare politische Bekenntnis, dass der politische Gegner nicht in den eigenen Reihen steht. Dies ist vielleicht die wichtigste Voraussetzung für einen gelungenen Neuanfang der hessischen SPD.

Thorsten Schäfer-Gümbel (33) ist seit 5. April 2003 Mitglied des Hessischen Landtags und stellvertretender Vorsitzender der südhessischen SPD

Jugendwahn in Niedersachsen

Von Jan Wagner, Cornelia Walter und Stephan Klecha

Nach der deutlichen Niederlage der niedersächsischen SPD im Februar 2003 beginnt die Partei, ihre Wunden zu lecken. Neben einer strukturellen Veränderung (Zukünftige Rolle des Landesverbands) steht zudem wieder einmal die Suche nach jungen Menschen ganz oben auf der Tagesordnung.

Die neuen, relativ jungen Regierungsfractionen haben die SPD aufgeschreckt: Von den 91 Abgeordneten der CDU im Niedersächsischen Landtag sind 10 jünger als 35 Jahre, einer davon, David McAllister, ist gar der Fraktionsvorsitzende. Ebenso hat die FDP mit Philipp Rößler einen Youngster an die Spitze ihrer Fraktion gewählt. Junge Union und Junge Liberale sind stolz darauf, dass viele der ihnen nun in Funktionen und Mandaten sind.

Niedersachsens Sozialdemokraten dagegen stehen, was die Alterstruktur ihrer Fraktion betrifft, vor einem personellen Scherbenhaufen: Das Durchschnittsalter der Landtagsfraktion deutlich über 50 Jahre, Personalreserven mit einer Perspektive von mehr als fünf Jahren eher dürftig. Bei der Aufstellung der Landesliste hat niemand über dieses Problem gesprochen. Zu jener Zeit war es offenbar wichtiger, altgedienten Landtagsabgeordneten ihre Wahlkreise und Listenplätze zu sichern.

Aber auch in der Partei sieht es nicht gerade rosig aus, was den Nachwuchs angeht: Heute sind weniger als acht Prozent der niedersächsischen Genossinnen und Genossen im Juso-Alter. Und es gibt mehr Mitglieder über 70 als unter 40 Jahren.

Gleiches auf der Bundesebene: Unter den 10 jüngsten Bundestagsabgeordneten nur einer mit SPD-Parteibuch, dazu ausgerechnet einer, der schon vor vier Jahren zu den jüngsten gehört hat, dafür unter den 10 ältesten Abgeordneten eine großes sozialdemokratisches Bataillon. Selbst der Koalitionspartner, oft als Ein-Generationen-Partei von den Genossen verhöhnt, ist im Jugendfieber, nicht nur Vorzeijugendliche Anna Lührmann, sondern auch Deutschlands jüngster Minister (Klaus Müller in Schleswig-Holstein) und Deutschlands wohl jüngster Parteivorstand (mit Omid Nouripour, Steffi Lemke und Katja Husen ist gleich die Hälfte jünger als 40 Jahre) deuten darauf hin, dass die Zeiten vorbei sind, in denen die Sozial-

demokraten ganz selbstverständlich schon deswegen die Zukunft zu besitzen glaubten, weil sie die Jugend auf ihrer Seite hatten. „Die Jugend“, so es sie je gab, hat der SPD in Niedersachsen zunächst einmal den Rücken gekehrt, die SPD ist bei den Landtagswahlen insbesondere von den Jung- und ErstwählerInnen verschmäht worden.

Das Problem der SPD, junge Leute für Ihre Arbeit zu gewinnen, ist keineswegs neu. Schon seit Jahrzehnten schafft es die SPD nicht mehr, jüngere Generationen zur Mitarbeit und noch weniger für eine Mitgliedschaft zu begeistern.

Make-Up-Creme für die alte Tante SPD

Wie reagiert die SPD nun auf das Jugendproblem adäquat: Die eine Strategie ist wohl als die „Netzwerkerstrategie“ zu bezeichnen. Alles, was irgendwie noch jung ist, ballt sich zusammen, meidet Konflikte untereinander oder gar mit der Parteispitze, sondern bastelt sich beharrlich den Weg nach oben. Dies geht solange gut, solange es Posten im Übermaß gibt. Solange dies mit Ministerbüros, Staatssekretärsposten, Referententätigkeiten in der Fraktion oder Mitarbeit für Abgeordnete der Karriereweg sanft abpolterbar ist, ist das kein Problem. In den Momenten, in denen die Partei in eine Krise gerät, es abwärts statt aufwärts geht, funktioniert dieser Mechanismus nicht mehr. Karrieren in der Politik sind halt nur bedingt und sehr eingeschränkt planbar.

Die zweite Strategie ist die „Personalentwicklungsstrategie“: Leute an die Entscheidungsträger ranführen, mit Mentoring die Angst vor den Gremien nehmen und mit Qualifizierung Basics im Politikgeschäft mitgeben. So löblich die Erfinder dieser Strategie an ihr gebastelt haben und sich die Erfolgskonzepte von Großunternehmen dabei zu eigen machen. Für das politische Geschäft und die aktuelle politische Lage sind sie nur bedingt geeignet. So ist ein Mentoringprogramm nur dann wirklich interessant, wenn man aufzeigen kann, dass Entscheidungen keine Hexerei sind und dass Gestalten von Politik Spaß macht. Dazu müssen aber die Entscheidungsstrukturen dieser Partei erstens wieder hergestellt werden und zweitens attraktiver werden.

In der Opposition sind die Gelegenheiten, Politik zu gestalten allerdings rar. Ganz im

Gegenteil zu den Erwartungen schränkt sich das Blickfeld hierdurch ein auf den kleinen Kreis der verschworenen Sozialdemokraten im Parlament, Ministerien haben die anderen und der Qualifizierungsgedanke ist eher naiv gedacht, denn real. Politik lernt man am besten in der politischen Auseinandersetzung und da müssen Nachwuchskräfte genauso rein wie alte Hasen.

Die Erzählung, dass ein Teil der wiedergewählten Landtagsabgeordneten vor der Landtagswahl noch nie eine Rede selber ausgearbeitet hat, sondern sich immer auf die Zuarbeit der Ministerien verlassen hat, zeigt unter politikwissenschaftlicher Betrachtung zwar wunderbar die Aktionseinheit aus Regierung und Mehrheitsfraktion auf, verweist aber auf ein wesentlich tiefer gelagertes Problem. Von wem sollen Mentees denn lernen, wie Politik verläuft, wenn die eigenen Leute unfähig sind, eine Rede zu schreiben, keine Wohltaten mehr auf ihre Wahlkreise verteilen können und dazu noch in der Wahrnehmung der Medien irgendwo zwischen Krabbenpulen in Ostfriesland und Käsewettessen am Harzrand auftauchen?

Ähnliches gilt bei den Qualifizierungsangeboten. Diese haben sich bei den Jusos und auch bei der SPD dadurch ausgezeichnet, dass Inhalt und Marketing meistens getrennt gelaufen sind. Rhetorikkurse finden reißenden Absatz, zu einem Seminar über die Internationalisierung der Wirtschaft und politischer Implikationen auf dem Arbeitsmarkt melden sich hingegen nur zwei, drei Unentwegte an. Innerhalb des Juso-Bezirks Hannover reagiert man hierauf mit einer neu zusammengestellten Grundlagenreihe aus Methodik und Inhalt. Ein Einklang von Methodenvermittlung und inhaltlichen Angeboten sowie eine neue Kultur der Bildungsarbeit bringen hier wohl den richtigen Ansatz, um die eigentliche politische Auseinandersetzung im Ortsverein, bei der Arbeit, im Sportverein, in der Kneipe, auf der Straße oder im Freundeskreis führen zu können.

Alternativen für Traditionalisten

Wie sonst auf das offensichtliche Problem reagieren? Erstens muss die Partei und ihre vorhandenen Potenziale die Fähigkeit zurückgewinnen, inhaltliche Debatten zu führen. Abseits der Positionspapiere aus Landesregierung und Landtagsfraktion gibt es einige Felder, in denen Landes- und Bundespolitik wieder neu diskutiert werden müssen, z.B.: Wie sollen sich die ökonomischen Strukturen des Landes der Schweine und Autos weiterentwickeln und modernisieren? Welche Alternativen in der Bildungs-

Jan Wagner, Diplom-Volkswirt, beschäftigt in Kassel

Cornelia Walter, Studentin der Betriebswirtschaft, studiert in Lüneburg

Stephan Klecha, Student der Sozialwissenschaft, lebt und studiert in Göttingen

litik ergeben sich, nachdem die CDU und die FDP in fünf Jahren einige schwer revidierbare Fakten geschaffen haben werden? An diesen und an anderen Fragen kann sich eine inhaltliche Diskussion, die vor allem die Türschwellen der SPD-Büros überschreiten muss, orientieren.

Zweitens braucht es einiger weniger, dafür umso griffigerer Formulierungen, Ideen, Perspektiven, die Sozialdemokraten umsetzen wollen und unter deren Dach sich inhaltliche Ideen bündeln können. Das Ganze dann zusammengebunden von Leitideen, die auf der Bundesebene zu gegebener Zeit kontroverser diskutiert werden sollten. Schröders Formulierung vom „Erhalt des europäischen Sozialmodells“ geht dabei schon in die richtige Richtung, muss aber konkreter werden und begrifflich mit einer Wendung ausgestattet werden, die vergleichbar dem „New Deal“ oder „mehr Demokratie wagen“ eingänglich auch für den letzten Zeitgenossen ist. Ergänzend dazu gehört auch noch eine kulturelle Klammer. Dabei sind es weder die schwarzen Hüte aus dem Sozialistengesetz noch die 68er Aufmachung oder das Absingen von Hannes-Wader-Platten, womit man dies erzwingen kann, sondern es braucht eine zeitgenössische Komponente.

Aus diesen Diskussionen heraus kann sich dann drittens eine neue Politikergeneration herauschälen. Dabei sind Jüngere, aber auch Ältere, für die Partei von außen zu gewinnen. Der Begriff Seiteneinsteiger ist in der SPD ja recht verpönt, aber wenn sich Leute wie den früheren Kulturstaatsminister Michael Naumann oder den Stuttgarter Abgeordneten Ernst-Ulrich von Weizsäcker auf

Seiten der Sozialdemokraten oder wie Ursula von der Leyen oder Reinhard Grindel bei der CDU ansieht, gelangt man zu einem anderen Typus von Seiteneinsteiger: Leute, die schon länger in der Partei sind, dort auch mal mehr, mal weniger aktiv waren und sind, werden für Spitzenämter gewonnen. Sie sind bekannt, sie haben vielleicht etwas weniger Stallgeruch, dafür riechen sie aber stärker nach der Tagesweide. Sie sind meistens robuster, weil sie länger draußen standen, sich mit anderen Alpha- und Beta-Tierchen unterhalten haben und so über ein außerhalb der Politik liegendes Ressourcenetz verfügen. Diese Leute gibt es in nahezu allen Alterskohorten in der SPD, freilich trendbedingt bei den Jüngeren etwas rarer gesät. Dennoch muss ihnen ein Angebot gemacht werden, dass sie ohne Ochsentour, Ausbildung in den Statuten der SPD und langwierigen Mentorenprogrammen einen Einstieg auf einer Ebene erhalten, der ihren Fähigkeiten adäquat ist.

Viertens fallen aber auch politische Talente nicht vom Himmel, sondern müssen zu einem großen Teil letztlich auch ausgebildet, geschult und herangeführt werden an größere Aufgaben. Früher nannte man das „Kadern“, auch wenn der Begriff verpönt ist, viel Richtiges steckt immer noch in diesem Konzept. Zielgerichtet müssen Juso- und Parteivorstände diejenigen ansprechen und erreichen, die das Potenzial haben einer politischen Debatte standzuhalten, die einen sozialen Hintergrund haben, der sie weitgehend unabhängig vom Politikgeschäft macht, und die eine längerfristige Perspektive in der Sozialdemokratie sehen. Sie müssen gefördert und gefordert werden.

Fünftens bleibt nur ein „Raus ins Feld“. Den jungen Leuten in der SPD kann man nur raten: Geht bei Sonne nach draußen und spielt mit Euren Freunden! Anstelle von Karriereschmieden am Reißbrett bleibt die soziale Verwurzelung die wohl wichtigste Ressource. Dazu gehört auch eine Berufswegplanung, die zielgerichtet ist auf den Beruf und nicht durch die Arbeit für, in und mit der Partei dauernd abgelenkt, beschädigt oder gar zerstört wird. Draußen, im Alltag findet weit mehr Politik statt als in der Eckkneipe, in der sich monatlich der SPD-Ortsvereinsvorstand trifft und nach zehn Bieren zu dem Schluss kommt, dass alles sowieso blödsinnig zu diskutieren ist, solange nicht die Müllverbrennung oder die Umgehungsstraße gebaut worden ist.

Wahn kommt die Flut?

Die nächsten Bundes- oder Landtagswahlen werden wohl weder mit einer Jahrhundertflut noch mit einem Jugendwahn in einer älter werdenden Gesellschaft gewonnen werden können, sondern nur mit der systematischen Rekonstruktion der Sozialdemokratie. Der programmatischen Auseinandersetzung über Alltagsentscheidungen vom Schlage der Agenda 2010 hinaus kommt dabei letztlich die Schlüsselfunktion zu. In Zeiten ausgedehnter Programmdebatten liegt ein großes Reservoir an politischen Treibstoff, der in diesen Tagen den Sozialdemokraten auszugehen scheint. Gelingt es diesen Treibstoff wieder in den Motor zu führen und den Wagen zum Laufen zu bringen dann klappt's auf mittlere Sicht auch wieder mit der Jugend.

Forum DL21

Große Koalition als Dauerbündnis

Bremen als Modell für eine Politik der Mitte?

Von Joachim Schuster

Was kaum für möglich gehalten wurde, glückte am 25.5.2003. Die Bremer SPD konnte die Serie desaströser Wahlniederlagen brechen. Es gelang, sich vom Bundestrend abzukoppeln. Mit 42,35 % der Stimmen konnte sich die SPD als stärkste Kraft im kleinsten Bundesland behaupten und verlor gegenüber der Bürgerschaftswahl 1999 gerade einmal

0,21%. In der Stadt Bremen konnte die SPD gegenüber 1999 sogar knapp zulegen und verfehlte knapp die absolute Mehrheit der Sitze in der Stadtbürgerschaft (s. Info-Kasten). In Bremerhaven allerdings verlor die Partei knapp 5%. Aber auch hier wurden dafür eher kommunale als bundespolitische Gründe verantwortlich gemacht.



Die CDU war der große Wahlverlierer. Nach acht Jahren großer Koalition sackte die Partei mit einem Verlust von mehr als 8% wieder unter die 30-Prozentmarke. Die Grü-

nen legten um vier Prozent zu und erreichten mit gut 13% wieder ihre Stärke zurück, die sie vor der letzten Bürgerschaftswahl 1999 hatten. Über die Bremerhavener Abgeordneten ist wieder ein Abgeordneter der DVU ins Parlament eingezogen. Ebenso gelang es der FDP auf diesem Wege wieder mit einem Abgeordneten vertreten zu sein. Die DVU ist in Bremerhaven inzwischen zu einem etablierten Faktor geworden, erreichte dort 7,1% der Stimmen und damit seit 1987 zum fünften Mal den Einzug ins Parlament. In Bremen hat die DVU dagegen mit 1,39% die Fünf-Prozent-Hürde klar verfehlt. Aber es muss auch hier zu denken geben, das die Schill-Partei in Bremen aus dem Stand 4,25% und in Bremerhaven 4,81% erreicht hat. Der rechte Rand des Wählerspektrums hat eine erhebliche Breite gewonnen. Die Bremer Wahl war vor allem eine Scherf-Wahl. Der insgesamt weitgehend inhaltsleere Wahlkampf der Bremer SPD setzte voll auf den überaus populären Senatspräsidenten. Gleichzeitig wurde erfolgreich versucht, die Bundespolitik auszublenden. Bundeskanzler Schröder weilte während des Wahlkampfes zwar in Bremen aber unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Strategie ist aufgegangen. Bestimmend für das Wahlergebnis waren innerbremische Angelegenheiten. Eine Trendwende für den Bund lässt sich aus dem Ergebnis nicht ableiten. Mit der Focussierung auf Scherf war zugleich eine Vorentscheidung für die in der SPD in ihrer Mehrheit eigentlich abgelehnte große Koalition getroffen. Der amtierende Senatspräsident hat immer wieder klar gestellt, dass er nur für eine große Koalition zur Verfügung steht. Scherf konnte es sich sogar leisten, den Wählern mit Rücktritt zu drohen. In den letzten 10 Tagen des Wahlkampfes lies Scherf keine Gelegenheit aus, zu betonen, dass er nur weiter zur Verfügung stehen und die große Koalition fortführen werde, wenn die SPD die stärkste Partei wird. Zwischenzeitlich hatte es öffentliche Spekulationen darüber gegeben, dass die CDU Scherf anbieten würde, weiter den Senat zu führen, falls die SPD nur zweitstärkste Kraft wird. Insgesamt hat dies zu der paradoxen Situation geführt, dass die CDU unausgesprochen als Wahlziel definiert hat, zweitstärkste Partei hinter der SPD zu bleiben. Denn nur dies sicherte die Regierungsbeteiligung. Eine Alleinregierung der CDU war ebenso ausgeschlossen wie eine Regierungsmehrheit mit der FDP. Und auch Schwarz-Grün war angesichts der klaren Koalitionsaussage der Grünen zugunsten der SPD keine Option. Umgekehrt wurde aber auch Rot-Grün in dieser Konstellation nur eine Option im Falle einer Wahlniederlage der SPD. Kommentatoren der Lokalpresse fasten diese Paradoxie treffend zusammen. „Wer Rot-Grün will, muss CDU wählen.“ Die Euphorie in der SPD nach dem Wahlsieg die politischen Inhalte der kommenden Le-

gislaturperiode bestimmen zu können und in wichtigen Fragen – etwa der Bildungspolitik – grundlegende Korrekturen vornehmen zu können, ist schnell verfliegen. Unter der Regie von Scherf wurde in kürzester Zeit eine erneute große Koalition installiert, wobei erhebliche inhaltliche Zugeständnisse an die CDU gemacht wurden. Scherf und die SPD sind in die Falle geraten, sich bedingungslos auf eine große Koalition zu fixieren. Die Option Rot-Grün hätte bedeutet: Rücktritt von Scherf, anschließend eine Führungskrise der SPD mit ungewissen Ausgang und einer breiten Kampagne in Bremen gegen den Wahlbetrug der SPD. Gerade angesichts der extrem schwierigen Haushaltslage des Zwei-Städte-Staates konnte dies nicht als verantwortbare Perspektive gelten. Die Große Koalition geht nun in ihre dritte Legislaturperiode. Der Wahlsieger SPD hat in den Koalitionsverhandlungen Federn gelassen und wird von manchem als Verlierer betrachtet. Ohne die katastrophale Finanzlage Bremens ist diese Entwicklung nicht zu erklären. Bremens extreme Haushaltsnotlage wurde schon 1992 vom Bundesverfassungsgericht höchstrichterlich festgestellt. Daraufhin wurden umfangreiche Sanierungsprogramme aufgelegt. Bremen erhielt Sanierungshilfen vom Bund in Höhe von etwa 8,5 Mrd. Euro, verteilt über 11 Jahre. Aber nach wie vor sind die Finanzprobleme ungelöst. Investitionen werden in Bremen ohnehin ausschließlich über Schulden finanziert. Aber auch im sogenannten konsumtiven Haushalt klafft eine Lücke von zur Zeit 650 Millionen Euro jährlich, wenn die Sanierungshilfen des Bundes rechnerisch ausgeklammert werden. Die Sanierungszahlungen laufen im Jahr 2004 aus. Ohne erneute Sanierungshilfen müssten dann etwa 20% der laufenden Ausgaben durch Kreditaufnahme finanziert werden. Trotz erheblicher Eigenanstrengungen – die Ausgabenzuwachsrate Bremens liegt seit Jahren unter der anderer Bundesländer und vergleichbarer Großstädte, das Tafelsilber ist weitgehend verkauft, im Abbau der Beschäftigung im öffentlichen Dienst ist Bremen unangefochtener Spitzenreiter in Deutschland – gelingt es nicht, das Defizit abzubauen. Verantwortlich ist dafür vor allem die schlechte Einnahmeentwicklung. Die jeweiligen Sanierungsprogramme bauten auf Einnahmeerwartungen auf, die auf den jeweils gültigen bundesweiten Steuerschätzungen beruhten. Der im Vergleich zu den Prognosen schlechtere Konjunkturver-

lauf aber auch vielfältige Steuergesetzänderungen führten aber dazu, dass die Einnahmen nicht stiegen sondern stagnierten und zum Teil sogar sanken. Und gleichzeitig wirkt der in strukturschwachen Gebieten bekannte Teufelskreis. Die schlechte Arbeitsmarktlage schlägt durch steigende Sozialhilfeausgaben auf den kommunalen Haushalt durch und verschärft die Probleme.

Bemerkenswert ist, dass Bremen auch oder sogar gerade in der Großen Koalition versucht, mit seiner Sanierungspolitik unter dem Motto „Sparen

und Investieren“ die wenigen verbliebenen politischen Handlungsspielräume offensiv zu nutzen und zu erweitern. Sparen und Investieren heißt, einerseits die Ausgaben unter Ausnutzung verschiedenster Instrumente möglichst zu reduzieren bzw. zumindest nur sehr

verhalten steigen zu lassen. Andererseits sollen aber durch eine reale Erhöhung der öffentlichen Investitionsquote die Ursachen für die schlechte Finanzlage beseitigt werden. D.h. Investitionen zur Förderung und Gestaltung des ökonomischen Strukturwandel wie auch zur Beeinflussung der Einwohnerentwicklung sollen gestärkt werden. Damit versucht Bremen sich im Rahmen der begrenzten Handlungsspielräume des Landes eben nicht pro- sondern antizyklisch zu verhalten.

Die in einer solchen Konstellation notwendigen politischen Maßnahmen erfordern ein möglichst breites politisches und vor allem gesellschaftliches Bündnis. Anders sind die angesichts der sehr begrenzten Handlungsspielräume der Kommunen aber auch der Länder durch die Haushaltslage erzwungenen drastischen Sparmaßnahmen politisch nicht durchsetzbar. Deshalb ist die große Koalition eine durchaus rationale politische Option für Bremen. Und auch die Politik der Grünen zeigt, dass auch die Opposition zwar in vielen Detailfragen andere Lösungen anstrebt, allerdings die Grundlinie der Regierung nicht anzweifelt.

Die Situation Bremens hat aber eine weitere Dimension. Häufig ist zu hören, der Zwei-Städte-Staat sei eben als eigenständiges Bundesland nicht lebensfähig. Dementsprechend wäre eine Länderneugliederung die Lösung. Diese Argumentation ist finanzpolitischer Unsinn, denn im Grundsatz ist Bremen mit den gleichen Finanzproblemen konfrontiert, wie fast alle Großstädte und auch viele Bundesländer in Deutschland. Verschärfend wirken in Bremen lediglich die aus der Vergangenheit aufgehäuften vor al-

lem ökonomischen Strukturprobleme. Aber diese würden auch nach einer Länderneugliederung weiter bestehen.

Die finanziellen Probleme Bremens aber auch der anderen deutschen Großstädte und vieler Bundesländer sind nicht hausgemacht. Sicherlich ist es richtig, dass in allen Kommunen und Ländern häufig auch sinnlos Geld ausgegeben wird. Und es ebenso richtig, die betroffenen Gebietskörperschaften anzuhalten, diese Ineffizienzen abzubauen. Genauso richtig ist es aber auch, dass die Erfüllung öffentlicher Aufgaben solide öffentliche Finanzen erfordert. Aber dieses ist zur Zeit nicht mehr gewährleistet.

Finanzpolitik ist heute in Deutschland vor allem auf die Reduzierung öffentlicher Ausgaben und die Senkung von Steuern und Abgaben ausgerichtet. Eine rationale De-

batte über den Sinn öffentlicher Ausgaben und in der Konsequenz dann auch über ihre angemessene Finanzierung findet nicht statt. Es wird inzwischen bewusst, welche negativen Auswirkungen eine solche neoliberale Finanzpolitik auf die Konjunkturerwicklung hat. Es muss noch ins Bewusstsein gerückt werden, welche negative Wirkung dies auf die Finanzausstattung der Kommunen und Länder hat. Unterfinanzierte Kommunen und Länder werden langfristig schmerzhaft Folgen nach sich ziehen, wenn beispielsweise die notwendigen Ausgaben ins Bildungssystem oder Bereichen der Daseinsvorsorge nicht mehr geleistet werden können.

In der Überschrift habe ich die Frage aufgeworfen, ob Bremen ein Modell für eine Politik der Mitte sein kann. Die Frage ist mit Nein

zu beantworten. Die bremische Politik ist dem Zwang der Verhältnisse in einem Haushaltsnotlageland entsprungen. Für diese Verhältnisse ist diese Politik durchaus vorbildlich, versucht sie doch Handlungsspielräume – so bescheiden wie sie auch sind – auszunutzen. Aber insgesamt verweist die Lage wie auch die Politik Bremens auf die Notwendigkeit eines finanzpolitischen Paradigmenwechsels auf der Bundesebene. Nicht Haushaltskonsolidierung und Senkung der Abgabenbelastung der Bürger dürfen die zentralen Ziele der Finanzpolitik sein, sondern die solide Finanzierung der als gesellschaftlich notwendig erachteten öffentlichen Aufgaben muss zur Leitlinie der Finanzpolitik werden. Dies schließt eine Neuordnung der föderalen Finanzverfassung ein.

Forum DL21

Die Agenda unserer Generation: Frieden. Leben. Solidarität

Juso-Bundeskongress 2003

Von Björn Böhning, Kai Burmeister und Tobias Gombert

Vom 09.-11. Mai hat in Bremen der Juso-Bundeskongress stattgefunden. Als Wahlkongress hat er die inhaltliche Initiative „Die Agenda unserer Generation: Frieden. Leben. Solidarität“ auf den Weg gebracht und einen neuen Bundesvorstand gewählt. Die neue Geschlossenheit bei allen inhaltlichen und personalen Entscheidungen hat ein deutliches Signal gesetzt. Die politische Großwetterlage bestimmte auch die wesentlichen Debatten: Die Agenda 2010, der Krieg im Irak bzw. die internationale Friedens- und Entwicklungspolitik und das Thema Berufsorientierung waren die wesentlichen Debatten. Auch die eigene Arbeit soll erneuert und professionalisiert werden: Unter dem Titel „Wegen Umbaus geöffnet“ wollen die Jusos durch drei Umbauprojekte (Berufsorientierung, Chancengleichheit und Globalisierung) eine breitere Einbindung des Verbandes organisieren.

Agenda 2010 auf dem Holzweg

Selten hat „die“ junge Generation in der Diskussion so gehäuft als moralisches Argument herhalten müssen, wie in der um die Agenda 2010. PolitikerInnen aller Couleur

setzen sich an die Spitze der Reformwilligen, um der nächsten Generation den Sozialstaat zu erhalten. So zumindest lautet die Devise, wenn es um Sparpolitik und Privatisierung sozialer Risiken über kapitaldeckende Verfahren in den Sozialversicherungssystemen geht. Dass die „junge Generation“, in deren Namen diese Reformen durchgeführt werden sollen das in weiten Teilen anders einschätzt und sich für solidarische Reformen einsetzt, hat auch der Juso-Bundeskongress deutlich gemacht. Die Kritik hat dabei sowohl an der falschen ökonomischen Analyse angesetzt als auch an der Kritik der in der Agenda genannten Instrumente.

Die Jusos haben – wie weite Teile der Partei – die Beibehaltung des paritätischen bezahlten Krankengeldes, die deutliche Erhöhung des zusammengelegten Arbeitslosengeldes II und die Einführung einer branchen-, tarifvertragdifferenzierenden und wertschöpfungsorientierten Umlagefinanzierung für nicht ausbildende Betriebe gefordert.

Anders als in der Agenda 2010 behauptet geht es darum, gesellschaftliche Arbeitsfelder frühzeitig zu stützen, vor allem im sozi-

alen und ökologischen Bereich. Ohne eine aktive und eingreifende Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik wird das nicht gehen. Die Jusos haben mit ihrem Antrag „Zukunft der Sozialdemokratie“ Schritte für eine solche weitgehendere Reform genannt und Instrumente entwickelt. Diese Konzepte müssen nun für den ordentlichen Bundesparteitag aufgearbeitet werden. Der mit breiter Mehrheit beschlossene Antrag verbindet dabei inhaltliche und strategische Vorschläge für die Erneuerung der SPD. Sowohl die Debatte mit Olaf Scholz als auch mit Franz Müntefering haben die generelle Kritik an der Agenda 2010 deutlich werden lassen und unsere Alternativen, die „Agenda unserer Generation“, benannt.

Umbauprojekt: Berufsorientierung

Die Phase beruflicher Orientierung ist eine entscheidende Übergangsphase im Lebenslauf, in der sich spätere Zukunftschancen entscheiden. Die Schnittstelle zwischen Bildungssystem und Berufseinstieg ist es, die zunehmend höhere Anforderung an die Gestaltungskompetenz und Bewältigungsleistung Jugendlicher stellt. Durch unsichere Erwerbsbiografien wird der Druck auf den einzelnen Jugendlichen, frühzeitig die eigene Karriere zu planen, immer größer. Dies geschieht ohne adäquate Unterstützungs- und Orientierungsleistungen. Schule und

Lehrkräfte sind dazu häufig nicht in der Lage; gleiches gilt für die Eltern, auch die Berufsberatungen des Arbeitsamtes leisten nur einen geringen Beitrag. An der Hochschule werden Beratungsleistungen gekürzt, während viele ProfessorInnen ihrem Beratungsauftrag nicht nachkommen.

Mit der Ausdifferenzierung jugendlicher Milieus haben sich auch die Lebensläufe und Erwerbsbiographien junger Menschen gewandelt. Traditionelle Berufseinstiegs-muster werden abgelöst durch Übergänge, die zunehmend gebrochen verlaufen. Wie und mit welchen Mitteln diese Übergänge gemeistert werden, ist in höchstem Maße unterschiedlich.

Die bisherigen sozialen Sicherungssysteme sind auf diese Situation kaum zugeschnitten. Der auf diesem Bundeskongress beschlossene Antrag entwickelt erste Vorschläge dazu, die mangelnden sozialstaatlichen Unterstützungs- und Hilfeleistungen in Bezug auf die Lebenslauf- und Berufsorientierung zu beseitigen. Voraussetzung dafür ist ein modernes Staatsverständnis, das sich durch Unterstützung, Begleitung, Förderung und Absicherung auszeichnet.

Nur wenn eine sozialistische Strategie die Binnendifferenzierung aufbricht, hat sie auch eine Chance, auf Dauer die Klassenlage anzugehen und eine neue Solidarität aufzubauen. Berufsorientierung muss Teil eines solchen Konzeptes sein, weil sie allen Jugendlichen dazu verhelfen soll, sich selbstständig und solidarisch nach ihren eigenen Interessen in die Gesellschaft einzubringen, sei es beruflich oder im gesellschaftlichen Leben. Das ändert zunächst nichts an der Krise kapitalistischer Produktion oder an den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen. Es ist aber Voraussetzung, Strategien für neue Kräftekonstellationen aufzubauen. Das kann nur funktionieren, wenn wir den sozialen Raum, die Möglichkeiten des und der Einzelnen sich zu orientieren, mit einer Arbeitsmarktreform, mit gesellschaftlicher Umverteilung verbinden. Berufsorientierung heißt, die ersten Schritte für diese Umverteilung (Arbeitsversicherung, Ausweitung der Sozialversicherungssysteme für alle, Verhinderung des Abbaus des Sozialstaats, Umverteilung von Arbeit, Wertschöpfungsbesteuerung, Demokratisierungsprozesse etc.) genau so umsetzen, wie den Einzelnen die Möglichkeit zu geben, sich in den Prozess dieser Reformen einzubringen.

In den kommenden Monaten werden die Jusos an dieser inhaltlichen Leitlinie weiterarbeiten und konkrete Reformvorschläge (z.B. zur Reform des BBiG, der Ausbildungsplatzumlage etc.) vorlegen. Ziel ist es auch, mit neuen Anspracheformen zu versuchen, die Bündnisarbeit mit Gewerkschaften und Auszubildenden zu intensivieren und damit in einem klassisch sozialdemokratischen Milieu wieder stärker zu wirken.

Umbauprojekt Globalisierung

Ein besonderer Höhepunkt des Bundeskongresses war die inhaltliche Vorbereitung des diesjährigen IUSY-Festivals und mit ihr die Frage internationaler Politik. Sowohl die kritische Begleitung der EU-Verfassung als auch die Frage internationaler ziviler Friedenspolitik stand auf dem Programm. Auf dem Bundeskongress wurde zudem eine GATS-Kampagne gestartet, die einen Beitrag zur Verhinderung der Ausweitung des GATS leisten soll. Bis zum Bundeskongress 2004 soll zudem eine Debatte geführt werden, in der die Positionen zur europäischen Sicherheitsstrategie weiterentwickelt werden und die Rolle Europas als friedenspolitischer Akteur abgeschätzt werden soll.

Die neue Juso-Einigheit

Wer Juso-Bundeskongresse kennt, wird direkt an tief bis in die Nacht gehende Antragsberatungen, persönliche Erklärungen, Geschäftsordnungsanträge, Verratstheorien und Selbstzerfleischung denken. Der diesjährige Juso-Bundeskongress hat diesem Bild eine weitgehend konstruktive Atmosphäre und eine große Geschlossenheit in inhaltlichen und personellen Fragen entgegengesetzt. So wurde nicht nur das Bundesarbeitsprogramm einstimmig beschlossen, sondern auch der Vorstand konsensual gewählt.

Schon im Frühjahr hatten einige sozialistische Verbandslinken mit dem Papier „Politik der nächsten Generation“ (siehe spw 130/131) einen Diskussionsprozess um eine inhaltliche aber auch organisatorische Neuorientierung der Jusos in Gang gesetzt. Im Mittelpunkt steht dabei, die Modernisierung der Anspracheformen wie der Zielgruppenarbeit insgesamt auf der einen Seite, sowie die Formulierung eines solidarischen Generationenprojekts auf sozialstaatlicher, ökonomischer und kultureller Ebene auf der anderen Seite. Der Bundeskongress hat gezeigt, dass dieser Diskurs fortgesetzt werden soll. Es wird sich zeigen, ob der Verband nun in der Lage ist, eine gemeinsame Identität auf



Basis gemeinsamer sozialistischer Zielvorstellungen zu entwickeln. Eine entscheidende Komponente dafür wird die geplanten Neuaufstellung der Bildungs- und Qualifizierungsarbeit sein. Die zweite Grundlage muss eine inhaltlich-strategische Kampagne des Bundesverbandes sein, an die die Bezirke und Landesverbände andocken können (und müssen), und in die sich die Aktiven vor Ort mit Aktionen und Inhalten einbringen können. Nur wenn es den Jusos jetzt gelingt, die neue Geschlossenheit auch für eine Erneuerung der Kampagnenfähigkeit zu nutzen, werden sie zukünftig einen inhaltlichen Beitrag zum sozialdemokratischen Generationenaufbau leisten können. Gleichzeitig erscheint es auch notwendig – angesichts der Zersplitterung der sozialdemokratischen Linken – ein „neues Selbstbewusstsein“ als Juso-Verband an den Tag zu legen. Ein höheres Maß an Eigenständigkeit, sei es in medialer Inszenierung oder beim Agieren innerhalb der Partei, ist für die Darstellung der Jusos gegenüber der SPD und Bündnispartnern, aber auch für die politische Einbringung in die zentralen Themenfelder unerlässlich. Dies gilt auch und gerade für die Auseinandersetzung vor und auf dem kommenden Parteitag, bei dem die Jusos eine eigenständige Positionierung zur Generationen-debatte vorlegen werden. Klar ist, dass die Wahrscheinlichkeit dafür eine gute Grundlage gelegt zu haben, mit diesem Bundeskongress wesentlich erhöht worden ist.

Politik für Menschen

Anstöße auf dem Ökumenischen Kirchentag (ÖKT) in Berlin.

Von Bernd Höpken

„Ihr sollt ein Segen sein“ – fünf Tage lang kamen auf dem ersten ÖKT in der Geschichte über 200.000 Dauerteilnehmer unter diesem Motto zusammen, um die Spaltung zwischen den Kirchen (evangelisch/katholisch/orthodox) durch gemeinsames Tun zu überwinden.

Kanzler Schröder reagierte bei seinem Auftritt auf die globalisierungskritischen, sozialen und ökologischen Töne seiner Vorredner mit einer spontanen Änderung seines Manuskripts, ließ in seiner Rede die Agenda 2010 vorsichtshalber ganz weg und hob stattdessen die Erfolge seiner Regierung in Sachen Frieden, Entschuldung der Dritten Welt und Klimaschutz hervor. So war ihm der Beifall der Kirchentagsteilnehmer schon bei der Eröffnungsveranstaltung vor dem Brandenburger Tor sicher. Sein bekanntes populistisches Konzept ging auf: Linke Reden halten – rechte Politik machen. Die Gegenleistung der Kirchenbosse kam prompt. Lehmann und Kock sicherten ihm Unterstützung beim „Umbau des Sozialstaats in Deutschland“ zu, ohne die Ergebnisse des Kirchentags abzuwarten und sich um den Inhalt des von ihren Kirchen eigenhändig 1997 verabschiedeten Sozialpapiers „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ zu kümmern, das immerhin eine Option für die Armen enthält und der Agenda 2010 diametral widerspricht.

Ganz anders der katholische Sozialethiker und Leiter des Oswald von Nell-Breuning Instituts Prof. Friedhelm Hengsbach. „Diejenigen, die den Text der Agenda 2010 geschrieben haben, respektieren nicht die Würde von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, weil sie diese verdächtigen, sie seien nicht arbeitswillig oder nicht arbeitsfähig, sie würden eine zügige und wirksame Vermittlung unterlaufen. Die Vorwürfe des Sozialmissbrauchs sind inzwischen von den Stammtischen an den Kabinetttisch übergeschwappt. Um den Arbeitsverweigerern Beine zu machen, werden ihnen die Sozialleistungen gekürzt, obwohl auch den politischen Entscheidungsträgern klar ist, dass dadurch keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen werden“, so Hengsbach auf dem Forum „Menschliche Würde, Lebenssinn und Arbeitswelt“.

Als Verletzung der Menschenwürde heute sieht Hengsbach eine nicht angemessene Entlohnung, worunter heute bereits ein Fünftel der Erwerbstätigen falle. Das zeige sich in den sogenannten Billigjobs, in den Gehalts-Differenzen zwischen Managern und Supermarktkassiererinnen, in den unterschiedlichen Durchschnittslöhnen zwischen Industrie und Dienstleistungssektor. Der Jesuit nahm sich auch seine eigene Kirche vor, die gewerkschaftliche Arbeit ihrer eigenen Mitarbeiter behindere und arbeitsrechtliche Vorschriften missachte, eine Verletzung der Menschenwürde im eigenen Haus.

Er schloss seine Ausführungen mit der Anklage: „Eine Gesellschaft, die für ältere Erwerbstätige das Rentenzugangsalter erhöht, während nur noch 50 % der Unternehmen Belegschaftsmitglieder über 50 Jahren halten, und gleichzeitig siebzigtausend Jugendliche in die Arbeitslosigkeit entlässt, nachdem sie gerade die Hauptschule verlassen haben, achtet nicht das Recht auf Arbeit als unveräußerliches Menschenrecht“.

Auf dem Forum „Der europäische Weg – Herausforderungen an die Sozialpolitik“ in der Deutschlandhalle erklärte Hengsbach, dass trotz Sozialcharta die Sozialpolitik in der Europäischen Union ein Anhängsel der Wirtschaftspolitik sei und sofort mit einer „sozialen Schiefelage“ begann. „Gegenüber den Funktionsregeln und Machtverhältnissen einer kapitalistischen Wirtschaft gelten demokratische Grundwerte, bürgerliche, soziale und politische Menschenrechte als nachrangig“, so wörtlich der katholische Sozialethiker.

Die politischen Entscheidungsträger reagierten auf die sozio-ökonomische Krise, in dem sie Mega-Trends wie etwa die Globalisierung dafür verantwortlich machten. Dabei sei die Europäische Union nicht Opfer des globalen Konkurrenzkampfs, sondern dessen treibender Motor. „So wird auf den Regierungskonferenzen die gemeinsame Absicht formuliert, Europa in zehn Jahren zur leistungsfähigsten Region der Welt zu machen. Als weiterer Mega-Trend wird die demographische Entwicklung genannt.



Dabei hängt die wirtschaftliche Leistungskraft einer Region nicht von der biologischen Zusammensetzung der Bevölkerung ab, sondern von den Wachstums- und Gewinnerwartungen sowie den Investitionen, dem Grad der Beschäftigung und der Produktivität“, so die Analyse von Hengsbach. „Die zweite Reaktionsform ist die Demontage des Sozialstaats, die unter einem irreführenden Etikett als soziale Reform bzw. Modernisierung propagiert wird. Ihr hervorstechendes Merkmal besteht darin, dass gesellschaftliche Risiken einzelnen Bürgerinnen und Bürgern zugerechnet, individualisiert werden. Außerdem nötig man sie, diese Risiken nicht weiterhin solidarisch, sondern mehr und mehr privat abzusichern. Und schließlich werden soziale Grundrechte in marktwirtschaftliche Tauschbeziehungen transformiert: Sozialleistungen, die bisher staatlich garantiert waren, sollen nur diejenigen erhalten, die vorweg eigene Leistungen erbringen“, so Hengsbach.

Nach der Maxime „best practices“ werde die Sozialpolitik übernommen, die sich als „billigste Praxis“ herum gesprochen hat. „Es ist eine Praxis, die den öffentlichen Haushalten Ausgaben erspart, nachdem der Staat durch Steuersenkungen sich selbst arm gemacht und die privaten Haushalte bereichert hat“, so wörtlich Hengsbach.

Die Lösungsvorschläge zur Behebung der sozio-ökonomischen Herausforderungen blieben leider auch bei Hengsbach sehr allgemein. Er nannte eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik mit dem Ziel eines hohen Beschäftigungsgrades, die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme nicht nur durch Beiträge, sondern auch durch Steuern sowie der Einbeziehung aller in der Gesellschaft erzielten Einkommen, also auch aus Vermögen, Vermietung, Verpachtung sowie Gewinnen.

Welch traurige Rolle gerade die Medien in dieser Sozialabbau-Euphorie spielen, wurde etwas klarer in dem Forum „Meinungsfrei-

heit – Freiheit, die wir meinen“. Die kritischen Anmerkungen von Prof. Michael Rutz – Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“ – zur Medienfreiheit im eigenen Land brachten einiges zu Tage. Er führt die unangefochtene Rolle des Medienstars Gerhard Schröder u. a. auf menschliche Schwächen der Journalisten zurück, die ihn noch aus gemeinsamen Zeiten kennen.

Als weitere Gründe für die bedrohte Meinungsfreiheit in Deutschland nannte Rutz den Zwang

- zur neuen Nachricht – „Verteilungsgerechtigkeit“, „soziale Gerechtigkeit“ sind

langweilig, „Neue Gerechtigkeit“ ist besser

- zum Skandaljournalismus – Drogenspuren in Bundestagstoiletten (darüber diskutierten Ulrich Meyer von Sat1 und Wolfgang Thierse) sind interessanter als Steuerpolitik
- zur Bedienung von Emotionen.

Oskar Lafontaine kam leider nur auf einer Veranstaltung zum Thema „Politik zwischen Popularität und Populismus“ zu Wort – und das nur in Form eines recht schwachen Interviews von Robert Leicht (Die Zeit). Er hätte klarer als viele andere darstellen können, dass Kürzun-

gen von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Löhnen die Nachfrage schwächen mit der Folge rückläufiger Produktion, Entlassungen, Erhöhung der Arbeitslosigkeit, Rückgang der Einnahmen für Steuern und Sozialsysteme.

Der ÖKT war ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Einheit der Konfessionen. Mit der Gerechtigkeitsfrage im Inland hat er sich nur wenig befasst – es gab immerhin über 3.000 Veranstaltungen. Mehr im Vordergrund stand die globale Gerechtigkeit – verständlich angesichts des für uns unvorstellbaren Wohlstandsgefälles gegenüber der 2., 3. und 4. Welt.

Forum DL21

Gesundheitsreform muss am Arbeitsplatz beginnen

Von Klaus Pickshaus

„Vorbeugen statt zuzahlen“ – unter dieser Überschrift steht eine Argumentations- und Handlungshilfe, die die IG Metall in der Reihe ihrer Gesundheitsschutz-Tipps für den Arbeitsplatz im Juni 2003 in sehr hoher Auflage den Akteuren in den Betrieben und Selbstverwaltungen übermittelte.

Nach Auffassung der IG Metall geht die Debatte der letzten Monate zur Gesundheitsreform am Ziel vorbei. Denn notwendig wäre eine echte Reform auf solidarischer Grundlage mit dem Ziel, Gesundheitssicherung und Krankenversorgung qualitativ zu verbessern und effizienter zu gestalten. Hierzu hat der Vorstand der IG Metall im März 2003 eigene Reformvorschläge entwickelt.

Stattdessen wird aber derzeit die kritische Lage der Gesetzlichen Krankenversicherung ausgenutzt, um weitere Lasten auf die versicherten Beschäftigten zu verschieben. Aktuell werden milliardenschwere Streichlisten für den GKV-Leistungskatalog diskutiert, unter anderem sollen die Versicherten künftig rund sieben Mrd. Euro Krankengeldleistungen privat aufbringen. Dies entspräche einer einprozentigen Lohnkürzung, zusätzlich zu den 10 Mrd. Euro, die die Versicherten bislang schon jährlich an Zuzahlungen leisten müssen. Derartige „Reformvorschläge“ höhlen das ohnehin beschädigte Prinzip der paritätischen Finanzierung des Gesundheitswesens weiterhin aus und verstärken die soziale Ungleichheit, anstatt einer wirklichen Modernisierung des Gesundheitssystems zu dienen.

Zentraler Reformbedarf: Mehr Prävention

Völlig unterbelichtet in der Reformdebatte bleiben die Potenziale der Prävention und der Gesundheitsförderung. Die Gewerkschaften fordern seit langem, dass Prävention gesellschaftlich den gleichen Stellenwert erhalten muss wie die medizinische Versorgung. Der Sachverständigenrat des Gesundheitsministeriums hat in seinem Gutachten von 2000/2001 darauf hingewiesen, dass sich rund 25 bis 30 Prozent der heutigen Gesundheitsausgaben durch langfristige Prävention vermeiden ließen (Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Gutachten 2000/2001, Punkt 18). Dieses enorme Potenzial, das speziell in der Vorbeugung bekannter und in beträchtlichem Maße auf arbeitsbedingte Belastungen zurück zu führender Volkskrankheiten liegt, wird nicht ausgeschöpft. Eine Studie des BKK-Teams Gesundheit im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) hat 2002 erstmals die Kosten arbeitsbedingter Erkrankungen in Deutschland belegt: 28,4 Mrd. Euro jährlich, und das ohne die Kosten für Frühverrentung. Davon sind 13,5 Mrd. Euro sogenannte indirekte Kosten, die durch krankheitsbedingten Produktionsausfall entstehen. Das größere finanzielle Belastungsvolumen von 14,9 Mrd. Euro entsteht allerdings durch die direkten Behandlungskosten, die die Krankenkassen übernehmen müssen. Insgesamt sind die volkswirtschaftlichen Verluste durch arbeitsbedingte Er-



krankungen jedoch noch höher zu veranschlagen, denn in die genannten Zahlen nicht eingerechnet sind Folgekosten, die durch Frühverrentungen und vorzeitige Sterblichkeit entstehen. Ende 2003 liegen vom BKK-Team Gesundheit auch hierzu Berechnungen vor.

Da ein beträchtlicher Anteil der Krankheitskosten durch arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren – und damit im unmittelbaren Verantwortungsbereich der Unternehmer – entsteht, sollte nach Auffassung der IG Metall eine „Gesundheits-Abgabe“ für mehr Ausgewogenheit in der Gesundheitssicherung sorgen. Gegen den derzeitigen Mainstream, aber basierend auf den genannten Berechnungen fordert die IG Metall: Arbeitgeber sollten in Zukunft wenigstens in der Höhe belastet werden, wie die Versicherten gegenwärtig alleine für Arzneimittel und Krankenhausbehandlung Zuzahlungen leisten müssen – insgesamt 2,4 Mrd. Euro jährlich. Diese „Gesundheits-Abgabe“ wird zweckgebunden ausschließlich in das unterfinanzierte Aufgabenfeld der betrieblichen Gesundheitsförderung fließen. Lassen sich durch präventive Maßnahmen die Folgekosten arbeitsbedingter Erkrankungen

senken, wird diese „Gesundheits-Abgabe“ im gleichen Maße reduziert.

All dies unterstreicht die Dringlichkeit, gezielte Präventionsstrategien zu entwickeln und im Arbeitsalltag umzusetzen. Dies in Politik umzusetzen wäre eine wirkliche „Agenda 2010“.

Präventionspolitische Strategien der Gewerkschaften

Welche Handlungsmöglichkeiten haben die Gewerkschaften, Betriebs- und Personalratsmitglieder und Selbstverwaltungsmittglieder?

Die Arbeitsschutzreform von 1996 hat die gesetzliche Grundlage für Präventionspolitik aller Akteure im Arbeitsschutz grundlegend verbessert. Das Arbeitsschutzgesetz erweiterte die geforderten Maßnahmen des Arbeitsschutzes ausdrücklich über eine „Verhütung von Unfällen bei der Arbeit“ hinaus auf alle „arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren einschließlich Maßnahmen der menschengerechten Gestaltung der Arbeit“ (§ 2 Abs. 1 ArbSchG). Mit dem Sozialgesetzbuch VII wurde der Präventionsauftrag der Berufsgenossenschaften ausgeweitet auf die Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren.

Auf der Basis der neuen Rechte und Instrumente versuchen die Gewerkschaften, das politische Grundverständnis und die Handlungsfelder ihrer traditionellen Arbeitsschutzpolitik zu erweitern und auf die neuen Aufgabenstellungen anzupassen. Die IG Metall diskutiert derzeit, wie anknüpfend an das tarifpolitische Leitbild „guter Arbeit“ ein

breiterer Ansatz einer Arbeitspolitik reaktiviert werden kann.

Daraus ergeben sich konkrete Handlungsansätze:

- Zentral für die Betriebspolitik ist die qualifizierte Durchführung der vom ArbSchG vorgesehenen Gefährdungsermittlung (§ 5), um alle arbeitsbedingten Gesundheitsrisiken im Betrieb aufzuspüren und einen kontinuierlichen Prozess der menschengerechten Arbeitsgestaltung zu ermöglichen. Dies setzt unter anderem eine Überprüfung der betrieblichen Organisation des Arbeitsschutzes voraus. Nach gewerkschaftlichen Umfragen ist dies noch längst nicht in der Mehrheit der Betriebe qualifiziert vorgenommen worden. Dabei soll auch dem ganzheitlichen Anspruch, psychische Belastungen zu erfassen, Rechnung getragen werden.
- Um die Rahmenbedingungen für Betriebspolitik zu verbessern, setzt die IG Metall auf eigenständige gewerkschaftspolitische Aktionsorientierung und auf systematische Qualifizierung ihrer Multiplikatoren. In regionalen Kampagnen der IG Metall wie Aktion Tatort Betrieb, die bundesweit vom Vorstand der IG Metall koordiniert und unterstützt werden, wird insbesondere das neue Thema der Prävention psychischer Belastungen betriebspolitisch aufbereitet. Diese aktionsorientierten Kampagnen sind eine neue Form eigenständiger sozialpolitischer Mobilisierung der IG Metall.
- In den Selbstverwaltungen der Berufsgenossenschaften, in denen weit über 1000

schaften die Chancen der „Initiative für eine neue Qualität der Arbeit“ nutzen und einen eigenständigen Beitrag bringen, indem sie die gewerkschaftliche Präventionsstrategie konsequent umsetzen. Damit können sie einen bisher noch völlig unterschätzten Beitrag für die Zukunftssicherung des gesamten Gesundheitssystems leisten.

Handlungsfähig sind die Gewerkschaften vor allem betriebspolitisch. Aber die hier (seit 1996 völlig eindeutig) existierenden Mitbestimmungsrechte im Arbeits- und Gesundheitsschutz sind immer noch nicht ausreichend bekannt und werden noch völlig unzureichend genutzt. Praktisches Präventionshandeln kann sich auf eine solide rechtliche Basis beziehen.

- Das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte im Arbeits- und Gesundheitsschutz nach § 87 Abs. 1 Ziffer 7 BetrVG ist mittlerweile von allen Landesarbeitsgerichten, die sich damit befassen mussten, bestätigt worden. Auch das Bundesarbeitsgericht hat dies in einer Verhandlung am 15. Januar 2002 so gesehen.
- Das ArbSchG, das gleichsam das Basisgesetz des gesamten Arbeits- und Gesundheitsschutzes bildet, legt die Prävention aller arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie die menschengerechte Gestaltung der Arbeit als Dauerauftrag fest. Mit der Gefährdungsbeurteilung und durch die zwingende Einbeziehung der Beschäftigten sind wirkungsvolle Instrumente vorhanden.
- Darüber hinaus sind Bündnispartner vorhanden: Die Zusammenarbeit mit der Schwerbehindertenvertretung im Betrieb gehört ebenso dazu wie mögliche Kooperationen mit den Krankenkassen bei Gesundheitsförderungsprojekten.

Die Gewerkschaften stehen also nicht mit leeren Händen da, wenn es um praktische Handlungsansätze geht. Prävention und Gesundheitsförderung in der Arbeitswelt ist nach Auffassung der IG Metall ein zentrales Element der Zukunftssicherung unseres Gesundheitssystems.

Forum DL21

Gesünder @arbeiten

Tipps für den Arbeitsplatz | Nr. 20

Vorbeugen statt zahlen

Gesundheitsreform muss am Arbeitsplatz beginnen

Die Debatte zur Reform des Gesundheitssystems geht am Ziel vorbei. Denn das wäre nötig: Einrichte, auf solidem Grund zu errichten. In Form des Gesundheitswesens. Mit dem ZSK, Gesundheitshilfe und Krankenkassenversicherung. IGKV sind einverstanden, um weitere Schritte auf dem versicherten Arbeitsmarkten und Arbeitstendenzen zu verknüpfen. Aktuell werden milliardenschwere Zuschüsse für den GKV Leistungskatalog diskutiert, um anderenfalls die Versicherungslücke zu schließen. Mit dem Euro-Konkurrenzbedin-

gen privat aufliegen. Dies entspricht einer eppensartigen Lohnkurve, zusätzlich zu den 10 Milliarden Euro, die die Versicherungsträger zu zahlen jährlich an Zuschüssen leisten müssen. Derartige „Reformvorschläge“ können als unethisch beträchtliche Preizug der gesundheitlichen Ausstattung des Gesundheitssystems werden aus, und werden die soziale Ungleichheit in Deutschland, anstatt einer wirklichen Modernisierung des Gesundheitssystems, fördern zu sein.

Zentrale Reformforderung: mehr Prävention! Zu wenig beachtet in der Reformdebatte werden die Präventionsmaßnahmen und der Gesundheitsförderungsaspekt. Prävention muss

Krank durch Arbeit

Welche Teile des Krankheitsgeschehens sind auf arbeitsbedingte Belastungen zurück zu führen? Eine Studie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Berufsgenossenschaft (BAG) ermittelt, dass 23 Prozent der Arbeitsunfälle durch „arbeitsbedingte Belastungen“ verursacht werden. In Prozent ist das „unzureichende Einbeziehung“ bei der Arbeit zu hoch. Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBM) 2002, 10 Millionen Euro jährlich.

Arbeitsplatz muss gesund sein

Weniger Krankheitserkrankungen werden durch arbeitsbedingte Belastungen verursacht. Dies ist ein wichtiger Hinweis auf die Notwendigkeit, den Arbeitsplatz eines Menschen gesund zu machen. Dies muss auf der Arbeitsschutzseite, arbeitsbedingte Belastungen und arbeitsbedingte Erkrankungen zu vermeiden sein.



Diejenigen, die ihren Arbeitsplatz gesund machen, werden weniger krank. Dies ist ein wichtiger Hinweis auf die Notwendigkeit, den Arbeitsplatz eines Menschen gesund zu machen.

Weniger arbeitsbedingte Erkrankungen im GKV-Euro



Politisch sollte die Gewerk-

Gewerkschaftsmittglieder mitwirken, wird auf der Basis des SGB VII auf systematische und integrierte Programme zur Umsetzung des erweiterten Präventionsauftrages gedrungen. Diese setzen eine Qualifizierung der Aufsichtsdienste für die neuen erweiterten Aufgaben sowie eine Zusammenarbeit auch mit den gesetzlichen Krankenkassen voraus. Auch die berufsgenossenschaftliche Rechtsetzung (Unfallverhütungsvorschriften) hat sich dem neuen Ziel einer Prävention aller arbeitsbedingten Gesundheitsrisiken anzupassen.

- Politisch sollte die Gewerk-

Hinweise:

- „Arbeitsbedingte Erkrankungen kosten jährlich mindestens 28 Milliarden Euro“, in: Arbeit & Ökologie-Briefe 4/2002, S. 28 ff.
- Pickshaus/Urban, Gute Arbeit – eine neue Perspektive gewerkschaftlicher Arbeitspolitik, in: Peters/Schmitthenner (Hrsg.), Gute Arbeit – Menschengerechte Arbeitsgestaltung als gewerkschaftliche Zukunftsaufgabe, Hamburg 2003
- Schmitthenner, Gute Arbeit als betriebspolitisches Handlungsfeld – Mitbestimmung im Gesundheitsschutz nutzen, in: Peters/Schmitthenner, Gute Arbeit, a.a.O.
- Geray, Terror für die Seele – Tatort Betrieb Aktion der IG Metall, in: Pickshaus/Schmitthenner/Urban (Hrsg.), Arbeiten ohne Ende. Neue Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Arbeitspolitik, Hamburg 2001, S. 195 ff.
- IG Metall-Vorstand (Hrsg.), Mitbestimmung im Gesundheitsschutz – Arbeit menschengerecht gestalten, Handlungshilfe für Betriebsräte und Vertrauensleute Nr. 13, Frankfurt 2003

Gesundheitspolitik am Tiefpunkt: Zuzahlung statt Reform

Von Felix Welti

Am 22.7. wurden die Eckpunkte von SPD, CDU/CSU, Grünen und FDP zur Gesundheitsreform vorgelegt. Die Grundzüge eines gemeinsamen Gesetzentwurfs stoßen auf starke Kritik. Sie zeigen, dass die gesellschaftliche und parlamentarische Diskussion über Ziele und Mittel der Gesundheitspolitik intensiver und auch konkreter werden muss.

Gesellschaftliche und ökonomische Ziele

Ziel der Gesundheitsreform ist, die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung zu senken. Begründet wird dies damit, dass die Beiträge die Arbeitskosten und damit die Arbeitslosigkeit erhöhen. Zweifel daran sind erlaubt. Gänzlich unzutreffend wäre es, die Krankenversicherungsbeiträge für die Nachfrageschwäche verantwortlich zu machen, denn sie werden voll als binnenwirtschaftliche Nachfrage in einem beschäftigungsintensiven Wirtschaftssektor wirksam. Der internationale Vergleich zeigt aber auch, dass Deutschland weder besonders hohe Arbeitskosten hat noch ein Zusammenhang zwischen Arbeitskosten und Arbeitslosigkeit besteht. Jedenfalls besteht bei Entlastung der Arbeitgeber in der Krankenversicherung die Gefahr, dass die gesparten Mittel dem inländischen Wirtschaftskreislauf entzogen werden, ohne dass neue Arbeitsplätze entstehen.

Das Gesundheitswesen bietet viele sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten, die ungenutzt bleiben. Eine Gesundheitsreform, die es nur als Kostenfaktor ansieht, ignoriert die Chancen eines wachsenden beschäftigungsintensiven Wirtschaftssektors.

Eine andere Frage ist, ob die Höhe der Beiträge gesellschaftlich akzeptiert wird. Die große Mehrheit der Bevölkerung will nicht auf das erreichte Leistungsniveau und auf seine solidarische Sicherung verzichten und ist grundsätzlich bereit, dafür auch mehr Geld aufzuwenden. Amerikanische Verhältnisse im Gesundheitswesen werden abgelehnt. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung bezieht sich auf eine als ungerecht empfundene Lastenverteilung und eine nicht effiziente Verwendung der Mittel.

Gesundheitspolitische Ziele

Damit ist als Ziel einer Gesundheitsreform definiert, die eingesetzten Mittel möglichst effizient einzusetzen. Im internationalen Vergleich hat Deutschland bei hohen Kosten nur mittlere Ergebnisse. Es besteht im Gesundheitswesen die Gefahr, dass Leistungen primär im Interesse von Ärzten und Pharmakonzernen definiert und vergütet werden. Hier müssen Strukturreformen ansetzen.

Zuletzt vom Sachverständigenrat Gesundheit wurde festgestellt, dass in Deutschland Über-, Unter- und Fehlversorgung im Gesundheitswesen bestehen. Trotz allgemeinen Zugangs zu den meisten Leistungen sind Gesundheitschancen sozial sehr ungleich verteilt. Bei der Versorgungs- und Lebensqualität insbesondere chronisch Kranker bestehen auch im internationalen Vergleich erhebliche Defizite. Eine an Gesundheitszielen orientierte Reform müsste sich primär hiermit befassen.

Verteilung der Gesundheitskosten

Die Gesundheitsreform 2003 soll eine Senkung der Kassenbeiträge erreichen durch höhere Zuzahlungen (3,3 Mrd. Euro p.a.), Leistungsausgrenzungen (2,5 Mrd. Euro p.a.), einen Steuerzuschuss aus der Tabaksteuer (4,2 Mrd. Euro im Jahr 2007) und Beiträge auf betriebliche Altersrenten (1,6 Mrd. Euro p.a.). Die Arbeitgeber werden zusätzlich entlastet durch die separate Versicherung von Zahnersatz (ab 2005) und Krankengeld (ab 2007) nur auf Kosten der Beschäftigten. Rechnet man letztere ein, so werden die Versicherten auch 2007 kaum weniger Beiträge zahlen als heute. Entlastet werden allein die Arbeitgeber. Unter den Versicherten werden die Kosten umverteilt. Stärker belastet werden ältere und chronisch Kranke durch Zuzahlungen und Leistungsausschlüsse.

Zusatzversicherungen

Die Zusatzversicherung von Zahnersatz wird verpflichtend und kann bei gesetzlichen oder privaten Kassen durchgeführt werden. Wegen geringerer Verwaltungs- und Arztkosten ist heute die Gesetzliche



günstiger. Dies kann sich ändern, wenn die Privaten günstige Tarife für junge Versicherte mit guter Zahngesundheit anbieten und die „schlechten Risiken“ der GKV verbleiben. Ob Kinder separat versichert werden müssen, ist in den Eckpunkten offengelassen. Die Zusatzversicherung Krankengeld bleibt in der GKV.

Keine Bürgerversicherung

Eine Bürgerversicherung, in der alle Berufsgruppen und Einkommensarten solidarisch zusammengefasst würden, kommt nicht. Es bleibt dabei, dass die privaten Versicherungen Beschäftigte oberhalb von 3.825 Euro monatlich (2003/ West) und Selbstständige versichern, soweit diese nicht freiwillig in die GKV gehen, weil sie wegen Kindern oder Krankheiten dort günstiger stehen. Diese Privilegierung „guter Risiken“ ist durch nichts zu begründen. Auch das Sonderregime von Beihilfe und PKV bei Beamten bleibt.

Einzig Versorgungsbezüge aus Betriebsrenten werden zusätzlich beitragspflichtig, während leistungslose Einkommen aus Vermögen und Mieten unberücksichtigt bleiben.

Krankenkassen

Weitgehend unangetastet bleibt auch der merkwürdige Wettbewerb unter den gesetzlichen Krankenkassen. Dabei können die Kassen niedrige Beiträge anbieten, denen es gelingt, vor allem junge und gesunde Versicherte zu haben. Dieser Wettbewerb führt dazu, dass Kassen immer mehr Mittel in Werbung stecken und zugleich mit Ausgrenzungsstrategien bis zum Rechtsbruch versuchen, chronisch Kranke und behinderte Menschen nicht zu versichern. Die Kassenvielfalt ist in der Bevölkerung unpopulär. Nur eine hofierte Minderheit profitiert von verbessertem Service.

Es ist vorgesehen, die Verwaltungskosten der Kassen einzufrieren. Davon ist Werbung

Dr. Felix Welti, Wiss. Ass. am Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in Europa der Universität Kiel, Mitglied im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen, KV Lübeck

ebenso betroffen wie der Aufbau von Steuerungs- und Kontrollkompetenz. Solange der Kassenwettbewerb unverändert bleibt, ist zu befürchten, dass die Knappheit zu Lasten sinnvoller Aufgaben geht. Der gesundheitspolitisch sinnvolle Aufbau von Versorgungsnetzen lockt z. B. kranke Versicherte an und wäre daher unter Wettbewerbsgesichtspunkten für jede Krankenkasse irrational.

Leistungsausgrenzungen

Gestrichen werden Ansprüche auf Sterbegeld, Entbindungsgeld, Sterilisation, stark eingeschränkt auf Brillengläser, künstliche Befruchtung, nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel und notwendige Taxifahrten. Insbesondere bei Arzneimitteln und Taxifahrten bedeutet dies, dass auch medizinisch Notwendiges ausgegrenzt wird. Der Ausnahmekatalog bei nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln soll nicht etwa Notwendigkeit und Evidenz, sondern der „therapeutischen Vielfalt“ verpflichtet sein. Die Leistungsausgrenzungen belasten vor allem chronisch Kranke und Familien können zu Ausweichreaktionen auf teurere Arzneien führen.

Qualität und Wirtschaftlichkeit

Die Konkretisierung, ob Leistungen die nötige Qualität haben, medizinisch notwendig und wirtschaftlich sind, bleibt den Leistungserbringern überlassen. Ein wissenschaftliches Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit wird bei einer Stiftung der Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen angesiedelt. Es soll zwar den medizinischen Wissensstandard aufarbeiten, aber keine Leitlinien entwickeln, sondern diese nur bewerten. Es soll zwar den Nutzen,

nicht aber auch die Kosten-Nutzen-Relation von Arzneimitteln untersuchen. Eine Positivliste verschreibungsfähiger Arzneimittel kommt nicht. Ob das Institut so die Möglichkeiten hat, Versorgungsmängel, Ineffizienzen und teure Scheininnovationen aufzudecken, ist fraglich.

Dass zugleich mit der Konzertierten Aktion auch der Sachverständigenrat abgeschafft wird, der bisher mit unabhängigen Stellungnahmen auf dem Primat von Kriterien der Gesundheitsversorgung bestanden hat, lässt nichts Gutes erwarten.

Zuzahlung

Grundsätzlich soll auf alle Leistungen 10% Zuzahlung erhoben werden, maximal jedoch 10 Euro und mindestens 5 Euro. Beim Arzt wird dies auf 10 Euro pro Quartal, im Krankenhaus auf 28 Tage à 10 Euro im Jahr beschränkt. Die Zuzahlung wird auf 2 % des Bruttoeinkommens (1 % bei chronisch Kranken) beschränkt. Die bisherige Befreiung von der Zuzahlung für Personen unter einem Brutto von 952 Euro monatlich entfällt. Selbst Sozialhilfeempfänger sollen zuzahlen. Diese Regelungen belasten vor allem chronisch Kranke und niedrig Verdienende zusätzlich. Sie werden kaum steuernde Wirkung gegen unnötige Leistungen haben, möglicherweise aber zur Verschleppung von Krankheiten führen. Dazu kommt bürokratischer Mehraufwand.

Ärztliche Versorgung

Bei der fachärztlichen Versorgung führt das Nebeneinander von Krankenhäusern und einer hohen Menge niedergelassener Fachärzten zu hohen Kosten und Koordinationsproblemen zu Lasten der Patienten. Die hier noch mit dem Regierungs-

Entwurf vom Mai (GMG) vorgesehenen Reformen kommen nur sehr eingeschränkt. So dürfen sich Krankenhäuser nur unter restriktiven Bedingungen an der ambulanten Versorgung beteiligen. Die Krankenkassen können nicht generell freie Verträge mit Fachärzten abschließen. Ob integrierte Versorgungsnetze und medizinische Versorgungszentren besseren Zugang zur Versorgung bekommen und damit die Versorgungsqualität verbessert wird, ist offen.

Fazit und Ausblick

Die Gesundheitsreform 2003 belastet vor allem Kranke und gering Verdienende zusätzlich, die arbeitende Bevölkerung wird generell mehr belastet. Reformschritte für nachhaltige solidarische Finanzierung durch eine Bürgerversicherung sind völlig, für eine bessere und effizientere Versorgung weitgehend unterblieben. Die Reform entspricht nicht dem Programm, mit dem die SPD 2002 gewählt wurde. Sie untergräbt die Akzeptanz des solidarischen Systems und bereitet so den Boden für die weitere Privatisierung des Krankheitsrisikos.

Die junge Generation wird artikulieren müssen, ob sie in einem entsolidarisierten Land leben möchte, in dem Krankheit und Armut wieder eng zusammenhängen, und ob sie weiterhin einzelne Privilegierte für sich sprechen lässt, die phantasielosen Sozialabbau als „generationengerecht“ bemänteln. Viele Abgeordnete des Bundestags wissen schon, dass die Zustimmung in der Bevölkerung für diese Reform gering ist. Wenn es gelingt, zur Kritik auch klare Alternativen öffentlich zu benennen, könnte gerade eine All-Parteien-Koalition den fehlenden Rückhalt spüren.

Forum DL21

EURO-SPOT:

Bericht über die Tagung der SRE am 25. Juni 2003 in Brüssel

Das Treffen des Vereins Soziale Republik Europa (SRE) war von den Auseinandersetzungen unserer französischen Freunde überschattet, die sich nach den verlorenen Wahlen in Frankreich unterschiedlich orientiert hatten (s. Rentzsch und Pigneron auf S. 42 bzw. 44 in diesem Heft).

Berichte aus den Mitgliedsländern

Bei den **belgischen** Wahlen haben die Sozialisten in allen drei Regionen dazu gewonnen. In Wallonien sind sie stärkste Partei, die flämischen Sozialisten stehen in der 1. Reihe und in Flandern sind sie dicht dran. Ebenfalls gewonnen haben die Liberalen, während die Grünen verloren haben, besonders in Flandern.

Spanien: bei den Kommunal- und Regionalwahlen haben die Sozialisten ohne riesige Wahlerfolge gewonnen. In Madrid ging die linke Mehrheit durch zwei der Korruption Verdächtige nach der Wahl verloren. Dort wird es im Oktober zu Neuwahlen kommen. Die Linke sei so stark wie bisher und versuche, den Generalsekretär auf eine linke Politik festzulegen.

Deutschland: Andrea Nahles sagte, die Linke vermisse wie die Bevölkerung ein deutliches Profil der SPD-geführten Bundesregierung. Der Bundeskanzler handle nicht entlang einer langen Linie, sondern situationsbedingt und spontan. In der Agenda 2010 werden Leistungskürzungen

ohne Konzept verordnet. Das Resultat wird die Finanzierung des Sozialstaats nur durch die Arbeitnehmer sein

Frankreich: Nach der Präsidentschaftswahl ist es zur Spaltung der Gauche Socialistes gekommen. Die Rechte wolle nach dem Wahlsieg nun auch einen sozialen Sieg und Reformen – wie z. B. bei der Rentenpolitik – in ihrem Sinne so weit wie und schnell wie möglich durchsetzen hat mit der begonnen. Sie stelle den sozialen Kompromiss in Frankreich damit in Frage. Dagegen erhebt sich eine starke Gewerkschaftsbewegung, die aber wenig Chancen hat, erfolgreich zu sein.

Kritik am EU-Verfassungsentwurf

Diskutiert wurde über den Entwurf einer europäischen Verfassung. Gemeinsame Kritikpunkte waren u. a., dass die soziale Integration ist ungenügend sei, das Einstimmigkeitsprinzip in der Sozialpolitik ebenso aufgehoben werden müsse wie das in der Finanz- und Steuerpolitik. Der Grundrechtekatalog sei zwar angeblich Teil der Verfassung, stehe aber nur im Anhang. Liberalisierung und Deregulierung, stünden im Vordergrund. Die Chance, die Menschen für Europa zu begeistern, sei mit diesem Kompromiss, den der Entwurf darstellt, vertan worden.

Detlev von Larcher

SPD-Linke, was nun?

Zum Standort der sozialistischen Linken in der SPD

Von Reinhold Rünker, Andrea Nahles und Horst Peter

140 Jahre nach ihrer Gründung steht die Sozialdemokratie an einem Scheideweg: Schafft sie es, ihre soziale und demokratische Tradition, die materielle und gesellschaftliche Beteiligung unserer Epoche gerät mit der Agenda 2010 oder auch der aktuellen Gesundheitsreform nicht nur ins Hintertreffen, sondern wird zum „Negativ-Ziel“ erklärt, weil in einem ausgebauten sozialen Sicherungssystem geradezu ein Hindernis für die Wirksamkeit rot-grüner (Wirtschafts-)Politik gesehen wird.

I. Die Fahne verbrannt?

Die aktuelle Regierungspolitik von SPD und(!) Bündnis 90/Die Grünen stimmt wenig optimistisch, denn die materielle Beteiligung an der Reichtumsproduktion unserer Epoche gerät mit der Agenda 2010 oder auch der aktuellen Gesundheitsreform nicht nur ins Hintertreffen, sondern wird zum „Negativ-Ziel“ erklärt, weil in einem ausgebauten sozialen Sicherungssystem geradezu ein Hindernis für die Wirksamkeit rot-grüner (Wirtschafts-)Politik gesehen wird.

Und nicht nur dass die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht mehr überwiegend auf die Sozialdemokratie orientiert (so das frühere Diktum nach Wolfgang Abendroth), sondern die Sozialdemokratie selbst orientiert im eigenen Verständnis nicht mehr überwiegend auf die Arbeiterklasse (unabhängig davon, dass die überwiegende Mehrheit klassentheoretisch der, wenn auch modernisierten, Arbeiterklasse zugehörig ist), sondern sie rückt mit ihrer Politik der „Neuen Mitte“ ihren Fokus gerade auf diejenigen, von denen sie glaubt, dass sich ihr Verständnis von politischem Handeln von den Anforderungen der „Arbeiterklasse“ enthoben habe.

Die Regierung Schröder perfektioniert zudem die Auslagerung der Debatte über politische Grundlinien von einer Expertenkommission in die nächste, um anschließend mit einem Basta das Entscheidungsprimat des Kanzlers und Parteivorsitzenden einzufordern. Diese Politikform diskreditiert nicht nur die innerparteiliche Diskussionskultur, sondern stellt auch neue Anforderun-

gen an eine oppositionelle Politikentwicklung, die sich selbst deutlich näher in sozialdemokratischer Traditionen sieht als diejenigen, die im Namen der SPD dann Politik exekutieren bzw. öffentlich wahrnehmbar kommunizieren können. Doch was nutzt es, „Wahrheit und Moral“ auf seiner Seite zu ha-

spricht, aus dem Glashaus ausbrechen zu können. Die Kräfte, die Mitte der 1990er Jahre den crossover-Prozess der Linken initiierten, konnten ihre Positionen in den jeweiligen Parteien kaum ausbauen. Ihre programmatischen Impulse wurden zwar zur Kenntnis genommen, ihre Vertretung in



Foto: Felix Welti (Lübeck)

ben, wenn diese weder politikwirksam, noch öffentlich als ernsthafte Alternative wahrgenommen wird?

Steine aus dem Glashaus?

Während Bündnis 90/Die Grünen als realpolitischer Koalitionspartner die Agenda 2010-Politik und manch anderes mitmacht, wenn nicht sogar übertrifft, ver stolpert die PDS Vorlage um Vorlage der Regierungsparteien und ergeht sich in permanenter Nabelschau (vgl. hierzu die Beiträge im Schwerpunkt von Hoff zur PDS und Linge mann zu Bündnis 90/Die Grünen).

Wer im Glashaus sitzt, sollte nur dann mit Steinen schmeißen, wenn dies Erfolg ver-

Mandaten und Funktionen ist jedoch in allen drei Parteien geringer geworden

Wenn drei Schwache sich stützen, wird daraus nicht zwingend eine starke Konstellation, zumal dann nicht, wenn sie Gefahr laufen, in den vorherrschenden Kräfteverhältnissen zermalmt zu werden. Denn selbst wenn sich alle „gutwilligen“ Linken, SozialistInnen, MarxistInnen, etc. zusammen tun wollten, um eine (!) neue Partei zu gründen, so wären nicht nur die Fragen der programmatischen und strategischen Kohärenz sowie der materiellen und personellen Ressourcen zu klären, sondern vor allem ob es in einem Umfeld stattfindet, das in dieser Gründung eine Artikulationsmöglichkeit eigener Forderungen und Positionen sieht. Gesellschaftliche Bewegung und auf den Parlamentarismus bezogene Partei-gründung müssen einander ergänzen und befördern, damit ein solches Unterfangen erfolgreich sein kann.

Wir sehen nicht, dass gegenwärtig eine derartige gesellschaftliche Konstellation besteht, selbst wenn eine programmatische

Reinhold Rünker, Mitglied der spw-Redaktion, arbeitet und lebt als Organisationsberater in Leichlingen

Andrea Nahles, spw-Herausgeberin, Vorsitzende Forum DL21 e. V., lebt und arbeitet in Berlin und Weiler/Eifel

Horst Peter, spw-Herausgeber, Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung, lebt in Kassel

und personelle Zuspitzung gelänge. Weder gibt es aus den traditionellen sozialen Bewegungen, noch aus den neuen Bewegungen wie attac das Bedürfnis, sich zumindest so weit auf eine parteiliche Organisationsform einzulassen, wie es Ende der 1970er Jahre bei den Bewegungen und Initiativen war, aus denen heraus seinerzeit die Grünen gegründet wurden.

Mit anderen Worten: die Position der sozialistischen Linken, die zur Zeit in der Sozialdemokratie organisiert ist, würde sich nicht in einer anderer Partei, die zudem inhaltlich und strategisch anders akzentuiert wäre, verbessern, geschweige denn, dass die Gründung einer neuen Partei von Erfolg gekrönt wäre.

Wer gegenwärtig mit dem Gerede einer vermeintlich notwendigen Partei-gründung von links umhergeht, trägt zur weiteren Marginalisierung der sozialistischen Linken innerhalb wie außerhalb der SPD bei, statt diese zu stärken. Derlei Unterfangen vermag bestenfalls persönliche Zynismen oder Eitelkeiten zu befriedigen, nutzt aber nur der Verengung des politischen Diskurses in den bisherigen Parteien.

Gibt es das „strukturelle Dilemma“ der SPD-Linken?

Zuweilen wird die Frage aufgeworfen, ob es nicht ein strukturelles Dilemma gibt, das darin bestehe, dass die Linke in der SPD aufgrund der vorherrschenden Bedingungen letztlich eher zur Integration bzw. Befriedung kritischen Potenzials beiträgt, statt es für eine andere Politik zu bündeln. Diese Frage greift das Phänomen z. B. in der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion oder auch auf dem SPD-Sonderparteitag auf, dass nach anfänglich heftiger Kritik schließlich doch breite Mehrheiten für die vorher kritisierte Politik hergestellt werden.

Skizzieren wir deshalb kurz die zwei Extrempunkte in den Verhaltensmustern der Linken innerhalb der Sozialdemokratie:

- Wenn wir es nicht machen, machen es die anderen – und das wird noch schlimmer....

Das ist das Verhalten derjenigen, die man als Regierungslinke bezeichnen kann. Ihre Motivation, die Regierung selbst da zu unterstützen und auch bei „Reformvorhaben“ mitzuwirken, die anerkannt unsocialdemokratisch sind, speist sich aus der Vorstellung, dass die Linke durch Mittun Schlimmeres (nämlich Merz, Westerwelle & Co.) verhindern müsse, einen Gestaltungsauftrag in Zeiten der Globalisierung habe, weil es mit

der Umverteilung nicht so weitergehen könne, wie früher.

Diese Position findet sich ausgeprägt bei vielen MandatsträgerInnen innerhalb der Partei, die sich oft auch ganz individuell in der Zwickmühle sehen, Entscheidungen mitzutragen, die sie eigentlich kritisch beurteilen.

- „Wir sind die Aufrechten und kämpfen bis zum letzten Genossen...“

Dieses Muster der Verteidigungshaltung findet sich nicht nur bei „alten Linken“, sondern auch bei den „alten SPD-Rechten“, die wenig mit antikapitalistischer Analyse gemein hatten, aber durch die Kraft des faktischen Abbruchs „ihres Reformprojektes“, nämlich dem Aufbau eines auf Verteilung orientierten Sozialstaats, auf der Seite der Linken wieder finden. VertreterInnen dieser Position

zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht nur unverdrossen auf die Überlebensfähigkeit und –notwendigkeit traditioneller sozialstaatlicher Strukturen hinweisen, sondern deren innerparteiliche Strategie sich weitgehend darin erschöpft, die inhaltliche Verlotterung und Neoliberalisierung in der SPD zu entlarven. Erhofft/erwartet wird eine Katharsis ggf. in der Opposition, an dessen Ende die geläuterte Linke steht.

In der allgemeinen Medienlandschaft werden die einen als „linke Modernisierer“ und die anderen als „Traditionalisten“ bezeichnet. Für beide Muster gilt sicher der Vorwurf, dass sie den strukturellen Zwängen der Anpassung Vorschub leisten. Die erstgenannten deshalb, weil ihre individuellen Zustimmungsbegründungen derart überhand nehmen, dass die darunter liegenden ursprünglichen Ziele mehr und mehr verdeckt werden. Die Integration kritischen Potenzials wird damit letztlich zum erklärten Ziel eigenen Handelns, weil alles andere die Legitimation des eigenen, zustimmenden Handelns in Frage stellen würde.

Das zweite Verhaltensmuster kapselt das kritische Potenzial ab, weil es innerhalb der Partei nur begrenzt „anschlussfähig“ ist – denn wer will sich schon ständig beschimpfen oder als „neoliberal“ entlarven lassen (gerade dann, wenn die Vorwürfe eine gewisse Berechtigung haben)? Kritisches Potenzial verpufft hier also wirkungslos, noch schlimmer, es trägt selbst zur eigenen Ausgrenzung bei.

Dass die Realität nicht so schlicht ist, wie hier dargestellt wurde, wissen alle, die sich in ihrem Handeln immer wieder prüfen und dabei sowohl das erste, wie das zweite Verhaltensmuster in sich spüren.

Wer beiden extremen Verhaltensmustern entgehen will und sich entschieden hat, dass es weiterhin eine Möglichkeit des eigenen Handelns innerhalb der real existierenden Sozialdemokratie gibt, der muss neben der erforderlichen hartnäckigen Kritik an den bestehenden Verhältnissen auch nachweisen, dass er/sie Alternativen auf der Höhe der Zeit zu entwickeln in der Lage ist und den Willen hat, durch hartnäckiges Agieren den gesellschaftlichen Handlungskorridor in Richtung radikalreformerischer Politik wieder auszuweiten. Und dazu gehört neben der inhaltlichen Fundierung ein größeres Maß an Organisation (zu Vernetzung wie Herstellung von Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit), Kommunikation (zur Vergewisserung, zur Ermutigung, zur gemeinsamen Revision und Neuformulierung), individueller und kollektiver Leidenschaft, sowie auch die erforderlichen „Machtmittel“ wie Funktionen und Mandate.

Die Antwort der Linken kann also weder darin liegen, nun noch energischer an ein verloren gegangenes „Klassenbewusstsein“ zu appellieren oder die Massen von ihrem „ausgebeuteten Dasein“ zu überzeugen, ganz zu schweigen davon, sich allein als Hüterin sozialdemokratischer Grundwerte aufzuspielen. Sie muss zeitgemäße Antworten auf veränderte Bedingungen geben, die geeignet sind, die Bedingungen zu verändern, statt sich den Bedingungen anzupassen.

II. Warum es weiterhin notwendig ist, in der SPD mitzuarbeiten

Modisch geworden ist ja – nicht nur in Teilen der Medien, sondern ebenfalls in Wissenschaft, Kultur und Politik – ein Verständnis von gesellschaftlicher Entwicklung, in der man selbst entweder als unbeteiligter Beobachter und Berichterstatter wohlfeile, vermeintlich objektive Empfehlungen abgibt oder glaubt, unterschiedliche Positionen nur moderieren zu müssen, ohne dabei selbst handelnde Person zu sein. Ebenfalls verbreitet ist die Vorstellung, dass das beherrzte Durchgreifen des Machers die Probleme löse und Parteien lediglich die Aufgabe haben, diesen Machern zu folgen und für seine Durchschlagskraft zu werben. Beide Vorstellungen sind gleichermaßen naiv.

In 25 Jahren spw-Geschichte war die Orientierung auf die Sozialdemokratie ein beständiger Pfeiler. Im gleichen Maße haben wir aber Wert darauf gelegt, dies nicht apodiktisch fest zu legen, sondern uns immer wieder der Handlungsmöglichkeiten in ihr zu versichern. Gleichzeitig haben wir unsere Aufgabe darin gesehen, die eigenen organisationspolitischen Begrenzungen zu überschreiten und uns mit denjenigen in eine Diskussion zu begeben, die in anderen Parteien und Organisationen für vergleichbare Ziele stritten, um uns in einem pro-

Die Antwort der Linken kann weder darin liegen, an ein verloren gegangenes „Klassenbewusstsein“ zu appellieren, noch sich allein als Hüterin sozialdemokratischer Grundwerte aufzuspielen.

duktiven Streit über Ziele und Chancen radikalreformerischer Politik zu verständigen.

Kräfteverhältnisse, Interessen und politisches Handeln

Die Linke, die sich immer wieder analysierend ihres gesellschaftlichen Umfelds, der Umbrüche und sich ihrer Verankerung in den veränderten Bedingungen vergewissert, also nicht voluntaristisch von den Ereignissen getrieben mal dieser und mal jener Erscheinung nachhechelt, dürfte deshalb von der aktuellen Entwicklung der Sozialdemokratie aus mehreren Gründen nicht wirklich überrascht sein:

- Mit der Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie als entscheidendes Feld der politischen Auseinandersetzung war immer auch verbunden, dass die dort agierenden Parteien innerhalb eines bestimmten, gesellschaftlichen Kodex agieren müssen, wenn sie nicht als sektiererisch aus dem parlamentarischen Rahmen ausgegrenzt werden sollen;

- Dieser gesellschaftliche Kodex ist ein umstrittener und damit veränderbar, aber eben entsprechend der vorhandenen Kräfteverhältnisse, der gesellschaftlich wirksamen, mit Macht ausgestatteten Interessen.

- Vor diesem Hintergrund agiert auch die Sozialdemokratie als „Volkspartei“ immer als eine Partei, die auf die gesellschaftliche Mehrheit (also das, was sich unter den Bedingungen der Machtverteilung als mehrheitlich konsensfähig hinsichtlich z. B. der individuell wirksamen Lebensweisen und Interpretationsmuster gesellschaftlich konstruieren lässt) hin orientiert.

- Das heißt: in dem Maße, wie sich z. B. ein „klassisches“ Konfrontationsverhältnis zwischen Arbeit und Kapital nicht mehr gesellschaftlich mehrheitsfähig artikulieren lässt (unabhängig davon, dass es weiterhin wirksam ist), wird auch die Sozialdemokratie von diesem Interpretationsmuster absehen und sich anderen gesellschaftlichen Deutungen und Politikmustern zuwenden.

Wir haben diesen Prozess mehrfach in spw-Schwerpunkten sowie aktuellen Beiträgen beschrieben.

Dies festzuhalten bedeutet weder, die vorgefundenen Verhältnisse klaglos als gesetzt und unveränderbar zu akzeptieren, geschweige denn dies zu begrüßen, sondern sagt etwas über die vorhandene Wirklichkeit aus, die von den gesellschaftlichen Kräften (wenn auch z. T. hinter ihrem Rücken) erzeugt wurde. Insofern sprechen die Verhältnisse natürlich auch von Erfolg und

Wir brauchen mehr individuelle und kollektive Leidenschaft, sowie auch die erforderlichen „Machtmittel“ wie Funktionen und Mandate

Sonntag, 7. September 2003

Forum I: Welche Zukunft hat die Arbeit?
Europäische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik
Dr. Udo Bullmann (SPD-Fraktion)
Dr. Heide Feilbach (Gesellschaft UNIC) |
Dietmar Hebel (Vereinigung der Belegschaften der Arbeitgeber, Umwelt)
Moderation: Martina Weg (SPD-Fraktion)

Forum II: Soziale Sicherungssysteme im wirtschaftlichen und demographischen Wandel
Walter Hirrlinger (Hessischer VdK)
Prof. Dr. Michael Opelko (Institut für Sozialökonomie, Frankfurt)
Dr. Axel Reimann (Vereinigung der Deutschen Betriebsräteverbände)
Margit Schratzenstaller (Österreichische Bank für Wirtschaftspolitik)
Moderation: Petra Fuhrmann (SPD-Fraktion)

Forum III: Neue Gerechtigkeit
Prof. Dr. Arne Hase (Hessische Gesellschaft für Wirtschaft und Politik)
Joachim Foss (SPD-Fraktion)
Friedrich Pfister (Kommunistische Parteiung)
Moderation: Nancy Fischer (SPD-Fraktion)

Podium II: Politik in der Medien- und Informationsgesellschaft
Claus Eitrich (Hessischer Christenrat/Forum G. Meier, Hertenstein)
Gabriele Holzner (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
Richard Mong (Hessischer Christenrat)
Albrecht Müller (Hessischer Christenrat)
Moderation: N. N. (SPD-Fraktion)

Forum IV: Aus der Krise herauswachsen, nicht heraussparen
Prof. Dr. Peter Bofinger (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Martina Kolitz-Anast (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
David Mülker (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Sigrud Skarpenik-Sperk (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Moderation: Dietmar Glöckler (SPD-Fraktion)

Forum V: Fortschritt und Wachstum, aber nachhaltig!
Andreas Kromer (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Michael Müller (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Olaf Tschimpke (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Moderation: Norbert Schütz (SPD-Fraktion)

Forum VI: Familienpolitik contra Frauenpolitik?
Dr. Jürgen Bockhoff (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Margit Jansen (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Prof. Dr. Uta Meier (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Moderation: Dr. Judith Pauly-Bender (SPD-Fraktion)

Forum VII: Gesundheitsreform, aber wie?
Dr. Erni Huber (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften, Verband Krankenkassen)
Prof. Dr. Klaus Knörig (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Prof. Dr. Dr. Karl W. Lauterbach (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften und Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Erika Otter (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Dr. Thomas Spiess (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Moderation: Dr. Christian Lukosch (SPD-Fraktion)

Podium III: Neue Zeiten denken
Wolfgang Jäger (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Christoph Matscher (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Claus Müller (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Andreas Ypsilanti (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)
Moderation: Thorsten Schärer-Gumbert (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften)

Schlusswort:
Gernot Grumbach (Hessische Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften, SPD-Fraktion)

Samstag, 6. September 2003

Programm der Tagung „Neue Zeiten Denken“ am 06./07.09.2003 in Frankfurt

Program der Tagung „Neue Zeiten Denken“ am 06./07.09.2003 in Frankfurt

Misserfolg der politischen Linken, also auch davon, wo wir als handelnde Akteure gescheitert oder unter unseren Möglichkeiten geblieben sind.

Ob und in wie weit SozialistInnen heute noch ihr Betätigungsfeld in der Sozialdemokratie haben, hängt deshalb nicht allein davon ab, auf was „die Arbeiterklasse“ im Wahlakt oder qua Beitritt „orientiert“, sondern von der Einschätzung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse insgesamt.

Deshalb organisiert sich die sozialistische Linke nicht nur in der SPD, sondern auch in anderen Organisationen und Bewegungen, nicht zuletzt auch in den Gewerkschaften.

Die Vorstellung, dass die sozialistische Linke die Politik der SPD dominiere, war zumindest nach 1945 illusionär. Sicher konnte sie punktuell programmatische Impulse geben und hat zumindest innerparteilich eine gewisse Machtfunktion ausüben können. Über die lange Frist gesehen war die Linke innerhalb der SPD nominell aber immer eine Minderheitengruppierung.

Politisch prägend wurde sie dann, wenn es ihr gelang, in dialogischer Auseinandersetzung zwischen außerparlamentarischer Bewegung und Partei eine Brücke zu bilden zwischen dem „Zentrum“ der Parteiführung einerseits und den gesellschaftlichen Kräf-

ten andererseits, die auf eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse drängten. Die Aufgabe für die Linke in der SPD bleibt deshalb vor allem darin zu sehen, innerhalb der Sozialdemokratie den gesellschaftlichen Diskurs mit dem Widerständigen aufrecht zu erhalten. Und kluge ZeitgenossInnen in der Sozialdemokratie wissen auch um den Wert und die Notwendigkeit dieser Brückenfunktion.

Die Positionsbestimmung beruhte nun also zum ersten auf dem Ausschluss der Organisationsmöglichkeit in einer anderen oder neuen Partei sowie zum zweiten auf der grundsätzlichen Akzeptanz einer Brückenfunktion zwischen widerständiger sozialer Bewegung einerseits und Sozialdemokratie andererseits. Diese Entscheidung ist natürlich eine, die auf Grundlage der aktuellen Kräfteverhältnisse zu überprüfen ist. Wie heißt es noch so schön im Godesberger Programm: „Der Sozialismus ist eine ständige Aufgabe“.

III. Mehr aus den vorhandenen Möglichkeiten machen!

Ein Arbeitsprogramm für die SPD-Linke
Die Linke in der SPD sollte sich auf ein Arbeitsprogramm verständigen, das unterschiedliche zeitliche und inhaltliche Dimensionen umfasst:

1. Programmatisch muss der Diskurs um die Entwicklung eines Gegenmodells zur neoliberalen Globalisierung voran getrieben werden. Ein Politikmodell, das dazu geeignet ist, ist das der Nachhaltigkeit. Wie

das neoliberale Modell im Weltmaßstab alle gesellschaftlichen Bereiche zu durchdringen sucht und dem Konkurrenzprinzip des Marktes und dem Prinzip der Kapitalverwertung unterwerfen will, geht es im Modell nachhaltiger Entwicklung darum, alle gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen am Prinzip der Nachhaltigkeit zu messen. In diesem Kontext muss eine Klärung wesentlicher Fragen erfolgen:

- Wie kann der ur-sozialdemokratische Begriff der Solidarität zeitgemäß buchstabiert werden? Gemeint ist hier nicht nur die Dimension angesichts der Veränderung in den Lebensweisen der Menschen, der demografischen Entwicklung, sondern auch die emanzipatorische zwischen den Geschlechtern.

- Wie kann gesellschaftliche Handlungsfähigkeit sowohl finanziell als auch demokratisch sichergestellt werden? Dazu gehören neben den Feldern der Staatsfinanzen und des Steuerwesens auch die der Finanzierung des Sozialversicherungssystems und der Reproduktion der natürlichen Lebensgrundlagen, schließlich auch nach den unterschiedlichen Ebenen inner- und zwischenstaatlichen sowie staatlichen Handelns überhaupt.

- Wie kann eine globale Politik etabliert werden, die gegen die ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen der Großmächte die Entwicklungsperspektiven der Einen Welt durchsetzt? Dazu gehören sowohl die Fragen nach den Veränderungsanforderungen an die internationale Entwicklungspolitik, die Neudefinition von Sicherheitsinteressen und der Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen und des Klimas sowie die Rolle internationaler Organisationen.

- Und schließlich: Welche Wachstumsfelder können in einem Modell Nachhaltiger Entwicklung die produktive Basis für eine entwickelte Gesellschaft darstellen? Wo sind staatliche Investitionen, Lenkungen und Subventionen erforderlich, nützlich oder schädlich? Wie können die Potenziale an Bildung und Arbeitskraft sowie Natur entwickelt und gesellschaftlich sinnvoll wirksam werden?

Es wird weitgehend bei uns liegen, über die Gliederungen und Parteigremien oder Arbeitsgemeinschaften, in denen wir vertreten sind, diese Debatte einzufordern und zu organisieren.

2. Mittelfristig, d. h. bis zur Vorbereitungsphase auf den Bundestagswahlkampf müssen wir organisatorisch DL21 in den Stand versetzen, den innerparteilich Einfluss zu erhöhen.

Es kommt nun für uns darauf an, einerseits das Bündnis mit der Mitte dort zu suchen,

wo inhaltliche Kompromisse möglich sind (wie z. B. bei der Bürgerversicherung und der Erbschaftssteuer), andererseits aber auch erkennbare Alternativen zum herrschend Mainstream öffentlich deutlich zu machen.

Wir müssen mehr aus unseren bereits vorhandenen Möglichkeiten machen und die vorhandenen linken Strukturen stärken. Wir haben bereits lose verbundene Regionalstrukturen von DL21 in Mecklenburg-Vorpommern, in Schleswig-Holstein, Bremen, Hessen, Bayern und bald auch in NRW. Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe linker Gruppen und Zirkel, die sich zumeist regional oder lokal engagieren, aber ohne landespolitische und bundespolitische Rückkoppelung sind.

Wir rufen deshalb nicht nur zum Eintritt in DL21 auf, sondern wollen auch den schrittweisen Aufbau regionaler Strukturen unterstützen. Als inhaltliche Plattform sollte das Internet-Angebot sowie die Zeitschrift spw stärker genutzt werden als in der Vergangenheit;

3. Wir müssen mit Blick auf den fälligen Generationswechsel bei den kommenden Bundes- und Landtagswahlen sowie den SPD-Vorständen einen Personal-Pool aufbauen.

Voraussetzung hierfür ist nicht nur der gezielte Aufbau von Nachwuchskräften z. B. unter bewusster Nutzung innerparteilicher oder parteinaher Angebote, sondern natürlich auch (s. o.) eine verbesserte Vernetzung der vorhandenen Strukturen. Zu überlegen

wäre auch, ob nicht wie schon einmal vor 30 Jahren die Phase der KandidatInnen-aufstellung für den Bundestag stärker politisiert und durch entsprechendes Material unterstützt werden könnte.

Bei den Neuwahlen zum SPD-Parteivor-

stand wird es sicher nicht zu einer breit angelegten personellen Erneuerung kommen. Was die Wahlen zu den Stellvertretern, dem PV angeht, stehen die Zeichen mehr auf Kontinuität, denn auf Wechsel. Das ist problematisch, ohne dass die Leistung einzelner Akteure gemindert werden soll. Die SPD muss endlich lernen, dass der Aufbau von neuen Spitzenleuten Jahre in Anspruch nimmt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich hier eine Allianz der Vernunft – über alle Strömungen – zusammenfindet, die eine schrittweise auch personelle Erneuerung des Parteivorstands sicher stellt.

Die Zeit zwischen den Parteitagungen nutzen – oder „Wichtig ist auf'm Platz“

Kurzfristig geht es darum, bereits zum ordentlichen SPD-Bundestag Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

Das grundsätzliche o.k. der Partei für die Grundlinien der Agenda 2010 auf dem Sonderparteitag der SPD am 1. Juni, wird in seinen Folgen erst in den nächsten Wochen und Monaten konkret. Dennoch wird die verstimmt Partei, wird die Partielinke nicht genügend Gewicht auf die Waagschale bringen, um die Unzulänglichkeiten der Reform noch zu bessern. Das ist natürlich darin begründet, dass die Große Konsensrunde aller Parteien dazu führt, dass nicht jede Stimme des Regierungslagers zählt.

Das liegt aber nicht zuletzt daran, dass die Linke ihr Pulver auf dem letzten Parteitag und im Vorfeld dieses Parteitages verschossen hat. Wir haben derzeit keine glaubwürdige „Drohkulissee“. Die Partei ist nicht aufgebracht und umstürzlerisch. Sie ist resigniert oder akzeptiert die Vorgaben der Spitze.

Die Teile der SPD-Linken, die den Agenda-Prozess an Instrumente gekoppelt hatten wie das Mitgliederbegehren oder die Drohung mit Neinstimmen im Bundestag, können nicht erneut in dieser Weise agieren. Beides konnte nicht oder wird nicht gehalten werden können. Und so sind wir derzeit alle nur nach vorne hin handlungsfähig. Wir können gestalten, wo es um die Ausformulierung von Perspektiven für die nächsten Jahre geht. Die Arbeiten am Perspektivantrag zum nächsten Parteitag im November laufen auf Hochtouren. Die Linke organisiert sich hier bereits intensiv. Wir werden einen eigenen Antrag zum Themenkomplex „Innovations- und Strukturpolitik“ formulieren und damit in die Debatte um die Wiederbelebung eines mittelfristigen rot-grünen Reformprojekts einzusteigen.

Die Tagung am 06. September in Frankfurt, die der SPD-Bezirk Hessen-Süd organisiert, soll dafür einen wichtigen Beitrag liefern.

Und schließlich wird vom 26.-28. September die Herbsttagung von DL21 (mit Vereinsversammlung am Freitagabend) in Berlin stattfinden. Hier wollen wir die bis dahin formulierten Beiträge für den November-Parteitag bündeln und unsere Strategie absprechen. Es lohnt sich also, dort dabei zu sein.

spw 4 / 2003

Literatur

Susi Möbbeck, Svenja Schulze, Thomas Westphal, Thesen zur Lage der SPD und zur Strategie sozialistischer Parteilinker in der SPD, in: spw 75, S. 34-37, Dortmund 1994

Andrea Nahles, Gerhard Schröder und der Herrscher der Molossen: Pyrrhus, in: spw 130, S. 6-8, Dortmund 2003

Horst Peter, Mehr Demokratie wagen und/oder den Standort sichern?, in: Klönne/Spoo/Butenschön (Hrsg.), der lange Abschied vom Sozialismus, Eine Jahrhundertbilanz der SPD, Hamburg 1999

ders., Politik und Nachhaltigkeit, in: Ulla Burchardt/Reinhold Rünker, Nachhaltigkeit als Reformprinzip, Dortmund 2002, S. 9-23

Reinhold Rünker, Sozialdemokratie im Übergang, in: spw 99, S. 17/18, Dortmund 1998

ders., Die Transformation des Politischen?, in: spw 110, S. 42-45, Dortmund 1999

ders., Alltägliche Lebensführung und Politik, in: spw 129, S. 39-41, Dortmund 2003

„... es kömmt darauf an, sie zu verändern!“

Theorieverständnis und Politik im ersten Jahrhundert der deutschen Sozialdemokratie

Von Thomas Welskopp

„Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus, meine Herren, sieht man das Morgenrot des neuen Tages früher, als unten in dem Gewühle des täglichen Lebens“, proklamierte Ferdinand Lassalle in seinem *Arbeiterprogramm* von 1862. Natürlich sah er sich selbst auf dieser wissenschaftlichen Bergspitze stehen und in das Tal hinab sprechen, in dem die künftige Arbeiterbewegung ihm, so setzte er voraus, andächtig lauschen würde. Daraus leitete der Gründer des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins* (ADAV, 1863 in Leipzig konstituiert), den die SPD im Mai dieses Jahres als parteipolitischen Vorläufer gefeiert hat, unverhohlen einen uneingeschränkten Führungsanspruch ab, eine diktatorische Befehlsgewalt, der sich die Arbeiter, wenn sie als Bewegung geschichtsmächtig auftreten wollten, „aus Einsicht“ fügen müssten: „Wohin ich gekommen bin“, sagte er 1864, kurz vor seinem Tod im Duell, „überall habe ich von den Arbeitern Worte gehört, die sich in den Satz zusammenfassen: Wir müssen unser aller Willen in einen einzigen Hammer zusammenschmieden und diesen Hammer in die Hände eines Mannes legen, zu dessen Intelligenz, Charakter und guten Willen wir das nötige Zutrauen haben, damit er aufschlagen könne mit diesem Hammer.“

Der Wissenschaftsbegriff bei Lassalle

Im Besitz der „Wissenschaft“ zu sein, bedeutete für den philosophisch und juristisch geschulten Publizisten Lassalle, autoritative Aussagen treffen zu können über die Diagnose der Gegenwart und die Prognose der Zukunft. Sein Wissenschaftsbegriff nahm den Kampf an zwei Fronten auf: *Zum einen* setzte er den auseinander driftenden nationalpolitischen Positionen im bürgerlichen Lager ein prinzipienstarkes Modell von größter Konsequenz und Kompromisslosigkeit gegenüber, nämlich den Staat im Hegel'schen Sinne „neu zu denken“. Der republikanische Einheitsstaat war für ihn die erstrebenswerte übermächtige Agentur schlechthin, die das gesellschaftliche Gemeinwesen organisieren sollte. Dieser Staat aber musste auf den sozialen und rechtli-

chen Realitäten gründen, wie sie sich im historischen Entwicklungsgang herausgebildet hatten. „Wissenschaft“ hieß dabei „aussprechen was ist“. Gegenüber der gesellschaftlichen Zielgruppe, den Arbeitern, die Lassalle mobilisieren wollte, folgte daraus *zum anderen*, sie auf ein politisches Aktionsprogramm zu verpflichten, das ihnen auferlegte, auf einen eigenen, weitergehenden programmatischen Diskurs gerade zu *verzichten*.

Ein solcher Diskurs war in den Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereinen, wie sie in der Revolution von 1848 entstanden waren und seit Anfang der 1860er Jahre nun eine neue Blüte erlebten, zentraler Bestandteil der Milieu- und Organisationskultur. In den Vereinen und Versammlungen diskutierten die Handwerksgehilfen, kleinen Meister, städtischen Gewerbetreibenden und randständigen Intellektuellen, die dort den Ton angaben, komplexe Weltbilder von großem Facettenreichtum und ebenso großer Grundsätzlichkeit. Radikale Demokratie und assoziationssozialistische Vorstellungen bildeten hier *nur* die Schwerpunkte einer Ideologieproduktion, die den „ganzen Menschen“ umfasste und sich, ohne die Bereiche voneinander zu trennen, auch auf die Fragen der Nation, des Humanismus, der Individualität und der Männlichkeit erstreckte. Diese alltagsphilosophische Debatte erhob den Anspruch, das komplette Wissen des 19. Jahrhunderts in sich aufzuheben und zugleich fest in den unmittelbaren Erfahrungsbeständen der Debattierenden zu wurzeln. Ihr ideologischer Diskurs füllte die Praxis in den Arbeitervereinen inhaltlich aus und fand sich in den Praktiken dieser „Minirepubliken“, die als das gesellschaftliche Organisationsmuster der nachrevolutionären Zukunft galten,

zugleich bestätigt. Das Vereinsleben selbst vermittelte zwischen Gegenwartsdiagnose und Zukunftsprognose. Die „freiwillige Assoziation“ in den Vereinen und das dortige unerschrockene Einsteigen für die eigenen Prinzipien in den Regeln der „parlamentarischen Redeweise“ war für die Angehörigen und Sympathisanten der Bewegung einstweilen *Politik*.

Lassalle dagegen tat dies als selbstgenügsame „Vereinsspielerei“ ab. Er verordnete den Arbeitern stattdessen ein anderes Programm: Nicht intern debattieren, sondern nach außen agitieren, hieß die Devise. Sein ADAV war darauf angelegt, durch Mobilisierungserfolge Organisationsmacht anzusammeln und dadurch politisches Gewicht zu gewinnen.

Das unmittelbare Agitationsziel sollte dabei sein, der Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten (Männer-)Wahlrecht Ausdruck zu geben. Das demokratische Wahlrecht verhiess die Revolution „auf diesem oder jenem Wege“ – als Ergebnis eines revolutionären

Im Besitz der „Wissenschaft“ zu sein, bedeutete für Lassalle, autoritative Aussagen treffen zu können über die Gegenwart und die Zukunft.

Volkskrieges zum Zweck der nationalen Einigung oder als das rechtmäßige Mittel zur Revolutionierung des Staates selbst: *per Stimmzettel*. Wie der zukünftige Staat dann aussehen und wie er die Gesellschaft wirtschaftlich und sozial organisieren sollte – Lassalle sprach von gesellschaftsweiten „Produktivgenossenschaften“, finanziert durch Staatskredite –, würde die Zukunft zeigen und blieb allemal seiner eigenen Auslegung vorbehalten. Die Unterordnung der Arbeiter unter das Dogma der Organisation und agitatorischen Außenwirkung verschaffte Lassalle persönlich taktische Freiheit im politischen Tageskampf. Oder so sollte dies zumindest sein. Denn statt 100.000, wie erhofft, gehörten dem ADAV bis 1864 keine 1.600 wirklich aktiven Mitglieder an. Und diese stritten sich durchaus weiter über die *Inhalte* der Politik, wenn dies auch in den folgenden Jahren überwiegend in den Kategorien der „einzig richtigen“ Organisationsform geschah, was dem ADAV aus der Außensicht einen sektiererischen Anstrich verlieh.

Lassalles früher Tod kaschierte das Scheitern einer Strategie, die sozialdemokratische

Dr. Thomas Welskopp, Privatdozent für Neuere Geschichte und z.Zt. Lehrstuhlvertreter am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Göttingen, ist Autor von „Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz“, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2000.

Bewegung dadurch zu mobilisieren und zu instrumentalisieren, dass er „Wissenschaft“ und Aktionsprogramm voneinander trennte. Die Monopolisierung von „Theorie“ und die Verpflichtung der Basis auf eine gehorsame „politische Praxis“ gelang nicht. In der Folgezeit sollte sich zudem zeigen, dass es mit einer eigenständigen „lassalleianischen Theorie“ nicht weit her war. Ihre Elemente, sofern nicht, wie das „eherne Lohngesetz“, schon bald obsolet, verkamen zur Munition in taktischen organisationspolitischen Kämpfen – die freilich zeitweise eine verheerende Außenwirkung entfalten sollten. Lassalles Wirken brachte eine organisatorische Selbstbezogenheit in die deutsche Sozialdemokratie, die ihr zumindest bis in die Weimarer Republik hermetische Züge verlieh und ihre Fähigkeit zur Wahrnehmung aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen und drängender neuer politischer Aufgaben, die sich daraus ergaben, empfindlich einschränkte.

Wissenschaft und Theorie bei Marx und Engels

Wenn Karl Marx und Friedrich Engels von „Wissenschaft“ und „Theorie“ sprachen – und das taten sie seit den Tagen des *Kommunistischen Manifests* häufiger –, meinten sie ursprünglich das Gegenteil von religiöser Transzendenz, „Ideologie“, „Utopie“ oder politischer „Gefühlsduselei“, die sie vor allem den bürgerlichen Demokraten, in den 1860er und frühen 1870er Jahren aber auch zunehmend ihren sozialdemokratischen Parteifreunden in Deutschland vorwarfen. „Wissenschaftlichkeit“ hieß für sie nüchterner Realitätssinn und eine Rationalität, die von moralisierenden Begründungen praktischer Politik gerade absah. Dem idealistischen Politikstil ihrer Zeit setzten sie eine Position gegenüber, die sich als „materialistisch“ ausgab. Ihr Geltungskriterium bestand im Grunde in der praktischen Wirksamkeit von Politik. Die politischen

Aktivitäten und Ereignisse selbst sollten zeigen, ob man mit den eigenen „theoretischen“ Diagnosen und Prognosen richtig lag. Da eine solche Sicht freilich Vorgriffe auf eine Zukunft notwendig machte, deren Eintreten man erst mittel- oder langfristig erwartete, ersetzte ein Geschichtsoptimismus den ursprünglichen „empirischen Realismus“, der selber idealistische Züge annahm – nur eben auf „soziale Gegenstände“ gerichtet war – und im Laufe der Zeit in Geschichtsdeterminismus umschlug, spätestens als der ältere Engels die „utopische Wende“ der deutschen Sozialdemokratie mit vollzog. Im *Manifest* hatten Marx und Engels geschrieben: „Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“

Marx und Engels teilten den Optimismus, die geschichtliche Entwicklung vorbehaltlos verstehen, im Einklang mit ihr politisch handeln und sie dadurch aktiv befördern zu können. Ihre eigene Rolle sahen sie weniger als charismatische Führungspersonlichkeiten denn als Vermittler „theoretischer“ Erklärung und Aufklärung, die die in die „tatsächlichen“ Kämpfe verwickelten Massen dazu befähigen würde, sich zum Souverän über die Geschichte aufzuschwingen. Die Arbeiterbewegung war für sie in aller erster Linie eine „elementare“, spontane Bewegung der Arbeiterschaft selbst, die sie durch „theoretische“ und programmatische Vorgaben nur zu stimulieren beanspruchten. In ihrem praktischen politischen Wirken während der Revolution von 1848 und danach übersetzte sich das in nicht selten überraschend opportunistisch wirkende taktische Spielchen und Schwenks, die unter dem Strich sämtlich den gewünschten

Effekt: die Massenmobilisierung aus eigener Kraft heraus zu bestärken, verfehlten. Ihre in den Jahrzehnten nach der gescheiterten Revolution immer grundsätzlicheren Auseinandersetzungen mit geschichtssphärischen und gesellschaftstheoretischen Problemen standen dabei nicht im Gegensatz zu einer praktischen politischen Tätigkeit, die man, ohne an Denkmälern rütteln zu wollen, besserwisserisch, kleinlich, herablassend und persönlich diffamierend nennen kann. Der Kern von Marxens Politikentwurf steckte seit den 1850er Jahren, seit Beginn des Londoner Exils, im nur langsam Gestalt annehmenden Gesamtkunstwerk des *Kapital*, von dessen Erscheinen er sich die bislang ausgebliebene Initialzündung der Massenbewegung erhoffte. Gegenüber dem Idealbild dieser „elementaren“ revolutionären Arbeiterbewegung fielen die „realen“ Ausprägungen, die sie in der Zwischenzeit bei den großen, aber pragmatischen englischen Gewerkschaften und vor allem in Variante der deutschen Arbeitervereine angenommen hatten, hoffnungslos zurück. Und das wiederum schoben Marx und Engels – wenn nicht auf die geistige Zurückgebliebenheit der handwerklich geprägten Gesellen-Arbeiter, der „Knoten“ und „Straubinger“ in Deutschland, die nicht die „Musterproletarier“ Marx'scher Nomenklatur waren, aber die Mehrheit der dortigen Sozialdemokraten stellten – auf die Unfähigkeit und die Manipulationen rivalisierender politischer Führer. Ihnen gaben sie die Schuld daran, dass die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter nicht aus den Kinderschuhen herauszukommen und sich stattdessen in missgönnerischen Fraktionskämpfen aufzureiben schien. Mit anderen Worten witterten Marx und Engels überall um sich herum Kabalen und Intrigen als den entscheidenden Faktor, der einstweilen verhinderte, dass ihre „theoretischen“ Vorgaben Breitenwirkung erzielten und sich in der Realität einer an Kraft gewinnenden Arbeiterbewegung „von unten“ dann auch empirisch bestätigten. Daraus erklärt sich ganz wesentlich die persönliche Gehässigkeit ihrer praktischen Politik etwa in der *Internationalen Arbeiterassoziation*: Ausschluss und Spaltung waren für sie gängige Instrumente, die ihnen gerechtfertigt schienen, weil man nur durch Elimination der Rivalen der „elementaren“ Bewegung freie Bahn verschaffen könne. Wie dieser Marx'sche Begriff von „Theorie“ und „Wissenschaft“ in der zeitgenössischen deutschen Sozialdemokratie „ankam“ und wie er sich dabei – mit Folgen, die noch heute spürbar sind – veränderte, zeigt ein Blick auf die Führer der 1869 gegründeten „Eisenacher Partei“, Wilhelm Liebknecht und August Bebel. Liebknecht erkannte Marx seit seinen Londoner Jahren als unangefochtene „wissenschaftliche“ Autorität an, doch vertraute er eher auf die Richtigkeit

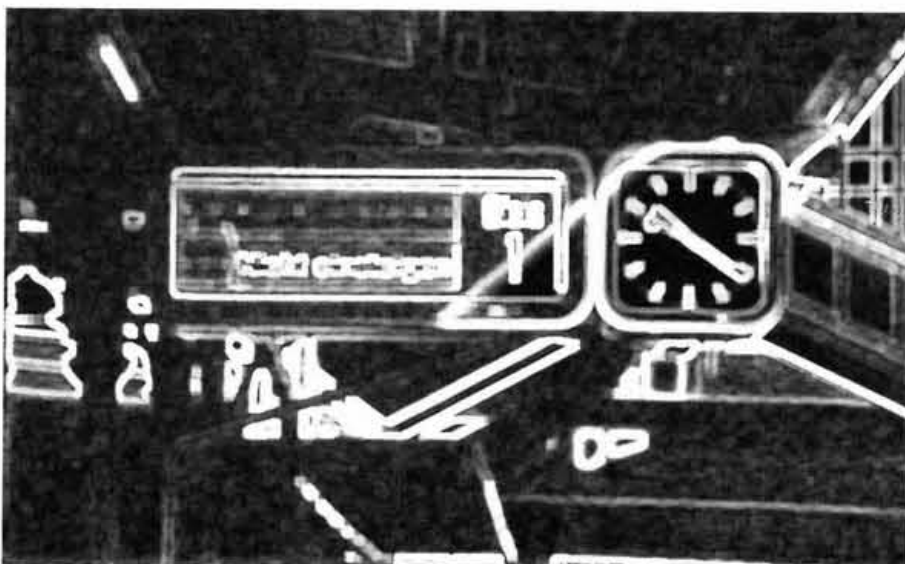


Foto: Christian Kiel (Berlin)

der Marx'schen Gesellschaftsanalyse, als dass er sie sich zueigen machte. Warum, ist gleich zu zeigen. Aber dass Marx zu einer Art „Zitierautorität“ letzter Instanz wurde, legt von den Begründungszwängen in einem innersozialdemokratischen Fraktionskampf Zeugnis ab, der den Londonern aus ihrer Warte *per se* ein Gräuelpiece sein musste: „[E]in vernichtender Schlag für den Lassalle-Kultus würde es sein“, schrieb Bebel etwa um 1870, „wenn Freund Marx dem Wunsche Liebknichts ... nachkäme und in einigen objektiv gehaltenen Artikeln im ‚Volksstaat‘ wissenschaftlich die Fehler und Mängel der Lassalleschen Theorie nachwiese.“ „Wissenschaft“ hieß für Liebknicht aber auch die Fähigkeit, programmatische Festlegungen im permanenten Diskurs der Partei immer wieder an die sich verändernden Gegebenheiten anzupassen: „Der Sozialismus ist nicht bloß eine politische Partei, sondern auch eine Wissenschaft. Wir entwickeln uns, schreiten fort, die geistige Arbeit ist unablässig, neue Gedanken erheischen neue Formen, und was heute dem Einen zu weit gehend ist, mag ihm in einem Jahr gut erscheinen, and was dem Andern reaktionär erscheint, nun, das lässt sich entfernen, sobald der reaktionäre Charakter überzeugend nachgewiesen worden.“

Theoretische Analysen und geschichtliche Notwendigkeit

Das aber verankerte den „wissenschaftlichen“ Anspruch nicht ausschließlich bei den „theoretischen“ Autoritäten, sondern in der Diskurspraxis der ganzen Partei. Nicht nur damit rechtfertigte Liebknicht die regelmäßigen Abweichungen sozialdemokratischer Programmgestaltung von den Londoner Vorgaben. Er machte auch eine prinzipielle Diskrepanz zwischen den hohen Ansprüchen an theoretische Folgerichtigkeit und den pragmatischen Erfordernissen der politischen Tagespraxis geltend. Beides freilich reklamierte eine gewisse Unabhängigkeit von den Übervätern, was Engels 1876 zu dem höhnischen Kommentar veranlasste: „Es ist [Wilhelm]s Sucht, [...] auch theoretisch möglichst unabhängig von uns zu sein, was ihm bei seinem totalen Mangel aller Theorie von jeher weit besser gelungen ist, als er selbst weiß.“ Er müsse gestehen, „dass [Dühring] noch immer ein gebildeter Mann ist gegenüber den theoretischen Pfüschern im Volksstaat, und seine opera immer noch besser, als die jener subjektiv und objektiv dunkeln Herren.“

„Theorie“ meinte mittlerweile dreierlei: eine unanfechtbare gesellschaftsanalytische Basis des eigenen Programms, die sich aufgrund ihrer „wissenschaftlichen“ Autorität einer normativen Begründungspflicht entzog; das eigene, breit in der Partei verteilte „diskursive Kapital“, das sozialdemokratische Positionen aus dem Unterholz der „bloßen Meinungen“, „demokratischen

Schwärmereien“ und „haltlosen Prinzipienreitereien“ heraushob; und schließlich ein Kriterium, anhand dessen man das Auseinanderfallen von Programmatik und Tagespolitik rechtfertigen konnte. Im Grunde war ja schon bei Marx und Engels selber „Theorie“ von einem Vorgriff auf die Zukunft, der sich im Kommenden beweisen musste, zu einem möglichst „reinen“ gesellschaftsanalytischen Aussagesystem mutiert, das sich gegen moralische Widersprüchlichkeiten und Fragen der praktischen Umsetzung durch Verweis auf die geschichtliche Notwendigkeit immunisierte.

Ein solcher Theoriebegriff war der Geburtshelfer für die sozialdemokratische Utopieproduktion, die 1879 mit August Bebels *Frau und der Sozialismus* einen ersten Höhepunkt und vorläufigen Abschluss erfuhr. Hier hatte sich „Theorie“ nicht nur völlig von einer inzwischen gänzlich anders gearteten politischen Praxis gelöst – die sich auf das Organisieren von Wahlkämpfen, das Gewinnen von Reichstagsmandaten und die Verteidigung gegen die staatliche Verfolgung konzentrierte. Sie war auch vom empirischen Testfall unabhängig geworden, da Bebel das Eintreten seiner gesellschaftsanalytisch untermauerten, dann aber hemmungslos „extrapolierten“ Vorhersagen in eine Zukunft verlegt hatte, die nicht nur unbestimmbar fern lag, sondern durch aktives politisches Handeln auch gar nicht mehr verwirklicht werden musste. Der „große Kladderadatsch“, der die Revolution einleitete, würde von selber kommen. Begründungen von Wertentscheidungen, die man auch anders treffen konnte, und die kritische Überprüfung von Umsetzungskriterien, von Übersetzungen von der Analyse und Prognose in konkrete politische Schritte, waren hinter den beschwörenden Verweis auf die Zwangsläufigkeit der geschichtlichen Entwicklung zurückgetreten – so stark, dass es nicht Wunder nimmt, wenn Bebel sich in vielen Passagen gar nicht auf Marx berief, sondern auf *Darwin*.

Es ist bezeichnend, dass Bebels Überlegungen als „belehrende“ Broschüre erschienen (erst in späteren Auflagen wuchs das Werk zu einem Buch heran). Ursprünglich hatte er sie 1875 in die Form eines Programmentwurfs für die zu vereinigende deutsche Sozialdemokratie gegossen, zu dem sein Braunschweiger Freund Wilhelm Bracke erklärte: „Was Deinen Entwurf betrifft, so glaube ich, dass Du zu viele Einzelheiten giebst, zu deren genauer Präzisierung jetzt noch gar nicht die Zeit ist. Ich glaube, in dem ganzen Theile des Programms sollten nur die

heutigen praktischen Forderungen der Partei angesprochen werden. Dagegen sind in den vorangehenden *principiellen* Punkten die *Principien* klar, unzweideutig und möglichst *in's Einzelne* gehend, niederzulegen. In dem praktischen Theil ist dagegen das auszusprechen, was man *heute* schon verlangt u. für dessen Inslebentreten man heute schon agitirt.“ Die sozialdemokratische Utopie kam also als „politische Bellettristik“ auf die Welt, wenn sich Bebel auch mit der „theoretischen“ Fundierung seiner Prognose abmühte: „Andererseits“, gestand er ein, „ist echte Wissenschaft oft mit sehr unangenehmer, widerlicher Arbeit verbunden.“

Die Befreiung vom Determinismus

Für die Folgezeit lässt sich in der Tat festhalten, dass in der „Theorie“ Gesellschaftsanalyse und Programmatik eine kaum noch zu trennende Mischung eingegangen

waren, wobei beide sich durch ihre geschichtsphilosophische Überwölbung jeglicher normativer Kritik und jeglicher praktischen Rechenschaftspflicht entzogen. Es war nun im Grunde völlig gleich, ob die sozialdemokratische „Theorie“ in dieser Zeit wirklich „marxistisch“ geprägt war oder nicht

– Marxens Sozialismus hatte sie, wie ich meine und Marx es ausdrückte, noch immer „nicht einmal hauttief“ absorbiert. Die „Theorie“ bot ein Identifikationsgerüst für eine Bewegung, die sich durch das „Sozialistengesetz“ in den Untergrund gedrängt sah, und die sich um jeden Preis in einer Situation eine Art übergeordneter Identität erhalten musste – die Gewissheit einer „höheren Mission“ –, in der es auf kontroverse Programmdiskussionen und Umsetzungsfragen nun wirklich nicht ankam.

In diesem Zusammenhang war auch das Erfurter Programm von 1891, das die sozialdemokratische Linke Ende der 1960er Jahre als das „marxistischste“ lobte, das die SPD sich jemals gegeben habe, in erster Linie ideologischer Ausdruck einer fortgesetzten gesellschaftlichen Isolierung. Weiterhin bestimmte der „revolutionäre Attentismus“ (Dieter Groh) die „theoretische“ Ausrichtung der SPD. Man hatte sich von der Programmatik auf die Prognostik verlegt. Das Beibehalten der revolutionären Erwartung immunisierte bequem von der Frage, welchen Einfluss die eigene politische Praxis und die sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen denn auf einen dogmatischen Kanon haben könnten, der

„Wissenschaft“ hieß für Liebknicht, programmatische Festlegungen im permanenten Diskurs der Partei immer wieder an die sich verändernden Gegebenheiten anzupassen.

nur durch eine Vorstellung von der notwendigen umfassenden Revolution intakt gehalten wurde, die freilich im Grunde mehr und mehr einem apokalyptischen Wunderglauben glich. Die umgekehrte Frage nach den praktischen politischen Konsequenzen dieses Kanons unter den Bedingungen der Zeit stellte sich zwischenzeitlich schon gar nicht mehr.

Sie sollte sich zur Zeit des „Revisionismusstreits“ aber wieder stellen. Eduard Bernstein griff mit seinen Thesen im Grunde das hermetische Theorieverständnis der marxistischen Parteiführung an. Er bestand darauf, Gesellschaftsanalyse und Programmentwicklung wieder unterscheidbar zu machen und beide von ihrem Geschichtsdeterminismus zu befreien. Er schlug vor, den Sozialismus als einen Katalog von Grundwerten zu diskutieren, an denen konkrete politische Schritte sich messen ließen, auch wenn sie weit unterhalb der Schwelle eines revolutionären Systemwechsels, innerhalb des bestehenden Systems, vollzogen wurden. Es ging darum, eine von den „theoretischen Höhen“ des ideologischen Deutungskonzerns SPD weit entfernte pragmatische politische Praxis programmatisch einzubinden – mit dem Konzept der „Reform“. Demgegenüber versuchte die Linke um Rosa Luxemburg und

Karl Liebknecht, die Gesellschaftsanalyse und Revolutionsprognose zeitgemäß fortzuschreiben. Imperialismustheoretische Konzeptionen **erklärten** gewissermaßen, warum der seit langem vorhergesagte Systemkollaps des Kapitalismus noch nicht eingetreten

war, und beschworen umso dringlicher seine Unausweichlichkeit in der näheren Zukunft. Bei aller Gegensätzlichkeit – hier die Wende zum „Reformismus“, dort eine erneut radikalisierte „Revolutionstheorie“ – einte Bernsteins und Luxemburgs „theoretische“ Entwürfe doch, dass sie eine Verbindung zur politischen Praxis zogen. Bei Bernstein hieß dies programmatische Sanktion einer bereits eingeschlagenen politischen Richtung, bei Luxemburg Einlösung des revolutionären Versprechens durch einen neuen, „spontaneistischen“ Parteiaktivismus. Inhaltlich zeigte sich Karl Kautsky, der zeitgenössische ideologische Gralshüter der Partei, vom radikalen Kurs Rosa Luxemburgs fasziniert, während er Bernsteins Richtung als „revisionistisch“ bekämpfte. Aber dass der revolutionären „Theorie“ nun eine „revolutionäre Praxis“ folgen sollte, hielt er zum damaligen Zeitpunkt für unangebracht.

Das „Theorie und Praxis“-Problem der SPD

Obwohl Bernstein einer „reformistischen“ Praxis das Wort redete, vollzog sich diese „theoretische“ Auseinandersetzung weit abgehoben von dem, was nach 1900 als sozialdemokratische Tagespolitik produziert wurde. Hier dominierten mittlerweile die Gewerkschaften und die sozialpolitischen Praktiker, die sich vor allem über die Position der gewerkschaftlichen „Arbeitersekretariate“ als Multifunktionäre profilierten. Diese brauchten keinen Bernstein, um ihre Politik zu formulieren, und wahrscheinlich war der in der Parteiführung isolierte marxistische Gesamtkanon wegen seiner Folgenlosigkeit für sie sogar weit bequemer als die programmatischen Begründungszwänge pragmatischer Politik, die auf sie zugekommen wäre, hätte sich Bernstein durchsetzen können. Eine solche weitsichtige Verbindung von Programmdiskussion und politischer Praxis gab es im sozialdemokratischen Umfeld durchaus – und zwar ausgerechnet bei den als „Ultrapragmatikern“ verschrienen Konsumgenossenschaften. Hier gewann eine Theorie der heraufziehenden Massenkonsumgesellschaft Konturen, einschließlich von Visionen, wie sie politisch gestaltet werden könnte, an die das hegemoniale marxistische Theoriever-

ständnis der Zeit, das einseitig produktionsorientiert war, sich nicht einmal in Ansätzen als anschlussfähig erwies – und auch gar keinen Anschluss suchte.

Hier haben wir zwei weitere Facetten, die sich im Verhältnis zwischen „Theorie“ und „politischer Praxis“ in der SPD her-

ausgebildet hatten – mit noch heute spürbaren Folgen: *Auf der einen Seite* blieb „Theorie“ zumindest bis in die „Stamokap“-Debatte der sozialdemokratischen Linken für den gesellschaftsanalytisch-programmatischen Gesamtentwurf vorbehalten und weiterhin durch geschichtsdeterministische Setzungen und das Gebot ideologischer Geschlossenheit und „Reinheit“ von den Fragen der Tagespolitik bewusst immunisiert. Das hat die sozialdemokratische Theoriedebatte nicht nur isoliert und letztlich unwirksam gemacht. Verhängnisvoller war nämlich darüber hinaus, dass jene Spezialbereiche, in denen die SPD schon während des Kaiserreichs, dann aber verstärkt in der Weimarer Republik beachtliche Kompetenzen angesammelt hatte – vor allem in den Bereichen Sozialpolitik, Familien- und Arbeitsrecht –, in den „theoretischen“ Diskurs gar nicht einbezogen wurden. Obwohl Sozialdemokraten entschei-

dend bei seiner Ausgestaltung mitgewirkt haben, war der Sozialstaat vor allem auch in der Zeit nach 1945 *kein genuin sozialdemokratisches Projekt*. Die SPD ist hier in der Regel auf fahrende Züge aufgesprungen. Entsprechend schwer fällt es heute, eine programmatische Debatte über seine zukünftige Gestalt zu führen, die grundsätzlicher und visionärer ist als bloße Besitzstandswahrung, die ich auf Seiten der Linken für ein Zeichen „theoretischer“ Sprachlosigkeit halte. Der Theoriebegriff in der SPD hat politische Umsetzungsfragen und kontroverse Wertediskussionen zu lange marginalisiert. So ist die heute so stark spürbare Polarisierung zwischen „Theorie“ und einer nur noch pragmatischen „Praxis“ nicht zuletzt eine historisch gewachsene Konsequenz eines Theorieverständnisses, das zwischen Gesellschaftsanalyse, Grundwerten und Programmik nicht mehr unterschieden hat und sich der Frage einer „Theorie der politischen Wirksamkeit“ nur zu gerne entzog.

Auf der anderen Seite haben die dogmatischen und auch elitären Züge eines solchen Theorieverständnisses einen hemdsärmeligen Pragmatismus regelrecht gezüchtet, der sich gerade gegen die „Theorielastigkeit“ mancher Grundsatzdebatten profilieren konnte. Wer Visionen hat, solle zum Arzt gehen, hat ja Helmut Schmidt bekanntlich gesagt. Pragmatismus ist zu einem Zweck für sich geworden, der an den Sachzwang appelliert und den bloßen Machterhalt will. Diesen zum Dogma gewordenen Pragmatismus, der geeignet ist, sämtliche diskursive Aktivität in der Partei lahm zu legen, gilt es in aller erster Linie zu bekämpfen.

Kann man „Lehren“ aus der Frühgeschichte der Sozialdemokratie ziehen? Eine Einsicht ergäbe sich sicher aus der praktisch-politischen Folgenlosigkeit der historischen „theoretischen“ Großentwürfe. Das ist umso gravierender, da trotz dieser inhaltlichen Folgenlosigkeit erhebliche organisationspolitische Kalamitäten daraus entstanden, dass sie sich in internen Fraktionskämpfen ideologischen Instrumentalisierungen wehrlos ausgesetzt sahen. Der Begriff der „Theorie“ kapselte die Diskussion ab, verurteilte sie aber damit auch zu politischer Passivität. Eine Konsequenz wäre, den Ballast des überstrapazierten Theoriebegriffs abzuwerfen und den politischen Diskurs wieder in die Breite zu öffnen. Das Kriterium der „Theorie“ sollte nicht mehr als Eintrittskarte zu bestimmten diskursiven Foren dienen und damit abschließend wirken. Die Ganzheitlichkeit und Geschlossenheit des älteren Theorieverständnisses sollte man aufgeben. Die nötigen Wertediskussionen und Umsetzungsfragen müssen in die Basis der Partei hineingetragen werden. Es wäre ihr mehr von dem selbstbewussten, radikaldemokratischen, föderalistischen Debattengeist zu wünschen, der die Sozialdemokratie in ihrer Entstehungszeit ausgezeichnet hatte.

Das Verblässen sozialdemokratischer Tradition

Der Wandel in der Wirtschaftsprogrammatische der SPD nach 1945

Von Tanja Chawla und Herbert Schui

Parteiprogramme bilden stets ein Moment der geschichtlichen Entwicklung ab: In ihnen vereinen sich Erfahrungen der Vergangenheit und Erwartungen für eine Zukunft, die in kollektiver, bewusster politischer Anstrengung gestaltet werden soll. Soweit die artikulierten Ziele eines Programms nicht als Täuschung gedacht sind, haben sie zwingend eine Theorie zur Grundlage; diese entziffert die Gegenwart und klärt über die Folgen der politischen Aktionen auf, für die geworben wird. Die Theorie erscheint in den Programmen schlagwortartig, bleibt jedoch identifizierbar; sie ist in politische Losungen gefasst, womit ihr prognostischer Wert unterstrichen wird. Das theoretische Verständnis der Gegenwart und der Möglichkeiten, die in ihr enthalten sind, geben einen deutlichen Aufschluss über den Wandel der jeweiligen Erfahrung und ihrer Bewertung, besonders aber über die Ablösung von tradierten Werten.

Unter diesen Aspekten sind Parteiprogramme, und so auch die der SPD, zu untersuchen. In ihrer Abfolge legen die Programme der SPD eine Unterscheidung in drei Etappen nahe: Eine erste Phase mit einer streng sozialistischen Orientierung im Sinne der politischen Leitsätze vom Mai 1946, eine zweite Phase, die einen demokratischen Sozialismus als Endziel gelten lässt, sich aber im Konkreten darauf konzentriert, wie der Kapitalismus durch keynesianische Politik zu regulieren sei, und eine dritte Phase, in der die Ziele des Sozialstaates und der Vollbeschäftigung aufgegeben werden zugunsten eines – als dritten Weg vorgestellten – neoliberalen Entwurfes.

Der CDU-Flirt mit sozialistischen Ideen nach 1945

Zu Ende der 40er Jahre die Kontrolle wirtschaftlicher Macht und Sozialisierung zu fordern, war in Westdeutschland nichts Außergewöhnliches: 1947 fasst die CDU von Nordrhein-Westfalen in ihrem Ahlener Programm ihre Erfahrungen mit dem Ende der Weimarer Republik in dieser Weise zusammen: „Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen

Unternehmungen gehörigen Personen hatten (...) eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht.“ Daraus folgt verallgemeinernd: „Unternehmungen monopolartigen Charakters, Unternehmungen, die eine bestimmte Größe überschreiten müssen, verleihen eine wirtschaftliche und damit politische Macht, die die Freiheit im Staate gefährden kann.“ Die Lösung sieht die CDU in Kartellgesetzen und weiter in einem „machtverteilenden Prinzip“: Die Gebietskörperschaften und „die im Betrieb tätigen Arbeitnehmer“ sollen an diesen Unternehmen beteiligt werden. Die Kohlenbergwerke sind wegen

des „von ihnen geförderten, für das gesamte Volk lebenswichtigen Urprodukts“ zu vergesellschaften, des weiteren gegebenenfalls die eisenschaffende Großindustrie. Im Ganzen wird gesucht nach einer Ordnung des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft, in der unternehmerische Initiative ihren „erforderlichen Spielraum“ behält, in der die Unternehmen aber nicht eine wirtschaftliche Macht entfalten, die sie politisch missbrauchen könnten. (Diese Grundgedanken tauchen dann später im Godesberger Programm der Sozialdemokraten auf.) Alles, was sich um den Begriff des „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ rankt, findet spätestens mit den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU im Jahr 1949 sein Ende, als sich der Adenauer-Flügel der Partei durchsetzt. Das Konzept ist nun, Staat und Privatwirtschaft durch die vollständige Konkurrenz voneinander zu trennen: Die einzelnen Wirtschaftseinheiten sind zu klein, um die Politik zu beeinflussen. Dies ist einer der wesentlichen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft.

Kommunisten für freien Handel

Die KPD dagegen vertritt in der unmittelbaren Nachkriegszeit keine sozialistischen Po-

sitionen. Für das Zentralkomitee der KPD steht im Juni 1945 an erster Stelle „rasch ein normales Leben zu sichern und die Erzeugung wieder in Gang zu bringen.“ Zu diesem Zweck fordert sie die „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.“ Lediglich der Großgrundbesitz des (ostelbischen) Adels – nicht dagegen der Großbauern – sei zu enteignen.

Dies ist im Kontext der sowjetischen Politik zu verstehen: Wenn sie ein neutrales, vereinigtes Deutschland anstrebt, dann muss als Gegenofferte an die Westmächte die Gesellschaftsordnung offen bleiben. Die KPD schwenkte schließlich erst auf einen sozialistischen Kurs ein, als die so-

wjetischen Vorstellungen einer europäischen Nachkriegsordnung am Widerstand des Westens scheiterten.

Die SPD dagegen geht den entgegengesetzten Weg. Sie verfolgt zunächst entschieden sozialistische Ziele; erst im Godesberger Programm akzeptiert sie im Grundsatz den Kapitalismus; fordert aber seine entschiedene demokratische Regulierung.

SPD für eine neue Wirtschaftsverfassung

In der unmittelbaren Nachkriegszeit dagegen zielt die SPD in ihren politischen Leitsätzen vom Mai 1946 auf eine neue Wirtschaftsverfassung an: „Die Sozialdemokratie erstrebt eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaftliche Gestaltung.“ „Die Sozialisierung hat zu beginnen bei den Bodenschätzen und den Grundstoffindustrien. Alle Betriebe des Bergbaues, der Eisen- und Stahlerzeugung und -bearbeitung bis zum Halbzeug, der größte Teil der chemischen Industrie und die synthetischen Industrien, die Großbetriebe überhaupt, sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen.“

Die Form der Planung wird im einzelnen nicht ausgeführt, aber eine Wirtschaft sowjetischen Typs soll es nicht sein. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass die hessischen „Sozialgemeinschaften“, die 1947 als Prototypen einer neuen Wirtschaftsordnung

Zu Ende der 40er Jahre die Kontrolle wirtschaftlicher Macht und Sozialisierung zu fordern, war in Westdeutschland nichts Außergewöhnliches.

in die Debatte gebracht wurden, auch Vorbild für eine nationale Planung sein sollten. Ähnlich wie im Ahlener Programm der CDU war an ein „machtverteilendes Prinzip“ gedacht, vervollständigt um die Gewerkschaften und um Konsumentenverbände, aber es ging hierbei nicht einfach um die Kontrolle der politischen Macht der Großunternehmen, sondern um diejenigen Planungsinstanzen, die die unternehmerische Souveränität ablösen sollten: Einen „Spielraum für unternehmerische Initiative“ im Sinne eines privaten Unternehmers sollte es nicht mehr geben – mit Ausnahme allenfalls der kleinen Betriebe.

Das Verhältnis von Wirtschaft und Staat war damit anders gelöst als im Ahlener Programm und erst recht anders als im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft: Es war Planung durch politische Gewalt, die durch gegenseitige Kontrolle die Herausbildung einer autonomen Planungsverwaltung verhindern sollten.

Markt und Plan im Godesberger Programm Spätestens mit dem Godesberger Programm von 1959 verlässt die SPD ihre sozialistische Linie. Es setzt sich die allgemeine Anerkennung „freier Unternehmerinitiative“ durch. Dies allerdings mit wesentlichen Einschränkungen, die sich aus zwei Forderungen herleiten: Die kapitalistische Wirtschaft ist durch „staatliche Lenkungsmaßnahmen“ zu stabilisieren und die wirtschaftliche Macht ist zu kontrollieren. Ziel der Wirtschaftspolitik ist, die „zweite industrielle Revolution“ zu nutzen, um „die Not und das Elend zu beseitigen, die noch

immer viele Menschen bedrücken.“ Da die „Marktwirtschaft aus sich heraus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung“ gewährleistet, ist es in der Verantwortung des Staates, dass das Wachstum der Arbeitsproduktivität allgemeine Wohlfahrt schafft.

Es ist diese Verantwortung, die das Godesberger Programm von der gegenwärtigen

Position der SPD unterscheidet. Gemeineigentum sieht das Programm ebenfalls vor; dies aber wird vorrangig nicht mit besseren Möglichkeiten der Lenkung begründet, sondern mit der Kontrolle wirtschaftlicher Macht. „Mit ihrer

durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluss auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.“ Daher: „Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.“ Sicherlich lässt sich auch diese Begründung von Gemeinwirtschaft mit der staatlichen Verantwortung für allgemeine Wohlfahrt verknüpfen, denn der Staat kann seiner Verantwortung nur dann nachkommen, wenn er eine Politik betreiben kann, die nicht von der Großwirtschaft, von „usurpierter Staatsgewalt“ eingeengt ist. Definiert ist auf diese Weise das Verhältnis des Politischen zur Privatwirtschaft. Staat und Wirtschaft werden als eigenständige Subjekte begriffen: Der demokratische Staat hat den Vorrang. Er soll der Souverän sein, der die Wirtschaft ordnet.

Diese Sorge, dass wirtschaftliche Macht die demokratische Souveränität beseitigen, sich den Staat unterordnen könnte, erinnert an das Ahlener Programm der CDU. Den Beteiligten war offenbar aus der Erfahrung klar, worüber sie redeten. Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die Theorien des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, wie sie von den kommunistischen Parteien vertreten wurden, sich mit demselben Sachverhalt beschäftigten: Hier war zunächst davon die Rede, dass sich das Monopolkapital dem Staatsapparat untergeordnet hätte, dann von einer Verschmelzung und schließlich davon, dass der Staat im Kapitalismus ein eigenständiges Subjekt sei. War dies das Merkmal des Staates, dann war er – als partizipative Massendemokratie – geeignet, auch eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft einzuleiten.

Marktskepsis und Ökologie im Berliner Programm

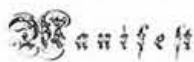
Das Berliner Programm von 1989 weicht von dieser Charakterisierung der wirtschaftlichen Macht nicht ab: Sie ist unverändert eine Gefährdung der Eigenständigkeit, der Souveränität demokratisch legitimierter Politik: „Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen dürfen der Politik den Handlungsrahmen vorgeben, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln setzen.“ Wirtschaftsmacht lasse sich in politische Macht umsetzen.

Erneut wird betont: „Wo mit anderen Mitteln eine sozial verantwortbare Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse und die Durchsetzung der qualitativen Kriterien wirtschaftlicher Entwicklung nicht gewährleistet ist, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig. (...) Vergesellschaftung muss zugleich demokratisches Element als auch wirtschaftspolitisches Instrument sein.“ Bei diesen qualitativen Kriterien handelt es sich vor allem um „Vollbeschäftigung (und) die Erhaltung ökologischer Kreisläufe“, denn „der Markt kann (...) weder Vollbeschäftigung herstellen noch Verteilungsgerechtigkeit bewirken oder die Umwelt schützen.“

1989: „Sozialdemokratischer Triumph“ über den Kommunismus

Die Vereinigung Deutschlands und damit der Zusammenschluss der ost- und westdeutschen SPD ist Anlass für ein neues Parteiprogramm: „Seit dem 27. September 1990 ist die SPD wieder, was sie seit ihrer Gründung vor weit über 100 Jahren hat sein wollen: die Partei der Sozialen Demokratie für das ganze Deutschland.“ Grundlage für das neue Programm bleibt das Berliner Programm von 1989. Es wird in leicht geänderter Form unter Berücksichtigung ostdeutscher Realität auf dem Parteitag in Leipzig 1998 erneut verabschiedet. 1989 noch schreibt die SPD von der „historischen Grunderfahrung“ der Arbeiterbewegung, die darin bestehe, „daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen.“ Folglich sei „eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft nötig.“ Auffällig bei der geänderten Fassung ist die erneute Betonung der Feindschaft gegenüber dem Kommunismus als „angeblicher sozialistischer Alternative“. (Eine Abgrenzung dieser Art fehlt in keinem Programm.) Schadenfreude und eine gewisse Erleichterung kommt hinzu: „Das Scheitern des Kommunismus bestätigt die Grundüberzeugung der Sozialdemokraten, die sie in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus verfochten haben: Das Ziel einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaftsordnung ist für alle Zukunft nicht von der Garantie der Menschen-

„Arbeit ist nicht nur Existenzbedingung, sondern entscheidende Dimension menschlichen Daseins.“ (Berliner Programm 1989)



301

Kommunistischen Partei.

Veröffentlichung im Dezember 1948

London.

Vertrieben in der UdSSR: Bildungsgesellschaft für Arbeiter
 von J. W. Dörmann
 48, Kottbusser Strasse, Berlin-Neukölln

rechte als Voraussetzung politischer und sozialer Gleichheit zu trennen.“

Wie im einzelnen aber stellen sich die Sozialdemokraten den freien gerechten Weg der Gesellschaft vor? Die Grundlage ist der traditionelle Reformismus der SPD mit dem Keynesianismus als Wirtschaftstheorie. Dies setzt eine Wirtschaftspolitik voraus, die, wie erwähnt, ihre Eigenständigkeit gegenüber den Ambitionen der wirtschaftlichen Macht erkämpft. Unter dieser Voraussetzung lässt sich in den folgenden Schritten zu Vollbeschäftigung und allgemein besseren Lebensverhältnissen kommen:

„Arbeit ist nicht nur Existenzbedingung, sondern entscheidende Dimension menschlichen Daseins.“ Daher liegt der Schwerpunkt der nationalen Wirtschaftspolitik auf der sechsständigen Fünf-Tage-Woche, um so der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Betont wird: „Unserer Gesellschaft geht die Arbeit nicht aus.“ Arbeit wird ganz in der Tradition der Parteiprogramme als Menschenrecht beschrieben. Somit gehört die Arbeit selbst wie auch die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung in den Verantwortungsbereich des Staates. Folglich heißt es ganz im Sinne des Linkskeynesianismus: „Eine gerechtere Einkommensverteilung sorgt für sozialen Ausgleich und schafft zusätzliche Nachfrage und damit Arbeitsplätze.“ Da aber „der Bedarf an Dienstleistungen wächst“, findet sich auch im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen ein ausbaufähiger Arbeitsmarkt, ebenso wie innerhalb des Kultur- oder Freizeitbereichs.

In diesem Kontext wird der Blick auf die Löhne und Gehälter gelenkt, wobei allerdings eingehendere Erläuterungen fehlen. „Löhne und Gehälter sollen nach Einkommensgruppen differenziert erhöht werden.“ Kriterien für diese Differenzierung werden nicht genannt. Die Aspekte der Finanzierung eines erweiterten öffentlichen Dienstes und der weiteren politischen Umsetzung lässt die SPD an dieser Stelle unerwähnt.

Wem dient das Kapital?

Mit dem Grundsatz „Das Kapital hat dem Menschen und nicht der Mensch dem Kapital zu dienen.“ setzt die SPD den Rahmen ihrer Politik. In der Einsicht, dass diesem Grundsatz nur gefolgt werden kann, wenn verschiedene Kontrollinstrumente genutzt werden und der Staat selbst auch als regulierende Instanz in Erscheinung tritt, legitimiert die SPD eine umfassende Wirtschafts-, Fiskal- und Beschäftigungspolitik. Besonders bei der Fiskalpolitik wird die keynesianische Orientierung der SPD deutlich. Denn gerade „in Zeiten der Konjunkturschwäche dürfen die Ausgaben nicht reduziert werden, (...) selbst wenn dies Kreditaufnahme erfordert.“ Dies ist klassische antizyklische Fiskalpolitik, die darauf setzt, in Zeiten der konjunkturellen Flaute die Staatsausgaben

nicht zu senken, also nicht zu „sparen“, und die überdies Staatsdefizite vorsieht, um den Konjunkturreinbruch abzuschwächen und zu verkürzen. Die langfristigen öffentlichen Investitionen dagegen sollen durch eine Besteuerung nichtinvestierter Gewinne und eine (im Grunde) progressive Einkommensteuer finanziert werden.

Hier skizziert die SPD eine Steuerreform, die sozial sein will, indem sie eine gerechtere Einkommensverteilung anstrebt: ein steuerfreies Existenzminimum, eine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen, Kindergeld, eine Verringerung von Steuersubventionen, eine steuerliche Begünstigung reinvestierter Gewinne und die Gleichstellung der Einkünfte aus Finanzanlagen und Arbeit – was jede Form einer Abgeltungssteuer auf Einkommen aus Geldvermögen verbietet.

Wirtschaftsdemokratie versus Wettbewerbsstaat

Der Wettbewerbsstaat ist für die SPD offenbar keine geeignete Institution, wenn der Grundsatz vom „Kapital, das dem Menschen dienen soll“ zu wirklichen ist. Ein solcher Staat sei ungeeignet, die „Menschen mit Gemeinschaftsgütern und –leistungen zu versorgen.“ Dieser andere Staat, der Staat der SPD, braucht seine gesellschaftliche Basis: „Dies kann in westlichen Industrieländern durch staatliche Steuerung, die Gegenmacht von Gewerkschaften, Dezentralisierungen von Entscheidungen und gesellschaftlichen Konsens auf der Grundlage eines breiten Reformbündnisses geschehen, das auch die neuen sozialen Bewegungen einbezieht.“ Damit sind die gesellschaftlichen Subjekte angesprochen, die eine sozialdemokratische Politik durchsetzen könnten. Die privaten Wirtschaftsunternehmen werden nicht erwähnt. Implizite sind sie als Gegner der Reform benannt. Insofern ist es folgerichtig, wenn die SPD weiterhin ihre sozialistische Tradition betont: „In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung. Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen dürfen den Handlungsrahmen vorgeben, sondern demokratisch legi-



timierte Entscheidungen müssen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln setzen.“

Die Ausgestaltung dessen bleibt allerdings diffus, denn die Wirtschaftsdemokratie „verbindet Privat- und Gemeineigentum, persönliche Initiative mit Verantwortung für das Gemeinwesen und mit staatlichem Handeln, Wettbewerb mit staatlicher Rahmensetzung, unternehmerische Freiheit mit Machtkontrolle, Mitbestimmung und Selbstverwaltung.“

Innerhalb dieser Wirtschaftsdemokratie sind Markt und Wettbewerb im Sinne der SPD unentbehrlich, denn „durch den Markt wird die unüberschaubare Vielfalt wirtschaftlicher Entscheidungen wirksam koordiniert.“ Wenn also der Staat den allgemeinen Rahmen abgesteckt und seine einzelnen wirtschaftspolitischen Vorhaben durchgesetzt hat, dann kann sich alles andere selbst steuern. Der Markt ist mit dem Wohl der Gesellschaft legitimiert; er wird nicht verstanden als der Ort, an dem sich aus Gründen ungleich verteilter Macht letztlich

kapitalistisches Interesse durchsetzt. Vielmehr wird die folgende Vorstellung angedeutet: Der Markt beziehungsweise die Privatwirtschaft allgemein stellen eine Art Rest dar, der weite Bereiche bei der Versor-

gung der Bevölkerung sichert. Die Hauptsache aber ist Angelegenheit des Staates und anderer politischer Subjekte, so der Gewerkschaften.

Staat und Politik behaupten sich erfolgreich gegen wirtschaftliche Macht (womit die Frage der am Markt ungleich verteilten Macht gelöst sein könnte), sie stecken den Rahmen ab, sie legen Bereich für den öffentlichen Sektor fest. Sie und die Gewerkschaften regeln als außermärkliche Einrichtungen die Einkommensverteilung, die Arbeitszeit und vieles mehr. Sie führen auf diese Weise Vollbeschäftigung herbei. Damit wäre die Neoklas-

Die Programme der SPD bekennen stets, den Vorrang der Politik vor der Wirtschaft gefordert zu haben.

sik als Wirtschaftstheorie auf den Kopf gestellt: Nicht der Staat ist das Residuum, die Restgröße, die dadurch zustande kommt, dass Einiges aus logischen Gründen aus dem Modellkontext der Neoklassik herausgenommen werden muss (etwa weil manche Leistungen zu öffentlichen Gütern werden müssen, weil an ihnen das Ausschlussprinzip nicht durchsetzbar ist).

Nun hat der Staat aus eigener Macht seinen Bereich definiert: Was er nicht in Beschlag nimmt, kann der Privatwirtschaft überlassen bleiben. Folglich wird festgehalten, dass „Leistungswettbewerb (...) den Verbrauchern und ihrer freien Konsumwahl zugute (kommt). Der Markt ist ein Instrument zum Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage; er ist, eingebettet in eine entsprechend ausgerichtete Rahmensetzung, auch ein effizientes Instrument zur Steuerung von Nachfrage und Angebot.“ Sicherlich ist einzuräumen, dass dieses Verständnis der Grundsätze des Programms nicht zwingend ist. Denn die entscheidende Frage, wie umfangreich der öffentliche Sektor, besonders der öffentliche Produktionssektor sein muss, damit die Politik den Vorrang haben kann, wird nicht beantwortet. Die SPD drückt sich hier recht diplomatisch und verhalten aus. Auf diese Art schafft sie sich die Möglichkeit, ihre Selbstlegitimation auch dann zu bewahren, wenn sie die unternehmerischen Interessen gut stellt. Denn wo genau endet die Möglichkeit und beginnt die Notwendigkeit in dem alles legitimierenden Satz: „Wettbewerb so weit wie möglich – Planung so weit wie nötig!“ Und wer nimmt in der Praxis welche Aufgabe wahr? Im Programm nimmt sich die SPD vor, die Wettbewerbsgesetze zu verschärfen, die „Herrschaftsmacht des Kapitals“ allerdings sollen starke Gewerkschaften in ihre Grenzen weisen.

SPD-Programm zwischen sozialistischem Erbe und Pragmatismus

Resümierend lässt sich festhalten, dass die SPD Programme in einem sehr abstrakten Sinn versuchen, bestimmten traditionellen sozialistischen Grundsätzen treu zu bleiben, zumindest was die Kontinuität ihrer Erwähnung angeht. Aber zunehmend bleibt es doch bei einer einfachen Anrufung der Tradition, ohne dass Klarheit über Ziele und Wege, über die Umsetzungs- und Ausgestaltungsverfahren hergestellt würde. Zustand und Verfahren bleiben oft undefiniert, was eine beachtliche Breite an Ausgestaltungs- und Interpretationsmöglichkeiten eröffnet. Dieser Mangel bringt es mit sich, dass sich im Programm eher gesellschaftliche Themen spiegeln, statt eine bindende Vorgabe für Aktionsprogramme, für eine konkrete Ausformung der Politik zu sein. Beispiele hierfür sind die Gleichstellung der Geschlechter oder die Forderung nach freier Bildung für alle, und nicht zuletzt die Frage danach, wie

denn und nach welchen Merkmalen der öffentliche vom privatwirtschaftlichen Bereich zu trennen ist, was zu tun ist, wenn sich die Privatwirtschaft der staatlichen Verteilungspolitik durch Preiserhöhungen entzieht, wie die verfolgten Ziele in Einklang zu bringen sind mit der zunehmenden Verdichtung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, was die SPD bei der Gestaltung dieser Beziehungen anstrebt.

Aber trotz aller Einwände im Detail sollte nicht in den Hintergrund treten, dass die Programme der SPD auch dann, wenn sie, wie seit Godesberg, sich grundsätzlich zum Kapitalismus bekennen, stets den Vorrang der Politik vor der Wirtschaft gefordert haben. Die Verfassungsorgane, die Gewerkschaften und – in den späteren Programmen – auch soziale Bewegungen oder Initiativen von abhängig Beschäftigten, die auf mehr Selbstbestimmung abzielen, sie alle sollen für eine Machtbalance in der Gesellschaft sorgen. Der Staat, ergänzt oder unterstützt von Kräften, die in einem genuinen Gegensatz zur Unternehmerschaft stehen, soll als eigenständiges, handlungsfähiges Subjekt in der Lage sein, das Interesse „der Vielen“ an Vollbeschäftigung und sozialer Sicherheit durchzusetzen. Aber nicht nur diese politischen Voraussetzungen benennen die Programme: Sie machen klar, dass keynesianische Makroökonomie ihr Verständnis der Wirtschaft ist und dass diese Theorie die Strategie hergibt, die zum Ziel führt.

SPD 2010 – Der Abschied vom sozialdemokratischen Erben?

Zunehmend aber tritt die SPD nicht mehr mit ihren Parteiprogrammen öffentlich in Erscheinung. Vielmehr stellt sie ihre Position in Grundsatzpapieren oder Regierungserklärungen dar, die völlig andere Grundlagen haben und auch radikal andere Ziele verfolgen als die auf den Parteitagen beschlossenen Programme. Diese Programmsurrogate bestimmen die Praxis der SPD. Sie werden nach einer hinreichenden Zeit der Gewöhnung und der Aussonderung der noch verbliebenen Parteigänger des klassischen Reformismus und des demokratischen Sozialismus das neue Programm der SPD werden. Was im einzelnen zu erwarten ist, lässt sich im Schröder-Papier vom Sommer 1999 und in der Regierungserklärung vom März 2003 nachlesen.

Statt einer „gerechteren Einkommensverteilung“, die „zusätzliche Nachfrage und damit Arbeitsplätze“ schafft“, wird es künftig wie in der Regierungserklärung heißen. „Wir können nur das verteilen, was wir vorher erwirtschaftet haben.“ Einen Zusammenhang zwischen Verteilung und Wachstum wird dann ausgeschlossen. Mehr Beschäftigung kann nur noch erwartet werden von einer vereinfachten Unternehmensbesteuerung und von einer Senkung der Körperschaftsteuer, was die

„Rentabilität stärkt“ und „Investitionsanreize schafft“. (Schröder-Blair)

Der Sozialstaat wird Schritt für Schritt beseitigt, weil die Lohnnebenkosten zu senken sind. Dies erwarteten „die Menschen, die in den Betrieben und Büros ihre Arbeit tun“. (Regierungserklärung) Kein Wort mehr davon, dass alles darauf hinauslaufen muss, über den Weg steigender Bruttolöhne die einzelnen Beschäftigten ebenso wie die gesetzlichen Sozialversicherungen am Wachstum der Arbeitsproduktivität zu beteiligen. Die Gewerkschaften sind nicht mehr die Gegenmacht zu den Unternehmern, vielmehr „gestalten sie in Kooperation mit den Arbeitgebern den Wandel“, sie lösen die „traditionellen Konflikte am Arbeitsplatz“ (Schröder-Blair), die „Tarifparteien sollen sich auf betriebliche Bündnisse einigen“. (Regierungserklärung)

Ohne diese Liste künftiger Programmpunkte weiter zu verlängern: der Unterschied zu den bisherigen Programmen liegt in folgendem: Bis dahin herrschte die Erkenntnis vor, dass es im Kapitalismus die Aufgabe von Gesetzgebung, Tarifvertrag und Vergleichbarem sein muss, die ökonomischen Aggregate wie Arbeitszeit, Lohnhöhe, Konsumieren und Investieren zurecht zu rücken mit dem Ziel, hinreichend Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen und den Sozialstaat am Wachstum der Arbeitsproduktivität zu beteiligen.

Es war klar: Die Abstimmung dieser Aggregate liegt außerhalb der Reichweite individueller Anstrengungen. Deswegen ist Politik, gemeinsame Willensbildung (die Herausbildung einer *gesellschaftlichen* Präferenz) und die kollektive politische Aktion die unausweichliche Voraussetzung für eine Verbesserung der individuellen Lebensverhältnisse.

All das soll nicht mehr gelten. Vielmehr ist es nun Sache der Einzelnen, der Eigenverantwortung, durch Erwerbsarbeit zu einer Besserung ihrer Lebensverhältnisse zu kommen. Hierzu dient der aktivierende Sozialstaat. Durch Diskriminierung führt er bei den Einzelnen Verhaltensänderungen herbei: Er soll als „Trampolin“ verstanden werden, das durch Stärkung der Eigenverantwortung die Erwerbslosen immer wieder fast schwerelos in den Arbeitsmarkt hochwirft. Tatsächlich aber ist für den Bereich von Sozialem und Beschäftigung eine rigide Erziehungsdiktatur vorgesehen: Arbeitslose sollen bei schmaler Kost solange schikaniert werden, bis wieder Erwerbsgesinnung zum Vorschein kommt, wer eine Altersrente bekommt, soll Kürzungen ohne Murren hinnehmen, denn es ist ein Opfer für die Jungen, die gerade eine Familie gründen. Aber nicht diesen wird geopfert, sondern den Unternehmern: Die Konditionierung, willig zu einem niedrigen Lohn auf Zeit zu arbeiten und das Nettoeinkommen durch geringe Sozialabgaben aufzubessern, wird die Gewinne steigen lassen.

Grand Hotel am Abgrund

In der Auseinandersetzung zwischen liberalem Kapitalismus und sozialer Demokratie muss die SPD ihr programmatisches Defizit beseitigen

Von Michael Müller

Um die Tragweite der Reformdebatte zu erkennen, die sich um das Stichwort *Agenda 2010* dreht, ist eine Bestandsaufnahme notwendig. Wir leben nämlich in einer Zeit der Zuspitzungen, in dem wahrscheinlich tief greifendsten Umbruch unserer Gesellschaft seit den 1950er Jahren. Die lange Phase von Stabilität und Sicherheit ist erst einmal vorbei. Der Prozess der Globalisierung kommt einer großen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft gleich. Nun erfüllt sich, wie das Handelsblatt aus Anlass des 150-ten Jahrestags der Veröffentlichung schrieb, die ebenso grandiose wie weitsichtige

Beschreibung aus dem „Kommunistischen Manifest“ von 1848: „An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der geistigen, so

auch in der materiellen Produktion. Die Erzeugnisse der einzelnen Länder werden Allgemeingut. Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse ..., die moderne bürgerliche Gesellschaft gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er hervor beschwor. Alles Ständische und alles Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht. Die Menschen sind endgültig gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“

Der Niedergang des Wohlfahrtsstaates

Unter den Zwängen einer entfesselten Ökonomie wird selbst der reiche Teil der Welt zu einem Grand Hotel am Abgrund. Dies hat längerfristige Ursachen, die insbesondere in der Dominanz der Finanzinstitute und der Ausrichtung auf einen Arbitrage-Kapitalismus der kurzen Frist liegen. Ein wichtiger Ausgangspunkt für das neue ökonomische

Regime von Desintegration und Destabilisierung liegt in den 1970er Jahren, als die USA nicht bereit waren, die hohen Kosten des Vietnam-Krieges zu bezahlen.

Nachdem die Europäer die Abwehr immer neuer Inflationswellen nicht mehr bezahlen wollten, zerbrach Mitte der siebziger Jahre das Weltwirtschaftssystem, das 1944 in dem amerikanischen Badeort Bretton Woods ins Leben gerufen worden war. Die amerikanische Wirtschaft „sanierte“ sich durch einen massiven Kapitalzufluss aus anderen Ländern, der durch die hohen Realzinsen in den USA möglich wurde. Je krisenhafter die

Weltwirtschaft wurde, desto mehr wurde paradoxerweise gerade der Krisenauslöser USA der scheinbar sichere Hafen im Meer der stürmischen Globalökonomie.

Mit Hilfe eines „schmutzigen“ Keynesianismus über gewaltige Rüstungsausgaben, der Informations- und Kommunikati-

onstechnologien und einer radikalen Liberalisierung der Arbeitsmärkte kam es zur Restrukturierung der angeschlagenen amerikanischen Wirtschaft und zu einer zunehmenden ökonomischen Instabilität in anderen Volkswirtschaften. Seit dieser Zeit dominieren die monetären Faktoren, die bis heute eine große Wirkung entfalten. Weltbank und Internationaler Währungsfonds wurden zum Rammbock für die Interessen der Banken und der Wall Street. Und mit der Gründung der WTO setzte sich der „Washington-Konsens“ durch, der von dem Ökonom Williamson Anfang der 1990er Jahre aufgeschrieben worden war.

Die Folgen waren politisch eine weit gehende Entmachtung der Demokratie, ökonomisch ein Rückfall in eine Art globaler Freihandelswirtschaft. In der Globalisierung wird im großen Stil die Unterschiede in Zeit und Raum ausgebeutet – im Raum durch ein Sozial- und Umweltdumping, in der Zeit durch spekulative Erwartungen, die

wiederum die Politik zwingt, diesen Erwartungen durch Liberalisierung Deregulierung gerecht zu werden.

Der Siegeszug der Globalisierung

Damit wurde der enge Zusammenhang zwischen Kapital, Management und Arbeit, der in den vergangenen Jahrzehnten die Wirtschafts- und Sozialbeziehungen in der Bundesrepublik geprägt hatte, aufgelöst. Der globale Kapitalismus ist nicht nur mächtiger, er ist auch anonym. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sind wir heute besonders mit vier großen Herausforderungen konfrontiert:

Erstens: Die außergewöhnlich günstigen ökonomischen Faktoren der Nachkriegszeit, die auf der Basis von hohem Wachstum, Nationalstaat und Flächentarifvertrag die soziale Marktwirtschaft ermöglicht haben, sind vorbei. In der bisherigen Form sind sie auch nicht wiederherzustellen. Massenproduktion und hohes Wirtschaftswachstum haben zwar nach der Ausbeutung des Menschen im 19. Jahrhundert in den vergangenen fünf Jahrzehnten in den westlichen Industrieländern die Beschäftigungssituation und die soziale Frage entschärft, aber nicht zuletzt durch die Ausbeutung der Natur.

In der globalen Epoche kommt nun beides zusammen: Arbeit wird durch Technik übernommen, die Naturzerstörung spitzt sich zu. Das versperrt die bisherigen Auswege, die allerdings oftmals zu Lasten der Natur, der Dritten Welt und künftiger Generationen gegangen sind. Deshalb kann die Antwort nicht heißen: Wachstum mit aller Kraft. Unter den heutigen Bedingungen ist das nur um den Preis eines totalen Umwelt- und Sozialdumping möglich.

Zweitens: Die Globalisierung ist ein historischer Trend, ihre Ausgestaltung eine politisches Projekt. Tatsächlich bedeutet in ihrer heutigen Form Globalisierung vor allem eine dramatische Zuspitzung der Ungleichgewichte. Al Gore charakterisierte diese „Dysfunktionalität“, die für ihn eine Metapher für den Zustand der modernen Zivilisation ist, als eine Form von AIDS, das die Substanz der Erde zerstört.

In dieser Entzweiung verbindet sich das Zusammenwachsen der Welt zu einer zerbrechlichen Einheit mit vertiefter Ausgrenzung und Ungleichheit. Die Globalisierung schaltet die Erde ökonomisch gleich und nimmt dabei den Menschen ihre Sicherheit

Die Globalisierung schaltet die Erde ökonomisch gleich und nimmt dabei den Menschen ihre Sicherheit und Identität, weil dieser Prozess nicht sozial und politisch gestaltet wird.



und Identität, weil dieser Prozess nicht sozial und politisch gestaltet wird.

Das aber heißt: Wir haben nicht nur unbestritten ein konjunkturelles Problem, wir stehen vor tief greifenden Umbaufaufgaben. Und richtig ist aus, dass diese Modernisierungsaufgabe in einer guten wirtschaftlichen Situation leichter ist. Aber die Verhältnisse sind nicht ist.

Natürlich ist der Markt keine Naturgewalt und die Globalisierung kein Schicksal. Aber Tatsache ist, dass es den „Rheinischen Kapitalismus“, der in der Vergangenheit den Ausgleich zwischen den Interessen von Kapital und Arbeit ermöglicht hat, nicht mehr gibt. Vielmehr setzte sich das angelsächsische Modell von Freihandel in Verbindung mit einer pseudo-liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsideologie durch, das einen gewaltigen Anpassungsdruck ausübt.

Drittens: Nach dem Zusammenbruch der zweigeteilten Welt verstärkte sich mit einer beispiellosen Dynamik die alte Bipolarität zwischen Arm und Reich, zwischen Wohlstandinseln und Elendsregionen, zwischen Ökonomie und Ökologie. Vor allem die USA wirtschaften verantwortungslos auf Kosten Dritter. Nach der Boomphase der 1990er Jahre haben diese wachsenden Ungleichheiten und Ungleichgewichte umso tiefer in eine weltweite Destabilisierung der Ökonomie geführt.

Globalisierung als Gestaltungsprojekt

Die amerikanische Volkswirtschaft, die in besonderem Maße die Weltwirtschaft prägt, ist in einer tiefen Krise. Ihre Merkmale sind eine gefährlich hohe Verschuldung, massiver Kapitalabfluss, niedrige Produktivität, steigende Verbindlichkeiten und eine überhöhte Immobilienbewertung. Ohne eine Kurskorrektur droht der Welt eine tiefe Rezession.

Viertens: Der tief greifende Strukturwandel in den westlichen Gesellschaften, die älter werden und schrumpfen, aber ihre Leistungsfähigkeit, ihren Zusammenhalt und

ihre Verteilungsspielräume auf hohes Wachstum und hohe Erwerbsarbeit abgestellt haben. Von daher sind ganz neue Mechanismen bei der Finanzierung von Renten, Gesundheit und Pflege notwendig.

Diese Herausforderungen betreffen alle westlichen Industriestaaten. In unserem Land kommen weitere gravierende Probleme hinzu, insbesondere das reformpolitische Versagen der Regierung Kohl in den 1990er Jahren, als beispielsweise Schweden, Dänemark oder die Niederlande unter sehr viel günstigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Weichen für den Umbau des Sozialstaates gestellt haben, sowie die in vielen Aspekten fragwürdige Finanzierung der deutschen Einheit. Diese Fehler und Versäumnisse holen uns heute in aller Härte ein. Der Modernisierungsbedarf, um reformpolitische Gestaltungsfähigkeit herzustellen, ist also groß. Dennoch wäre es falsch, andere europäische Modelle einfach zu kopieren. Tatsächlich gab es in den letzten 25 Jahren zwei Wege, die beide nicht überzeugen können. So haben zwar einige Länder durch eine rigide Flexibilisierung der Arbeitsmärkte die Arbeitslosenquote drastisch senken können, doch ihr Preis sind gesplittene Gesellschaften und oftmals eine gesunkene Produktivität. Andere Länder haben zwar ihre vergleichsweise guten Sozialleistungen und Schutzbestimmungen einigermaßen erhalten, aber eine sehr hohe Arbeitslosigkeit nicht verhindern können. Auf jeden Fall bleibt, dass der Prozess der Erneuerung heute beginnen muss.

Es ist eine spannende Zeit, in der neue politische Konzepte gefragt sind. Doch die Linke befindet sich in der Defensive. „Alles hat ein Innen und ein Außen. Die Macht der Herrschenden ist immer auch die Ohnmacht der Beherrschten, die Verhältnisse zu verändern“, so die These von Antonio Gramsci. Diese heute wieder aktuelle Mahnung an die Linke bedeutet, in der „neuen Systemauseinandersetzung“ zwischen liberalem Kapitalismus und sozialer Demokratie, um die es bei der

„neuen Weltordnung“ geht, um die kulturelle Hegemonie zu kämpfen.

Deshalb muss die Linke in dem Konflikt um die künftige europäische Wirtschafts- und Sozialordnung vor allem auf den politischen Diskurs setzen, auf die Fähigkeit, neue Visionen zu konkretisieren, um einerseits die geistigen Deformationen der Begriffe Reformen und Modernität zu beenden und andererseits das Politische in die öffentliche Arena zurück zu holen. Nur so wird es möglich sein, die Debatte um die Agenda 2010, die Bundeskanzler Gerhard Schröder am 14. März 2003 vorgeschlagen hat und die seitdem SPD und Öffentlichkeit in Atem hält, nicht nur zu bestehen, sondern sie zu erweitern zu einer unbedingt notwendigen Zukunftsdebatte.

Von daher kann eine Debatte nach Entscheidungen kein Angebot sein. Die neue Dimension der Auseinandersetzung muss klar sein: Es geht um ein ehrgeiziges Gestaltungsprojekt, um die radikale Risikobereitschaft, sich nicht anzupassen, sondern – wie bei der Enttabuisierung des Militärischen – Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten.

Wie beim Irak-Konflikt, wo es nicht nur um die Frage des Krieges am Golf ging, sondern auch und noch mehr die künftige Weltordnung, geht es auch hier um einen Grundsatzkonflikt, wie das europäische Gesellschaftsmodell in der Globalisierung aussehen kann und aussehen muss. Mehr noch: Wenn es nicht ökonomisch und sozial zu einer multilateralen Welt der Vielfalt und Demokratien kommt, dann bleibt auch die Haltung der Bundesregierung gegen den Irak-Krieg eine Fußnote, ohne eine geschichtliche Dimension anzunehmen. Eine gestaltende Rolle Europas für die neue Weltordnung braucht eine vitale ökonomische Grundlage.

Deshalb muss die Linke die neue „Systemauseinandersetzung“ zwischen liberalem Kapitalismus und sozialer Demokratie, die sich seit einiger Zeit ankündigt, offensiv annehmen. Wenn sie nur versucht, das Bestehende zu sichern, wird sie sogar das Erreichte verspielen. Ralf Dahrendorf hat nämlich Recht, dass uns ein autoritäres Jahrhundert droht, wenn es nicht gelingt, die Prozesse der Globalisierung im weitesten Sinne sozial zu gestalten.

Die Herausforderung für die Parlamentarische Linke

Aber richtig ist auch, dass kein automatisches Wachstum uns diese Aufgabe abnehmen wird. Von daher muss die Operation am „offenen Herzen der SPD“, an der Neuordnung der Sozialsysteme nicht nur sehr sorgfältig und überlegt ausgeführt werden, sie muss auch mit einer überzeugenden Perspektive auf Gesundung verbunden sein.

Für die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion (PL) ist der Umbauprozess, der jetzt begonnen wurde, eine zentrale Frage für die Zukunft der europäischen

Sozialdemokratie. Selten lag das Risiko des Niedergangs und die Chance auf neue Stärken so dicht zusammen. Deshalb braucht dieser Prozess ein klares Leitbild. Dies sind für uns die grundlegenden Regeln und Prinzipien der Nachhaltigkeit, die sowohl vom Ansatz der Vernetzung als auch von der Einbeziehung der Zukunft ausgehen.

Nachhaltigkeit ist das Konzept, das sich von Anfang an auf die Globalisierungs- und Modernisierungsschübe der letzten Jahre bezieht. Es verbindet eine innovative Wirtschaft mit sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verträglichkeit und der Ausweitung von Demokratie auf den unterschiedlichsten Ebenen. Das ist die große Botschaft für die Gestaltung der globalen Herausforderungen, für einen neuen Fortschritt.

Von daher stellt die PL drei zentrale Anforderungen an den Umbauprozess der Agenda 2010. Die Maßnahmen müssen

- insgesamt sozial gerecht und in der Verteilung der Lasten fair sein. Dazu fordert die PL eine Reihe von steuerpolitischen Maßnahmen von der Vermögens- und Erbschaftssteuer bis zur Verbesserung der kommunalen Finanzbasis, aber auch einen Verzicht auf die geplante Zinsabschlagssteuer, die ein zusätzliches Loch in die öffentlichen Kassen reißen würde;

- so ausgestaltet sein, dass die schwierige Umbauphase, in der die alten Systeme nicht mehr funktionieren, die neuen aber

erst beginnen zu greifen, nicht zu unvermeidbaren Härten und Brüchen führen. Von daher fordert die PL zum Beispiel ein Arbeitslosengeld II oberhalb des Sozialhilfeniveaus und entsprechend verlängerte Übergänge beim Arbeitslosengeld für über 55-jährige;

- neue Chancen eröffnen und zeigen, dass der Reformprozess mehr Qualität, Freiheit

und Sicherheit für die Menschen ermöglicht. Deshalb liegt ein besonderer Schwerpunkt auf Bildung, Innovationen und Qualifikation.

Dies hat die PL in ihrem Papier zur Agenda 2010 konkretisiert, in drei wichtigen Hauptbereichen –

Verbesserung der Einzelbereiche, Einbeziehung in eine europäische Strategie in der Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie die Herausbildung eines Innovations- und Fortschrittskonzepts. Im Zentrum steht die Erneuerung der Erwerbsarbeit.

Die PL will dabei die einseitige Ausrichtung der Produktivität auf den Faktor Arbeit zu überwinden. Sie muss sehr viel stärker auf die Steigerung der Produktivität der physi-

schen Seite der Produktion gelenkt werden. Im Schnitt liegt im produzierenden Gewerbe die Belastung des Faktors Arbeit bei 23 Prozent, die bei Materialdurchlauf bei 71 Prozent.

Das erste Ziel, durch eine Effizienzrevolution bei Energie und Rohstoffen den Durchlauf um 10 Prozent in den nächsten 4 Jahren zu

verringern zählt sich betriebs- und volkswirtschaftlich aus. Die Kostenentlastung ist bei rund 60 Mrd. anzusetzen, die Umwelt wird geschont, neue Produkte und Märkte, die weltweit attraktiv sind, werden erschlossen und – vor allem es wird mehr Arbeit geschaffen, denn die ökologische Modernisierung ist arbeitsintensiv.

Es geht um ein ehrgeiziges Gestaltungsprojekt, um die radikale Risikobereitschaft, sich nicht anzupassen, sondern – wie bei der Enttabuisierung des Militärischen – Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten.

Nach den bisherigen Erfahrungen bedeutet allein dieses Ziel, das natürlich noch deutlich steigerbar ist, im Saldo ein Zuwachs um rund 600.000 Arbeitsplätze.

Die Linke muss wieder Motor des Fortschritts werden, sie muss verlorenes Terrain zurückerobern. Diese Chance will die PL nutzen.

spw 4/2003

Praxismappe

Spiele für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

Diese Praxismappe gehört in jede Institution, die sich mit Kinder- und Jugendarbeit beschäftigt. Die sehr gute Strukturierung ermöglicht jedem einen schnellen Überblick über die verschiedenen Spielarten, wie z.B. Kennenlernspiele, Bewegungs- u. Kooperationsspiele und Geländespiele, um nur drei der 15 im Buch beschriebenen Arten zu nennen. Somit kann jede/r Spielleiter/in aus einem schier unendlichen Vorrat von Spielvorschlägen schöpfen. Den eigenen Phantasien sind keine Grenzen gesetzt, da die vorgegebenen Spiele immer wieder abgeändert oder verknüpft werden können, und so für die gegebene Situation immer ein passendes Spiel zur Hand ist. Für die noch unerfahrenen Spielleiter/innen unter Euch ist auch gesorgt. Auf den Seiten 9–25 werden detaillierte Hilfestellungen gegeben. Diese wesentliche Arbeitserleichterung ist schon bei vielen Betreuern/innen, Pädagogen/innen und Kindererzieher/innen, kurz allen Personen, denen das pädagogisch sinnvolle Spiel am Herzen liegt, äußerst beliebt. Diese 304 Seiten starke Publikation kostet 23,— DM plus Versandkosten.



iw
BUNDES
JUGENDWERK
DER AWO

✂

Hiermit bestelle(n) ich/wir

Publikation(en) zum Preis

von 23,— DM plus Versandkosten.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ / Wohnort _____

Ihre schriftliche Bestellung senden Sie bitte an das : Bundesjugendwerk der AWO • Oppelner Str. 130 • 53119 Bonn.

Die Vertrauenskrise der Sozialdemokratie

Die Erwartung sozialer Gerechtigkeit

Von Michael Vester

Die Schuld für die SPD-Niederlagen bei den Landtags- und Kommunalwahlen vom Februar und März 2003 wird überwiegend der Bundespolitik bzw. dem SPD-Vorsitzenden und Kanzler Gerhard Schröder gegeben. Noch im September hatte er es vermocht, sich durch die Flutkatastrophe an der Elbe und den drohenden Irak-Krieg als Retter vor Krieg und Not darzustellen und dadurch die bereits abwandernden Wähler wieder für sich zu mobilisieren.

Mutige Prognostiker hatten aus diesem neuerlichen Wahlsieg von Rot-Grün schon auf eine strukturelle Dauer Mehrheit für eine nicht-konservative Politik geschlossen (Raschke 2002). Doch die vermeintlichen Wechselwähler schlugen wieder zu. Am 2. Februar stürzte die SPD in Niedersachsen von 47,9% auf 33,4% ab, in Hessen von 39,4% auf 29,1%, am 2. März in den Kommunen Schleswig-Holsteins von 42,4% auf 29,5%.

Damit hat die Sozialdemokratie seit 1999 nun schon in fünf Bundesländern und erstmals auch in Westdeutschland in zweistelliger Größenordnung – zwischen 10 und 15 Prozent – verloren. Solche Verluste können nicht unesehen als Ausnahme – und auch nicht als besonders krasser Ausschlag des Pendels der Bindungsverlustes durch Individualisierung gewertet werden. Sie verlangen nach der Ergründung tieferer struktureller Ursachen und vor allem danach, die enttäuschten Wählergruppen und ebenso die Interessenlagen der herrschenden Politik, auch wenn diese das Gemeinwohl zu vertreten meinen, spezifischer sozial zu vertreten.

Die hier vertretene These lautet, dass die Wähler der SPD den Rücken zuwenden, weil sie sich in ihrem Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit von der SPD nicht mehr ausreichend respektiert fühlen. Ihnen geht es nicht um den Interessenausgleich abstrakter, marktmäßig ihre Vorteile kalkulierenden

Einzelpersonen, sondern um Arrangements zwischen den großen sozialen Gruppen, in die sich die Gesellschaft gliedert. Gerechtigkeit meint nicht Gleichheit, sondern Kompromiss. Sie geht realistisch davon aus, dass die soziale Welt sich in ungleiche Teilgruppen gliedert, die einer Art Aufgabenteilung entsprechen. Dieser Teilung entsprechen dann allerdings auch verschiedene Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, d.h. davon, wie und nach welchen Prinzipien die soziale Ordnung gegliedert sein sollte.

Milieus und soziale Gerechtigkeit

In einem Konflikt zwischen solchen großen Ordnungskonzepten befinden wir uns wieder seit dem Beginn der kapitalistischen Stagnationskrise in den 1970er Jahren. Die Zeiten eines anhaltenden Wirtschaftswachstums, in dem alle sozialen Gruppen Gewinner sein können, sind vorbei. Der Kampf darum, wer die Verlierer sein sollen, stellt das bisherige sozialstrukturelle Ordnungsmodell der Bundesrepublik in Frage. Die „politische Verdrossenheit“, die zunächst die konservativen und jetzt die sozialdemokratischen Parteien traf, ist Ausdruck dieses Kampfes. Der Pegel dieser Unzufriedenheit mit der dominanten Politik lag um 1980 wenig über 10%, nach 1990 erreichte er ein Niveau von 60%, seit Anfang des Jahres 2002 ist er auf 70%, seit Anfang 2003 auf mehr als 80% gestiegen (Vester u.a. 2001; Infratest dimap 2003b).

Die Motive und Dynamiken dieses sozialen Konfliktes können näher ergründet werden, wenn wir uns den beiden hauptsächlichen Gliederungsstrukturen der Gesellschaft zuwenden, dem Feld der Alltagspraxis, das nach „Milieus“ gegliedert ist, und dem Feld der Gesellschaftspolitik, das sich nach politisch-ideologischen „Lagern“ aufteilt. Diese komplexen Handlungs- und Kräftefelder werden hier zur Veranschaulichung als stark

vereinfachte Raumbilder dargestellt (Abb. 1 und 2). Sie beruhen auf differenzierten empirischen Untersuchungen, die in der Bundesrepublik nach dem Konzept des mehrdimensionalen sozialen Raums von Pierre Bourdieu durchgeführt worden sind. Die beiden Landkarten sind nicht deckungsgleich. Alltag und Politik folgen relativ verschiedenen ‚Logiken‘ oder ‚Spielregeln‘. Ein Milieu hängt im Alltagsleben zwar, durch den gleichen Lebensstil, zusammen, aber es teilt sich nach verschiedenen ideologischen Orientierungen auf.

Der Wandel der Milieus vollzieht sich nicht in einem völligen Bruch mit dem Herkunftshabitus, sondern in einer Weiterentwicklung. Diese Veränderungen des Habitus lassen sich beispielhaft an den drei Milieus in der Mitte des sozialen Raums (Abb. 1) beobachten, die der Traditionslinie der Facharbeit und der praktischen Intelligenz zuzurechnen sind (Vester u.a. 2001, Kap. 13-14). Für diesen „Milieustammbaum“ ist der Leitwert die persönliche Autonomie, gekoppelt an Strategien der guten Facharbeit, des Bildungserwerbs, der gegenseitigen Solidarität und einer planvollen Lebensführung. Über alle drei Generationen ist eine Art ‚protestantisches Arbeitsethos‘ gleich verbindlich geblieben, aber die emanzipatorischen Ansprüche haben zugenommen. Es ist daher auch kein Zufall, dass alle drei Milieus – die mit gleichbleibenden 30% den Kern der „Arbeitsgesellschaft“ bilden – den gegenwärtigen Abbau sozialer Sicherheiten und Teilhabeanchancen besonders ungerecht finden, weil er ihren gemeinsamen Grundsatz „Leistung gegen Teilhabe“ verletzt.

Wie solche Unzufriedenheit sich politisch umsetzt, hängt von den Vorstellungen der gesellschaftspolitischen Ordnung ab, nach denen sich die ideologischen Lager voneinander unterscheiden (Abb. 2 und 3).

Wie solche Unzufriedenheit sich politisch umsetzt, hängt von den Vorstellungen der gesellschaftspolitischen Ordnung ab, nach denen sich die ideologischen Lager voneinander unterscheiden (Abb. 2 und 3).

Wie solche Unzufriedenheit sich politisch umsetzt, hängt von den Vorstellungen der gesellschaftspolitischen Ordnung ab, nach denen sich die ideologischen Lager voneinander unterscheiden (Abb. 2 und 3).

Wie solche Unzufriedenheit sich politisch umsetzt, hängt von den Vorstellungen der gesellschaftspolitischen Ordnung ab, nach denen sich die ideologischen Lager voneinander unterscheiden (Abb. 2 und 3).

Gesellschaftspolitische Lager und soziale Ordnungsmodelle

In den drei beschriebenen Milieus ist durchaus eine mehrheitliche Neigung zu den ihrem Habitus am nächsten stehenden Ordnungskonzepten der Solidarität auf Gegenseitigkeit nachweisbar, also zum ‚Sozial-integrativen Lager‘ und zum ‚Skeptisch-Distanzierten Lager‘. Doch es gibt auch andere Präferenzen, die oft durch das Eigengewicht verschiedener regionaler, weltanschaulicher und konfessioneller Traditionen bedingt sind. Die Milieus der Facharbeit gren-

Das Radikaldemokratische Lager erreicht nur 11% und kaum Anhänger in anderen Milieus. Dies hat mit seiner sozialen Einäugigkeit zu tun.

zen beispielsweise rechts an die Arbeitnehmermilieus, deren Leitwert nicht die Autonomie, sondern die Einordnung in Hierarchien ist, wie sie ihrer Herkunft aus kleinbürgerlichen Verhältnissen oder auch der katholischen Soziallehre entspricht. An dieser Grenze gibt es typologische Zwischenformen und Milieuvermischungen, die auf Kombinationen des Leistungsdenkens mit dem Hierarchiedenken beruhen und die eine Neigung zu einem der konservativen Lager begünstigen.

So wie die sozialen Milieus sich durch allmähliche Veränderungen des Alltagslebens wandeln, so verändern sich die ideologischen Lager vor allem in den ‚heißen‘ Perioden historischer Kämpfe, in denen um religiöse, weltanschauliche oder soziale Fragen gestritten wird. In der Geschichte der Bundesrepublik waren vor allem zwei Erfahrungen wichtig. Zum einen hat die lange praktische Erfahrung des bisherigen Sozialmodells den Grundsatz „Leistung gegen Teilhabe“ weit über die Milieus der Facharbeit hinaus im allgemeinen Bewusstsein verankert. Nach diesem Grundsatz bedarf jeder Abbau sozialer Rechte einer besonderen Legitimation und Gegenleistung. Zum anderen haben seit den 1960er Jahren die emanzipatorischen Bewegungen und die Entstehung einer freieren Alltagskultur in den jüngeren Generationen die Werthaltungen der Selbstbestimmung und Partizipation gestärkt. Vor diesem Hintergrund kann ein Umbau der sozialen Ordnung, der nach undurchschaubaren ‚Sachgesetzen‘ von oben verordnet und nicht mit aktiver Partizipation verbunden wird, die Entfremdung zwischen den politischen Repräsentanten und den jüngeren Milieus nur verstärken.

Die Klientelgruppen der deutschen Parteien verteilen sich über sechs verschiedene Lager, über deren Zusammensetzung nach Milieus, Berufen usw. sehr detaillierte Befunde vorliegen (Vester u.a. 2002). Sie entsprechen sechs gesellschaftlichen Ordnungsmodellen. Die Einordnung in den Raum der Milieus (Abb. 2) zeigt, dass jedes Lager sich über mehrere Milieus, also Typen der alltäglichen Lebensführung, erstreckt. Die Lager sind nicht groß genug, um eigene Mehrheiten begründen zu können. Die Volksparteien müssen daher Klientelgruppen aus mehreren Lagern in ihrer Politik repräsentieren und mobilisieren. Alle Parteien schöpfen aus allen Lagern, aber mit gewissen Schwerpunkten. So hat im rechten Teil des sozialen Raums die CDU/CSU ein Übergewicht, aber dort hat auch der rechte SPD-Flügel seine Klientel. Im linken Teil überwiegt spiegelbildlich die SPD.

Innerhalb der Lager verlaufen auch latente Konfliktlinien, die durch die Veränderung der Lebensweisen entstehen. Sie können sich durch politisch-ideologische Konflikte in manifeste Konfliktlinien verwandeln und ggfs. auch das Feld der Lager umstrukturieren.

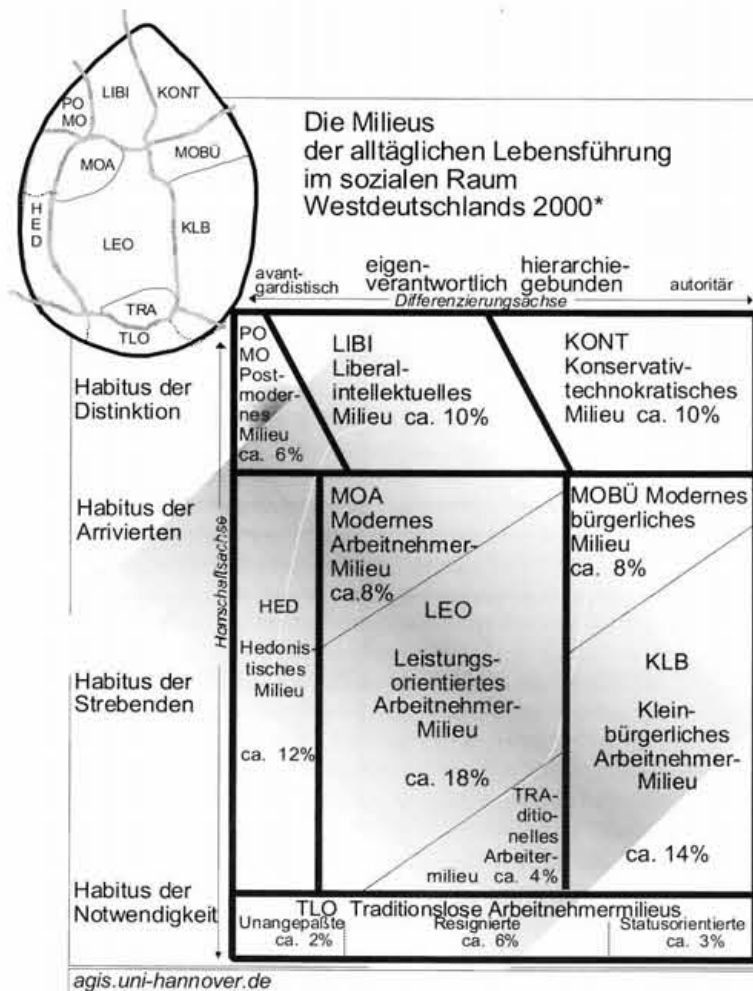
Solche latenten Konfliktlinien lassen sich vor allem in den vier unteren Lagern aufspüren. Bei dreien von ihnen ist die ‚Verdrossenheit‘ über Schieflagen sozialer Gerechtigkeit wirksam. Dabei äußert sich der Verdruss in zwei Lagern eher demokratisch, und zwar bei den ‚Sozialintegrativen‘ und bei den ‚Skeptisch-Distanzierten‘. Im Lager der ‚Enttäusch-autoritären‘ aber aktiviert die Verdrossenheit das Potential eines intoleranten und ausländerfeindlichen Populismus. In dem vierten unteren Lager, bei den ‚Gemäßigt-Konservativen‘, entsteht eine neue Konfliktlinie aus anderen Motiven. Es gibt eine Untergruppe von moderneren konservativen Arbeitnehmern, von der sich etwa ein Drittel offener für universalistische Ziele, d.h. mehr Frauen-, Ausländer- und Bürgerrechte und Umwelt- und Friedenspolitik, einsetzt.

Solche universalistischen Werte, die nicht direkt aus bestimmten Klassen- oder Milieulinteressen ableitbar sind, gewannen nachweislich auch in anderen Milieus und Lagern an Boden. Aber die daran geknüpften Prognose einer „neuen Politikmodells“ jenseits von rechts und links hat sich empirisch als Fehlprognose entpuppt. Diese Prognose war von den Soziologen Ulrich Beck und Anthony Giddens mit einer allgemeinen Tendenz der Individualisierung, verstanden als

Auflösung traditioneller Bindungen, begründet worden. Durch diese Tendenz, so hieß es, würden sich die alte politischen Lager der Industriegesellschaft, die sich nach den Interesseengespäßen zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern richteten, auflösen. An seiner Stelle werde sich ein „neues Politikmodell“ der „postindustriellen Gesellschaft“ durchsetzen, da die Menschen im wachsenden Dienstleistungssektor sich nun postmateriellen, universalistischen Werten zuwendeten.

Diese Annahme einer eindimensionalen Tendenz hat sich empirisch nicht bestätigt. Für die meisten Menschen sind universalistische Werte keine Frage des „Ja oder Nein“, sondern eine Frage des „Sowohl als auch“. Die universalistischen Werte haben zugenommen, aber fast immer in Kombination mit anderen, dann doch mit dem sozialen Ort der Menschen zusammenhängenden Wert- und Ordnungsvorstellungen. (Und dieser Wandel hängt nicht mit der Zunahme der Dienstleistungen, sondern mit dem Generationenwechsel zusammen.) Dies zeigt sich an der gesamten Lager-Landschaft.

Besonders deutlich wird sie an demjenigen Lager, das die eigentliche Hochburg des vermeintlich klassenlosen Universalismus sein sollte. Die rot-grünen Führungsgruppen haben vor allem Teile dieses Lagers zu



„Leitmilieus“, zu Trendsettern für die übrigen Milieus stilisiert. Doch empirisch erreichte das Radikaldemokratische Lager nur 11% und kaum Anhänger in den mittleren und unteren Milieus (s. Abb. 2). Dies hat offensichtlich mit einer sozialen Einäugigkeit zu tun. Der radikale Universalismus dieses Lagers bezieht sich auf die politischen Rechte. Sozialpolitisch überwiegt ein moralistisch begründetes Elitedenken und eine entsprechende Nähe zu neoliberalen Ideen. Wer – wie man selbst – oben ist, hat dies einem puritanischen Leistungsstreben zu verdanken. Wer – wie die „Masse“ – weiter unten ist, hat dies aufgrund seiner materialistischen Neigungen zu Konsum und Bequemlichkeit auch verdient.

Entgegen der These der Individualisierung sind auch die beiden konservativen Kernla-

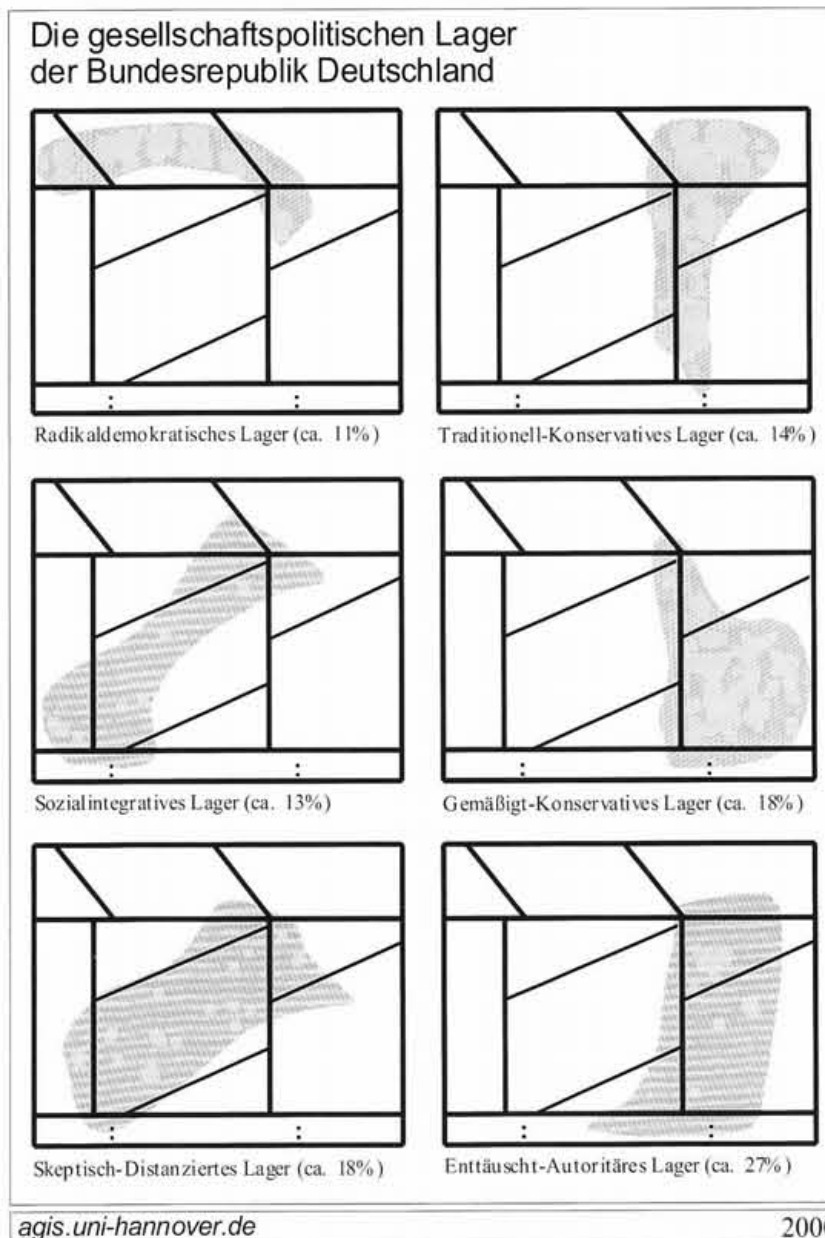
ger, die vor allem in überschaubaren hierarchischen Gemeinden überwiegen, noch relativ gut in sich integriert. Sie waren auch die Hochburgen der CDU-Siege Anfang 2003. Beide Lager befürworten eine Gesellschaftsordnung mit gestuften Rechten, in denen die unteren Gruppen zwar einen minderen Status, aber doch ihre Sicherheiten haben. Dabei vertritt das Traditionell-Konservative Lager (TKO), mit ca. 14%, die Perspektive des „Patrons“, der gegenüber seinen „Klienten“ klare Vorrechte hat, aber auch zur Fürsorge verpflichtet ist. Das Lager der Gemäßigt-Konservativen (GKO) bindet, mit etwa 18%, noch große Teile des konservativen Randes der Arbeitnehmermilieus. Es vertritt das hierarchische Sozialmodell aus der Perspektive des „Klienten“. Sie sind dem Patron zur Treue verpflichtet ist, aber

auch zum Protest berechtigt, wenn dieser seine Fürsorge für die Arbeitnehmer und kleinen Leute vernachlässigt. Eine nicht kleine Minderheit des Lagers ist daher auch den rechten Flügeln der Gewerkschaften und der SPD verbunden. Sie überschneidet sich mit einer anderen Minderheitsfraktion, den erwähnten moderneren konservativen Arbeitnehmern, die eine Öffnung der Politik zu toleranteren und weniger autoritären Formen erwarten. Bei ihnen hat sich 1998 der Anteil der SPD-Wähler erhöht. Heute ist dieser Trend wieder rückläufig.

Einen ähnlich großen Zusammenhang bilden die beiden Lager der solidarischen Sozialmodelle. Sie sind mit mehr als 30% gut in den großen moderneren Arbeitnehmermilieus der Facharbeit und der praktischen Intelligenz verankert, aber dadurch auch besonders von den Schiefagen wirtschaftlicher Umstellungen betroffen. Sie sind vom Abbau sozialer Sicherungen und vom Regierungskurs tief enttäuscht. Das Sozialintegrative Lager (SOZ) vertritt ein progressiv-solidarisches Sozialmodell, d.h. es kombiniert die Werte des Universalismus und der Partizipation mit dem Anspruch der sozialen Integration und Gleichstellung sämtlicher benachteiligter Gruppen. Das Lager bindet, mit ca. 13%, überwiegend Teile der gesellschaftskritischen modernen Mitte, die überdurchschnittlich der SPD und den Grünen zuneigen. Von der großen Politik zunehmend enttäuscht, engagieren sie sich vor allem in Basispolitik. Ihnen benachbart ist das Lager der Skeptisch-Distanzierten (SKED), mit ca. 18%. Ihm gehören große Teile der Milieus der moderneren Arbeitnehmermitte an. Sie sehen das Sozialmodell auf Gegenseitigkeit, das hohe Leistung durch soziale Teilhabe an Wohlstand und Sicherheit belohnt, durch die Wirtschaftskrise und die Politik der wirtschaftlich und politisch Mächtigen gefährdet. Auch ihre überdurchschnittliche Neigung zur SPD ist nachhaltig enttäuscht. Ihre Desillusionierung verarbeiten sie mehrheitlich mit skeptischer, aber nicht undemokratischer Distanz gegenüber der Parteipolitik.

Für mehr als ein Viertel der Westdeutschen besteht die Bindekraft der großen Parteien allerdings nur noch äußerlich. Aber dies hat gerade nicht in Richtung universalistischer Werte geführt. Das Lager der Enttäuscht-Autoritären (EA), mit ca. 27%, sammelt sich aus Milieus mit geringen und unmodernen Ausbildungen und schwachen sozialen Netzen. Es sind meist Ältere, aber auch Jugendliche ohne Perspektiven. Sie sehen sich als Modernisierungsverlierer, die von der übrigen Gesellschaft zunehmend aufgegeben werden. Sie verarbeiten dies mit Ressentiments gegen Ausländer, alles Moderne und die Politiker, die ihre Schutzpflicht verletzen. Obwohl sie mehrheitlich noch die großen Volksparteien wählen, sympathisieren sie mit einem autoritären Populismus.

Abb. 2: Die gesellschaftspolitischen Lager der Bundesrepublik Deutschland



Die verprellten Wählermilieus

Bis zur Bundestagswahl 2002 beruhen die großen Verluste der SPD vorwiegend auf Demobilisierungen. Enttäuschter Stammwähler wurden Nichtwähler. (Ähnliches galt für die vorangehenden Verluste der konservativen Volksparteien in Europa.) Dass Wählerinnen und Wähler sich enthielten statt zu den „anderen“ wechseln, bestätigte, dass die Bindung an die „eigene Gruppe“ noch groß war.

In den regionalen Wahlen vom Februar und März 2003 beschränkte sich der Enttäuschungseffekt nicht mehr nur auf eine gemäßigte Demobilisierung der Stammwählerschaft der SPD. Am Beispiel der niedersächsischen Wahlen vom Februar 2003 wurde dies besonders deutlich. Neu war zum einen die Rekordhöhe der Enthaltungen von Stammwählern. Die SPD verlor dadurch fast alle ihre Hochburgen an der Küste und im Süden, in denen sie lange Zeit bayerische Mehrheiten über 50% oder 60% besessen hatte. Insgesamt hatte sich die Wahlenthaltung um 6,8% auf 33,0% erhöht. Die Verluste der SPD an die Nichtwähler waren wahrscheinlich noch größer, da die CDU ihrerseits einige Prozentpunkte aus ihrem Teil des Reservoirs der Nichtwähler geschöpft hatte. Neu waren zum anderen aber auch die direkte Wanderungen zur CDU in zwei anderen Milieuzonen. Aber auch dieses Wechselwählen hatte, anders als das Marktmodell annimmt, mit Bindungen zu tun. – Diese verschiedenen Bewegungen im sozialen Raum lassen sich exemplarisch an der Landeshauptstadt Hannover darstellen (vgl. Geiling 2003; agis 2003):

- Nichtwählen in der Mitte des sozialen Raums: In ihren Hochburgen verlor die SPD durchschnittlich 15,7%. Hier, in den Stadtteilen der qualifizierten Arbeiter-, Facharbeiter- und Angestelltenmilieus, wechselten viele einstige Stammwähler zu den Nichtwählern. Sie reagierten nicht zuletzt auf die neuen Zumutungen bei Rente, Gesundheit, Bildung und Arbeitsrecht. Ein Überwechseln ins bürgerliche Lager war diesen Milieus (vor allem dem Traditionellen, dem Leistungsorientierten und dem Modernen Arbeitnehmermilieu) aufgrund ihrer betont arbeitnehmerischen Identität, in der es um die Wahrung der Autonomie gegenüber den Mächtigen geht, kaum möglich. Das Milieu ist beruflich gut qualifiziert, aber besonders dadurch verunsichert, dass die Arbeitnehmerinkommen seit den 1980er Jahren stagnieren, obwohl, im Zuge der wirtschaftlichen Umstrukturierungen, die Anforderungen an Leistung, Weiterbildung, Arbeitsplatzwechsel und zusätzlichen Belastungen zunehmen.

- Neue Wanderungen am unteren Rand des sozialen Raums: In den Milieus der Unterprivilegierten gingen dagegen die Abwanderungen erstmals weniger zu den

Abb. 3: Gesellschaftspolitische Lager und soziale Ordnungsmodelle in der Bundesrepublik

Elitemodelle (ca. 25%)		
(1)	Radikaldemokratisches Lager (RAD): <i>progressiv-liberales Elitemodell</i>	ca. 11%
(2)	Traditionell-konservatives Lager (TKO): <i>konservatives Fürsorgemodell</i>	ca. 14%
Solidaritätsmodelle (ca. 49%)		
(3)	Gemäßigt-konservatives Lager (GKO): <i>konservatives Solidaritätsmodell</i>	ca. 18%
(4)	Sozialintegratives Lager (SOZ): <i>progressiv-solidarisches Modell</i>	ca. 13%
(5)	Skeptisch-Distanziertes Lager (SKED): <i>Modell der Gegenseitigkeit</i>	ca. 18%
Protektionistische Modelle (ca. 27%)		
(6)	Enttäuscht-Autoritäres Lager (EA): <i>populistisches Anspruchsmodell</i>	ca. 27%
Repräsentativbefragung "Gesellschaftlich-politische Milieus in Westdeutschland" 1991; n = 2.684; deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren in Privathaushalten; Cluster- und Faktorenanalyse (M. Vester u.a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M. 2001, Kap. 12)		

Nichtwählern als zur CDU. Durch die neuen Abstriche bei Kündigungen und Arbeitslosigkeit gründlich desillusioniert, entdeckten sie die CDU als „Schutzmacht“ neu. Dies entspricht dem Schema von Klientel und Patron, das seit jeher fest zur Identität vor allem des Traditionslosen Arbeitnehmermilieus gehört, d.h. dem Grundsatz der Anlehnung der Machtlosen an Stärkere, solange diese ihre Fürsorgepflicht erfüllen. Das Milieu ist stärker denn je darauf angewiesen, da es aufgrund seiner geringen Ausbildungsstandards besonders von Dauerarbeitslosigkeit betroffen und auf prekäre oder unsichere Arbeitsverhältnisse verwiesen ist.

- Rückwanderungen in der rechten oberen Mitte: In den konservativen Hochburgen, den Stadtvierteln der gut situierten und privilegierten Milieus, lag der Rückgang der Wahlbeteiligung deutlich unter dem Landesdurchschnitt, in drei Stadtteilen sogar unter 3%. Hier wanderten insbesondere die gut situierten konservativen Arbeitnehmer, die 1998 aus Protest gegen die erstarrte CDU Helmut Kohls zu Schröder übergewechselt waren, wieder zu den nun moderner wirkenden bürgerlichen Parteien zurück. Dies entspricht einer Variante klientelistischer Mentalität im Modernen Kleinbürgerlichen Arbeitnehmermilieu, das in sozialen Fragen zwar eher hierarchisch denkt, in politischer Hinsicht aber doch offener geworden ist für (begrenzt) mehr Rechte der Frauen und der Ausländer, für mehr Bürgerrechte sowie Friedens- und Umweltpolitik.

Die drei beschriebenen Tendenzen steigern sich noch im Verhalten der jungen Wählerinnen und Wähler im Alter von 18 bis 24 Jahren. Von ihnen wählten in Hannover insgesamt nur noch 44%, d.h. 15,1% weniger als 1998 (und 22,0% weniger als 1994). Mit der Wahlabstinz dieser Altersgruppe verbunden war ein Rückgang der SPD-Stimmen von 49,7% auf 28,6%, während die

CDU bei dieser Gruppe auf 37,5% anstieg. Die CDU profitierte ohnehin schon von der seit längerem höheren Wahlbeteiligung in den bürgerlich-konservativen Vierteln, die sich durch einen guten sozialen Zusammenhalt und privilegierte Lebensperspektiven auszeichnen und in denen die Kinder einen Sinn darin sehen, mit ihren Eltern zur Wahl „ihrer“ Partei zu gehen.

Auch das vielleicht „rationalste“ Wahlverhalten, das Stimmsplitting, blieb weitgehend an die großen Lager gebunden. Es äußerte sich in ‚Leihstimmen‘ von CDU-Wählern an die FDP (vor allem in den Stadtteilen der konservativen oberen Milieus) und von SPD-Wählern an die Grünen (vor allem in den Stadtteilen der moderneren Bildungsmilieus).

Die Perspektive: der partizipatorische Wohlfahrtsstaat

Die Logik des Wahlverhaltens folgt also in der Regel immer noch den politischen Verhaltens- und Beziehungsmustern, die den gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen der Milieus und Lager entsprechen. Es sind längerfristige, historisch gewordene Beziehungen und Bindungen, die mehr umfassen als kurzfristige ökonomische Vorteile.

Welche der Volksparteien aus der Konkurrenz um das Vertrauen als Siegerin hervorgeht, hängt nicht nur von dem Image der Spitzenpolitiker ab. Was diese symbolisieren, muss auch durch ihre Praxis gedeckt sein. Dabei kommt es vor allem darauf an, auf die sozialen Ordnungsmodelle der gesellschaftlichen Lager einzugehen und sie in einer gemeinsamen Formel – wie dies die „soziale Marktwirtschaft“ oder der „Wohlfahrtsstaat“ war – zusammenzuführen. Die Spannungen im Feld der Lager drücken den Spagat aus, den die politischen Parteien bewältigen müssen, wenn sie ihre Klientel aus den verschiedenen Milieus und Lagern mobilisieren und repräsentieren wol-

Jeder Abbau sozialer Rechte erfordert eine besondere Legitimation und Gegenleistung

len. Die zentrifugalen Tendenzen beruhen auf der Seite der Volksmilieus in einer sich verfestigenden Skepsis gegenüber der Fähigkeit der Eliten, den gesellschaftspolitischen Umbau als eine Kombination von marktgerechter Flexibilität und sozial gerechter Risikosicherung zielsicher anzupacken. Ihnen fehlen überzeugende Perspektiven, die neoliberale Sparpolitik von Maastricht zu beenden und die verschiedenen Ansprüche und Sozialmodelle der sechs Lager zu integrieren.

Möglich wäre dies durchaus. Die Befragungen zeigen nicht nur, dass die sozialen Milieus das sozialstaatliche Modell der Bundesrepublik immer noch zu mehr als vier Fünfteln gutheißen.

Sie zeigen auch, dass die Ordnungskonzepte der Lager (Abb. 3) durchaus einen gemeinsamen Nenner haben. Die Solidaritätsmodelle überwiegen mit 49%. Es sind solche Modelle, für die Solidarität und Eigenverantwortung zusammengehören und nicht – wie in neoliberalen oder protektionistischen Sozialmodellen – gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Beide Elemente – Solidarität und

Die sozialen Milieus heißen das sozialstaatliche Modell der Bundesrepublik immer noch zu mehr als vier Fünfteln gut..

Eigenverantwortung – könnten entweder unter konservativem oder unter sozialdemokratischem Vorzeichen in dem Integrationskonzept eines „partizipatorischen Wohlfahrtsstaats“ zusammengefasst werden (Vester 2001, S. 172-180). Die große Minderheitsgruppe der Modernisierungsverlierer von 27%, die ein protektionistisches Modell gutheißen, könnten durch eine Politik sozialer Mindestgarantien ins Boot geholt und dem Rechtspopulismus abspenstig gemacht werden. Die kleine Minderheitsgruppe der Radikaldemokraten (11%) ist sozial so gut gestellt, dass ihnen keine exzessiven Konzessionen gemacht werden müssen, zumal sie eine par-

tizipatorische Gestaltung des Wohlfahrtsstaates attraktiv finden würden.

Wenn die SPD diese Möglichkeit verfehlt, dann verprellen sie auf Dauer nicht nur die auf Protektion angewiesenen Unterprivilegierten, sondern auch die moderne Arbeitnehmermehrheit, die gerade auf das Prinzip „Leistung gegen Teilhabe“ setzt, aber ihre Arbeitsleistung wie auch ihre immer besseren Bildungsabschlüsse abgewertet sieht.

Entsprechend verlagert sich ihre Unzufriedenheit schon jetzt immer mehr auf die wenig sichtbaren, aber doch überall schwellenden Konflikte des Alltags, die teils von Gewerkschaften und teils von Bürgerinitiativen mitgetragen werden.

Diese neue Politik kann aber nur gelingen, wenn die staatliche und verbandliche Politik von der breiten demokratischen Partizipationsbereitschaft in den gewandelten sozialen Milieus Gebrauch macht.

spw 4 / 2003

Literatur

- agis (Hg.) (2003), Landtagswahl 2003 in der Region Hannover, Hannover.
- Geiling, Heiko (2003), Anmerkungen zur Landtagswahl 2003, Hannover, Manuskript.
- Infratest dimap (2003a), Die SPD gerät nach der Bundestagswahl in einen Abwärtssog, in: Frankfurter Rundschau, 4.2.2003, S. 5.
- Infratest dimap (2003b), Zustimmung für die Außenpolitik, Kritik an der Wirtschaftskompetenz. Der Deutschlandtrend, in: Frankfurter Rundschau, 8. 3. 2003, S. 7.
- Oberndörfer, Dieter/Mielke, Gerd/Eith, Ulrich (2003), Niemand zieht für die Hartz-Kommission in den Wahlkampf. Über die Folgen der jüngsten Landtagswahlen, in: Frankfurter Rundschau, 7.2.2003, S. 7.
- Raschke, Joachim (2002), Strukturen für die Zufallsmehrheit, in: die tageszeitung, 4.11.2002, S. 4.
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (2001 [1993]), Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, 2. Aufl., Frankfurt/Main.
- Vester, Michael (2003), Schiefelagen sozialer Gerechtigkeit, in: spw 129, S. 14-21:

PDS – ohne Politikwechsel keine Zukunft.

Voraussetzungen eines Wiedereinzugs der PDS in die Bundespolitik.

Von Benjamin-Immanuel Hoff

Das politische Dilemma der PDS hätte nicht offensichtlicher werden können: Als sich zum wiederholten Male während der Generaldebatte des außerordentlichen PDS-Bundesparteitages in Berlin ein Redner unter dem Beifall der Delegierten mit der streikenden IG Metall solidarisch erklärte, intervenierte die Redeleitung mit dem Hinweis, ihr lägen Informationen vor, dass soeben erstmals seit Jahrzehnten ein Flächenstreik ergebnislos abgebrochen worden sei. Man möge dies bei den künftigen Redebeiträgen bitte berücksichtigen. Die Ernüchterung unter den von der Parteikrise gebeutelten und nach Kompensation suchenden demokratischen Sozialisten war mit Händen zu greifen.

Die Entscheidung der IG Metall angesichts der in Folge des gescheiterten Streiks ausgebrochenen Führungskrise, einen Gewerkschaftstag noch im August durchzuführen, verlängert die Kette von außerordentlichen Kongressen des Mitte-Links-Spektrums in diesem Sommer um ein weiteres Glied.

Im Juni segneten die Delegierten der rotgrünen Regierungsparteien das Regierungsprogramm zur Verschärfung der sozialen Ungleichheit in Berlin bzw. Münster mit überwältigender Mehrheit ab. Die Parteitage mussten durchgeführt werden, nach dem die Mitgliedschaft ihren Führungen die Debatte um die Agenda 2010 abgerungen hatte.

PDS und IG Metall haben in Ostdeutschland schwere Niederlagen einstecken müssen – die PDS bei der Bundestagswahl am 22.09.2002 und die IG Metall beim Versuch, die 35-Stunden-Woche auf die Tarifgebiete der neuen Bundesländer zu übertragen. In Folge dieser Niederlagen sind sie aus dem Tritt geraten und stecken in einer der schwierigsten Situationen ihrer Existenz. Hier wie dort sollte bzw. soll durch die Neuwahl eines Vorstandes ein politischer Neustart erleichtert werden. Und sowohl bei der PDS wie bei der IG Metall ist offensichtlich, dass ein Wechsel des Führungspersonals kein Garant für eine politische Neuaufstellung ist.

So unterschiedlich die Ausgangspositionen, Aussagen und Konsequenzen dieser Mitte-Links-Kongresse demnach auch sind, handelt es sich dabei nicht nur um zufällige zeitliche Parallelitäten. Innerhalb der Bundesrepublik finden derzeit entscheidende Prozesse zur künftigen Gestaltung des Ge-

Benjamin Hoff (27) promoviert an der HU-Berlin im Bereich politische Soziologie. Seit 1995 ist er Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus und Sprecher für Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik der PDS-Fraktion. Er gehört zu den Koordinatoren des „Forum 2. Erneuerung“ in der PDS.

meinwesens statt. Im Kontext von anhaltender Wirtschaftsschwäche, Erosion gewohnter Erwerbsarbeitsstrukturen, demographischem Wandel, die vorrangig als Krise des Sozialstaates wahrgenommen werden, verändern sich gesellschaftliche Diskurse mit rasanter Geschwindigkeit. Mit der Agenda 2010 präsentiert rot-grün einen Paradigmenwechsel weg vom Rheinischen Kapitalismus, der geprägt wurde durch soziale Marktwirtschaft und kooperativen Föderalismus hin zu einem liberalen Kapitalismus im Sinne des »Washington-Konsenses, also der seit den 80er Jahren dominante Strategie der internationalen Finanzmarkt-Institutionen (IWF und Weltbank), die durch Sozialabbau, Lohn-dumping, Deregulierung, Steuersenkungen und eine Rückführung staatlicher Aufgaben gekennzeichnet ist.

Vor dem Hintergrund dieser einschneidenden Veränderungen der sozialstaatlichen Verfasstheit wird deutlich, dass die PDS es versäumt hat, rechtzeitig für sich die Frage zu beantworten, wie sie an der Debatte um die Zukunft des Gemeinwesens, jenseits einer Defensivkonstellation überzeugend und Mehrheiten gewinnend, teilnehmen will.

Koordinatensystem einer Wahlniederlage und die Machtbalance in Ostdeutschland

Werfen wir noch einmal einen Blick zurück: Bei der Wahl 1998 konnte sich die PDS als Teil der Wechselstimmung präsentieren. Im Wahlkampf bot sie an, einer ersten rot-grünen Bundesregierung mit PDS-Stimmen zur Mehrheit zu verhelfen. Dass Schröder und Fischer dieses Angebot ablehnen mussten und die CDU seit der PDS-Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung in Magdeburg 1994 genau davor warnte, tat nichts zur Sache.

Um zu verstehen, warum sich die PDS nur vier Jahre später nicht annähernd so authentisch als Sicherung von Reformpolitik präsentieren konnte, ist es notwendig das politische Koordinatensystem der vergangenen Bundestagswahl zu betrachten:

Die X-Achse: Es gab einen Lagerwahlkampf, den vor allem die SPD wünschte und den Stoiber so weit wie möglich vermeiden wollte und den die Medien bedienten. Es gab darin zwei Lager – nicht mehr, nicht weniger. Der Wunsch der PDS ein drittes Lager zu bilden konnte in dieser Situation nicht wirksam werden. Statt dessen war zu akzeptieren, dass alle Parteien in der Vielfalt ihrer Optionen bei einem Lagerwahl-

kampf eingeschränkt sind und sich diesem oder jenem Lager zuschlagen müssen. Über Wochen gab es jedoch in der Öffentlichkeit und in der PDS selbst Verunsicherung über die Frage ob die PDS einer Regierung Schröder/Fischer zur Mehrheit verhelfen würde.

Die Y-Achse: Dementsprechend lautete die zentrale politische Frage: Bleibt diese Regierung – oder kommt eine andere Regierung? Wer die beste Oppositionsarbeit macht, war nicht – und je kleiner die Stimmenunterschiede zwischen den Lagern wurden – noch viel weniger gefragt. Das von der PDS bislang beanspruchte Alleinstellungsmerkmal: Einzige Opposition von links und originäre Ostpartei mit der Legiti-

mation der authentischen Vertretung von Interessen und Biographien zu sein (Feist/Hoffmann, 1999, S. 230) trat in den Hintergrund.

Die Z-Achse: Inhaltlich dominierte eine Themenkonkurrenz: Sozialstaat und Solidarität (Rot-Grün) vs. »rote Laterne« bei Wirtschaft und Beschäftigung (Schwarz-Gelb), die um die Frage »Wie hältst du es mit einem Krieg im Irak« erweitert wurde. Die mit dieser Konstellation verbundenen Probleme hat Dietmar Wittich knapp zusammengefasst: »Die PDS konnte in den letzten Wochen vor den Wahlen nur eine geringe mediale Präsenz erreichen. Die Großwetterlage war nicht PDS-freundlich. Auf zwei Dinge ist in diesem Zusammenhang kurz zu verweisen. Zum einen war das Hochwasser. Es hat bewirkt, dass der Wert Solidarität – vor allem im Osten – in seiner Bedeutsamkeit hautnah empfunden wurde. Aber diese Aufwertung von Solidarität war zugleich etatistisch und kam somit vor allem der SPD zu Gute. Zum anderen ist es den Regierungsparteien gelungen, das Krieg-Frieden-Thema wirkungsvoll zu paralisieren. Indem sich SPD und Grüne gegen einen Krieg gegen den Irak positionierten, haben sie erfolgreich ein (weiteres – B.H.) Alleinstellungsmerkmal der PDS relativiert, die einzige Partei zu sein, die sich gegen Krieg und Kriegseinsätze stellt. So gaben sie vor allem jenen Teilen ihrer Anhängerschaft, die schon abgesprungen schienen, als Beruhigungsspiel das Gefühl, nun doch wieder die gewohnte Partei wählen zu können. Zuwanderungen zur PDS blieben weitgehend aus.« (Wittich 2002, S. 3.)

Bei den Wahlen 1998 gelangen der PDS vor allem Zuwächse in den ostdeutschen Hochburgen der CDU. »Darüber hinaus profitierte sie von einer hohen Wahlbeteiligung.

**Die PDS hat es versäumt,
die Frage zu beantworten,
wie sie an der Debatte um
die Zukunft des
Gemeinwesens,
überzeugend und
Mehrheiten gewinnend,
teilnehmen will.**

Dem stehen allerdings Verluste in den eigenen Hochburgen, den Verwaltungs- und Dienstleistungsstädten, gegenüber. So verlor die PDS etwa in den Ostberliner Wahlkreisen trotz gewonnener Direktmandate bis zu 5 Prozentpunkte der Zweitstimmen. In wirtschaftlich aufstrebenden Regionen hat die Partei ihr Potential inzwischen weitgehend ausgeschöpft.« (Oberndörfer/Mielke/Eith, 1998, S. 12.)

Diese Trends wurden 2002 verstetigt. Die PDS verlor insbesondere in ihren Hochburgen, die in der Regel die Verwaltungszentren der damaligen DDR abbildeten. Möglicherweise wendet sich »die ehemalige Dienstklasse der DDR, ihr Nachwuchs und ihr Umfeld« (Wittich, a.a.O., ebd.), die bislang einen zentralen Sockel der PDS-Mitgliedschaft und WählerInnenbasis stellten (Vgl. PDS-Parteivorstand 2001, S. 29f.) ab bzw. wird zahlenmäßig kleiner. Die PDS verliert also in der Kernsubstanz ihrer Wählerschaft. Lag die PDS 1998 im Osten häufig nur wenige Prozente hinter der Union, hat sich der Abstand wieder vergrößert. Die PDS muss zeigen, wie sie die Annahme, dass »die Tendenz zur Angleichung des Wählerverhaltens in Ost und West und eine Hinwendung der großen Parteien zur sozialen Frage [die PDS] auf mittlere Sicht überflüssig machen kann« (Oberndörfer/Mielke/Eith, a.a.O., ebd.) abwenden will.

Möglicherweise muss aber auch die Annahme, des seit 1990 stabilen Dreiparteiensystem in Ostdeutschland korrigiert werden. Bislang haben SPD, CDU und PDS zusammen weit über 80% der Stimmen gebunden. Bündnis 90/Die Grünen und die FDP fanden in den neuen Bundesländern hingegen kaum politische Relevanz. Die FDP hat aber in den neuen Ländern deutlich zugelegt und dieser Trend verfestigt sich. Daraus kann ein Dilemma für SPD und PDS entstehen. Erstere konnten bislang dar-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

auf bauen, dass ohne sie keine Regierung gebildet werden kann. Die abgewirtschafteten Großen Koalitionen wiederum bildeten für die PDS die Grundlage von Regierungsoptionen. Die FDP als Koalitionspartner der CDU könnte den derzeit in Mecklenburg-Vorpommern zu beobachtenden Strategiewechsel der SPD, nach den kommenden Wahlen eine SPD-geführte Große Koalition zu bilden, durchkreuzen. Sachsen-Anhalt hat gezeigt: Ohne attraktive rot-rote Präsentation sitzen möglicherweise ab 2006 PDS und SPD in Schweriner in der Opposition. Darauf eine politikfähige Antwort zu finden, ist existentiell für die PDS zumal dann, wenn sie im kommenden Jahr in Sachsen und Brandenburg mitregieren möchte.

Linkswende in Gera – Rechtsputsch in Berlin?

Die verlorene Bundestagswahl traf die PDS hart. Nur Monate vorher glaubte man sich mit dem furiosen Wahlergebnis in Berlin und dem anschließenden Regierungseintritt als etablierten Teil der Parteienlandschaft.

Dass sich die innerparteilichen Diskussion über die Wahlniederlage in den Wochen bis zum Geraer Parteitag vor allem als Kritik an der Berliner Regierungspolitik formierte, hat verschiedene Ursachen. Maßgeblich dazu beigetragen haben, der Rücktritt Gysis als Wirtschaftssenator kurz vor der Wahl, umstrittene Entscheidungen wie die Risikoabschirmung der maroden Bankgesellschaft und der zeitgleiche harte Konsolidierungskurs. Nicht außer acht gelassen werden darf ein noch aus der DDR stammendes Ressentiment gegenüber der damals stark privilegierten Hauptstadt. Diese Ressentiments bediente die Vorsitzende Zimmer in ihrer zentralen Parteitagrede polarisierend. Einschlägig war dabei insbesondere folgende Passage:

„Aber: Bedingungslose Regierungsbeteiligung, bedingungsloses Tolerieren, Zustimmung um jeden Preis – das ist Opportunismus! Die einseitig geführte Diskussion um den Gestaltungsanspruch sozialistischer Politik hat uns davon abgelenkt, dass wir uns mit dem Opportunismus-Problem auseinandersetzen müssen. (...) Es geht nicht um ideologischen Opportunismus, sondern um ein Verhalten, eine Art und Weise, wie wir Politik machen. Lange Zeit waren wir der Meinung, dass die Unterteilung der PDS in Traditionalisten, Fundamentalisten, Dogmatiker auf der einen Seite und den Reformern auf der anderen Seite den Hauptkonflikt der PDS kennzeichnet. Dabei habe ich, genau wie viele andere, aber ich besonders natürlich, auch überse-

hen, dass ein ganz anderer für die Entwicklung der PDS wesentlicher Konflikt seit mindestens zwei Jahren in der Partei schwelt, ohne dass wir ihn ausgetragen haben: Die Auseinandersetzung zwischen dem Gestalten um jeden Preis und dem alternativen Gestaltungsanspruch. Als ob es in der PDS – irgend jemand hat es vor kurzem in der Diskussion so gesagt – um eine Debatte zwischen Reformern und Reformisten ginge.

Die PDS erscheint heute viel zu vielen als eine Partei, mit der man alles machen kann, außer Kriege führen. Und das ist nicht von ungefähr.[...]

Zwar bezog sie sich durchaus auch positiv auf Regierungsbeteiligungen der PDS. Diese Ambivalenzen wurden jedoch durch die an der genannten Passage aufbrechenden grundsätzlichen Kontroverse verdeckt. Statt zu klären, endete der Parteitag in einem Bruch des ursprünglich hegemonialen Reformerslagers. Grundlage dessen war eine, trotz neuerer Veränderungen bis heute ungeklärte, strategische Differenz im Reformerslager. Gabi Zimmer präsentierte als Ausweg aus dem von ihr identifizierten „Reformismusproblem“ die Idee eines »sozialen Mitte-Unten-Bündnisses« als einer vermeintlichen Alternative zu einer radikal-reformerischen Mitte-Links-Politik. Dies strategische Neuorientierung bildete den politischen Kitt der fragilen innerparteilichen Koalition eines Teils des Reformerslagers mit dem eher traditionalistischen

Flügel. Der andere Teil des Reformerslagers demontierte sich auf dem Parteitag selbst, zog sich zurück oder war aufgrund geringer Wahlergebnisse nicht im Parteivorstand vertreten. Das im Nachhinein bemühte Etikett einer „Linkswende“ in Gera ist aber ebenso unzutreffend, wie der nun geäußerte Vorwurf eines Rechtsputsches in Berlin. Parteitage folgen ihren eigenen, oft unberechenbaren Gesetzmäßigkeiten. Dazu gehört, dass Delegierte den von der Parteispitze sorgsam ausgeklügelten Ablauf durcheinanderwirbeln und gelegentlich auch ihre Spitzenfunktionäre demonstrativ und symbolisch „abstrafen“. Der Magdeburger Parteitag der Grünen 1998 ist dafür ein Beispiel.

Dies ist bei der PDS nicht anders und basiert auf einem einfach psychologischen Phänomen. Viele Delegierten stehen täglich in realen politischen Auseinandersetzungen in der Kommune, in Gewerkschaften, Hochschulen, Schulen usw.. Dort werden Kompromisse eingegangen und häufiger Niederlagen eingesteckt als Erfolge erzielt. Die Schwierigkeit des PDS-Anspruchs, „gesellschaftliche Opposition“ zu sein, aber in Kommunen und Ländern

den Mangel verantwortlich zu verwalten, wird deshalb nicht selten auf Parteitagen kompensiert. Wo wenn nicht dort kann man z.B. Arbeitszeitverkürzung mit gestaffeltem Lohnausgleich ablehnen und statt dessen den vollen Lohnausgleich für alle fordern? Wohl wissend, dass man möglicherweise bereits am kommenden Tag zu Hause den Potsdamer Tarifabschluss nicht umsetzen können.

Die daraus entstehende Glaubwürdigkeitslücke zwischen Parteitagsbeschlüssen und der für die BürgerInnen erlebbaren PDS-Politik soll dann der jeweilige Parteivorstand schließen.

Die Schwierigkeit bestand jedoch darin, dass im Unterschied zur relevanten Anzahl der Delegierten und zu den vorhergehenden reformerdominierten Vorständen, der in Gera gewählte Vorstand wirklich eine programmatisch-inhaltliche Linkswende anstrebte. Grundlage dessen war die oben beschriebene Fiktion eines Mitte-Unten-Bündnisses. Insofern beabsichtigte er keineswegs die Glaubwürdigkeitslücke zu schließen. Unglaublich waren stattdessen diejenigen, die unter dem Druck nachvollziehbare Politik im Alltag machen zu müssen, nicht umhin konnten die allzu geradlinigen Beschlüsse zu vernachlässigen.

Das Resultat war vielfach Voluntarismus. Ohne eine kompensierende Bundestagsfraktion, die in der Lage gewesen wäre, eine eigene politische Öffentlichkeit zu realisieren, folgte auf den schrillen Parteitag von Gera eine zunehmende öffentliche Stille um die Partei. (Falkner, 2003, S. 592.)

Diese verfolgte die Entwicklung ernüchtert und zunehmend verunsichert. Politische Ratlosigkeit und das Gefühl, dass die Zeit – eine Gewöhnung an eine Bundesrepublik ohne PDS – gegen sie arbeite, verstärkten die Unsicherheit. Dieser Misere gewahr werdend, entschloss sich die Vorsitzende Zimmer zu einem Bruch im Vorstand. Unterstützung erhielt sie von einer Mehrheit der Parteitagsdelegierten, die ein Ende von Demotivation und Abwendung in der Wählerschaft forderten.

Dieser Anspruch dominierte den Berliner Parteitag, auf dem der ehemalige Parteivorsitzende Bisky erneut zum Vorsitzenden mit einem absolut überwiegend reformorientierten Parteivorstand gewählt wurde.

Bisky Reloaded – ohne Politikwechsel keine Zukunft.

Die Rückkehr Biskys in die PDS-Bundespolitik symbolisiert dreierlei:

1. das Bedürfnis eines relevanten Teils der PDS nach Integration statt Kontroverse. Dafür stand Bisky Zeit seiner Vorsitzendentätigkeit.
2. eine über Jahre hinweg vernachlässigte Nachwuchsarbeit auf Bundesebene. Demgegenüber steht ein mit unterschiedlicher Intensität in den Ländern vollzogener Generationenwechsel im vergangenen Jahrzehnt.

3. die noch offene Frage, welche Gruppe in der Partei die Diskurshegemonie bei der weiteren Entwicklung der PDS haben wird. Die Auseinandersetzung verläuft dabei zwischen den Reformern um Bisky, Gysi und den Brie-Brüdern, die für die erfolgreiche Transformation der SED zur ostdeutschen Volkspartei PDS stehen, dem eher traditionalistischen Teil der PDS sowie denjenigen im Reformlager, die sich für eine zweite Erneuerung der PDS einsetzen.

Entscheidende Bedeutung bei dieser Auseinandersetzung hat dabei die Frage nach dem Verhältnis von Opponieren, Tolerieren und Regieren. Die PDS hat die Antwort darauf bislang mit Formelkompromissen verdeckt und lebt bis heute die mit der Behauptung, dass die „Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS“ berühre.

Auf dem Parteiparteitag im Oktober wird diese Aufgabe gelöst werden müssen, um damit auch die strategische Differenz im Reformlager zu klären. Denn der vorliegende Entwurf des Parteiprogramms spiegelt dieses Dilemma wieder. Die reformorientierten Autoren hatten erfolgreich an der Beschreibung des demokratischen Sozialismus als eines „transformatorischen Projektes“ gearbeitet, zugleich aber auf theoretischer Ebene ausgeklammert wann und in wie dieser Prozess begonnen werden soll bzw. welcher Voraussetzungen er bedarf. Die Ernüchterung über die PDS-Regierungen führten schließlich zu einem Modell, „das den transformatorischen Prozess als Vorgang schrittweiser, aber zugleich umfassender, komplexer, möglichst ungestörter und zügiger Entfaltung ihres sozialistischen Zukunftsprojektes nach eigenen Maßstäben ansah – dem der traditionell bei den PDS-Reformern intendierte grundsätzliche Hegemoniewechsel in der Gesellschaft erst einmal vorauszugehen habe“ (Falkner, a.a.O., ebd.).

Damit kann aber mit dem „Eigentlichen“ nicht schon jetzt begonnen werden. Im Heute kann man nur reparieren – und muss aufpassen bzw. davor bewahrt werden, dass die PDS nicht zum Arzt am Krankenbett des Kapitalismus verkommt. Letztlich ist dies anschlussfähig „an neokommunistische, jenseitige Vorstellungen vom künftigen Sozialismus als der fernen, ganz anderen Gesellschaft entstanden – und zugleich eine tragische Entwurzelung des Bemühens um Reformalternativen“ (Falkner, a.a.O., ebd.).

Eine zweite Erneuerung bedeutet in diesem Kontext ein Selbstverständnis der PDS als linke Partei in der Bundesrepublik zu etablieren, die für diese Gesellschaft Konzepte in den Parteienwettbewerb einbringt, dafür um Zustimmung wirbt und sich mit allen verfügbaren demokratischen

Mitteln um deren Umsetzung bemüht. Das schließt Kompromisse, Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften und die Debatte um grundlegende Alternativen und Visionen ein. (Vgl. Woop)

Die Chancen für die Herstellung einer solchen Geschäftsgrundlage hat der Berliner Parteitag personell verbessert. Sie ist unverzichtbar angesichts der externen Anforderung an die PDS, sich in den Auseinandersetzungen um die Justierung der sozialstaatlichen Koordinaten mit eigenen Reformansätzen zu positionieren und der internen Erkenntnis, dass die PDS allein mit dem Gestus als Ostpartei, Partei der sozialen Gerechtigkeit und Friedenspartei nicht mehr hinreichend Mobilisierungskraft hat, denn die Bedeutung dieser Themen wandelt sich und geht zurück. (Falkner, a.a.O., S. 594.) Die Teilgesellschaft Ost hat sich ausdifferenziert und Komplexität der Ost-West-Verflechtungen hat zugenommen. Interessenvertretung Ost zu sein bedeutet hier umzudenken. Auch der Impetus der einzig wahren Anti-Kriegspartei kann nicht mehr aufrecht erhalten werden, wenn dieses Alleinstellungsmerkmal verloren geht. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die PDS seit ihren zu einem „Grundkonsens“ stilisierten friedenspolitischen Beschlüssen von Münster die Fähigkeit verloren hat, auf diesem Feld situationsadäquat und konsistent zu argumentieren.

Notwendig ist demnach eine Neubestimmung der Themen demokratisch-sozialistischer Politik. Dabei kann es nicht darum gehen, vorrangig Forderungen, die von Bewegungen wie attac oder Verbänden und Gewerkschaften erhoben werden, ins Zentrum der PDS-Arbeit zu rücken. Nicht weil sie für die Arbeit keine Relevanz hätten – ihre Akzeptanz durch die PDS wird zu Recht vorausgesetzt. Doch stärker als innerparteilich wahrgenommen wird, sind die betreffenden Akteure bereit, ihre Forderungen in Beziehung zur politischen Rolle der PDS zu stellen. Schon deshalb fühlen sie sich bei den Verbänden und Bewegungen gut aufgehoben – weshalb es keine „Vertretungslücke“ gibt, die zu schließen von einer Partei, speziell der PDS, erwartet wird. Erwartet wird, dass diese ihre Arbeit tut: die Positionen einer qualifizierten Minderheit im Parteienwettbewerb mehrheitsfähig zu machen. Deshalb kann es auch kein Erfolgsrezept sein, sich im innerparteilichen Streit der SPD zu positionieren.

Andererseits sind auch der Formulierung eigener politischer Angebote durch die



Rolle der PDS im Bund Grenzen gesetzt. Schon vor der Bundestagswahl bestand ein PDS-Dilemma darin, dass sie zwar viele Vorschläge präsentierte, die jedoch Machbarkeitskriterien zu unterziehen waren. Auf die Frage, ob die Ideen umsetzbar seien und die PDS genügend Einfluss habe sie durchzusetzen, musste im Bund in der Regel verneint werden werden. Mit dem Verlust der Bundestagsfraktion sind Ressourcen für Expertise und Öffentlichkeit verloren gegangen. In den Ländern sind die Chancen besser, doch auch dort ist der in die PDS investierte Wählerkredit endlich.

Das heißt nicht, dass die PDS keine Konzepte mehr entwickeln soll – im Gegenteil. Der PDS werden die höchsten Kompetenz- und Authentizitätswerte im Bereich der sozialen Gerechtigkeit zugesprochen. Dort versammelt sie ein über Jahre hinweg akkumuliertes Wissen. Die PDS hat eine »Agenda sozial« vorgeschlagen, die der Umverteilung von unten nach oben eine verstärkte Solidarität in der Gesellschaft gegenüberstellt. Wenn es der PDS gelingt, in der Debatte um diese »Agenda sozial« eine soziale Integration neuer Art in Ost und West zu konzipieren, dann hätte sie die Chance im 140. Jahr der Sozialdemokratie zur Sozial-innovativsten Partei Deutschlands zu werden.

spw 4 / 2003

Literatur

- Joachim Bischoff, Worüber streitet die IG Metall? Personelle Machtansprüche oder gewerkschaftliche Strategie, <http://www.sozialismus.de/socialist/pages/kommentar.php?para=1126>
- Thomas Falkner, Politik als Chance, in: UTOPIEKreativ, Heft 153/154 (Juli/August 2003), S. 592.
- Ursula Feist/Hans-Jürgen Hoffmann, Die Bundestagswahlanalyse 1998: Wahl des Wechsels, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/1999, S. 230.
- Birgit Mahnkopf, Vom Sozialpartner zur Nicht-Regierungsorganisation?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 5/2003, S. 303.
- Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith, Der Befreiungsschlag. Eine Analyse der Bundestagswahl vom 27. September 1998, in: Frankfurter Rundschau Nr. 229, 2./3.10.1998, S. 12.
- Dietmar Wittich, Ein langer Abschied. Defizite in Programmatik und Vermittlung von linkssozialistischer Politik sind der PDS auf die Füße gefallen, in: Neues Deutschland vom 25.09.2002, S. 3.
- Gerry Woop, Verfehlte Konsensstrategie, <http://www.zweite-erneuerung.denewsletter.php?id=62>.

Die Resultate der Agenda-Debatte der Bündnisgrünen

Von Dietmar Lingemann

Der Sonderparteitag von Bündnis 90/Die Grünen hat nicht das gebracht, was die Initiatoren sich erhofft hatten. Zweifellos stellt die Zustimmung auch der Bündnisgrünen zur Agenda eine Niederlage für die Linke dar. Mit der nach außen kommunizierten 90 %-Zustimmung zum Leitantrag des Bundesvorstandes kann die Regierung ihre „Agenda-Politik“ fortsetzen.

Dennoch lohnt es sich, einen intensiven Blick auf die Ergebnisse der innerparteilichen Debatte zu werfen. Denn in den vorbereitenden Auseinandersetzungen haben sich doch in erheblichem Umfang Kritiklinien entwickelt und Positionen verschoben. Der Sonderparteitag in Cottbus zur Frage der Reform der sozialen Sicherungssysteme war von einer Initiative der Kreisverbände gegen den Widerstand des Bundesvorstandes erzwungen worden. Der Antrag der Initiatoren (Kreisverband Münster), der eine eindeutige Ablehnung der Agenda formulierte, unterlag dem Antrag des Bundesvorstandes nur recht knapp. Der Bundesvorstand hatte die vorbereitende Zukunftskonferenz in Düsseldorf abgewartet und die dort formulierten Kritikpositionen zu einem erheblichen Teil mit in seinen Text aufgenommen. Er versuchte, die Auseinandersetzung in die Form zu gießen: Soll es Veränderungen an den sozialen Sicherungssystemen geben oder nicht? Mit dieser Strategie konnte er auf einen klaren Erfolg rechnen, denn Reformen auch der sozialen Sicherungssysteme sind seit langem fester Bestandteil grüner Programmatik.

Damit wurde die Absicht der „Münsteraner“, mit Hilfe eines radikal kritischen Antrages „linksaußen“ letztlich einem gemäßigten linken Antrag zu einer Mehrheit gegenüber dem Bundesvorstand zu verhelfen, durchkreuzt. Schlimmer noch:

Nachdem der Antrag Bundesvorstand zum Leitantrag erhoben worden war, gab es Einzelabstimmungen nur zu den jeweils „weitestgehenden“ und daher „klarsten“ Anträgen. Immer wieder die Frage: alles belassen wie es ist – oder irgend etwas ändern? Der in dieser Form durchgezogene Abstimmungsmarathon hatte mit der vorgegangenen innerparteilichen Debatte

wenig zu tun. Denn diese wurde nicht geführt in Hinblick auf die Frage, ob Reformen überhaupt anstünden, sondern welche Richtung diese einschlagen sollten. Genau darüber wurde aber nicht abgestimmt, sondern praktisch alle differenzierten sozialpolitischen Anträge wurden irgendwie übernommen.

Damit war das Ergebnis des Parteitages seltsam widersprüchlich. Während die SPD mit zwei Leitanträgen, die im Prinzip vollkommen unterschiedliche Grundpositionen beinhalten, das politische Problem zu bearbeiten suchte, steht bei den Grünen die Zustimmung zu einem Kompromiß-Leitantrag, dessen Aussage darin besteht, alle mögliche Kritik an der Ausgestaltung der Reformen in ein prinzipielles Ja zu Reformen überhaupt umzufabulieren, um dieses prinzipielle Ja dann der Regierungspolitik nachwerfen zu können.

Linke Selbstkritik

Hier muß nun die linke Selbstkritik einsetzen. Warum war es möglich, dass ein solche Strategie erfolgreich sein konnte? Warum war es nicht möglich, gegen die Strategie „Reformen ja oder nein“ eine Leitfragestellung „Reformen so oder so?“ zum Generalthema zu machen?

Diese Fragen rein taktisch diskutieren zu wollen, greift erheblich zu kurz. Denn an dieser Stelle lag und liegt die strategische Schwäche der Linken. Die „Münsteraner“ hatten als Zielstellung einen machtvollen Widerstand gegen die Agenda. Die Gewerkschaften waren als natürliche Bündnispartner frühzeitig

miteingebunden worden. Der Regierung sollte ein deutliches „So nicht!“ entgegengehalten werden. Die Frage aber nach einem „Wie anders?“ konnte de facto programmatisch nicht beantwortet werden. Damit war eine dezidierte Auseinandersetzung um die Richtung der Reformen nicht möglich. Es entfaltete sich zwar wie beab-

sichtigt eine kräftige Kritik, aber das politische Resultat konnte damit nur in einer gewissen Abschwächung liegen und eben nicht in einem Richtungswechsel.

Dieses Defizit ist nicht das der grünen Linken allein, es ist das fundamentale Dilemma der Gesamtlinken im Umgehen mit der „Dritte-Weg“- Programmatik von New Labour und Co.

Die Geschäftsgrundlage der sozialdemokratischen Regierungen in den neunziger Jahren war TINA (There Is No Alternative); d.h. die bisherige Politik von New Labour und auch von Rot-Grün stellte in den Mittelpunkt eine Reformpolitik, die gegen gesellschaftliche Widerstände durchgesetzt werden muß. Der Machtanspruch von Mitte-Links gründete sich darauf, dass die Basis der Konservativen zu schmal ist, sie die notwendige Akzeptanz nicht organisieren können. Nicht die Richtung der Reformen war das wesentliche Thema, sondern die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Widerständen.

Die genaue Ausgestaltung der Reformen nahm daher je nach Gefechtslage evtl. vorhandenes Beharrungspotenzial in ihren jeweiligen Kompromißcharakter auf. Die Riester-Rente war in diesem Sinne ein Kompromiß zwischen Umbau und Belassen des Alten, nicht etwa ein Kompromiß zwischen zwei unterschiedlichen Umbaumodellen.

Die Steuerreform war ein Meisterwerk an politischer Durchsetzung gegen den Versuch, die Beharrung politisch zu organisieren und parteipolitisch zu verwerten.

Funktionieren konnte dies nur, weil das Reformvorhaben selbst

Die Linke überlässt es anderen, den Diskurs über die Transformation des fordistischen Kapitalismus in eine neue Phase zu besetzen.

bis tief in die Opposition hinein gewissermaßen unstrittig war. Andere wesentliche Reformen konnten durchgezogen werden, weil der gesellschaftliche Diskurs den Boden gründlich bereitet hatte. Für Doppelte Staatsbürgerschaft, Homo-Ehe oder Atomausstieg war die gesellschaftliche Mehrheit praktisch bereits erkämpft, es waren „nachholende Reformen“, eine rechtliche Anerkennung von gesellschaftlich diskursiv bereits Durchgekämpftem. Auch hier ging es also immer nur um die Frage der gesellschaftlichen Durchsetzung, nicht etwa um

konkurrierende Reform- oder Umbauansätze.

Die traditionelle Linke hat aber kein großes Interesse entwickelt, die Fragen anders zu stellen. Die „antineoliberale“ Linke geht in Hinblick auf die Deutung des Prozesses ein heimliches Bündnis mit der TINA-Politik ein. Auch sie lebt davon, dass es gerade um ja oder nein geht.

Neoliberaler Umbau oder Verhinderung desselben.

Die Ausdeutung der Reformen als historischer Sachzwang bietet der Linken die Gelegenheit, diesen zu bestreiten. Damit überlässt sie es anderen, den Diskurs über die Transformation des fordistischen Kapitalismus in eine neue Phase zu besetzen. Ob man diese nun als Turbokapitalismus, Globalismus, Wissensgesellschaft, nachhaltigen Kapitalismus oder vermögensmarkt-gesteuertes Akkumulationsregime anspricht, ist nicht so wichtig – signifikant ist, dass man sich bislang nicht mal auf einen tragenden Begriff gemeinsam hat verständigen können.

Die Linke kann daher der Deutung des Transformationsprozesses als zunehmender Enttraditionalisierung, als zunehmender Durchsetzung von Marktrationalität, als Zunahme von „Individualisierung“ nicht eine kapitalismusanalytische Sicht entgegensetzen, die herausarbeitet, dass es sich tatsächlich um einen historischen Vergesellschaftungsschub handelt, der die Tragfähigkeit des Vergesellschaftungsmechanismus „Markt“ durchaus überfordert. Eine Sicht, die die in den Vordergrund gerückte individuelle Verantwortung rückbinden kann in den höheren Grad an Vergesellschaftung. Dies ist aber notwendig, wenn es nicht darum gehen soll, alle Transferprozesse möglichst weit zurück zu fahren, sondern darum, Transferprozesse neu zu ordnen und damit auch neu zu begründen.

Damit kann man zur positiven Seite des gesamten Debattenprozesses auch im Vorfeld des Parteitagess kommen. Zum ersten Mal wurden Debatten um die Richtung der Reformen in breiter Front geführt. Die Diskussion um das Grundsatzprogramm hatte zwar hier einen Grundstein gelegt, aber das grüne Grundsatzprogramm selber entfaltet hauptsächlich eine Anschauung darüber, dass die industriegesellschaftliche Verfasstheit sich auflöst. Den Fragen nach konkreter Programmatik konnte sich die Partei hier entziehen, indem schöne Zielstellungen für 2020 formuliert wurden. Die Frage, wohin die Reise wirklich geht, tauchte erst mit dem Schock der Hartz-Umsetzung auf.

Die Agenda stellt einen Höhepunkt des oben beschriebenen Politikansatzes dar. Durch Anschieben möglichst vieler Reformvorhaben gleichzeitig soll der sich ent-

wickelnde Widerstand überfordert werden. Die konservative Opposition gerät in Konflikt mit ihrer Klientel, wenn sie den Widerstand stärkt. Der Agenda geht es zentral um das Herunterfahren von Transferleistungen. Explizit wird eine Logik aufgemacht: „zu verteilen gibt es nur, wenn die Wirtschaft brummt“. Implizit wird dabei gesetzt: „wenn es der Kapitaleseite gut geht, brummt die Wirtschaft“. Dies ist das ständig wiederholte Credo, welches die These „Sozialabbau schafft Arbeitsplätze“ zu sagen vermeidet, sie aber ständig zu begründen sucht.

Die zentrale Botschaft der Agenda lautet, auch wenn dies ständig bestritten wird: „Sozialabbau schafft Arbeitsplätze“.

Bei Bündnis 90/Die Grünen hat dies dazu geführt, dass doch in weiten Teilen der Partei auf der Basis eines prinzipiell positiven Verhältnisses zu Reformen nicht nur eine verstärkte Kritik laut wurde, sondern notwendigerweise eine Debatte über die Richtung der Reformen begann. „Reformmotor sein“ zu wollen, ohne die Richtung zu reflektieren und die Debatte in Partei rückzubinden, war der Vorwurf gegen die Bundestagsfraktion. Eine sozialpolitische Kommission wurde einberufen, um den Unmut zu kanalisieren. Diese war zwar etwas arbeitsmarkt-lastig, trat aber mit ihren Aussagen der obigen These deutlich entgegen.

Was sind nun die Verschiebungen in der Debatte?

Zwei Punkte will ich hier herausgreifen:

Erstens. Gegen die Vision, dass es keine anspruchsgestützte Sicherung mehr geben solle, nur noch zeitlich begrenzte und mit negativen Anreizen versehene Integrationsangebote, wurde die alte Forderung der Grünen nach Grundsicherung gestellt. Im Hartzpapier waren durchaus unterschiedliche Herangehensweisen formuliert worden: Dem Grundsatz des „Fördern und Fordern“, welches die Sanktion (negative Anreize) in den Vordergrund stellt, war die Alternative „Eigenaktivitäten auslösen – Sicherheit einlösen“ entgegengesetzt worden.

Dass soziale Integration nur als Integration in Arbeit gedacht wird und dies mitten in einer offensichtlichen Krise der Verfasstheit von Arbeit, stößt auf Kritik. Dagegen entspricht die Forderung nach armutsfester Grundsicherung offensichtlich besser einer Gesellschaft, die sich von unmittelbarem Zwang und „Regelsteuerung“ verabschiedet. [„Stellt der Grundsatz ‚Fördern und Fordern‘ aus der Versicherungslogik heraus die Förder-

leistung in den Vordergrund und verbindet sie mit Sanktionen bei regelwidrigem Verhalten, so betont ‚Eigenaktivitäten auslösen – Sicherheit einlösen‘ in erster Linie die eigene Integrationsleistung des Arbeitslosen, die durch das Dienstleistungs- und Förderangebot gestützt und gesichert wird.“ (Hartz-Kommission 2001: 45))

Zweitens. Das Primat der Haushaltskonsolidierung als zentrales Leitmotiv der Politik wird infrage gestellt. Auch makroökonomische Überlegungen spielen plötzlich wieder eine Rolle. Die Notwendigkeit, Transferleistungen neu zu ordnen, führt zu einer Infragestellung der durchgängigen Steuersenkungspolitik. Die Agenda wird akzeptiert nur als Sicherung der Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme. Bestimmte Elemente der Neuordnung werden positiv bewertet, die Umstellung auf Steuerfinanzierung, die Entlastung der Kommunen. Damit rückt aber die Einnahmeseite wieder in den Vordergrund. Nicht abstrakt, als allgemeine Forderung nach materieller sozialer Gerechtigkeit. Sondern ganz konkret im Zusammenhang mit der Machbarkeit von Reformen. Dies hat zu einem klaren Votum zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer auf dem Parteitag geführt. [Material dazu unter: <http://www.gruene-berlin.de/wirtschaft/papiere/VStG/vstg.htm>]

Insofern hat sich eine Grundhaltung in der Partei gegenüber dem gesamten Umbauprozess positiv entwickelt. Diese macht sich aber erst fest an Themen, die sich mit Wucht fühlbar machen; Hartz-Umsetzung und Haushaltslage sind hier die Beispiele. Bei der Reform des Gesundheitssystems und bei der Rente stehen diese Debatten erst bevor. Hier besteht die Gefahr, dass das Projekt der Agenda, durch die Gleichzeitigkeit aller Umbauvorhaben die Gesellschaft zu überfordern, auch innerhalb der Parteien funktioniert. Kraftakte wie Sonderparteitage, das Hochfahren der Empörung sind nicht beliebig wiederholbar. Das Fehlen von konzeptionellen Vorschlägen auf Seiten der Linken ist deshalb besonders schwächend. Die Nachfrage nach einem alternativen Leitbild zur bestehenden, von Giddens, Beck und Co. formulierten Vorstellung einer vorwiegend individualisierten Gesellschaft ist deutlich.

Eine neue gesellschaftliche Diskussion um die Richtung der Reformen hat begonnen. Sie wird an Fahrt gewinnen, weil die Krise sich verschärfen wird. Es ist vor allem an der Linken, in diese Diskussion mit einer kapitalismusanalytischen Sicht einzugreifen.

Linksrutsch in der französischen sozialistischen Partei!

Von Christian Rentzsch

Zum besseren Verständnis einige Auszüge aus der Geschichte der sozialistischen Partei in Frankreich. Die Ursprünge der Sozialistischen Bewegung in Frankreich liegen im 18. und 19. Jahrhundert. Die Arbeiterbewegung vereinte sich 1905 politisch in der Partei SFIO (section française de l'internationale socialiste), in deren Anfangsjahren es harte Debatten über die Nützlichkeit linker oppositioneller Abgeordneter gab. Die Alternative einer revolutionären Arbeiterpartei wurde von einer starken Minderheit vertreten, aber Jean Jaurès setzte sich mit seinem Eintreten für konkrete Reformvorschläge durch.

Nach der Oktoberrevolution kam es 1920 zur Spaltung der Partei in Sozialisten und Kommunisten. Als Antwort auf den Vormarsch des Faschismus kam aber 1936 die Koalition von Sozialisten und Kommunisten in der sogenannten Volksfront an die Macht. Lohnerhöhungen, Tarifverträge, bezahlter Urlaub und 40 Stundenwoche waren die positive Bilanz, bevor die schwierige wirtschaftliche Lage die Regierungsmehrheit von Léon Blum zunichte machte.

In der Kriegs- und Nachkriegszeit arbeiteten alle Parteien mehr oder weniger zusammen, aber 1947 verließen die Kommunisten die Regierung. Bis 1958 regierten dann unterschiedliche Koalitionen, aber vor allem der Algerienkrieg spaltete die linken Parteien. So mussten sie zusehen, wie De Gaulle 1958 an die Macht kam und eine neue Verfassung durchsetzte. Diese sieht die Direktwahl des Präsidenten in zwei Wahlgängen vor und macht ihn zur starken Person der Politik.

François Mitterrand erzielte zwar 1965 ein gutes Wahlergebnis gegen De Gaulle, aber dennoch blieben die linken zerstritten und unterlagen bei der Wahl 1969 deutlich. Erst 1971 kam es mit der Gründung der Sozialistischen Partei zu einer neuen starken linken sozialistischen politischen Sammelbewegung. Diese beruhte auf der Fusion mehrerer linker Organisationen, und musste daher einen Weg finden, Programme und Personen demokratisch zu bestimmen. Daher wurde festgelegt, dass alle Instanzen der Partei proportional besetzt werden. Vor je-

dem Parteitag finden daher Abstimmungen aller Parteimitglieder über das Parteiprogramm statt. Jeder Text wird von einer Reihe von Parteimitgliedern vorgelegt, die dann ihren Stimmenanteilen zufolge in den Parteigremien vertreten sind. Mitterrand setzte sich dabei 1971 knapp durch und blieb bis 1981 Parteisekretär. Unter seiner Führung schafften es die Sozialisten dann 1981 mit Hilfe der Kommunisten wieder an die Macht zu kommen.

39 Stundenwoche, Abschaffung der Todesstrafe, Nationalisierung von Grossunternehmen waren die Erfolge der Regierung. Aufgrund der wirtschaftlichen Lage in Frankreich und Europa entschied sich die Regierung 1983 für Sparpolitik und eine Stabilisierung der Wechselkurse. Das führte zum Bruch mit den Kommunisten, die erst 14 Jahre später wieder in eine linke Regierung einziehen sollten, erlaubte es aber Mitterrand gleichzeitig, die EG mit Kohl zusammen voranzutreiben.

1983-1986 und 1988-1993 regierten die Sozialisten teilweise mit Hilfe von Stimmen aus der politischen rechten Mitte. Von 1986 bis 1988 und von 1993 bis 1995 gab es rechte Regierungen unter einem linken Präsidenten. Das liegt daran, dass De Gaulle 1958 den häufigen Regierungswechseln der 4. Republik (1945-1958) ein Ende machen wollte, indem er den Präsidenten alle sieben Jahre direkt wählen ließ, während der Premierminister von der Mehrheit der Nationalversammlung gewählt wird. De Gaulle schaffte dadurch zwar, mehr politische Stabilität herbei, ermöglichte aber auch die *Co-habitation*, das heißt die Koexistenz eines Präsidenten und eines Premierministers aus unterschiedlichen politischen Lagern.

1997 kamen die Linken wieder an die Regierung, in der sich neben den Sozialisten Jospins auch die Kommunisten, die Grünen sowie zwei kleine Parteien, die Radikalen (kleine sozialliberale Partei) und die Bürgerbewegung Chévenements (der die Sozialisten nach deren Ja zu Maastricht verlassen hatte) befanden. Nach anfänglichen Erfolgen kam es auch in dieser Koalition zu Spannungen, die nach und nach so stark wurden, dass alle fünf Parteien ihren eige-

nen Präsidentschaftskandidaten in den Wahlkampf 2002 schickten.

Zwar führte Jospin die am weitesten links orientierte Regierung in der EU, aber diese hat einige Fehler gemacht: Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrages (Stabilitäts-pakt), Schaffung von Arbeitsplätzen als oberste Priorität (selbst auf Kosten der Arbeitnehmerrechte), Unterschätzung der sozialen Missstände (Einkommen, Bedarf nach Schutz gegen Kriminalität), Misstrauen gegenüber den Bürgerbewegungen und gegen die eigene Partei (im Jahre 2000 erklärte die damalige sozialistische Arbeitsministerin Elisabeth Guigou, sie ließe sich ihre Politik nicht von der Partei vorschreiben – damit lehnte sie die Forderung der Parteilinken nach jährlichen Tarifverhandlungen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern ab), Vorziehen des Termins der Präsidentschaftswahl vor den der Nationalversammlungswahl (der ursprüngliche Termin der Präsidentschaftswahl lag einige Wochen nach der Nationalversammlungswahl). Die Spaltung der linken Kräfte war also nicht der einzige Grund für die Wahlniederlage im Jahre 2002.

Die Folge der Niederlage bei der Präsidentschaftswahl April-Mai 2002 und der Nationalversammlungswahl Juni 2002 ist eine neoliberale Regierung, die versucht ihre Ideologie zu vertuschen, in dem sie Volksnähe vorgibt. Diese Strategie funktionierte mehr oder weniger reibungslos, bis die Regierung eine Reform der Renten in Angriff nahm.

Der Parteitag 2003

Die Debatte über die von der rechten Regierung Jean-Pierre Raffarin geplante Rentenreform ist derzeit das Thema in Frankreich. Die Gewerkschaften kritisieren die Pläne der Regierung hart und rufen zu Warnstreiks und Demonstrationen auf.

Es wird in Frankreich in erster Linie der größten Gewerkschaft CGT (confédération générale du travail) angerechnet, dass die Demonstrationen gegen die Rentenreformpläne der Regierung am vergangenen 13. Mai so ein großer Erfolg wurden. Ein bis zwei Millionen Menschen waren an diesem Tag auf den Straßen Frankreichs unterwegs, um gegen die geplante Reform, die Rentenbeitragszahlungsdauer zu erhöhen bzw. die Renten zu kürzen, zu demonstrieren. Viele davon trugen die rote Farbe der CGT. So ist es zu erklären, dass Generalsekretär

Christian Rentzsch war von 2000-2003 Vorsitzender der Partei in dem Ort Echirolles. 2001-2002 arbeitete er im Stab von Marie-Noëlle Lienemann, der Staatssekretärin für Wohnungswesen.

Thibault, der die CGT zu einer parteiunabhängigen Reformgewerkschaft gemacht hat, die Ehre minutenlanger Standing ovations auf dem PS-Parteitag zuteil wurde.

Dabei hatte die traditionell den Sozialisten nahe stehende Gewerkschaft CFDT dem Regierungsprojekt nach einigen Zugeständnissen des Arbeitsministers Fillon noch kurz zuvor zugestimmt und somit die Einheit der Gewerkschaften aufgegeben. Alle anderen Gewerkschaften, wie CGT-FO, UNSA, FSU usw., lehnen die Reformpläne der Regierung ab. In Frankreich sind Gewerkschaften und politische Parteien seit der Gewerkschaftscharta von Amiens (1906) von einander getrennt. Lediglich die Kommunistische Partei war jahrzehntelang mit der CGT verbunden bevor diese in den letzten Jahren dieses Bündnis zerbrach. Alle Versuche der Sozialisten, eine engere Beziehung zu einer großen Gewerkschaft zu knüpfen schlugen fehl. Die derzeitige Annäherung der Partei an die CGT ist deshalb auch sehr vorsichtig.

Fest steht allerdings, erstens, dass die Sozialistische Partei die führende linke Partei bleibt, auch wenn es ihr derzeit noch an einem glaubwürdigen Projekt fehlt, um die nötigen Stimmen für eine Rückkehr in Regierungsverantwortung zu gewinnen, und zweitens, dass die CGT die führende Gewerkschaft in Frankreich bleibt, auch wenn ihr Vorsprung auf CFDT und CGT-FO sich in den letzten Jahren verringert hat.

Auf dem Parteitag hat die alte, in ihrer Zusammensetzung veränderte, Mehrheit an Stimmenanteilen verloren: Sie kam auf 61,4 % der abgegebenen Stimmen (nach 73% auf dem letzten Parteitag im Jahr 2000-die ordnungsgemäßen Parteitage finden laut der im Jahr 2000 veränderten Satzung alle drei Jahre statt).

Die Rechnung der neuen Parteilinken, Nouveau Parti Socialiste, die Stimmen der 20 000 der Partei nach der Wahlniederlage Jospins beigetretenen Mitglieder zu gewinnen, ging eindeutig nicht auf. Zwar wurde NPS unter der Führung des medienwirksamen Abgeordneten Arnaud Montebourg (der durch seine nicht vom Erfolg gekrönten Versuche Präsident Chiracs Affären vor die Justiz zu bringen bekannt wurde) und des ehemaligen Parteisprechers Vincent Peillon mit 16,9 % zweite Kraft, doch konnte der erhoffte Parteiführungswechsel auch mit Unterstützung eines Großteils der französischen Jungsozialistenmehrheit, Nouvelle Gauche, und dem von der Gauche Socialiste kommenden Arbeitsrechtler Gérard Filoche (der eine Reihe von Gewerkschaftlern Anfang der neunziger Jahre von der linksextrremen Ligue Communiste Révolutionnaire in die Sozialistische Partei und dort in die Gauche Socialiste brachte) nicht herbeigeführt werden.

Die Parteilinke verstärkte sich aber deutlich, denn die Parteilinke Nouveau Monde,

die durch den Zusammenschluss Henri Emmanuellis (Mitglied des französischen Parlaments) und Jean-Luc Mélenchons (Mitglied des Parteibüros) von der Gauche Socialiste neu gestaltet wurde erzielte 16,3 % der Stimmen.

Auch Marc Dolez der Parteisekretär der Mitgliederstarken Föderation des Départements Nord darf mit seinen 4,4 % zur Parteilinke gerechnet werden.

Lediglich die nur 1% der Stimmen zählende Utopiagruppe, die für eine neue Definition des Arbeitsbegriffes eintritt, hat sich auf dem Parteitag in die Mehrheit eingereiht.

Die Parteilinke ist also mit 37,7 % der Stimmen (34,8 % der Sitze) weit stärker als vor drei Jahren, als Emmanuelli (13,6%) und die Gauche Socialiste (13,4%) zusammen auf 27 % kamen.

Hinzu kommt, dass die von François Hollande geführte Mehrheit ihren Text unter dem Einfluss Marie-Noëlle Lienemanns (Parteisekretärin für Unternehmenspolitik), Julien Drays (Mitglied des französischen Parlaments und einer der beiden Parteisprecher) und Harlem Désirs (Md Europaparlamentes, wo er für die Tobinsteuer kämpft), drei der Ehemaligen der Gauche socialiste, durchaus mit linkem Gedankengut bereichert hat. Nähe zu den Globalisierungskritikern, Bekenntnis zum europäischen Föderalismus und nachhaltige Entwicklung sind Themen, die aufgegriffen wurden.

In konkreten Sachfragen, wie Bekämpfung von Massenentlassungen und Betriebsumsiedelungen ins Ausland gehen die Beiträge von NM und NPS sicherlich weiter. Auch in der Haltung zur EU-Erweiterung vertreten sie ein offensiveres Vorgehen – EU-Demokratisierung vor einer Erweiterung für NM während Montebourg von NPS eine Volksabstimmung über die Erweiterung fordert. Ein Grundbekenntnis zu linker Reformpolitik ist aber auch in dem Text der Parteimehrheit deutlich erkennbar. Über die Allianzen im Parteiapparat hinaus, mag das wohl auch das Ergebnis der Mitgliederabstimmung erklären.

François Hollande wurde ohne Gegenkandidaten mit 90 % der abgegebenen Stimmen als Vorsitzender Sekretär der 140 000 Mitglieder zählenden Partei wieder gewählt. In den Föderationen aber schaffte es ein Bündnis von Dolez, NPS und Nouveau Monde häufig, eine Mehrheit zu erringen.

Die Spaltung der Linken

Was nun die Chronologie der Ereignisse betrifft, so muss man zunächst auf die Wahlniederlagen Lionel Jospins und der Sozialistischen Partei im vergangenen Jahr zurück kommen.

Noch am Abend seiner Niederlage hat Jospin seinen Abschied von der politischen Bühne bekannt gegeben. Die Teilung der Linken mit 8 Präsidentschaftskandidaten,

der ideenarme Wahlkampf, das Fehlen einer klaren linken Orientierung, die schlechte sicherheitspolitische Regierungsbilanz sowie Mangel an Charisma mögen zur Niederlage Jospins beigetragen haben. Die Wahlniederlage der Partei bei der folgenden Parlamentswahl war dann nach fünfjähriger Co-habitation eines rechten Präsidenten und linken Premierministers folgerecht. Hollande wies in der Folgezeit Forderungen nach einem vorgezogenen Parteitag zurück und nahm ehemalige Minister in die Parteispitze auf. Erst, als die Ankündigung der bevorstehenden Ernennung des sozial-liberalen Laurent Fabius zum Parteisprecher bekannt wurde, zwang eine breite, weit über die Parteilinke hinausreichende, Protestbewegung, Hollande zum einlenken.

Der Ausgang dieser erfolgreichen Rebellion wurde der alten Parteilinken paradoxerweise zur Zerreißeprobe. Wollten einige vom Parteivorstand zurücktreten, sahen andere in dem Einlenken Hollandes ein Zeichen der Ermutigung, eine neue linke Parteimehrheit mit ihren Rebellionspartnern aus der alten Mehrheit zu entwickeln. Einerseits wurde eine schnelle Verschmelzung der Gauche Socialiste mit dem ebenfalls für Rücktritt vom Parteivorstand plädierenden Emmanuelli gefordert, andererseits wurde ein Aufbau einer neuen linken Mehrheit mit Emmanuelli und anderen gefordert. Schließlich kam es darüber zum Bruch der Gauche Socialiste, einige gründeten mit Emmanuelli die Strömung Nouveau Monde, andere gründeten mit Montebourg NPS, andere gingen wie Marie-Noëlle Lienemann zur Parteimehrheit, da sie meinten, es gäbe keinen Führungswechsel auf dem Parteitag und es sei wichtig, die Mehrheit nach links zu ziehen, und wieder andere wurden wie Julien Dray und Harlem Désir über einen Umweg bei NPS letztlich zum linken Flügel der Parteimehrheit.

Alle haben begrüßt, dass die Partei die Bürgerbewegung gegen die geplante Rentenreform unterstützt. Manch einer freut sich darüber, dass die sozialliberalen von dem Parteitag eher enttäuscht sind, denn Dominique Strauss-Kahn konnte auf dem Parteitag nicht überzeugen, auch wenn er die Rolle des Regierungskritikers sonst immer gut vertritt.

François Hollande hat nun die Aufgabe, die Partei bis zum nächsten Parteitag in drei Jahren anzuführen. Er hat Schritte nach links gemacht und wird jetzt vom rechten Parteiflügel, mit Ausnahme Fabius', in der Rentendiskussion kritisiert.

Im nächsten Jahr stehen Europawahl und Regionalwahlen an. Bis dahin muss die Linke versuchen, wieder glaubwürdig zu werden. Entscheidend aber wird es sein, wie sie die 2007 vorgesehene Präsidentschaftswahl in Angriff nimmt. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Das Dilemma der französischen Linken

Die Linken nach der Präsidentschaftswahl und dem Parteitag der Sozialistischen Partei in Frankreich im Mai 2003.

Von Bernard Pigneron

Die Linke und insbesondere die Sozialistische Partei als stärkste Partei der Linken steht heute vor schweren strategischen Fragen.

Die Hürde des ersten Wahlgangs

Im April 2002 hat der Kandidat der Sozialisten zum ersten Mal seit langer Zeit weniger Stimmen bekommen als die anderen linken Kandidaten zusammen. Seit den achtziger Jahren hat sich die Verbindung der Sozialistischen Partei zu den Wählern aus den unteren Vermögensgruppen gelockert. Sicher handelte es sich hier nie um eine sehr feste Bindung, denn im politischen Leben Frankreichs war es traditionellerweise die Kommunistische Partei, welche die Arbeiterklasse anführte. Das Neue war im Jahr 2002 der Verlust der Wählerschaft der Beamten, vor allem der Lehrkräfte, die gewöhnlich für die Sozialisten stimmten. Es ist symptomatisch, dass die Summe der Stimmen der linksextremen und der kommunistischen Partei 2002 praktisch mit den Stimmen der KP im Jahre 1981 übereinstimmen. Das belegt die dauerhafte Existenz zweier Kulturen in der französischen Linken, welche die Wahlergebnisse der Sozialistischen Partei seit Ende der siebziger Jahre vertuschete.

Die Zersplitterung der Linken

Aber die Schwächung der Kommunistischen Partei hat nicht den Sozialisten gedient, wie einige unter ihnen das erhofften, sondern sie hat einer radikalen politischen Vertretung gedient, deren Wortführer sich bis jetzt weigern, die Perspektive einer progressiven oder reformerischen Analyse der Gesellschaft aufzunehmen. Somit haben alle fortschrittlichen sozialen Kräfte ein Problem im zweiten Wahlgang. Wenn die sektiererischsten Vertreter der linksextremen es dauerhaft schaffen, fünf Prozent oder mehr der Wähler zu organisieren, dann verliert die Linke mittelfristig jede Chance auf einen Wahlsieg. Darin besteht die schwierige politische Gleichung des zweiten Wahlgangs der nächsten Wahlen in Frankreich. Genau genommen besteht darin die Gleichung der Zukunft der Linken. Unsere Arbeit muss also die Notwendigkeit der Über-

windung der Teilung zwischen der reformerischen und der radikalen Linken aufgreifen. Manche in der Sozialistischen Partei handeln, ohne dies offen zu verkünden, da die

dersetzungen in der französischen Linken zuspitzen. Diese Realität erklärt einerseits das relativ späte Datum der Gründung der SFIO und andererseits das Fehlen einer So-



Wahlniederlage zu jung ist, für die Entstehung einer Sozialistischen Partei, die die gesamte Linke vereinigt. Diese Vision einer in ihren Hauptbestandteilen vereinten Linken als Gegenpol zu der in der UMP vereinten Rechten ist kaum mehr als politologische Vereinfachung. Nicht etwa, weil es undenkbar wäre, dass Persönlichkeiten der ökologischen, gewerkschaftlichen oder kommunistischen Linken der Sozialistischen Partei beitreten, sondern, weil dies keinerlei Folgen hätte. In der Vergangenheit haben schon wichtige Persönlichkeiten der KP wie der Ex-Minister und potentielle Generalsekretär der KPF, Charles Fiterman, den Weg in die SP genommen, ohne dass die politische Lage dadurch irgendwie verändert worden wäre.

Aber, und das ist entscheidend, so eine Entwicklung widerspreche der gesamten Geschichte der französischen Linken. Karl Marx bemerkte schon in dem „Klassenkampf in Frankreich“, dass die Französische Revolution und das aus ihr entstandene Konzept des Bürgertums die ideologischen Auseinan-

zialdemokratie nach dem Muster, welches zum Beispiel in Deutschland existiert.

Blick nach vorn

Um die Gleichung des ersten Wahlganges zu lösen, muss die Sozialistische Partei das gleiche tun, wie die Linke, um den Sieg bei den nächsten Wahlen zu erringen: Jetzt schon entschlossen nach vorne gucken und die neuen Paradigmen der Wählerschaft aufgreifen. In einer Gesellschaft mit so viel politischer Erfahrung wie in Frankreich kann man keine politische Strategie anhand von politischer Vereinfachung aufbauen. Es gilt in der kommenden Zeitspanne, die neuen Gegebenheiten der politischen Vertretung in die Rechnung aufzunehmen, Politik noch weitreichender auf europäischer Ebene zu denken, sozialen Fortschritt wieder durch Reformen zu verkörpern. Dafür muss eine tiefgreifende Arbeit vollbracht werden, und, so gesehen, war der Parteitag von Dijon kein Erfolg. Jetzt muss eine heterogene Parteimehrheit von gegensätzlichen politischen Kräften diese Arbeit aufnehmen, und sie würde gut daran tun, nicht zu vergessen, dass 40% ihrer Parteimitglieder ihr nicht vertrauen und vor allem, dass sie im Jahre 2002 deutlichst abgewählt wurde.

Bernard Pigneron, *Nouveau Monde*, ist Mitglied im Schiedsausschuss der Parti Socialiste und arbeitet im Conseil d'Etat, dem Staatsrat. 2001-2002 arbeitete er im Stab des Ministers Jean Luc Mélenchon, welcher Minister für Berufsschulen und Berufsausbildung war.

Anatomie des Krieges

Von Heinz-J. Bontrup

Krieg und Ökonomie

Im Krieg gibt es neben Toten, verstümmelten und verletzten Menschen sowie zerstörten ökonomischen Lebensgrundlagen immer auch Profiteure (Kriegsgewinnler), und selbst in Friedenszeiten ist das Rüstungsgeschäft ein hoch profitables. (vgl. Bontrup, 1986)

Die Perversion der Rüstungsökonomie zeigte sich während der beiden Weltkriege in besonderer Ausprägung, aber auch in den über 200 Kriegen, die nach 1945 geführt worden sind, darunter in den 1990er Jahren der erste Golfkrieg und der Kosovo-Krieg, sowie der Krieg in Afghanistan und der gerade beendete zweite Golfkrieg waren geradezu Goldgruben für die Rüstungsindustrie. Diese liefert all das, was Militärs angeblich zur Kriegführung benötigen. Aber auch andere Wirtschaftszweige verdienen am Krieg enorme Summen. Selbst die, die Gesundheitsprodukte herstellen, wie z.B. die Pharmaindustrie, steigern durch Krieg ihre Rentabilitäten. Und es ist ebenso selbstverständlich aber gleichzeitig auch zynisch, dass die Wirtschaft nach einem Krieg für den Wiederaufbau der zuvor sinnlos zerstörten Infrastruktur selbstverständlich zur Verfügung steht. Auch hier locken beträchtliche Profite. Das Streben nach Rüstungsprofit macht dabei selbst vor den Landesgrenzen während eines laufenden Krieges nicht halt. Es ließen sich zahlreiche Beispiele für internationale Rüstungsgeschäfte, Absprachen und Kooperationen selbst zwischen den Unternehmen verfeindeter bzw. kriegführender Staaten benennen.

Wie stellte schon Albert Einstein fest: „Ein Pazifismus, der die Rüstungen der Staaten nicht bekämpft, ist und bleibt ohnmächtig. Die Rüstungsindustrie ist eine der größten Gefährdungen der Menschheit.“

Auch der gegen das Votum des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (UN), und damit gegen das Völkerrecht, unter weltweiten Protesten von den USA und GB mit militärischer Unterstützung der Australier geführte Irak-Krieg basiert neben geostrategischen auf handfesten ökonomischen Interessen und nicht wie immer wieder behauptet, auf der Vernichtung von Massenvernichtungswaffen – die bis heute nicht gefunden wurden – oder den Sturz eines Diktators, um die Herstellung von Demokratie oder

um den Schutz von Menschenrechten. Gut drei Monate nach dem Krieg wird immer deutlicher, dass die USA und Großbritannien die Weltöffentlichkeit mit ihrer Kriegspropaganda nichts als „nützliche Lügen“ präsentiert haben.

Der amerikanische Ökonom Paul Krugman kommt zu dem Ergebnis, das dies „der schlimmste Skandal in der politischen Geschichte der Vereinigten Staaten (ist), schlimmer noch als Watergate, schlimmer noch als Irangate.“ (The New York Times, 3. Juni 2003)

Mittlerweile wird der britische Premierminister Tony Blair aus den Reihen seiner eigenen Partei zum Rücktritt aufgefordert. Auch George Bush gerät immer mehr unter Druck. Am Ende wird herauskommen, dass es ein ökonomisch intendierter Krieg war. Zu den wesentlichen ökonomischen Triebkräften zählt dabei für die USA die Aufrechterhaltung der weltweit disproportionalen Verteilung von Ölreserven, von denen die USA bekanntlich nur über etwa 2 v.H. verfügen, während sie rund 25 v.H. der jährlichen Weltproduktion verbrauchen. Dies hat die weltweite Friedensbewegung mit ihrem Slogan „Kein Blut für Öl“ plastisch zum Ausdruck gebracht. „Die Kontrolle des Öls, oder zumindest der Zugang zu ihm, war immer ein großes strategisches Ziel. Das Öl erlaubt den Nationen, Besitz anzusammeln, ihre Wirtschaft anzutreiben, Güter zu produzieren und zu verkaufen, Waffen zu kaufen oder herzustellen, Kriege zu gewinnen.“ (Yergin 1991, S. 964)

Den USA geht es beim Öl „nicht um die Beseitigung akuter Ölknappheit, denn diese gibt es nicht, sondern um drei langfristige strategische Orientierungen: Zum einen soll der Zugriff auf den langfristig knapper werdenden Energieträger Öl die energieintensive Produktions- und Lebensweise entwickelter Industrieländer trotz aller Schä-

den sichern, die dies für Natur und Umwelt mit sich bringt. Dies entspricht dem Interesse der Ölkonzerne und der meisten Regierungen der OECD. Zum anderen können die USA durch die Kontrolle über einen großen Teil der Ölreserven der Welt andere Länder in Abhängigkeit halten und hierdurch ihre ökonomische und politische Vormachtposition in der Welt stabilisieren. Drittens schließlich spielt Öl auch in der härter werdenden internationalen Währungskonferenz eine wesentliche Rolle: Wenn es den USA gelänge, durch die Kontrolle über den wesentlichen Teil der Weltölvorräte den Ölhandel weiterhin in ihrer Währung abzuwickeln, stärkten sie damit die Stellung des US-Dollar als Weltwährung, die durch das enorme und weiter steigende US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit und zusätzlich durch die jüngste Krise am Aktienmarkt unter Druck geraten ist.“ (Memorandum 2003, S. 12f.)

Die Privatisierung der verstaatlichten irakischen Ölindustrie und die Aufhebung der nach dem ersten Golfkrieg von den UN verhängten ökonomischen Sanktionen gegen den Irak stehen deshalb auch an erster Stelle der US-Nachkriegsagenda. Dass es den USA, mit über 60 Militärstützpunkten in 21 Län-

dern der Welt, modernsten Kriegsflotten und Flugzeugträgern auf allen Weltmeeren und dem Aufbau ihres globalen Anti-Raketenschirms nur um eigene „vitale Interessen“ geht, zeigen auch die politischen Handlungen der letzten Jahre überdeutlich. Die USA sind heute aufgrund ihrer Übermacht in der Lage, jeden Staat der Welt anzugreifen, politisch und militärisch zu erpressen und ihren ökonomischen Inter-

essen gefügig zu machen. Wie sehr sich die USA, die insbesondere unter der jetzigen Bush-Administration offensichtlich „Rom spielen“ will, noch um das Wohl der Welt kümmern ist anhand der folgenden Fakten evident. „Sie produzieren und exportieren mehr Waffen als der „Rest der Welt“ zusammen. Sie haben ihre Ausgaben zur Bekämpfung der Armut in der Welt soeben auf 1,7 Milliarden \$-Dollar reduziert. Das ist nicht einmal so viel, wie sie in zwei Tagen fürs Militär ausgeben. Dabei würden ein Prozent der jährlichen Militärausgaben des Pentagon genügen, um die Grundversorgung der verelendeten Völker der Dritten Welt mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und sauberen Wasser sicherzustellen. Stattdessen hat die

Zu den wesentlichen ökonomischen Triebkräften der USA zählt die Aufrechterhaltung der weltweit disproportionalen Verteilung von Ölreserven, von denen die USA nur über 2 v.H. verfügen, während sie rund 25 v.H. der jährlichen Weltproduktion verbrauchen.

US-Regierung den ABM-Vertrag mit Russland zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen einseitig aufgekündigt. Sie hat sämtliche internationale Vereinbarungen über biologische und chemische Waffen aufgekündigt. Sie weigert sich einer internationalen Vereinbarung über das Verbot der Produktion und des Einsatzes von Landminen. Ebenso hat die USA das Kyoto-Protokoll aufgekündigt, das die Vertragspartner zur Reduzierung der Treibstoffgase und Klimakiller verpflichtet.“ (Schneider, S. 173)

Auch erkennt die USA den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag nicht an. Sie hat sogar ein Gesetz erlassen, das einen möglichen Überfall auf die Niederlande legitimiert, falls vor dem Internationalen Gerichtshof amerikanische Staatsbürger wegen Kriegsverbrechen angeklagt werden sollten. (Vgl. Schwarzberg, S. 225) Der amerikanische Journalist Jacob Heilbrunn von der Los Angeles Times fordert von uns Europäern: „Bitte erhöhen Sie den Druck auf Amerika. Sei es in politischen, sei es in militärischen Angelegenheiten, sei es in Umweltfragen. Bitte, legen Sie uns Daumenschrauben an und retten Sie uns vor uns selbst!“

Der nur vorläufig letzte Krieg

Wenn der Irak Krieg auch militärisch wesentlich schneller entschieden wurde, als von vielen befürchtet, so hat auch dieser Krieg beträchtliche Opfer gekostet und wird weitere Folgekosten nach sich ziehen. Aus einer Vielzahl unterschiedlicher Quellen ergeben sich dabei die ersten Schätzungen. So wurden 171 Soldaten auf Seiten der Alliierten getötet (davon 138 US-Soldaten und 33 Briten) und 495 US-Soldaten wurden verwundet. Die getöteten irakischen Soldaten werden auf rund 2.300 geschätzt. Wie bei jedem Krieg gab es auch Opfer unter der Zivilbevölkerung. Irakische Schätzungen gehen von 1.200 bis 2.600 Zivilisten aus, die während der Kriegshandlungen ihr Leben verloren. Außerdem wurden rund 5.000 Zivilisten verletzt. Unter den Opfern waren auch mindestens zehn getötete Journalisten zu beklagen. Nach der Beendigung der offiziellen Kriegshandlungen geht das töten weiter. Irakische Untergrundkämpfer und Anhänger von Saddam Hussein akzeptieren die USA als Besatzungsmacht nicht.

Die gesamtwirtschaftlichen direkten und indirekten Kosten sind enorm hoch. Man schätzt aus heutiger Sicht nur die direkten Militärausgaben der USA auf gut 62 Mrd. US-Dollar und die der Briten auf rund 4,5 Mrd. US-Dollar (Vgl. Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) vom 3. Mai 2003, S. 3). Diese Ausgaben dürften die Wirtschaft der USA und Briten kurzfristig beleben. Militärausgaben fließen aber nur zum Teil in Investitionen. Der größte Teil impliziert einen Staatsverbrauch und regt vor allem die Konsumnachfrage an. Anders als bei zivilen Staatsausgaben (z.B. für Schulen, Straßen) haben Militärausgaben keinen kapazitätserweiternden oder produktivitätssteigernden Effekt, sie sind nicht reproduktiv. Die indirekten Kriegsfolgen haben schon vor aber auch während des Krieges die Weltwirtschaft nachhaltig belastet. Dazu zählen negative Veränderungen an den Aktien- und Devisenmärkten, des gestiegenen Ölpreises sowie Beeinträchtigungen im internationalen Handel als auch die humanitären Kosten für die Bevölkerung im Irak. Hinzu kommt, dass die monatelange Kriegsvorbereitung das Verbraucher- und Unternehmervertrauen belastet und sich negativ auf das Wachstum der Weltwirtschaft ausgewirkt hat. (Vgl. Brück/Schubert, S. 292ff.)

Neben den direkten und indirekten Kriegslasten sind außerdem die Folgekosten des Krieges zu berücksichtigen. Der amerikanische Ökonom Nordhaus schätzt diese Kosten auf 75 bis 500 Mrd. US-Dollar (Vgl. Nordhaus, S. 37). Die USA und die Briten zahlen für den Irak-Krieg aber nicht nur einen materiellen, sondern auch einen immateriellen Preis. „Was ist aus den Vereinigten Staaten von Amerika geworden?“ So hat es Robert C. Byrd genannt, der seit 1959 im amerikanischen Senat sitzt und heute sein Nestor ist. Am Abend vor dem Krieg hat er dort ein letztes Mal gewarnt: „Rund um den Erdball bege-

nen unsere Freunde uns mit Misstrauen... Wenn der Krieg zu Ende ist, werden die Vereinigten Staaten weit mehr als den Irak wiederaufzubauen haben. Wir werden Amerikas Ansehen rund um den Erdball wiederherstellen müssen... Heute weine ich um mein Land.“

Um die Wirtschaft und ein demokratisches politisches Gefüge im Irak, mit rund 24 Millionen Einwohnern eines der größten Länder des Mittleren Ostens, nach mehreren Kriegen und der langen Diktatur Saddam Husseins wieder aufzubauen, werden enorme politische als auch ökonomische Anstrengungen notwendig sein. „Kriege und Sanktionen unter dem Hussein-Regime haben den Irak zusammengenommen einen Betrag gekostet, der dem Bruttoinlandsprodukt von zwei Jahrzehnten entspricht.

(Ebenda, (Übs.d.Verf.)) Das Land ist extrem verarmt... „Seit 1979 ist das Pro-Kopf-Einkommen des Irak um rund 90 v.H. gesunken. Das Bruttoinlandsprodukt betrug im vergangenen Jahr 15,5 Mrd. US-Dollar zu Kaufkraftparitäten, was einem Drittel des Niveaus von 1989 entspricht. Das Bundesland Bremen hatte, zum Vergleich, im Jahre 2000

ein Bruttoinlandsprodukt von 20 Mrd. US-Dollar bei einer Bevölkerungszahl von 660.000. Die Auslandsschulden des Irak belaufen sich auf 65 bis 83 Mrd. US-Dollar, was jährliche Zinsforderungen von über 5 Mrd. US-Dollar impliziert.“ (Brück/Schubert, S. 296)

Trotz der enormen Ölreserven des Landes, die etwa 11 v.H. der weltweit bekannten Reserven entsprechen, wird der Irak von außen einen „Marshallplan“ benötigen. Dazu gehört eine deutliche Entschuldung des Landes sowie eine Finanzierung der notwendigen Aufbaumaßnahmen. Hier sind die kriegführenden Länder USA und Großbritannien aber auch Australien gefordert. Diese können nun unter Beweis stellen, wie viel ihnen wirklich an der politischen und ökonomischen Entwicklung des Irak gelegen ist.

Wichtig zur ökonomischen Gesundung des Irak ist auch ein nicht zu schnelles ausweiten der Öl-Förderkapazitäten. Zwar würde dies kurzfristig dem Land Entlastung bringen, mittel- und langfristig wäre dies aber aus zwei Gründen kontraproduktiv. Erstens weil hierdurch über sinkende Ölpreise die Stabilität des OPEC-Kartells in Frage gestellt würde und aufgrund der gesunkenen Preise sogar eine erhöhte Fördermenge sinkende Exporteinnahmen impliziert. Zweitens käme es durch überproportional hohe Exporterlöse aus dem Ölverkauf in US-Dollar auch zu einer Aufwertung des irakischen Dinar gegenüber allen anderen Währungen. Hierdurch würde sich die Wettbewerbsposition des Irak bei allen potentiellen Exporten außerhalb des Ölsektors nachhaltig verschlechtern. „Die Landwirtschaft würde weiter unter Vernachlässigung lei-



den, vor allem falls (zugegebenermaßen gut gemeinte) groß angelegte Lebensmittellieferungen durch UN, USAID und andere den Markt für lokale Nahrungsmittelproduktion endgültig zusammenbrechen ließen. Die Anreize für die umfangreichen Investitionen, die für eine Überwindung des landwirtschaftlichen Niedergangs im Irak nötig wären, würden unterminiert. Noch nachteiliger würden sich die aus hohen Öl-Exporten resultierenden Kursgewinne des irakischen Dinar auf alle Versuche auswirken, die irakische Industrie außerhalb des Ölsektors wiederzubeleben bzw. neue Nicht-Öl-Industrien zu entwickeln. Die Mehrheit der lokalen Privatproduzenten bliebe von möglichen positiven Auswirkungen des Ölgeschäfts auf die restliche Wirtschaft ausgeschlossen, da ihnen kriegs- und sanktionsbedingt sowohl die nötige Technologie als auch das Kapital fehlen, um Rohstoffe und Ersatzteile einzuführen. Die schnelle Öffnung des Irak für alle Arten von (öl- bzw. entwicklungshilfefinanzierten) Konsum- und Investitionsgüterimporten wäre das Aus für die einheimische Produktion.“ (Wurzel, S. 567f.)

Sollten die USA allerdings eine Zerstörung des OPEC-Kartells aufgrund ihres Interesses an billigen Ölimporten betreiben, was hoch-

wahrscheinlich ist, werden sie die – wie auch immer politisch aussehende – neue irakische Führung in Richtung einer kurzfristigen Ausweitung der Ölfördermengen zwingen. Dadurch würde nicht nur der mittel- bis langfristige Aufbau des Irak gefährdet, sondern es würde sich auch der Weltölmarkt grundlegend verändern. Viele Produzenten – von Texas bis Russland aber auch Länder wie Mexiko, Kanada, Norwegen oder Indonesien – kämen aufgrund des Preisverfalls aber höherer Förderkosten als in den Ländern des Mittleren Ostens unter Druck. Aber auch Länder wie Saudi-Arabien, Iran und Kuwait wären letztlich Verlierer. (Vgl. Sadowski, S. 6)

Zwar würde die US-Wirtschaft neben der Weltwirtschaft von einem niedrigen Ölpreis profitieren – allerdings erkaufte mit enormen ökologischen Schäden und hochwahrscheinlichen ökonomischen und politischen Instabilitäten in den Ländern, die von der Ölproduktion abhängig sind. Dazu zählen auch die Länder des Mittleren Ostens. Die Bekämpfung des weltweiten Terrorismus, gegen den George W. Bush nach dem 11. September 2001 den Krieg ausgerufen hat, würde so wohl kaum gelingen. Im Gegenteil: der Terrorismus, der seine Wurzeln in der ökonomischen und politischen Dominanz des Westens unter der Vorherrschaft der Supermacht

USA hat, würde nachhaltig angeheizt. Es käme zu einem gefährlichen kontraproduktiven Ergebnis.

spw 4 / 2003

Literatur:

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2003. Krise im Schatten des Krieges – Mehr Steuern für mehr Beschäftigung statt Abbuch des Sozialstaates, Köln 2003, S. 12f.
- Barnett, T.P.M., Die neue Weltkarte des Pentagon, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/2003, S. 554ff.
- Bontrup, H.-J., Preisbildung bei Rüstungsgütern, Köln 1986
- Bontrup, H.-J./Zdrowomyslaw, N., Die deutsche Rüstungsindustrie. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Heilbronn 1988
- Brück/ T./Schubert, S., Krieg und Wiederaufbau im Irak, a.a.O., S. 292ff.
- Daniel Yergin, Der Preis. Die Jagd nach Öl, Geld und Macht, Frankfurt a.M. 1991, S. 964
- Nordhaus, W. D., The Economic Consequences of a War with Iraq, Yale University 29. Oktober 2002, S. 37
- Sadowski, Y., Die Sache mit dem Öl, in: Le Monde diplomatique, April 2003, S. 6
- Schneider, M., Das Imperium Americanum und der Kreuzzug gegen „die Achse des Bösen“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 3/2003, S. 171
- Schwarzberg, G., Bush verliert, in: Ossietzky. Zweiwöchenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft, Heft 7/2003, S. 225
- Wurzel, U. G., Ökonomie oder mesopotamischer Tiger? Irakische Wirtschaftsperspektiven, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5/2003, S. 567f.

Europa nach dem Konvent

Der Entwurf der Europäischen Verfassung als Dokument des Zustands der Europäischen Integration. Eine Bestandsaufnahme.

Von Werner Kindsmüller

Europäische Politik liebt die Symbole. Manchmal führt aber auch der Zufall Regie. Die Reihenfolge der Ratspräsidentenschaften wollte es, dass Griechenland den Vorsitz inne hatte, als im Juni der Präsident des Europäischen Konvents Valéry Giscard d'Estaing den Entwurf der Europäischen Verfassung an den griechischen Ministerpräsidenten Kostas Simitis überreichte. So trafen sich die Staats- und Regierungschefs der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und jene acht, deren Länder ab 1. Mai 2004 die EU erweitern werden, an der Geburtsstätte der europäischen Demokratie, um über das in blaues Leder gebundene und mit Goldfäden durchwirkte Dokument zu beraten.

Im nordgriechischen Porto Carras gingen allerdings bereits die Bewertungen über

den Stellenwert des Entwurfs auseinander. Während Außenminister Joschka Fischer ganz oben in die rhetorische Kiste langte und von einem „historischen Tag“ für Europa sprach, mochte der spanische Ministerpräsident Jose Aznar im Vertragsentwurf nur einen „interessanten Ausgangspunkt“ erkennen. Diese Einordnungen zeigen die ganze Zerrissenheit der europäischen Regierungen und verheißen nichts Gutes für die anstehende Regierungskonferenz.

Worum geht es ?

In der Präambel werden die Grundsätze der Verfassung formuliert. Sie beschreibt die Werte, auf die sich die künftige Union „der Bürger und Staaten Europas“ gründet.

Die Verfassung ordnet die Zuständigkeiten der Union neu. Sie unterscheidet zwischen

ausschließlichen Zuständigkeiten der Union etwa bei Handels- und Währungsfragen und den geteilten Zuständigkeiten zwischen Union und Mitgliedstaaten, z.B. in der Umwelt- und Energiepolitik. Alles was nicht ausdrücklich in der Verfassung genannt wird, bleibt im Rahmen der Subsidiarität in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

Das in seinen Kompetenzen gestärkte Europäische Parlament, der Europäische Rat, der Ministerrat, die Europäische Kommission und der Gerichtshof sind die Organe der EU. Der Kommissionspräsident wird auf Vorschlag des Rates vom Europäischen Parlament auf die Dauer von 5 Jahre gewählt. Die Kommission wird nach 2009 auf 15 stimmberechtigte Mitglieder verkleinert, eine von den kleineren Ländern abgelehnte Reduzierung. Neben dem Kommissionspräsidenten soll ein Präsident des Europäischen Rates eingerichtet werden, dessen Amtszeit 2 ½ Jahre dauert.

Ein künftiger EU – Außenminister soll die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik koordinieren, die auf „Erreichung einer

immer stärkeren Konvergenz des Vorgehens der Mitgliedstaaten beruht“.

Auf welchen Feldern die Abkehr von einstimmigen Entscheidungen und der Übergang zur qualifizierten Mehrheit erfolgt, wird sich erst bei den beiden letzten Sitzungen des Konvents Mitte Juli zeigen. Diese Fragen sind zwischen den Mitgliedstaaten hoch umstritten. Dies reicht von der Innen- und Justizpolitik über die Steuerharmonisierung bis zur Verteidigungs- und Außenpolitik.

Am 18. Juli wird Konventspräsident Valéry Giscard d'Estaing den endgültigen Entwurf an den italienischen Staatspräsidenten Carlo Ciampi überreicht haben. Von Oktober bis Ende des Jahres wird dann eine Regierungskonferenz über den Verfassungsentwurf entscheiden. Anschließend erfolgt die Entscheidung des Europäischen Parlaments und die Ratifizierung in allen Mitgliedstaaten durch die nationalen Parlamente oder auch durch Referenden. Es wird damit gerechnet, dass die Europäische Verfassung erst 2006 in Kraft treten wird.

Wie ist der Entwurf der Europäischen Verfassung zu bewerten ?

1997 in Amsterdam und 2001 in Nizza waren die Staats- und Regierungschefs gescheitert, die Institutionen, Entscheidungsprozesse und politischen Zuständigkeiten der Europäischen Union so zu erneuern, dass die Union auch mit 25 und mehr Mitgliedstaaten handlungsfähig bleibt, den gesteigerten Erwartungen der europäischen Bürger sowie der neuen Rolle Europas in einer globalisierten Welt gerecht wird. Einstimmigkeit in maßgeblichen Politikbereichen, eine auf 25 Mitglieder anwachsende Kommission sowie intransparente Instrumente und Zuständigkeiten drohten die EU zu blockieren.

Die Konferenz im belgischen Laeken beschloss deshalb im Dezember 2001 einen Konvent aus den Vertretern der nationalen Parlamente, des Europaparlaments, der Regierungen sowie der Kommission einzuberufen und ihn mit der Ausarbeitung eines „Abschlussdokumentes“ zu beauftragen, das dann einer Regierungskonferenz vorgelegt werden soll.

Wenn man heute die Analyse in der Erklärung von Laeken unter der Überschrift „Europa am Scheideweg“ nachliest, dann wird man zu dem Ergebnis kommen müssen, dass der Konvent nur bedingt in der Lage war, den Anforderungen gerecht zu werden. Gemessen an den Notwendigkeiten, bleibt der Entwurf hinter den Erfordernissen der Europäischen Integration zurück. Gemessen am Zustand der Europäischen Union im Jahre 2003 ist das Werk allerdings ein Erfolg.

Die demokratische Herausforderung Europas

Es ist kaum anzunehmen, dass der Text der Europäischen Verfassung künftig zur Lieb-

lingslektüre der europäischen Oberprimären zählen wird, denen Giscard d'Estaing noch vor Monaten einen lesbaren Text versprochen hat. Auch wenn in den 460 Verfassungsartikeln eine EU entworfen ist, die klarer und begreifbarer ist als die alte, so wird diese Verfassung keine *Philadelphia Convention* werden. Zu glauben, ein solcher Schöpfungsakt wäre in Europa möglich, ist idealistisch und verkennt die Machtkonstellationen der europäischen Nationalstaaten. Deshalb waren Fortschritte der europäischen Integration stets Kompromisse. Dieser Verfassungsentwurf bildet da keine Ausnahme.

Gleichwohl bringt der Verfassungsentwurf mehr Transparenz, Verantwortlichkeiten zwischen den europäischen Organen und den Mitgliedstaaten sind klarer geordnet und die demokratische Kontrolle durch das Europäische Parlament und den Gerichtshof wird ausgebaut. Nicht wenig, wenngleich man einräumen muss, dass die Staats- und Regierungschefs darauf bedacht waren, ihren Einfluss durch das Amt des „EU – Präsidenten“ zu sichern. Wie sich das Gleichgewicht der Organe „Parlament – Rat – Kommission“ künftig einpendeln wird, wird davon abhängen, wie die noch offenen Fragen des Entscheidungsquorums im Rat entschieden werden.

Problematisch ist vor allem das Festhalten an der Einstimmigkeit in Politikbereichen, die für die volle Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion wichtig sind.

Europas neue Rolle in einer globalisierten Welt

Die Zerstrittenheit der Europäer in ihrer Haltung zum Irak – Krieg und zur amerikanischen Hegemonialpolitik steht heute einer stärkeren Rolle Europas in der Welt entgegen. Um eine europäische Alternative zur *pax americana* zu entwerfen und ein Gegengewicht zum amerikanischen Unilateralismus zu schaffen, ist es notwendig, dass sich die Union neben handlungsfähigen Institutionen auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik verständigt. Dies, so muss man unumwunden einräumen, ist im Konvent nicht gelungen. Die Erklärung dafür ist, dass die Regierungen u.a. von Großbritannien und Spanien aber auch Staaten des „neuen Europas“, insbesondere Polen einen so weitgehenden Verzicht auf ihre nationale Souveränität nicht zubilligen wollten. Angesichts

der Zerstrittenheit der europäischen Regierungen wundert das Ergebnis nicht. Es macht deutlich, dass wir noch weit von der von Jürgen Habermas geforderten „normativen Integration“ entfernt sind, die Europa eine staatliche Qualität verleihen müsste.

Es gibt aber tieferliegende Gründe als die Egoismen nationaler Regierungen, die ihre Zuständigkeiten für die Außen- und Sicherheitspolitik mit niemanden teilen wollen. Zum einen ist auch in den westeuropäischen Gesellschaften das Gefühl der politischen Zusammengehörigkeit noch nicht so stark ausgeprägt, dass es eine europäische Solidarität prägen würde. Das Postulat von Jürgen Habermas und Jacques Derrida in ihrem Essay in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 31. Mai 2003, dass die Bevölkerungen in Europa „ihre nationalen Identitäten gewissermaßen aufstocken und um eine europäische Dimension erweitern“ müssten, bleibt vorerst Appell. Staatliche Qualität könne die Europäische Union aber

erst annehmen, so ist Gustav Seibt (Süddeutsche Zeitung vom 30. Juni 2003) zuzustimmen, wenn ein Finne und ein Portugiese füreinander die Solidarität eines geteilten Schicksals empfinden könnten. Davon ist Europa erkennbar noch ein weites Stück entfernt. Die Verhandlungen um die Agrarpolitik und die Verteilung von Strukturfondhil-

Gemessen an den Notwendigkeiten, bleibt der Entwurf hinter den Erfordernissen der Europäischen Integration zurück. Gemessen am Zustand der Europäischen Union im Jahre 2003 ist das Werk allerdings ein Erfolg.

fen belegen dies eindrucksvoll.

Die Vertreter der mittel- und osteuropäischen Staaten im Konvent haben deutlich gemacht, dass sie das Ziel französischer und deutscher Vertreter, ein Gegengewicht zu den USA zu formieren nicht teilen. Aus ihrer Geschichte heraus sind für sie die Überwindung der Spaltung Europas und die Sicherheitsgarantie der USA gleichermaßen wichtig. Für die weitere Entwicklung Europas ist es bedenkenwert, worauf der aus Rumänien stammende Schriftsteller Richard Wagner in der Frankfurter Rundschau vom 7. Juni 2003 hingewiesen hat: „Eigentlich möchten sich die Osteuropäer lieber Amerika anschließen. (...) Den Osteuropäern ist das individualistische Projekt von der Verwirklichung des persönlichen Glücks näher als die westeuropäische Parole von der sozialen Sicherheit mit ihrer hochgradigen Reglementierungspolitik.“ Tatsächlich bringt der Verfassungsentwurf außenpolitisch wenig Bewegung. Der neue EU – Außenminister wird nur dann zu einer wirklichen Verbesserung der Handlungsfähigkeit Europas führen können, wenn es der Regierungskonferenz noch gelingt, das Vetorecht jedes einzelnen der 25 Mitglied-

staaten zu beseitigen. Angesichts der Äußerungen aus Madrid, Warschau und Stockholm ist daran zur Zeit nicht zu denken. Zudem wird der „Mr. Außenpolitik“ in einem unausweichlichen Konflikt mit dem hauptamtlichen Ratspräsidenten geraten, der seine Rolle ebenfalls als außenpolitischer Repräsentant der EU suchen wird.

Wie weiter?

Drei Problemfelder sind es im Wesentlichen, an denen sich die Zukunft der Europäischen Union bis Ende dieses Jahrzehnts entscheiden wird.

Erstens: Die neue Außenpolitik der USA hat für die Europäische Union tiefgreifende Folgen: die Fliehkräfte, die nach der Erweiterung um die Mittel- und Osteuropäischen Staaten ohnehin Beschleunigung erfahren haben, werden stärker werden. Die Vorstellung einer in der Außen- und Sicherheitspolitik geschlossenen und handlungsfähigen Europäischen Union wird an den Versuchungen der einzelnen Staaten sich dem großen Bruder an die Brust zu werfen, zur Illusion. Diese Tendenz macht sich auch in anderen Bereichen der europäischen Politik bemerkbar. Anders als nach dem amerikanischen Luftkrieg gegen Serbien, als sich die Europäische Union 1999 vor die Notwendigkeit gestellt sah, eigene Krisenreaktionsstreitkräfte aufzubauen, bleibt nach einem von den USA und Großbritannien geführten Angriffskrieg gegen Irak die europäische Einigkeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gering.

Die Versuchung eines Kerneuropas, das sich um Frankreich, Deutschland und die Benelux-Staaten bildet, ist angesichts des langsamen Entwicklungstempos, insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik groß. Der Schritt ist aber riskant. Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Avantgarde, wie sie sich gerne nennen lässt, zu einer Entkoppelung der europäischen Entwicklung und zu einem Rückfall in eine europäische Bündnispolitik führen wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Vorstellung von einem Kerneuropa in den Grenzen des karolingischen Reichs, umgeben von einem Cordon, der das Vereinigte Königreich, die skandinavischen Staaten, die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die Staaten der iberischen Halbinsel umfasst, ist jedenfalls eine nicht unwahrscheinliche Horrorvorstellung. Ein solches Europa wäre weltpolitisch zur Bedeutungslosigkeit verurteilt und müsste langfristig zerfallen.

Zweitens: Im Jahre 2005 steuert die Europäische Union auf die in ihrer Geschichte wohl schwierigsten Finanzverhandlungen zu. Beim Berliner Gipfel 1999, als es um die Verteilung der Mittel für die Agrar- und Strukturpolitik 2000 – 2006 ging, waren politische Kompromisse mit dem Scheckbuch noch möglich.

2005 müssen die 25 Mitgliedstaaten in einem einstimmigen Votum die künftige Fi-

nanzierung der EU und die Verteilung der Struktur- und Agrarförderung beschließen. Die Verteilungsprobleme durch Aufstockung der Gesamtmittel zu lösen, wird schon allein angesichts der Haushaltsprobleme der Nettozahlerländer ausscheiden. Einigkeit durch Scheckbuchdiplomatie wird es also nicht geben können. Von der Europäischen Kommission ist eine grundlegende Neuordnung des Haushalts der Gemeinschaft genauso wenig zu erwarten, wie vom Europaparlament. Eine Einigung wird nur möglich sein, wenn Länder wie Spanien und Portugal (Kohäsionsfond), Frankreich (Agrarpolitik), Großbritannien (Beitragsrabatt) bereit sind, auf Vorteile zu verzichten. Daran ist zur Zeit nicht zu denken.

Es ist durchaus denkbar, dass sich die heutigen Profiteure des europäischen Verteilungssystems und die neuen Mitgliedstaaten auf Kosten der Nettozahler (vor allem Deutschland, Niederlande, Schweden) einigen wollen. Diesen bliebe dann nur noch die Möglichkeit eines „Njet“, mit der Folge, dass die Europäische Union keine Finanzplanung mehr hätte und über jährliche Haushalte feilschen müsste.

Drittens: Wie stark die Europäische Union künftig sein wird, hängt entscheidend von der Stärke der Europäischen Kommission und der Person des Kommissionspräsidenten ab. Wenngleich die Kommission als Kollegialorgan konzipiert ist und deren Mitglieder nicht nationalen sondern den Gemeinschaftsinteressen verpflichtet sind, spielen in der Praxis nationale Interessen sehr wohl eine wichtige Rolle. 2004 wird das Kollegium über 25 Kommissare verfügen, wovon 19 aus Staaten kommen, die zusammen etwa 110 Mio. Unionsbürger repräsentieren, wäh-

rend die sechs großen Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen, Spanien, Italien) mit 340 Mio. Einwohnern die restlichen sechs Kommissare stellen werden. Die Kommission wird zum Schutzschild der Kleinen werden. Die Legitimation der Kommissionsentscheidungen dürften sodann von den Großen immer häufiger angezweifelt werden; auf diese Weise erhalten die Zentrifugalkräfte innerhalb der EU zusätzlich an Dynamik. Trotz qualifizierter Mehrheit dürften Blockaden im Rat und der Weg zu inter-gouvernementalen Lösungen zunehmen.

Zwischen Binnenmarkt und Politischer Union

In der vergangenen Dekade bildete der Binnenmarkt einen starken Motor der Integration. Natürlich wird die Rationalität gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen die Europäi-

sche Union bis zu einem gewissen Maße vor krisenhaften Zuspitzungen schützen. Jedoch muss man sehen, dass die Globalisierung von Unternehmen über den Bereich der EU hinaus sowie die weltweite Liberalisierung des Handels im Rahmen der WTO das Angewiesensein der großen Unternehmen auf den europäischen Binnenmarkt mindert.

Die Globalisierung und Liberalisierung haben inzwischen die Vorteile der Kartellisierung, die der europäische Binnenmarkt ökonomisch auch darstellt, geschmälert. Es ist unbestreitbar, dass die Europäische Union in einem gewissen Grad wie ein politisches Kartell funktioniert, innerhalb dessen die europäischen Nationalstaaten den Nutzen nach endlos ausgehandelten Regeln unter den Mitgliedern verteilen. Was aber, wenn nicht mehr alle von diesem System profitieren, weil der Nutzen – z.B. nach der Erweiterung – asynchron verteilt werden muss?

Dann gilt es umso mehr, sich der politischen Gründe für das europäische Projekt klar zu werden. Der ausschlaggebende Grund für eine weitere Integration liegt darin, dass die einzelnen Nationalstaaten in einer globalen Unordnung einen Rest ihrer eigenen nationalen Souveränität erhalten müssen, indem sie sich – unabhängig vom ökonomischen Nutzen – zusammenschließen. In dieser Notwendigkeit liegt die entscheidende Begründung für die Politische Union. Diese Erkenntnis, muss man einräu-

men, ist weit davon entfernt, europäisches Gemeingut zu sein.

Es sind vor allem zwei Säulen auf denen heute die Legitimität des Nationalstaates ruht: Die Fähigkeit des Staates den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger zu sichern (Wohlfahrtsstaat) und seine Fähigkeit, sie

gegen äußere Bedrohungen (Außen- und Sicherheitspolitik) zu schützen.

Beide Funktionen sind prekär. In einer Wirtschaft, in der Kapital, Güter und Dienstleistungen zunehmend im globalen Maßstab integriert werden, schwinden die Möglichkeiten für Unterschiede der Wohlfahrtsstaaten untereinander, wenn die Niveaus der Arbeitsproduktivität und der Produktionsqualität relativ ähnlich sind. Wenn also das Ende einer großzügigen wohlfahrtsstaatlichen Absicherung vermieden werden soll, kann das nur durch einen Gesellschaftsvertrag auf europäischer Ebene geschehen, womit die Lücke zwischen den wohlfahrtsstaatlichen Niveaus verringert werden kann, ohne zwangsläufig die sozialen und Arbeitsverhältnisse einander völlig anzugleichen.

Ähnlich verhält es sich mit der Sicherheitsfunktion des Nationalstaates. Nur durch eine

Die Globalisierung und Liberalisierung haben inzwischen die Vorteile der ökonomische Kartellisierung durch den europäischen Binnenmarkt geschmälert.

gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik innerhalb einer Politischen Union der EU können die einzelnen Mitgliedstaaten noch ein Rest an Selbstbestimmung und Souveränität bewahren. Der Irak-Krieg widerlegt diese These nicht sondern bestätigt sie im Gegenteil. Wir haben es mit der zunehmenden Unfähig-

keit eines jeden Staates – außer den Vereinigten Staaten von Amerika – zu tun, in der internationalen Arena seine Sicherheitsinteressen auf eigene Faust zu wahren.

So paradox es klingen mag: Das Ergebnis der europäischen Integration liegt zwar nicht in der Stärkung des Nationalstaates

sondern „in der systematischen Erosion ihrer Macht im Tausch gegen ihr andauerndes Fortbestehen“ (Castells). Aber die Alternative dazu ist eine Beschleunigung der Handlungsunfähigkeit der Nationalstaaten. Die europäischen Staaten würden zu Satelliten der amerikanischen Regierung. spw 4 / 2003

Operation ARTEMIS: Einsatz ohne Ende?

Deutsche UN-Truppen in den Kongo

Von Rolf Mützenich

Der Deutsche Bundestag hat am 18. Juni dem Einsatz von bis zu 350 Bundeswehrsoldaten in der Stadt Bunia in der Demokratischen Republik Kongo zugestimmt. Es handelt sich in der Regel um Transportunterstützung. Die Stationierung selbst findet in Entebbe, außerhalb der Konfliktregion, statt. Der Einsatz ist bis zum 1. September 2003 befristet. Die Bedingungen sind so gewählt, dass deutsche Soldaten wahrscheinlich nicht in mögliche Kampfhandlungen verwickelt werden.

Nachdem die Vereinten Nationen (UN) während des Irak-Krieges einen massiven Bedeutungsverlust erlitten hatten, ist es begrüßenswert, dass dieser Einsatz unter UN-Mandat nach Kapitel VII der Charta durchgeführt werden kann. Die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, zahlreiche örtliche Rebellengruppen und auch die selbst in den Konflikt verwickelten Nachbarländer Ruanda und Uganda haben der Stationierung zugestimmt. Der Aktionsradius der Truppe ist begrenzt. Deshalb kann man hoffen, dass das Morden und die Verwüstungen im Zentrum der Region Ituri ein schnelles Ende finden.

Danach soll die bereits im Kongo aktive UN-Friedenstruppe MONUC für Sicherheit und Frieden sorgen. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Mission sind also günstig. Deshalb habe ich dem Einsatz der Bundeswehr zugestimmt. Und dennoch bleiben Fragen. Das Einsatzgebiet der multinationalen Kampfverbände erstreckt sich nur auf einen kleinen Teil der Kampfhandlungen. Aufgrund zahlreicher umliegender Konfliktzonen und dort operierender Kriegsherren wurden in den vergangenen Jahren mehr als 2,5 Millionen Menschen direkt oder indirekt getötet. Es ist daher unwahrscheinlich, dass der Einsatz am 1. Sep-

tember enden wird. Zudem wird er sich aller Voraussicht nach nicht auf die Stadt Bunia begrenzen lassen. Denn bislang ist noch keineswegs entschieden, ob die EU-Mission ab dem 1. September 2003 – wie geplant – von einer verstärkten UN-Mission (MONUC) übernommen werden kann. Bislang wurde das MONUC-Mandat vom UN-Sicherheitsrat lediglich um einen Monat bis zum 30. Juli 2003 verlängert. Dies zeigt, dass es unter den Sicherheitsratsmitgliedern nach wie vor erhebliche Unstimmigkeiten darüber gibt, ob und inwieweit das Mandat gestärkt und die Zahl der Soldaten tatsächlich erhöht werden soll. Der seit November 1999 bestehende UN-Einsatz im Kongo umfasst derzeit rund 5.500 Soldaten

Im vergangenen Jahren wurden in Afrika 16 Kriege und bewaffnete Konflikte gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden zwar zwei Kriege beendet, aber es wurden auch zwei neue begonnen. Der Krieg im Osten Kongos wurde und wird um die Ausbeutung der Bodenschätze, vor allem Coltan, Gold und Edelhölzer geführt. Es gibt zahllose weitere Beispiele in Afrika, in denen Wirtschaftsinteressen den gewaltsamen Konflikt um politische Macht weiter anheizen oder sogar überlagern. Der entscheidende Schritt zur Einhegung der Kämpfe in vielen Gebieten Afrikas wäre deshalb die Importkontrolle oder sogar ein Embargo auf bestimmte Produkte. Es wäre daher sinnvoll gewesen, die militärische Operation um diese Maßnahmen zu erweitern.

Der Einsatz in Bunia ist der erste im Rahmen der Europäischen Union (EU) geführte Einsatz, der nicht auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten zurückgreifen muss. Das ist nicht falsch. Zur Bearbeitung solcher Konflikte wie im Kongo bedarf es aber des Aufbaus einer zivilen Infrastruktur, vor allem eines

staatlichen Gewaltmonopols. Zurecht umfasst daher die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) seit dem Grundsatzbeschluss vom Dezember 1999 eine militärische und nicht-militärische Komponente. Letztere umfasst dabei die Bereitstellung von Polizei, Rechts- und Verwaltungsexperten sowie Mitglieder aus Bereichen des Katastrophenschutzes. Während der militärische Aufbau im Rahmen der ESVP rasch voranschreitet, ist die Entwicklung eines breitgefächerten zivilen Ansatzes jedoch ins Stocken geraten. Die Mission im Kongo bedarf in jedem Fall einer (späteren) nicht-militärischen Begleitung. Damit würde sich das europäische Eingreifen von dem der USA abheben und den Bemühungen der UN zuarbeiten. Es hätte einen schlechten Beigeschmack, würde die ESVP lediglich nach dem Motto verfahren: Was die USA oder die NATO kann, können wir auch. Im Übrigen: Es wäre an der Zeit gewesen, die Operation im Kongo durch die der UN bereitgestellten Truppen durchführen zu lassen. Machen wir uns nichts vor: Wäre die Bundeswehr gegenwärtig nicht im Kosovo, in Afghanistan oder am Horn von Afrika aktiv, hätte sich auch die Frage von deutschen Kampftruppen im Kongo gestellt. Eine Antwort darauf wäre nicht leicht gewesen. Aufgrund der bereits diskutierten Problemen hätten wir die deutschen Interessen näher erörtern und die Risiken noch umfassender prüfen müssen. Auch die gerade erst verabschiedeten Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) weisen der Bundeswehr ein weltweites Engagement zu. Es gibt keine Festlegung, wann ein Einsatz nicht opportun und möglich ist. Ungeklärt ist auch, inwieweit der Verteidigungsbegriff des Grundgesetzes noch mit dem der Richtlinien übereinstimmt. Spätestens beim ersten Einsatz der neuen NATO-Eingreiftruppe wird sich die Frage nach dem Gewaltmonopol des UN-Sicherheitsrats wieder neu stellen. Denn in den Prager Beschlüssen wurden Einsätze der neuen mobilen NATO-Truppe nicht explizit an ein UN-Mandat gekoppelt. Dennoch: Mit dem Beschluss zur militärischen Operation im Kongo ist zumindest ein erster Schritt zur Deeskalation in der Region getan. Die grundsätzliche Frage über die Rolle und den Auftrag der Bundeswehr bei Kampfeinsätzen außerhalb des Bündnisgebietes ist jedoch noch offen. Der Einsatz im Kongo kann darauf nicht die Antwort bieten. spw 4 / 2003

Alterssicherung: Herausforderungen und Lösungen

Von Joachim Weeber

Die Diskussion um die Zukunft der Alterssicherung begleitet die deutsche Bevölkerung seit Jahrzehnten. Die Einführung der dynamischen Rente 1957 und die Rentenreform 1992 standen zu ihrer Zeit im Mittelpunkt des Interesses. Diese Reformen wurden im Konsens der großen politischen Parteien verabschiedet. Mit der Rentenstrukturreform '99 der letzten Schwarz-Gelben-Koalition wurde diese gute Tradition aufgegeben. Mithin steht die Sicherheit der Renten im Zentrum heftiger Auseinandersetzungen.

Die politische Debatte geht einher mit wachsender Unsicherheit in der Bevölkerung. Dazu hat die Politik selbst beigetragen.

Die versprochene Senkung der Beitragsätze durch die Ökosteuer ist nicht eingetreten. Im Gegenteil. Inzwischen sind die Rentenbeitragsätze mit 19,5% wieder auf dem Stand von 1999, als die erste Stufe der Ökosteuer wirksam wurde. Und für 2004 ist bei unveränderter Rechtslage ein Beitragsatz von 19,8% zu erwarten. Immerhin hat die Ökosteuer einen weiteren Anstieg der Beitragsätze verhindert. Insgesamt trägt das Hin und Her in der Rentenpolitik nicht zum Vertrauen der Bevölkerung bei.

Demografische Entwicklung

Große Teile der Diskussion um die langfristigen Probleme der Rentenversicherung sind auf die Demografie verengt. Die rückläufige Geburtenentwicklung und die zunehmende Lebenserwartung führen dazu, dass sich die Altersstruktur der deutschen Bevölkerung wesentlich verändert. Prognosen zeigen, dass die Zahl der Personen oberhalb einer bestimmten Altersgrenze im Verhältnis zu der von Personen im erwerbsfähigen Alter unter dieser Grenze zunehmen wird. Für die Alterssicherungssysteme kommt es aber nicht

auf die demografische Relation, sondern auf das Verhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern an. Es ist mehr als fraglich, ob die Demografie das einzige oder gar wichtigste Problem der nächsten Jahrzehnte sein wird

Arbeitsmarkt

Von entscheidender Bedeutung wird die wirtschaftliche Entwicklung sein. Globalisierung, technischer Fortschritt, die Erweiterung der Europäischen Union und die Sättigung von Bedürfnissen signalisieren Unsicherheit über die zukünftigen Rahmenbedingungen.

Diese Faktoren haben erhebliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Bleibt die Arbeitslosigkeit auf Dauer auf dem derzeitigen Niveau oder steigt sie noch an, wird jedes Alterssicherungssystem erhebliche Probleme haben. Dies gilt zunächst kurzfristig. Die seit nunmehr drei Jahren andau-

ernde konjunkturelle Schwäche ist im Wesentlichen verantwortlich für zurückgehende Beschäftigung und steigende Beiträge.

Eine Besserung der Arbeitsmarktlage wird aber auch auf lange Sicht das beitragsfinanzierte Ren-

tesystem sichern. So weist die Bundesrepublik im Vergleich hoch entwickelter Gesellschaften eine eher niedrige Erwerbsquote auf. Dies gilt insbesondere für die Frauenerwerbstätigkeit. Hier ist also ein hohes Potenzial zusätzlicher Beschäftigung gegeben, also noch eine erhebliche Reserve für die Zahl der Beitragszahler. Ob sie erreichbar ist, hängt freilich von der Arbeitsmarktsituation ab.

Der häufig prophezeite Arbeitskräftemangel ist keineswegs sicher. So wird in einzelnen Prognosen nicht bereits 2010, sondern erst gegen 2020 mit einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsmarktlage gerechnet. Vor allem das Angebot an und die Nachfrage nach Arbeitskräften passen

nicht zueinander. Aber auch die Produktivitätsentwicklung wird den zukünftigen Bedarf an Arbeitskräften maßgeblich bestimmen.

Auch der Wandel der Erwerbsformen hat Einfluss auf die Altersvorsorge. Lebenslange Vollerwerbstätigkeit, die im Prinzip in der deutschen Sozialversicherung unterstellt wird, ist kein Zukunftsmodell, auch wenn man dies bedauern mag. Es gibt ja auch gute arbeitsmarktpolitische Gründe, Teilzeitarbeit oder Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit für wünschenswert zu halten. Aber auch Mini-Jobs und Scheinselbstständigkeit sind Beispiele für die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses.

Bei der Entwicklung der Erwerbstätigkeit sind gesamtwirtschaftlich auch die demografischen Veränderungen zu berücksichtigen. Hinter den Sorgen um die Zukunft der Rentenversicherung steht die Befürchtung, dass der Faktor Arbeit knapp werden könnte, sodass sich die Relation zwischen der Gesamtbevölkerung und den Erwerbstätigen verschiebt. Ob eine derartige Situation entstehen wird, lässt sich heute nicht mit Sicherheit sagen. Eine Arbeitsknappheitsperiode folgt zwar nicht zwingend aus der demografischen Entwicklung, ist aber wahrscheinlich. Ganz anders ist dagegen die heutige Situation.

Die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen der heutigen Zeit sind in den meisten Punkten völlig entgegengesetzt zu denen in langfristiger Sicht. In der Arbeitsüberschussperiode muss die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Die Kosten der Arbeit müssen niedrig sein, es muss möglichst arbeitsintensiv produziert werden. In der Arbeitsknappheitsperiode ist es genau umgekehrt. Hier muss zusätzliches Erwerbspersonenpotenzial erschlossen und durch kapitalintensive Produktion ein möglichst effizienter Einsatz der Arbeit erreicht werden.

Geschlechterrollen

Der gesellschaftliche Wandel hat das Rollenbild von Frau und Mann in Beruf und Familie so grundlegend verändert, dass es zu dem alten Leitbild der Sozialgesetzgebung, wonach die Rente dem Unterhalt des alleinverdienenden Familienvaters und gegebenenfalls seiner Witwe dient, nicht mehr passt. Die klassische Hinterbliebenenversorgung wird sich irgendwann erübrigen, weil der Wille von Frauen, erwerbstä-

Für Alterssicherung kommt es nicht auf die demografische Relation an, sondern auf das Verhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern.

tig zu sein und dies mit der Familie zu vereinbaren, Oberhand gewinnt. Zu den Kernproblemen jedes Alterssicherungssystems gehört die Geburtenentwicklung. Diese hängt wiederum davon ab, wie die Ehepaare ihre Arbeitsteilung in Beruf und Familie organisieren. Ein Alterssicherungssystem, das im Alter zu unterschiedlichen Rentenhöhen von Frau und Mann führt, wird auf lange Sicht die Geburtenentwicklung beeinträchtigen. Notwendig sind Regeln, die dazu führen, dass das Schicksal im Alter nicht von der gewählten Arbeitsteilung abhängt.

Vorschläge der Rürup-Kommission

Als Ausgangspunkt für die Arbeit der Kommission galten die Vorausschätzungen über die finanzielle Entwicklung der Rentenfinanzen unter Beibehaltung der derzeitigen Ausgestaltung des Alterssicherungssystems. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung für die nächsten 30 bis 40 Jahre liegt bei allen verfügbaren Prognosen deutlich höher als der heutige. Im Zuge der letzten Rentenreform 2001 (Riester) sollte der Beitragssatz 2030 auf rund 22% beschränkt bleiben.

Diese Schätzungen haben sich inzwischen als nicht haltbar erwiesen. Ohne weitere Reformen wäre nach den jüngsten Schätzungen 2030 mit einem Beitragssatz von gut 24% zu rechnen. Hinzu kommen würden die Aufwendungen für die private Vorsorge. Bei einer vollen Inanspruchnahme der Riester-Rente wären dies zusätzlich 4% des Einkommens.

Die zentralen Vorschläge der Rürup-Kommission sind:

1. Heraufsetzung der gesetzlichen Altersgrenze
2. Verschiebung der Rentenanpassung
3. Veränderung der Rentenanpassungsformel

Bei vollständiger Umsetzung würde sich der 2030 zu zahlende Rentenbeitragssatz von 24% auf 22% verringern. Gleichzeitig läge auch die zu erwartende Rente um rund 5% niedriger als ohne Umsetzung der Vorschläge.

Höhere Altersgrenze

Die gesetzliche Altersgrenze soll nach der Kommission von 65 Jahren auf 67 Jahre erhöht werden. Diese Anhebung soll 2011 beginnen und sich über 24 Jahre erstrecken. Pro Jahr müsste daher ab 2011 die Altersgrenze um einen Monat angehoben werden. 2030 würde dadurch der Beitragssatz – nach Berechnung der Rürup-Kommission – um 0,6 Prozentpunkte gesenkt.

Eine möglichst hohe Altersgrenze ist keine neue Erfindung. Bereits bei Einführung der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland durch Bismarck wurde dieses Instrument zur Sicherung der Rentenfinanzen verwendet. Während man zum Erhalt

einer Rente am Ende des 19. Jahrhunderts 70 Jahre alt sein musste, betrug die tatsächliche Lebenserwartung bei Männern im Durchschnitt gut 40 Jahre, bei Frauen lag sie knapp darüber.

Die ursprüngliche Überlegung ist, dass die Betroffenen einerseits länger Beiträge einzahlen und sich andererseits die Dauer des Rentenbezugs verkürzt. Eine Erhöhung der Altergrenze wird aber nur dann erfolgreich sein, wenn sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsmarktlage insgesamt und damit möglicherweise auch für ältere Beschäftigte deutlich verbessern. Nur dann kann ein deutlich größerer Anteil älterer Menschen einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen.

Derzeit ist kaum vorstellbar, wie sich eine Verschiebung der Altersgrenze bei 4 bis 4,5 Millionen Arbeitslosen erfolgreich bewerkstelligen lässt. Im Vergleich zu anderen Industrieländern liegen wir übrigens was die Beschäftigung älterer Menschen angeht fast am Schluss der Tabelle.

Derzeit wird bei uns in vielen Fällen noch nicht einmal die vorgesehene Regelaltersgrenze erreicht. So liegt das tatsächliche Renteneintrittsalter für Männer bei ca. 61 und für Frauen bei rund 59 1/2 Jahren und damit erheblich unter der derzeitigen gesetzlichen Altersgrenze von 65 Jahren (Frauen ab 2004). Neben der angespannten Arbeitsmarktlage haben die zahlreichen Regelungen im Arbeits- und Sozialrecht, die einen früheren Eintritt in die Altersruhephase ermöglichen bzw. sogar noch fördern einen maßgeblichen Anteil an dieser Lage. Diese Regelungen gilt es kritisch zu durchforsten.

Die Heraufsetzung der gesetzlichen Altersgrenze nützt daher nur relativ wenig. Wenn es nicht zu einer verbesserten wirtschaftlichen Entwicklung kommt, wird sie keine nennenswerten Auswirkungen haben.

In der Beschlussfassung des SPD-Bundesparteitages vom 1. 6. 2003 ist der Rürup-Vorschlag an dieser Stelle modifiziert worden. Jetzt wird angestrebt, das tatsächliche Eintrittsalter des Rentenbeginns anzuheben und der im Gesetz vorgesehenen Regelaltersgrenze anzunähern. Von der Altersgrenze mit 67 Jahren ist nicht mehr die Rede. Verschiebung der Rentenanpassung Der zweite Vorschlag der Kommission zielt auf eine möglichst schnelle Entlastung der Rentenkassen. Deshalb zieht die Rürup-Kommission eine Verschiebung der Rentenanpassung vom 1.7.2004 auf den 1.1. 2005 in Erwägung. Dadurch wird der von den Jüngeren aufzubringende Beitragssatzanstieg gedämpft, während der Anstieg der

Renten – auch der heutigen Rentner – gebremst wird.

Eine solche Verschiebung der Rentenanpassung hätte damit nicht nur finanzielle Auswirkungen für 2004. Vielmehr wird auf Grund des niedrigeren Ausgangsniveaus auch in den nachfolgenden Jahren die absolute Rentenerhöhung geringer ausfallen. Die Rentenkassen werden dadurch also auch langfristig entlastet.

Die vorgesehene Verschiebung wird z.T. merkliche Auswirkungen auf die Rentenhöhe des Einzelnen haben.

Eine Besserung der Arbeitsmarktlage wird auf lange Sicht das beitragsfinanzierte Rentensystem sichern.

Bei relativ großen Renten wäre eine Verschiebung sicherlich eher verkräftbar, vor allem wenn die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung nicht die einzige Einkommensquelle im

Alter darstellt. Bei niedrigen Renten sind dagegen die Auswirkungen schon bedeutender. Auch wenn es inzwischen eine soziale Grundsicherung für ältere Menschen gibt, sind doch viele Rentnerinnen und Rentner auf jeden Euro angewiesen. Daher kann die Verschiebung der Rentenanpassung für diese Betroffenen durchaus sehr empfindlich wirken.

Nachhaltigkeitsfaktor

Als dritten Faktor zur Stabilisierung der Rentenfinanzen hat die Rürup-Kommission einen 'Nachhaltigkeitsfaktor' vorgeschlagen. Schon mit dem 'demografischen Faktor' des Rentenreformgesetzes 1999 aus der Zeit der letzten Kohl-Regierung sollte eine Stabilisierung der Rentenfinanzen erreicht werden. Sein Erfinder war Bert Rürup, damals Mitglied der Rentenkommission von Norbert Blüm. Dieser Faktor wurde übrigens von der ersten Rot-Grünen-Bundesregierung ausgesetzt.

Der Einbau des neuen 'Nachhaltigkeitsfaktors' in die Rentenanpassungsformel soll Veränderungen in der Relation von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern ausdrücken. Während der alte 'demografische Faktor' nur die Veränderung der Lebenserwartung ins Kalkül nahm, berücksichtigt der neue Nachhaltigkeitsfaktor zusätzlich auch die Entwicklung der Erwerbstätigkeit und implizit die Geburtenrate.

Dieser 'Nachhaltigkeitsfaktor' wird in die Rentenformel eingebaut. Er soll den Rentenanstieg bremsen und damit dem Beitragssatzanstieg entgegenwirken. Dieser Faktor wird Auswirkungen auf die Rentenhöhe haben. Wie genau die neue Rentenformel aussehen soll, ist aber noch nicht bekannt.

Ziel ist es, den Beitragssatz 2030 um etwa 1,3%-Punkte niedriger als prognostiziert halten zu können. Allerdings hat die Ände-

rung der Rentenformel auch Auswirkungen auf das Rentenniveau. Es wäre gut 5% niedriger als ohne diesen Faktor.

Die Vorschläge der Rürup-Kommission führen zu einer neuen Lastverteilung zwischen Rentnern und Erwerbstätigen. Der zu erwartende Beitragssatz für das Jahr 2030 wäre damit auf 22% begrenzt, bei geringerem Rentenniveau.

Diese Einschätzung gilt aber nur unter der Voraussetzung einer sich belebenden wirtschaftlichen Entwicklung und damit einer merklich verbesserten Arbeitsmarktlage. Radikalmodelle

In der Öffentlichkeit und Wissenschaft werden darüber hinaus weitere Reformvorstellungen geäußert, darunter solche, die auf eine radikale Veränderung des derzeitigen Rentensystems setzen.

So gibt es Vorstellungen zur weitgehenden Beseitigung der auf dem Umlageverfahren beruhenden beitragsfinanzierten Rentenversicherung für die gesamte Bevölkerung. Dies gilt für die steuerfinanzierte Grundrente ebenso wie für den Übergang zu einem umfassenden Kapitaldeckungsverfahren – also über die Kapitaldeckung im Rahmen der Riester-Rente hinaus.

Dabei wird häufig so getan, als ob kapitalgedeckte Sicherung ohne Risiko möglich sei. Davon kann keine Rede sein. Eine vollständige oder weitgehende Umstellung der Alterssicherung auf Kapitaldeckung birgt erhebliche Risiken. Die Größe des zu bildenden Kapitalstocks führt zu erheblichen Anlageproblemen. Sichere und ertragreiche Kapitalanlagen in dem dann notwendigen

Ausmaß sind in den entwickelten Industrieländern kaum zu erschließen, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass bei ihnen eine vergleichbare Alterssicherungssituation vorliegt. Und die Anlage in Schwellen- und Entwicklungsländern hat sich auch in der jüngeren Vergangenheit wieder als zu riskant für Zwecke der Alterssicherung erwiesen. Die Währungs- und Finanzkrisen in Mexiko 1994, Asien 1997, Russland 1998, Brasilien 1999 und zuletzt Argentinien zeigen deutlich, dass eine massive Kapitalanlage zur Sicherung der Rentenfinanzen mit erheblichen Risiken belastet ist.

Gerade die zurückliegenden Turbulenzen an den Börsen haben gezeigt, dass blindes Vertrauen in die Kapitalmärkte zu erheblichen Vermögensverlusten führen kann. Dies gilt nicht nur kurzfristig. Und dies gilt auch für die klassischen Industrienationen. So sind die Notierungen am japanischen Aktienmarkt seit Ende der 80er-Jahre um fast 80% gefallen. Und auch bei uns waren die Verluste auf den Aktienmärkten in den ver-

gangenen Jahren z.T. erheblich. Aber auch die Renditen aus festverzinslichen Wertpapieren sowie der Garantiezins bei neu abgeschlossenen Lebensversicherungen sind mit den Werten der 80er und 90er-Jahre nicht mehr vergleichbar.

Aber auch bei der Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente gäbe es erhebliche Probleme. Dies gilt etwa für Übergangsregelungen vom bestehenden beitragsfinanzierten Rentensystem zur Grundrente, aber auch für die Finanzierung. Welche Steuern sollen neu eingeführt bzw. welche sollen und um wie viel erhöht werden? Perspektiven einer langfristigen Reform Angesichts der grundlegenden Probleme einer Systemumstellung hat sich daher in Politik und Öffentlichkeit die Erkenntnis durchgesetzt, dass machbare Reformvorschläge an den Grundprinzipien des derzeitigen Rentensystems orientiert sind: Beitragsbezogenheit und Umlagefinanzierung. Solche Vorschläge lassen das derzeitige Rentensystem in seinen Grundzügen bestehen.

Versicherungspflicht für alle

Ein solcher Vorschlag ist die Versicherungspflicht für alle Erwerbstätigen oder sogar für die gesamte Bevölkerung. Grundidee ist, dass die Veränderungen im Erwerbsleben dazu führen, dass ein immer größerer Teil

der Bevölkerung nicht mehr den Schutz der gesetzlichen Rentenversicherung genießt. Das trifft unständig oder geringfügige Beschäftigte, Scheinselbstständige, aber auch die zunehmende Zahl kleiner

Selbstständiger, deren wirtschaftliches Überleben nicht gesichert ist. Sie alle werden ihre Alterssicherung durch die Sozialhilfe erhalten, ohne dafür im entsprechenden Maße Beiträge gezahlt zu haben. Eine solche Entwicklung ist auch den Beitragszahlern nicht zuzumuten. Einmal werden dadurch ihre Beitragssätze steigen, zum anderen ist es ihnen nicht zu vermitteln, warum die einen ihre Alterssicherung umsonst bekommen, die anderen aber dafür Beiträge zu zahlen haben. Will man die Aushöhlung des Alterssicherungssystems verhindern, braucht man eine Versicherungspflicht für alle Erwerbstätigen.

Allerdings würden aber von den neuen Beitragszahlern auch entsprechende Rentenanwartschaften erworben, die dann von künftigen Beitragszahlern zu finanzieren wären.

Ausweitung der Steuerfinanzierung

Hierbei geht es vor allem um die Steuerfinanzierung so genannter versicherungs-

fremder Leistungen. Hinter dieser Überlegung steht die Vorstellung, dass bestimmte Leistungen der Rentenversicherung mit staatlichen und gesellschaftspolitischen Aufgaben begründet werden, eine entsprechende Beitragsleistung aber nicht erbracht wurde. Dazu zählen etwa die Leistungen im Rahmen des Fremdrentengesetzes im Zuge der deutschen Vereinigung und die Berücksichtigung von Ausbildungs- und Zurechnungszeiten.

Solche Leistungen machen zwar knapp ein Drittel der gesamten Rentenausgaben aus. Allerdings haben wir bereits eine erhebliche Aufstockung der Beitragseinnahmen durch Steuermittel. Die verschiedenen Formen der Bundeszuschüsse aus dem allgemeinen Staatshaushalt, aus der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes vom 1.4.1998 von 15% auf 16% und den Ökosteuern entsprechen in etwa dem Umfang der versicherungsfremden Leistungen. Daher ist eine weitere Aufstockung der Steuermittel für den Rentenhaushalt kaum begründbar.

Die immer wieder in die Diskussion gebrachte Erhöhung der Mehrwertsteuer könnte demnach allenfalls in anderen Sozialversicherungszweigen eingesetzt werden. Eine solche Anhebung der Mehrwertsteuer zur Senkung der Lohnnebenkosten einzusetzen erscheint zwar diskutabel, allerdings bestehen angesichts der konjunkturellen Schwierigkeiten erhebliche Risiken.

Hat die Rentenversicherung eine gute Zukunft?

Die Rentenversicherung ist über viele Jahrzehnte gewachsen. Sie ist immer wieder mit Erfolg neuen Entwicklungen angepasst worden. Es ist zu erwarten, dass dies auch für die anstehenden Herausforderungen gilt.

Man sollte aber nicht annehmen, dass die Rentenreform 2003 für die nächsten 20 oder 30 Jahre ausreichen wird. Mit den derzeit vorgeschlagenen Maßnahmen kann der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung 2030 bei etwa 22% gehalten werden, bei abgesenktem Rentenniveau.

Zwei Lehren können gezogen werden:

Erstens: Experten-Kommissionen sind wichtig und notwendig, wenn es um die Erarbeitung entsprechender Vorschläge geht. Entscheiden müssen aber die politisch Verantwortlichen. Nur sie haben hierzu das Mandat der Bevölkerung.

Zweitens: Die gesetzliche Rentenversicherung muss in ihren Grundzügen bestehen bleiben. Eine stärker kapitalgedeckte Alterssicherung kann vor dem Hintergrund der Turbulenzen an den Kapitalmärkten allenfalls als Ergänzung dienen. Mindestens genauso wichtig ist aber die wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb ist ein deutlicher Abbau der Arbeitslosigkeit unverzichtbar für eine sichere Rente in der Zukunft.

Währungs- und Finanzkrisen zeigen, dass eine massive Kapitalanlage für die Renten mit erheblichen Risiken belastet ist.

Krise, Umbau und Zukunft des Sozialstaates

Von Christoph Butterwegge

Kaum jemand bezweifelt, dass sich der Sozialstaat in einer tiefen Krise befindet. Aber es ist nicht, wie daraus kurzschlüssig gefolgert wird, die *Krise des Sozialstaates*, welche seine Fortexistenz gefährdet, sondern diejenige des bestehenden privatkapitalistischen Wirtschaftssystems, das schon seit längerer Zeit kein ausreichendes Wachstum (anhaltende Konjunkturschwäche) und keinen hohen Beschäftigungsstand (strukturelle Arbeitslosigkeit) mehr zu gewährleisten vermag.

Die gängigen Muster zur Erklärung der akuten Probleme des Sozialstaates

Als für die „Krise des Sozialstaates“ ursächlich werden in der oft kampagnenartig geführten Diskussion darüber hauptsächlich vier Faktoren bzw. Entwicklungsdeterminanten genannt:

Übertriebene Großzügigkeit/Generosität: Der deutsche Wohlfahrtsstaat sei in seiner Leistungsgewährung zu freigiebig, was ihn finanziell zunehmend überfordere und das Gegenteil dessen bewirke, was eigentlich intendiert sei. Arbeitslosigkeit und Armut könnten nicht mehr wirksam bekämpft werden, weil es sich für die Betroffenen kaum lohne, Erwerbsarbeit zu leisten, wenn sich die Höhe der Lohnersatzleistungen auf nahezu demselben Niveau bewege.

Massenhafter Leistungsmissbrauch: Da es keine wirksamen Kontrollen gebe, lasse sich auch nicht verhindern, dass Menschen von Sozialleistungen profitieren, die gar nicht anspruchsberechtigt seien. Gemäß der „Logik des kalten Büfetts“ bediene man sich auch dann, wenn kein ernsthafter Hilfebedarf existiere. So würden z.B. medizinische Behandlungen nur deshalb in Anspruch genommen, weil der Arztbesuch für gesetzlich Krankenversicherte kostenfrei sei.

Demografischer Wandel: Durch die sinkende Geburtenrate der Deutschen und die steigende Lebenserwartung aufgrund des medizinischen Fortschritts komme es zu einer „Vergreisung“ der Bundesrepublik, die das ökonomische Leistungspotenzial des Landes schwäche und die sozialen Sicherungssysteme (Renten-, Pflege- und Krankenversicherung) überfordere. Dem könne nur

mittels einer (Teil-)Privatisierung auf der Beitrags- sowie einer Leistungsreduzierung auf der Kostenseite begegnet werden.

Globalisierungsprozess und Standortschwäche: Infolge der sich verschärfenden Weltmarkt Konkurrenz müsse der kränkelnde „Standort D“ entschlackt und der Sozialstaat „verschlankt“ werden, wolle man die Konkurrenzfähigkeit und das erreichte Wohlstandsniveau halten. Der (nordwest)europäische Wohlfahrtsstaat gilt seinen Kritikern als von der ökonomisch-technologischen Entwicklung überholt, als Hemmschuh der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und als Investitionshindernis, kurz: als Dinosaurier, der ins Museum gehört, neben das Spinnrad und die bronzene Axt.

Kritik an den dominierenden Erklärungsmustern

Diesen (größtenteils „interessierten“, d.h. von Gegnern des Sozialstaates gezielt verbreiteten) Missverständnissen und Fehlurteilen gegenüber ist Folgendes geltend zu machen:

Die empirische Wohlfahrtsstaatsforschung hat nachgewiesen, dass die Bundesrepublik – entgegen den hierzulande dominierenden Medienbildern wie dem davon geprägten Massenbewusstsein – keineswegs den „größtzügigsten“ europäischen Sozialstaat besitzt, sondern hinsichtlich der Leistungsgewährung im Vergleich mit den übrigen 14 EU-Staaten seit der Weltwirtschaftskrise 1974/76 und vor allem nach dem Regierungswechsel Schmidt/Kohl im Herbst 1982 weit zurückgefallen ist und heute höchstens noch im unteren Mittelfeld (Platz 8 oder 9) rangiert.

Auch der Missbrauch des Wohlfahrtsstaates durch nicht Anspruchsberechtigte hält sich trotz zahlreicher Berichte (vor allem der Boulevardpresse) über spektakuläre Einzelfälle, ausgeprägter Vorurteile bezüglich sozialer Randgruppen, die existenziell auf Sozialleistungen angewiesen sind, und des Stammtischgeredes über „Sozialschmarotzer“ in Grenzen. Alle seriösen Studien gelangen zu dem Schluss, dass es sich bei dem beklagten Leistungsmissbrauch weder um ein Massenphänomen handelt noch der Sozialstaat dadurch finanziell ausgezehrt wird.

Vielmehr lenkt man dadurch von einem extensiveren Missbrauch in anderen Bereichen (Einkommensteuererklärungen von Besserverdienenden und Kapitaleigentümern; Subventionsschwindel) ab.

Die demografischen Entwicklungsperspektiven werden in Öffentlichkeit und Medien zu einem wahren Schreckensszenario verdüstert. Dabei fehlen keine Babys, sondern Beitragszahler/innen, die man etwa durch eine konsequente(re) Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Erhöhung der Frauenerwerbsquote, die Erleichterung der Zuwanderung und/oder die Erweiterung des Kreises der Versicherten gewinnen kann. Statt zu klären, wie man aus einer längerfristigen Veränderung der Altersstruktur resultierende Schwierigkeiten solidarisch (z.B. durch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze und/oder die Verbreiterung der Basis des Rentensystems, also die Einbeziehung von Selbstständigen, Freiberuflern und Beamten) bewältigen kann, benutzt man sie als Hebel zur Durchsetzung unsozialer „Sparmaßnahmen“.

Leistungskürzungen sind keine Sozialreform, sondern sind ein Rückfall ins vorletzte Jahrhundert, als die Gesellschaft ihre Mitglieder nicht vor allgemeinen Lebensrisiken aufgrund fehlender Ressourcen zu schützen vermochte. Heute ist sie so reich wie nie und der Wohlfahrtsstaat für die Gesellschaft insgesamt und erst recht für sozial Benachteiligte unverzichtbar. Gerade die Bundesrepublik, deren exportorientierte Wirtschaft zu den Hauptgewinner(inne)n des Globalisierungsprozesses zählt, kann sich einen entwickelten Sozialstaat aufgrund ihres kontinuierlich wachsenden Wohlstandes, der allerdings immer ungleicher verteilt ist, nicht nur weiterhin leisten, sondern darf ihn auch nicht abbauen, wenn sie einerseits die Demokratie und den inneren Frieden bewahren sowie andererseits konkurrenzfähig bleiben will. Selbst im Rahmen der neoliberalen Standortlogik gibt es gute Gründe für eine – im Vergleich mit anderen, weniger erfolgreichen „Wirtschaftsstandorten“ – expansive Sozialpolitik.

Wie die Demografie unter dem Kampfruf nach „Generationengerechtigkeit“ zum Mittel sozialpolitischer Demagogie degeneriert

Als prioritäres Ziel der angeblich unabhängigen Sozialreformen wird in Gerhard Schröders Regierungserklärung vom 14. März 2003 genauso wie im Auftrag der sog. Rürup-Kommission die Generationengerechtigkeit benannt. „Generationengerechtigkeit“ ist seit geraumer Zeit eines der am meisten bemühten sozialpolitischen Schlagwörter in der Bundesrepublik. Darunter versteht man die Forderung nach fairer Aufteilung der Ressourcen und Lasten zwischen den Generationen (z.B. für das Sozialversicherungssystem). Ihre gegenwärtig

massive Propagierung setzt implizit oder explizit eine ungerechte Verteilung zu Lasten einer, und zwar der jüngeren, Generation voraus (vgl. Alterssicherung, Staatsverschuldung etc.). Mittels der Forderung nach (mehr) Generationengerechtigkeit werden aber soziale Ungerechtigkeiten innerhalb aller Generationen in einen „Kampf von Alt gegen Jung“ umgedeutet. Der politische Kampfbegriff „Generationengerechtigkeit“ lenkt von einer hier wie in anderen Teilen der Welt dramatisch wachsenden Ungleichheit innerhalb aller Generationen ab. *Kinderarmut* wird als geistig-politischer Hebel benutzt, um Teile der Armutspopulation, aber auch Eltern und Kinderlose ganz allgemein, gegeneinander auszuspielen. Ähnliches gilt für Diskussionen zum demografischen Wandel, zur „Vergreisung“ unserer Gesellschaft und zu den daraus (angeblich) erwachsenden Finanzierungsproblemen für das System der sozialen Sicherung. Insofern degeneriert die Demografie zur Ideologie und fungiert als Mittel einer familien- und sozialpolitischen Demagogie.

Die neoliberale Modernisierung als gesellschaftspolitisches Großprojekt und Frontalangriff auf den Sozialstaat

Anstatt in der *Globalisierung* einen naturwüchsigen Prozess zu sehen, der entwickelte Industriestaaten wie die Bundesrepublik zwingt, soziale und Umweltstandards zu senken, damit sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben können, wäre es notwendig, die *neoliberale Modernisierung* bzw. Umstrukturierung fast aller Lebensbereiche nach dem Vorbild des Marktes als ein gesellschaftspolitisches Großprojekt zu kritisieren, das überall auf der Welt, d.h. sowohl zwischen den einzelnen wie auch innerhalb aller Staaten, noch mehr soziale Ungleichheit schafft und die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertieft.

Ulrich Beck sprach in seinem 1986 erschienenen Buch „Risikogesellschaft“ von einem sozialen „Fahrstuhl-Effekt“, der zuletzt alle Klassen und Schichten gemeinsam nach oben befördert habe. Betrachtet man den weiteren Verlauf der Gesellschaftsentwicklung, kann zumindest seither von einem *Paternoster-Effekt* die Rede sein: In demselben Maße, wie die einen nach oben gelangen, geht es für die anderen nach unten. Mehr denn je gibt es im Zeichen der Globalisierung ein soziales Auf und Ab, das Unsicherheit und Existenzangst für eine wachsende Zahl von Menschen mit sich bringt. Wenn die „Amerikanisierung“ des Sozialstaates (genannt sei nur die Teilprivatisierung der Altersvorsorge durch das am 11. Mai 2001 von Bundestag und Bundesrat endgültig beschlossene Altersvermögensgesetz) fortgesetzt wird, dürfte eine Amerikanisierung der Sozialstruktur (Vertiefung der gesellschaftlichen Kluft zwischen Arm und Reich) nicht ausbleiben. Jenseits des Atlantiks ist die so-

zialräumliche Trennung von Bevölkerungsgruppen noch klarer erkennbar, samt ihren verheerenden Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft: einer gestiegenen (Gewalt-)Kriminalität, des Drogenmissbrauchs und einer Verwahrlosung der öffentlichen Infrastruktur.

In einer Hochleistungsgesellschaft, die Konkurrenz bzw. Leistung geradezu glorifiziert und letztere mit Prämien, Gehaltszulagen oder Lohnsteigerungen prämiiert, ist Armut funktional, weil sie nur die Kehrseite dessen verkörpert, was die Tüchtigeren und daher Erfolgreichen – übrigens in des Wortes doppelter Bedeutung – „verdient“ haben. Armut bildet keinen unsozialen Kollateralschaden des neoliberalen „Umbau“-Projekts, sondern dient seinen Befürwortern als Disziplinierungsinstrument, während materieller Wohlstand und Reichtum das Lockmittel darstellen, mit dem „Leistungsträger“ zu besonderen Anstrengungen motiviert werden sollen.

In der neoliberalen Weltsicht erscheint Armut nicht als gesellschaftliches Problem, vielmehr als selbst verschuldetes Schicksal, das im Grunde eine gerechte Strafe für Leistungsverweigerung oder die Unfähigkeit darstellt, sich bzw. seine Arbeitskraft auf dem Markt mit ausreichendem Erlös zu verkaufen, wie der Reichtum umgekehrt als angemessene Belohnung für eine Leistung betrachtet wird, die auch ganz schlicht darin bestehen kann, den Tipp eines guten Anlageberaters zu befolgen. Dagegen sind hohe Löhne bzw. Lohnnebenkosten der wirtschaftliche Sündenfall schlechthin und müssen als Ursache für die Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche in Deutschland herhalten.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Senkung der Lohnnebenkosten und Entlastung der Arbeitgeber als neoliberales Dogma

Fast allen bekannten Plänen, die den Sozialstaat sanieren sollen, wie den Konzepten der sog. Hartz-Kommission „zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit“ sowie der sog. Rürup-Kommission „für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme“ und der von Bundeskanzler Gerhard Schröder präsentierten „Agenda 2010“ liegt das *neoliberale Dogma* zugrunde, wonach die Massenarbeitslosigkeit in erster Linie durch *Senkung der Lohn-*

Foto: Christian Kiel (Berlin)



nebenkosten bekämpft werden muss. Es kommt aber in Wirklichkeit gar nicht auf die Höhe der (gesetzlichen) Personalzusatzkosten, also der von den Arbeitgebern zu entrichtenden Sozialversicherungsbeiträge, an. Entscheidend ist vielmehr die Höhe der *Lohnstückkosten*, welche in der Bundesrepublik aufgrund einer überproportional wachsenden Arbeitsproduktivität seit Jahren stärker sinken als in den meisten mit ihr auf dem Weltmarkt konkurrierenden Ländern, was im letzten Jahr zu einem Rekordüberschuss in der Handelsbilanz führte. Nicht zufällig ist Deutschland – bezogen auf die Leistungsfähigkeit pro Kopf der Bevölkerung – mit großem Abstand „Exportweltmeister“. Hingegen das Wohl und Wehe einer Volkswirtschaft von niedrig(er)en Lohn- bzw. Lohnnebenkosten ab, wie Neoliberale behaupten, müssten in Bangladesch und Burkina Faso längst Vollbeschäftigung und allgemeiner Luxus herrschen!

Wer die Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik auf gestiegene Personalzusatzkosten zurückführt, wie es die Arbeitgeber, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die Bundesregierung tun, verwechselt Ursache und Wirkung: Die hohe Erwerbslosigkeit ist zwar für die hohen Lohnnebenkosten verantwortlich, aber nicht umgekehrt. Daher erwies sich der Glaube, die (teilweise) Umstellung des Sozialsystems von der Beitrags- auf Steuerfinanzierung schaffe Arbeitsplätze, wirtschaftliche Stabilität und mehr soziale Gerechtigkeit, in der jüngsten Vergangenheit genauso als Illusion wie die der Riester'schen Rentenreform zugrunde liegende Auffassung, das Kapitaldeckungsprinzip löse die Probleme der Alterssicherung einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung (zumindest besser als das Umlageverfahren). Wer die Lohnnebenkosten senken will, um „den Faktor Arbeit zu entlasten“, macht ihn in Wahrheit billiger für das Kapital und belastet damit die Arbeitnehmer/innen zusätzlich.

Gegen eine Zurückdrängung der Beitrags- und einen Ausbau der Steuerfinanzierung des sozialen Sicherungssystems sprechen im Wesentlichen drei Gründe:

1. Steuerfinanzierte Sozialausgaben unterliegen – im Unterschied zu beitragsfinanzierten – den staatlichen Haushaltsrestriktionen; sie fallen deshalb eher den allgemeinen Sparzwängen der öffentlichen Hand zum Opfer; außerdem ist ihre Höhe von wechselnden Parlamentsmehrheiten und Wahlergebnissen abhängig. Wie sollen die ständig sinkenden Steuereinnahmen des Staates zur Finanzierungsbasis eines funktionsfähigen Systems der sozialen Sicherung werden? Schließlich haben alle Parteien die weitere Senkung von Steuern auf ihre Fahnen geschrieben.

2. Man muss sich bloß die Struktur der Steuereinnahmen ansehen, um zu erkennen, dass Unternehmer und Kapitaleigentümer im „Lohnsteuerstaat“ Deutschland kaum noch zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen; diese Schiefelage der steuerlichen Belastung (nicht nur, aber vor allem bei indirekten Steuern) führt zu ihrer einseitigen Finanzierung durch Arbeitnehmer/innen, wohingegen die (bisher nur im Pflegebereich und bei

der sog. Riester-Rente durchbrochene) Beitragsparität der Sozialversicherung für eine angemessene(re) Beteiligung der Arbeitgebenseite an den Kosten sorgt. Zu fragen ist auch, welches Interesse die Unternehmer an einem Abbau der Arbeitslosigkeit, die ja ihre gesellschaftliche Position stärkt und die Gewerkschaften schwächt, überhaupt noch haben sollten, wenn sie die Kosten der Arbeitslosigkeit fast ganz auf die Allgemeinheit, hauptsächlich die Lohn- und Mehrwertsteuer zahlenden Massen abwälzen könnten.

3. Die Inanspruchnahme von *Versicherungsleistungen* ist für die Betroffenen weniger diskriminierend als die Abhängigkeit von *staatlicher Hilfe*, deren Inanspruchnahme ihnen wahrscheinlich noch mehr Missbrauchsvorwürfe eintragen würde, weil ihr keine „Gegenleistung“ in Form von Beitragsleistungen entspricht.

Alternativen zum neoliberalen Um- bzw. Abbau des Sozialstaates

M.E. geht es darum, die spezifischen Nachteile des deutschen Sozialstaatsmodells auszugleichen, ohne seine besonderen Vorzüge preiszugeben. Strukturdefekte des „rheinischen“ Wohlfahrtsstaates bilden seine duale Architektur (Spaltung in die Sozialversicherung und die Sozialhilfe), seine strikte Lohn- und Leistungsbezogenheit (Äquivalenzprinzip) sowie seine Barrieren gegen Egalisierungstendenzen (Beitragsbemessungsgrenzen; Versicherungspflichtgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung; Freistellung prekärer Beschäftigungsverhältnisse von der Sozialversicherungs- bzw. Steuerpflicht). Der entscheidende Pluspunkt des Bismarck'schen Sozialsystems gegenüber anderen Modellen liegt jedoch darin, dass seine Geld-, Sach- und Dienstleistungen keine Alimentation von Bedürftigen und Benachteiligten aus Steuermitteln darstellen, die je nach politischer Opportunität widerrufen werden kann, sondern durch Beitragszahlungen erworbene (und verfassungsrechtlich garantierte) Ansprüche sind.

Das in der Bundesrepublik bestehende System der sozialen Sicherung speist sich nur zu etwa einem Drittel aus Steuereinnahmen; zwei Drittel der Finanzmittel stammen aus Beiträgen der Versicherten und ihrer Arbeitgeber. Umso wichtiger wäre es, durch eine Übertragung des Prinzips der ökonomischen Leistungsfähigkeit auf dieses Gebiet für mehr Beitragsgerechtigkeit zu sorgen. Statt alle nicht dem Äquivalenzprinzip entsprechenden Leistungen gleich als „versicherungsfremd“ zu brandmarken, was der Logik gewinnorientierter *Privatversicherungen* entspricht, müsste man überlegen, wie ein Mehr an solidarischer Umverteilung *innerhalb* der Sozialversicherungszweige zu realisieren und die Öffentlichkeit dafür zu gewinnen ist. Nahe lägen die Aufhebung der im Grunde systemwidrigen Versicherungspflichtgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung sowie die

An- oder Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen (unter Beibehaltung der Leistungsobergrenzen).

Der bestehende Sozialstaat ist erwerbsarbeits-, ehe- und erwachsenenorientiert. Durch gesellschaftliche Strukturveränderungen wie die Globalisierung bzw. neoliberale Modernisierung, Individualisierung und Pluralisierung der Lebensformen wird er auf folgenden Ebenen verstärkt unter Druck gesetzt:

Im Produktionsprozess löst sich das Normalarbeitsverhältnis, von der Kapitaleseite unter den Stichworten „Deregulierung“ und „Flexibilisierung“ vorangetrieben, tendenziell auf. Es wird zwar keineswegs ersetzt, aber durch eine ständig steigende Zahl atypischer, prekärer, befristeter, Leih- und (Zwangs-)Teilzeitarbeitsverhältnisse, die den so oder gar nicht (mehr) Beschäftigten wie ihren Familienangehörigen weder ein ausreichendes Einkommen noch den erforderlichen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz bieten, in seiner Bedeutung stark relativiert.

Im Reproduktionsbereich büßt die Normalfamilie, d.h. die z.B. durch das Ehegattensplitting im Einkommensteuerrecht staatlicherseits subventionierte traditionelle Hausfrauenehe mit ein, zwei oder drei Kindern, in vergleichbarer Weise an gesellschaftlicher Relevanz ein. Neben sie treten andere Lebens- und Liebesformen, die zumindest tendenziell weniger materielle Sicherheit für Kinder gewährleisten (sog. Ein-Elternteil-Familie, „Patchwork-Familie“, gleichgeschlechtliche Partnerschaft usw.). Hinsichtlich der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates bedingt der Wettbewerb zwischen den „Wirtschaftsstandorten“ einen Abbau von Sicherungselementen für „weniger Leistungsfähige“, sofern man der Standortlogik folgt und eine neoliberale Politik dominiert. Sinnvoll wären daher der Um- und Ausbau des bestehenden Systems zu einer Art „Bürgerversicherung“. Denn die noch vorhandenen Sicherungslücken können nur durch eine *Universalisierung* geschlossen werden: Eine *allgemeine* Versicherungs- und Mindestbeitragspflicht für sämtliche Wohnbürger/innen (eben nicht nur Arbeitnehmer/innen) würde die Sozialversicherung auf eine *breitere* Grundlage stellen, wobei der Staat die Beiträge im Falle fehlender oder eingeschränkter Zahlungsfähigkeit voll oder teilweise subventionieren, *grundsicherungsorientiert* und *bedarfsbezogen* zuschießen müsste. spw 4 / 2003

Literatur:

- Butterwegge, Christoph: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl. Opladen (Leske & Budrich) 2001
- Butterwegge, Christoph (u.a.): Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich, Opladen (Leske & Budrich) 2003
- Butterwegge, Christoph/Kutscha, Martin/Berghahn, Sabine (Hrsg.): Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?, Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, Baden-Baden (Nomos) 1999

Zeitschrift Marxistische Erneuerung

14. Jahrgang, Nr. 54, Juni 2003, 224 S.

Nach dem Irak-Krieg

Unger – Neo-Gaullismus oder demokratischer Anti-Amerikanismus?

EU-Osterweiterung

Bohle – Imperialismus, peripherer Kapitalismus und EU / Wehrheim – Die BRD im Prozess der EU-Osterweiterung / Watzek – Auf dem Weg in die Zwei-Klassen-EU? / Bömer /Steinitz – EU-Osterweiterung aus der Sicht linker Ökonomen

Klassentheorie

Deppe – Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert

Konjunktur und Krise

Höhme – Konjunkturanalyse 2002/2003 / Hautsch – Neuformierung des Medienkapitals / Eicker-Wolf – Wie tragfähig sind die monetären Überlegungen von Marx?

Und:

Unger – Gesellschaft, Alltagsbewußtsein, Unbewußtes / Weißbecker – Heldengeschichte(n) / Jünke – Aktualität Leo Koflers

Sowie:

Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers. Bezug: über e-mail, Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:

Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M.-Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

Das Kosovo-Dilemma

Ulrich Albrecht, Michael Kalman, Sabine Riedel, Paul Schäfer (Hrsg.), *Das Kosovo-Dilemma. Schwache Staaten und Neue Kriege als Herausforderung des 21. Jahrhunderts.* Münster: Westfälisches Dampfboot 2002, 222 Seiten, 20,50 Euro.

Es ist in der Tat ein Dilemma, in dem sich die internationale Politik seit dem Krieg gegen Serbien befindet. Zwar wurden in der Folge die Gewalttaten der serbischen Staatsmacht unter Milošević gegen die albanische Bevölkerung im Kosovo beendet, aber der Konflikt in seiner ganzen Tragweite wurde dennoch trotz Regimewechsel in Belgrad seitdem nicht behoben. Dies ist der Aufhänger für die Analyse einer Reihe von aus-

gesprochenen Kennern der Materie. Dušan Relj arbeitet die politische Situation in Serbien seit dem Ende des alten Regimes heraus, Wolf Oschlies äußert sich in geschätzt klarer Weise zur Lage in Makedonien in Folge der bewaffneten Auseinandersetzungen im Jahre 2001, Sabine Riedel analysiert die problematischen Folgen der Anwendung des ethnischen Prinzips der Staatenbildung auf dem Balkan, andere, wie Peter Lock, der auf die neuen Kriegstechnologien eingeht, beschäftigen sich mit Aspekten, die über den eigentlichen Kosovo-Konflikt hinausgehen.

Erstaunlich erscheint bei diesem Band jedoch, dass keiner der Beiträge der Politik der Europäischen Union gegenüber den Staaten des Balkan gewidmet ist. Lediglich Sabine Riedel kritisiert – zu Recht – die

Übernahme des ethnischen Prinzips durch die EU im Verhältnis zu der südosteuropäischen Region, ohne jedoch dabei zu erläutern, wie Alternativen aussehen könnten. Denn wie spricht man politische Akteure an, sich zwar in unterschiedlicher Intensität, aber doch fast alle in ethnischer Abgrenzung zu den Nachbarn definieren? Wie verändert man das Bewusstsein der politischen Eliten jener Völker, die in ihrer Nationenbildung anderthalb Jahrhunderte später virulent werden als die meisten Nationen im weiter nördlich liegenden Teil Europas. Wie soll man den politischen Eliten von Völkern, die z.T. aufgrund einer über Jahrhunderte andauernden anderen sozioökonomischen Entwicklung, z.T. aufgrund des Druckes der großen Mächte Europas, z.T. aufgrund von Unterwerfung durch die Nachbarn, eine spätere Bildung von Nationalstaaten anstreben von diesem – zumal gewaltsamen – Weg abbringen, wenn alle – einschließlich des Völkerrechts – sich auf Nationalstaatsprinzip und (hier: ethnisch definiertes) Selbstbestimmungsrecht der Völker beziehen? Eine Antwort auf diese Frage geben auch die Autoren dieses Buches nicht. Eine solche Antwort würde aber die Lösung der ethnisch begründeten Probleme in Serbien, Bosnien-Herzegowina oder Makedonien ermöglichen und weitere Konflikte verhindern helfen. Insofern wird weder ein Ausweg bei der Frage des Status des Kosovo gegeben, die trotz existierender UNO-Resolution irgendwann auch in der Praxis gelöst werden muss, oder eine Voraussage über die Zukunft der Konföderation Serbien und Montenegro gemacht oder ein Umgehen mit dem albanischen Extremismus in Serbien und Makedonien vorgeschlagen.

Zudem bleibt ein Defizit dieses Buches, dass es keine ausführliche Kritik der gesamten EU-Politik gegenüber der Region erbringt. Dass die zukünftige Strategie zur Aufnahme der westlichen Balkanstaaten erst nach Erscheinen des Buches veröffentlicht wurde, kann den Herausgebern nicht vorgeworfen werden, aber auch zuvor gab es eine Politik der EU, die immerhin eine Bündelung der Politik der westeuropäischen Mittelmächte darstellt. Erstaunlicherweise wird aber auch der Stabilitätspakt nicht ausreichend ausführlich bewertet, so dass eine wichtige Neuerung europäischer Politik trotz des Beitrages von Peter Scherrer zu sozialen Lage weitgehend unbeleuchtet bleibt.

Trotz aller Kritik: Das Buch ist eine lohnende Lektüre für alle, die einen Einstieg in die Problematik der ethnischen Auseinandersetzungen des Balkans um die Jahrhundertwende und ihre Auswirkungen bis heute und zukünftig finden wollen.

Frank Schauff, Berlin



Du kannst diese Motive als Plakat (DIN A1, für nur 40 Cent zzgl. Versandkosten), als Flyer oder als Postkarte (für nur jeweils 10 Cent zzgl. Versandkosten) bestellen.

- Ich möchte Plakate A, Plakate B, Plakate C, Plakate D, Plakate E bestellen.
- Ich möchte Flyer A, Flyer B, Flyer C, Flyer D, Flyer E bestellen.
- Ich möchte Postkarten A, Postkarten B, Postkarten C, Postkarten D, Postkarten E bestellen.
- Ich hätte gerne weitere Informationen über das Jugendwerk der AWO.

Mein Name: _____

Meine Anschrift: _____

Mein Wohnort und PLZ: _____

Telefon: _____ E-mail: _____

Geschäftsstelle des Bundesjugendwerkes der AWO
Oppelner Straße 130, 53119 Bonn
Telefon: 0228/6685-117
e-mail: info@bundesjugendwerk.de

www.einer-fehlt-noch.de

Keine Friedhofsruhe in der DDR

Siegfried Prokop, *Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquête über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation. Schkeuditz 2003, 348 S., 18,50 Euro*

Bei diesem wichtigen Buch von Siegfried Prokop handelt es sich um eine neue Schwerpunktdarstellung zu dem großen Thema „Die DDR war anders“: Sie zeigt, dass viele „Intellektuelle“ in der DDR keineswegs so „staatsnah“ und staatsfromm (oder aber devot-schweigend) die Missstände in diesem staatssozialistischen System hingenommen haben, wie die herrschende Meinung dies gerne darstellt.

Die große Leistung Prokops liegt in der Ausgrabung, Dokumentation und systematischen Darstellung wesentlicher Archivmaterialien, die zeigen, dass es nicht nur Unzufriedenheit (und Abwanderung in den Westen), sondern auch beachtliche Kritik bei einer großen Anzahl von Künstlern, Forschern, Ingenieuren, Lehrern, Ärzten in der DDR gab, die zwar nicht ausreichte, um eine systemverändernde Demokratisierung und Liberalisierung durchzusetzen, die aber die Staatsführung immerhin zu Zugeständnissen zwang.

Es ist besonders erhellend, dass Siegfried Prokop gerade das „Krisenjahr 1953“ für seine Untersuchung ausgesucht hat, weil es sich gerade in diesem Jahr zeigt, dass der Aufstand der Arbeiter am 17. Juni zwar die spektakulärste, aber, wie zu zeigen, nicht die einzige Protestaktion dieses Jahres war. Bereits im Februar 1953 richtet die Akademie der Künste eine „Information“ an den Ministerpräsidenten Grotewohl über „Missstimmungen unter Spitzenkünstlern“.

Das Buch gliedert sich in zwei Teile: im ersten findet sich eine breite systematische Darstellung Prokops (22-149), „Intellektuelle im Krisenjahr 1953“ – im zweiten folgt eine breite Dokumentation seiner Archivreise (159-335).

Grundlegende Erkenntnisse Prokops lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Das Jahr 1953 ist gekennzeichnet durch krisenhafte Züge des „realsozialistischen“ Systems. Der 17. Juni ist als Kulminationspunkt zweier Konfliktstränge zu sehen: Erstens gab es eine Systemkrise des Ostblocks am Ende der Stalin-Ära, die für die DDR mit einer Überforderung ihrer Kräfte verbunden war: Stalin hatte von der DDR eine Armee in gleicher Stärke wie die deutsche Armee im Westen verlangt, – es wurde die Neugliederung der DDR (in Bezirke) in Gang gesetzt – die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft wurde mit Übereilung vorangetrieben, – es wurde eine forcierte Liquidation selbständiger „bürgerlicher“ Existenzen betrieben („Verschärfung des Klassenkampf“). – Zweitens versuchte die UdSSR von Ende Mai bis Ende Juni 1953 eine veränderte Deutschlandpolitik, die auf einen Kompromiss mit dem Westen aus

war; die repressive Politik Berijas und dessen Einfluss wurden beendet.

2. Am 17. Juni brachte die verspätete Rücknahme der administrativen Normerhöhung das Fass zum Überlaufen. Genau gesagt waren es die verworrenen Wege der Information über die Rücknahme des Beschlusses im Ministerrat am 16. Juni (um 14 Uhr!) und der unnötigerweise ausgerufenen Ausnahmezustand – eine völlig überzogene provokative Maßnahme, die zu tragischen Opfern führte und nur noch die Rechtfertigung der Ereignisse als „faschistischer Putsch“ zuließ.

3. Wichtige Gruppen der Intelligenz haben erstaunlich früh auf die Krisensymptome reagiert und schließlich sogar demokratisch-sozialistische Forderungen gestellt. Sie sahen den 17. Juni als positiven Reformanstoß und gerieten dadurch nach der Umdeutung des 17. Juni als faschistische Provokation in die Defensive. Dennoch blieben u.a. Niekisch, Brugsch, Klemperer bei ihren Forderungen.

Siegfried Prokop weist nach, dass es schon 1952 zu einer kritischen Selbstprüfung des „Kulturbundes“ kam („Wir müssen herauskommen aus dem Dilettantismus der Kulturfunktionäre“). Dabei befasste sich der Präsidialrat (am 15. Juli) auch – in vorsichtiger Sprache! – mit starker Missstimmung insbesondere unter der technischen Intelligenz, die sich menschenunwürdig behandelt fühlen durch „das Auftreten und die unziemliche Behandlung durch subalterne Instanzen führt. Das haben wir bis in die höchsten Instanzen unserer Regierung und Partei“, aber auch „in der Gemeinde, auf der Polizei und bei anderen Instanzen“. Ungerechtfertigte Verhaftungen kommen zur Sprache: „Das ist unsere Polizei, die in falschem (!) Machtbewusstsein sich so verhält“.

Sehr wichtige archivarische Ausgrabungen Prokops sind zweifellos die umfangreichen Materialien einer Enquête, die auf Anregung des Präsidialrats von den Bezirksleitungen des Kulturbundes über die Lage der Intelligenz im März 1953 durchgeführt wurde und zu deren Beratung zwei „Intelligenzkonferenzen“ durchgeführt wurden (auf letzterer sprach Ulbricht). Zahlreiche materielle Missstände, aber auch repressiv-bürokratisches Verhalten staatlicher Instanzen wurden beim Namen genannt. Die Dokumentation enthält erstaunliche Sozialdaten, die das Brodeln in der geistigen und fachlichen Intelligenz veranschaulichen. (Die zahllosen Detailklagen wurden in einem großen Sachregister zusammengefasst, z.B. unter Stichworten wie Angst, Agenten, Gerüchte, Mörderärzte, Verhaftungen.)

Prokop macht klar, dass es eine „Legende“ war, wenn Ulbricht erklärte, die Intellektuellen „hätten voll und ganz hinter der Regierung gestanden“; erleichtert wurde diese Legendenbildung „dadurch, dass der Blick zu sehr auf den Tag des 17. Juni und nicht auf die Gesamtsituation einer länger andauernden Gesellschafts- und Systemkrise gerichtet wurde“. Aber auch zu dem Arbeiteraufstand gab es

nicht nur Ergebnisadressen (wie die – verfälschte – von Brecht), sondern auch zahlreiche öffentliche kritische Stellungnahmen wie das (verbotene) Buch Stefan Heyms „Fünf Tage im Juni“ oder das berühmte Gedicht Brechts, als Antwort auf hündisch ergebene Flugblätter des Sekretärs des Schriftstellerverbandes, auf denen zu lesen war, dass das Volk das Vertrauen der Regierung verscherzt habe, und es nur durch verdoppelte Arbeit zurückerobern könne. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“

Geradezu sensationell waren die z.T. scharfkritischen Beiträge während der Debatte des Kulturbund-Präsidialrates am 3. Juli 1953. In der von Prokop dokumentierten Diskussion wurden Grundfehler in der Staatsführung bloßgelegt (S. 101 ff.): die mangelnde Rechtssicherheit (Verhaftungen, Vernehmungen außerhalb des Gerichtssaals, daher Angst, die zur Flucht in den Westen führt), – Drangsalierung von Mitgliedern der „Jungen Gemeinde“ – Bruch der Verfassung, auch durch Medienzensur – Verfälschungen des 17. Juni als „faschistischer Putschversuch“ – das Versagen der Volkskammer – autoritäre Gängelung der Lehrenden, Irrwege der gesamten Bildungspolitik – dogmatische Polemik gegen den „Formalismus“ in der Kunst – die ausbleibende umfassende Information (Presse/Rundfunk), – die tiefe Kluft zwischen den Führenden (auch in der Gewerkschaft!) und dem Volk, die spätestens am 17. Juni offenbar geworden sei – insgesamt das mangelnde Vertrauen von unten wie von oben.

Die Debatten des Präsidialrats mündeten in 14 kategorischen Forderungen zur Herstellung von Rechtssicherheit und Freiheit im Unterricht, in Wissenschaft und Kultur (S. 122ff.). Allerdings wurden sie nach der bald einsetzenden Liquidierung des „Neuen Kurses“ von der Staatsführung scharf kritisiert. Das Präsidium des Kulturbundes musste schon im September 1953 „einlenken“ (S. 130ff.) – was viele Mitglieder des Gremiums scharf kritisierten, allen voran Ernst Bloch.

Prokop: „Die Verwirklichung dieser Punkteprogramme hätte zweifellos zu einer Erneuerung der DDR-Gesellschaft beigetragen“. Ein begrenzter, für die Künstler aber sehr wichtiger Fortschritt wurde erzielt: „Die verhasste Kunstkommission wurde aufgelöst. Im Januar 1954 wurde ein Kulturministerium unter Johannes R. Becher geschaffen.“

Sein Buch kann einen „ersten Rang“ beanspruchen in der – leider nicht großen – Reihe der Werke, die Gegeninformationen liefern zu der „herrschenden“ Literatur über die DDR, weil sie zeigen: Die DDR war anders.

Fritz Vilmar, Berlin

Weiterführender Literaturhinweis:

„Die DDR war anders“ (Fritz Vilmar u. a.) zwei Sammelbänden, mit insgesamt 24 Schwerpunktdarstellungen 2002.

Lebensformen zwischen Tradition und Utopie

Rezension Gisela Notz: *Familien – Lebensformen zwischen Tradition und Utopie*, AG SPAK Bücher, ISBN 3-930 830-34-5, 80 S., 8,- Euro

„Mut zum Träumen“, dazu fordert Gisela Notz ihre LeserInnen in der jüngst erschienen Publikation „Familien – Lebensformen zwischen Tradition und Utopie“ auf.

Ein Blick auf die Lebensformen von Männern, Frauen und Kindern zeigt, dass die traditionelle Familie in der Auflösung begriffen ist. Was für die einen ein leichtes Indiz für einen Wandel darstellt, ist für andere bereits eine bedrohliche Krise. Fest steht jedenfalls: Alternative Lebensweisen nehmen unübersehbar zu.

Die Autorin verdeutlicht, dass diese Lebenszusammenhänge entgegen der weitverbreiteten Meinung eher als Chance denn als Krise wahrgenommen werden sollten, gerade weil sie von den Betroffenen bewusst als Alternative zur herkömmlichen Kleinfamilie gewählt werden. Insbesondere das veränderte Rollenverständnis von Frauen, ihre Forderung nach einer gleichberechtigten Teilhabe am Erwerbsleben und einer gerechten Aufteilung der Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern haben das alte Familienmodell ins Wanken gebracht. Gleichzeitig erweist sich die traditionelle Familienform als ideologisches Konstrukt aber als so stabil, dass diese Form des Zusammenlebens in allen Bevölkerungsschichten nach wie vor als erstrebenswerte Norm angesehen und akzeptiert wird.

Auf rund 70 Seiten wird diesem scheinbaren Widerspruch nachgegangen. Gisela Notz veranschaulicht, dass der Gegensatz zwischen normativer und gelebter Wirklichkeit auf einer ideellen Überhöhung der Normalfamilie basiert, die mit großen ideologischen Aufwand und gezielten familienpolitischen Maßnahmen durchgesetzt wird. Es zeichnet die Broschüre aus, dass diese oft komplizierten Mechanismen verständlich beschrieben und durch die Auswahl der Beispiele leicht nachzuvollziehen sind. Medien, Wissenschaft und Politik sind nur einige der ausgewählten Bereiche, die den Mythos der Normalfamilie Tag für Tag aufs Neue reproduzieren.

Die Autorin gibt außerdem einen ebenso kurzen wie informativen Überblick über die Lebenspläne von Frauen und ihren Schwierigkeiten, diese zu verwirklichen. Gerade die traditionellen Vater-Mutter-Kind-Familien ermöglichen den wenigsten Frauen eine Kombination von Familienaufgaben und existenzsichernder Erwerbsarbeit. Für diejenigen, die sich in den letzten Jahren intensiv mit der Lebenssituation von Frauen beschäftigt haben, mag dieser Teil des Buches zunächst

wenig neu erscheinen. Viele der angesprochenen Probleme und Perspektiven von Familie wurden bereits in den 90er Jahren unter dem Stichwort „doppelter Lebensentwurf“ diskutiert. Dennoch ist die Lektüre dieser Seiten gerade auch für diese LeserInnen lohnenswert, so zeigt sie doch, dass sich die frauen- und familienpolitische Debatte in den letzten Jahren regressiv entwickelt. Die Stärke des Buches liegt genau in dieser Offenlegung der Schwächen der aktuellen politischen Diskussion. So kritisiert die Autorin zu Recht, dass unter dem Stichwort „familien-gerechte Gestaltung des Erwerbslebens“ heute nahezu ausschließlich die Ermöglichung eines längeren Ausstiegs aus dem Berufsleben verstanden wird. Die Familiengeld-Debatte der CDU/CSU oder die Pläne der Hartz-Kommission sind nur einige der genannten Beispiele, mit denen Gisela Notz verdeutlicht, wie weit wir heute in der Praxis vom damaligen Erkenntnisstand entfernt sind.

Derzeit scheint keine politische Gruppierung dieser Entwicklung wirksam entgegenwirken zu können. Seit Mitte der 90er Jahre spielt die Debatte über die Möglichkeiten verschiedener Lebensmodelle auch bei der Linken nur noch eine eher untergeordnete Rolle. Zu Recht kritisiert Gisela Notz die blinden Flecken in der heutigen politischen wie wissenschaftlichen Auseinandersetzung, wenn es um die Wahrnehmung heute bereits gelebter Alternativen geht.

Diese Bereiche (wieder) sichtbar werden zu lassen, dazu leistet dieses Buch einen ersten und wichtigen Beitrag. Die Autorin stellt drei Frauen vor, die ihr Leben in Zusammenhängen jenseits der Normalfamilie organisieren. Es wird deutlich, dass diese „Familien“ ihren Mitgliedern größere Freiheiten und häufig bessere Entwicklungsperspektiven bieten, als die traditionelle Vater-Mutter-Kind-Familie. Gisela Notz versteht es jedoch, anhand der Beispiele die hierin enthaltenen Potentiale exemplarisch herauszuarbeiten, ohne diese Lebensformen zu idealisieren. Sie fordert vielmehr eine Realisierung gesellschaftlicher Strukturen, die den einzelnen Menschen wirkliche Wahlmöglichkeiten der Lebensgestaltung ermöglicht. Notwendig sei daher vor allem eine Familienpolitik, die keine Lebensform bevorzugt und dadurch andere diskriminiert.

Wer diese Vision von einer Gesellschaft teilt, in der die vielfältigen Lebensweisen gleichberechtigt nebeneinander bestehen können, dem sei die Lektüre des Buches von Gisela Notz empfohlen. Sie ermutigt, vergangene Diskussionen wieder aufzunehmen und fortzuführen, das scheinbar Unmögliche möglich werden zu lassen und manchmal auch das Utopische zu träumen.
Sabine Schön, Köln

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Sozialpolitisches Godesberg oder Bankrotterklärung?; »Alle Entwicklungspfade sind offen«, Interview mit Michael Brie und Dieter Klein; Peter Wahl: Plädoyer für eine grundlegende Strategiedebatte im emanzipatorischen Lager; Joachim Bischoff/Richard Detje/ Christoph Lieber/Bernhard Müller/ Gerd Siebecke: Zur Strategie der Sozialbewegungen; Harald Neubert: Die Krise der PDS und die Chancen, sie zu überwinden

Joachim Bischoff: Stagnation & Deflation; Heinz J. Bontrup: Großunternehmen prägen die »Modernisierung für den Weltmarkt«; Hans-Georg Draheim: Soziale Risiken wachsender ökonomischer Verkrustung

Michael Schlecht: Agenda 2010 – Lohnsenkungen statt Zukunftsinvestitionen? Edelbert Richter: Die Agenda 2010 in historischer Perspektive; Richard Detje: Umsteuern! Richtung Politikwechsel! Das DGB-Programm zur Agenda 2010; Jörg Deml: Alternative Rentenpolitik

In Rib Baek: Die südkoreanische Arbeiterbewegung im Kampf um soziale Rechte

Lutz Kirschner: »sag wie soll ich tragen ungerechtigkeit«, Zu Leben und Kunst Gerhard Gundermanns; Gine Elsner/Gerhard Stuby: Zur Mitgliedschaft von Ärztekammern in Verbänden der Freien Berufe; Zum Tod von Johannes Agnoli

Supplement: Jochen Cerný/Joerg Roesler Der 17. Juni 1953

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/280 505 68
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

25 Jahre spw – jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

Paket 1

Perspektiven rot-grüner Politik



Edlebert Richter
Eine zweite Chance? Die Sozialdemokratie unter dem Druck der „Globalisierung“
300 S., EUR 15.50, sFr 27.80,
VSA-Verlag 2002

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 3

Sozialistische Politik und Wirtschaft



Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug (Hrsg.)
Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden
256 Seiten, EUR 8,-; SFR 14,40

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 2

It's the economy, stupid!

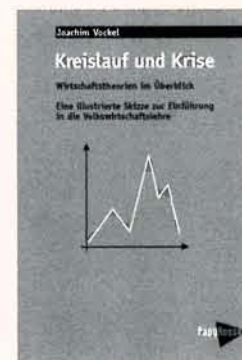


Beck, Stefan; Caglar, Gülay; Greven, Thomas (Hrsg.)
Nach der New Economy – Perspektiven der deutschen Wirtschaft
233 S., EUR 15,30 - SFR 27,80, Verlag Westfälisches Dampfboot 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 4

Sparen wir uns zu Tode?



Joachim Vockel
Kreislauf und Krise - Wirtschaftstheorien im Überblick. Eine illustrierte Skizze zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre
PapyRossa
Hochschulschriften 40
131 Seiten, EUR 15,- SFR 26,-

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Abo unter www.spw.de oder per eMail an verlag@spw.de